



ARCHIVPFLEGE IN WESTFALEN UND LIPPE

Im Auftrage des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
herausgegeben vom Westfälischen Archivamt



Mit Berichten aus Mecklenburg-Vorpommern

Heft 36

Oktober 1992

Der 44. Westfälische Archivtag	1
--	---

MITARBEITER DIESES HEFTES

BEITRÄGE*

Alfred Bruns Straßen und Verkehr im südlichen Westfalen	2
Hans H. Hanke Quellenwert von Bauordnungsakten aus Sicht der Denkmalpflege	10
Theo Horstmann Überlieferung zur Geschichte der Elektrifizierung in staatlichen und privaten Archiven	17
Mark Mersiowsky Spätmittelalterliche Rechnungen als Quellen zur Baugeschichte	28
Evelyn Kroker Archivalien zur Technik in Wirtschaftsarchiven	33
Rolf-Dieter Müller Überlegungen zur archivischen Sicherung der Registraturen kommunaler Eigenbetriebe	37
Jacqueline Voigt Die Überlieferungs- und Erschließungslage von Archivalien der Erdgasversorgung Chemnitz GmbH - Entwicklung, Probleme, Ergebnisse	41

Dr. Wolfgang Bockhorst, Landesoberarchivrat, Westfälisches Archivamt Münster (Bo) — Dr. Rolf Botzet, Gemeindearchiv Rödinghausen, 4988 Rödinghausen — Dr. Alfred Bruns, Landesarchivdirektor, Westfälisches Archivamt Münster (Br) — Dr. Horst Conrad, Landesoberarchivrat, Westfälisches Archivamt Münster (Co) — Dr. Werner Frese, Landesoberarchivrat, Westfälisches Archivamt Münster (Fr) — Dr. Hans Hanke, Westfälisches Amt für Denkmalpflege, Salzstraße 38, 4400 Münster — Prof. Dr. Bernd Hey, Evangelische Kirche von Westfalen, Landeskirchliches Archiv, Altstädter Kirchplatz 5, 4800 Bielefeld 1 — Dr. Theo Horstmann, VEW Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Bezirksdirektion Dortmund, Ostwall 51, 4600 Dortmund 1 — Rickmer Kießling, Landesarchivrat, Westfälisches Archivamt Münster (Kie) — Dr. Rolf Dieter Kohl, Kreisarchivdirektor, Kreisarchiv, Fritz-Thomee-Straße 75, 5990 Altena — Dr. Evelyn Kroker, M.A., Abteilungsleiterin/Bergbauarchiv, Am Bergbaumuseum 28, 4630 Bochum 1 — Dr. Detlef Magnus, Fachschule für Archivwesen im Oberstufenzentrum Wirtschaft und Verwaltung, Menzelstraße 11, O-1500 Potsdam — Helma M. Massalsky, Landesoberarchivrätin, Westfälisches Archivamt Münster (My) — Mark Mersiowsky, Schapdettener Straße 26, 4405 Nottuln — Rolf-Dieter Müller, Stadtarchivoberamtsrat, Stadtarchiv Paderborn, Am Abdinghof 11, 4790 Paderborn — Klaus Pradler, Landesamtmann, Westfälisches Archivamt, Außenstelle WAA Dortmund, Märkische Straße 120, 4600 Dortmund — Dr. Norbert Reimann, Ltd. Landesarchivdirektor, Westfälisches Archivamt, Münster (Rei) — Wolfgang Schilling M.A., Archivar Zentrales Archiv für die Deutsche Porzellanindustrie, Freundschaft 1, 8591 Hohenberg a.d.Eger — Rita Schlaumann-Overmeyer, Alte Straße 38, 4530 Ibbenbüren — Dr. Hans-Heinz Schütt, Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Graf-Schack-Allee 2, O-2750 Schwerin — Dr. Irene Stahl, Wissenschaftl. Bibliotheksangestellte, Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, Lesingplatz 1, D-3340 Wolfenbüttel — Jacqueline Voigt, Archivleiterin der Erdgasversorgung Chemnitz GmbH, Postfach 40 04 221, Straße der Nationen 140, O-9002 Chemnitz —

BERICHTE UND MITTEILUNGEN

Zum Tode von Dr. Emil Dösseler (1906-1992)	43
Westfälische Kirchenbücher auf Microfiche. Ein gemeinsames Projekt von Landeskirchlichem Archiv und Westfälischem Archivamt	44
„Vereinsgeschichte und Archivierung - Stiefkind im Großverein?“ - Bericht über den Workshop des Freiburger Kreises anlässlich des Herbstseminars in Wetzlar am 25.10.1991	46
Versicherung von Archiven	47
Untersuchung zu Problemen der Massenrestaurierung bei Archivalien	47
Einrichtung des neuen Bildungsganges Archivassistentin/ Archivassistent - Berufsfachschule mit Fachhochschulreife - in Potsdam	48
Fortbildungsseminar der Bundeskonferenz der Kommunalarchive in Haldensleben	50
Widerstand und Verfolgung in Dortmund	51
Kaiserzeit in Rödinghausen. Eine Archivausstellung	52
Archivalien zur westfälisch-jüdischen Geschichte im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, jetzt zugänglich	55
Das Zentrale Archiv für die deutsche Porzellanindustrie im Museum der Deutschen Porzellanindustrie	56
150 Jahre Solbad Westernkotten	57
350. Jahrestag des Westfälischen Friedens im Jahre 1998	58
Internationaler Archivtag in Montreal	59
„Bismarcks Gegner“ - Ausstellungsbericht	59
Zweiter Mecklenburg-Vorpommerscher Archivtag	59

AUS DEN ARCHIVEN IN WESTFALEN UND LIPPE

Kommunalarchive	61
Kirchenarchive	63

HINWEISE AUF NEUE BÜCHER

TERMINE

Diese Zeitschrift ist – wie alle anderen Publikationen des Westfälischen Archivamtes – auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier gedruckt.

* Referate des 44. Westfälischen Archivtages, z.T. überarbeitet und ergänzt

Der 44. Westfälische Archivtag in Meschede 26.-27. Mai 1992

Am 26. und 27. Mai, am gewohnten Termin, dem Dienstag und Mittwoch in der Woche vor Christi Himmelfahrt, fand der diesjährige Westfälische Archivtag in Meschede (Hochsauerlandkreis) statt. Er stand unter dem Thema: „Quellen zur Technik und Baugeschichte“.

Die Stadt Meschede hatte eingeladen anlässlich der Jubiläen ihrer Ortsteile Calle, Remblinghausen und Visbeck sowie der Stadt Eversberg, wohin am Ende der Tagung die Exkursion die Teilnehmer führte.

Doch zunächst zum Verlauf der gut besuchten Tagung: es waren über 170 Teilnehmer, die der Leiter des Westfälischen Archivamtes, Ltd. Landesarchivdirektor Dr. Norbert Reimann, begrüßen konnte.

Er führte im einzelnen aus, daß der Westfälische Archivtag ein Ort des Dialogs und des Gedankenaustausches sein solle zwischen den Mitarbeitern des Archivamtes und den Archivaren, die draußen im Lande tätig seien. Dieses Angebot habe auch über Jahrzehnte hinweg nichts von seiner Bedeutung eingebüßt, wie die erfreulich große Teilnehmerzahl zeige. Daß auch von seiten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe die Wichtigkeit dieser Veranstaltung erkannt und anerkannt werde, werde beim diesjährigen Archivtag besonders dadurch erwiesen, daß der Landesdirektor Dr. Manfred Scholle persönlich an der Veranstaltung teilnehmen und ein Grußwort sprechen wolle.

Nach der Begrüßung vor allem der Gäste aus der Region und den neuen Bundesländern sowie der ausländischen Teilnehmer hob Landesdirektor Dr. Scholle hervor, daß die gastgebende Stadt wie auch der Hochsauerlandkreis ihre Kommunalarchive in nachahmenswerter Weise ausgestattet hätten.

Zur allgemeinen Lage der Archivpflege erinnerte er an das Landesarchivgesetz, das dem Westfälischen Archivamt eine starke Vermehrung seiner Aufgaben gebracht habe, weil viele Kommunen in Befolgung dieses Gesetzes Archive eingerichtet und hierbei vermehrt bzw. erstmalig die personelle und materielle Hilfe des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Anspruch genommen hätten. Ein weiterer Bereich der Tätigkeit des Westfälischen Archivamtes, in welchem erhebliche Mehrarbeit zu verzeichnen sei, sei die Restaurierungswerkstatt: aus der alarmierenden Erkenntnis, daß durch den Papierzerfall die Bestände aus den letzten 150 Jahren gefährdet sind, ergibt sich die Notwendigkeit umfassender (Massen)restaurierungsmaßnahmen.

Nach einem summarischen Ausblick über die Tätigkeitsfelder der Archivpflege (u.a. im privaten Bereich) konnte der Landesdirektor auf die erfreuliche Tatsache verweisen, daß das Westfälische Wirtschaftsarchiv seinen Neubau beziehen werde.

Mit wenigen Worten leitete er dann zur Thematik der diesjährigen Tagung über: „Quellen zur Technik und Baugeschichte“: ein Thema, das über die Quellen der entfernteren Vergangenheit hinausgehend in die Zukunft ver-

weise, „denn nur, wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart wirklich verstehen“.

Schon der erste Vortrag am Vormittag von Landesarchivdirektor Dr. Alfred Bruns hatte einen deutlichen Technikbezug: „Straßen und Verkehr im südlichen Westfalen“. In die Nachzeichnung der großen Linien der Verkehrserschließung dieser Region flossen nicht nur viele z.T. kurzweilige Einzelheiten ein, sondern es wurde bei der Schilderung der Notwendigkeit einer guten Infrastruktur - zu der besonders auch die Straßen gehören - die Parallele deutlich zu den großen Aufgaben, die zu bewältigen sind.

Nach dem Mittagessen moderierte Landesoberarchivar Dr. Werner Frese die erste Arbeitssitzung, während deren zunächst Dr. Hans H. Hanke, Westfälisches Amt für Denkmalpflege, über den Quellenwert von Bauordnungsakten für die Denkmalpflege berichtete. Die „Überlieferungen zur Geschichte der Elektrifizierung in staatlichen und privaten Archiven“ stellte Dr. Theo Horstmann, Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen, vor, und Mark Mersowsky M.A. behandelte „Spätmittelalterliche Rechnungen als Quellen zur Baugeschichte“.

Den Abschluß des ersten Tages bildeten eine Schiffsrundfahrt auf dem Hennesee und ein gemeinsames Abendessen im Hennesee-Hotel auf Einladung der Stadt Meschede.

Für die Moderation der Referate des zweiten Tages sorgte Landesoberarchivar Dr. Horst Conrad, Westfälisches Archivamt. In seiner Einführung in die Thematik sprach er die Problematik der Überlieferung der kommunalen Eigenbetriebe an. Frau Dr. Evelyn Kroker M.A., Deutsches Bergbau-Museum Bochum, referierte über „Archivalien zur Technik in Wirtschaftsarchiven“ und ging im einzelnen auf die Notwendigkeit ein, daß der Archivar, der diese Quellengruppe übernimmt und gegebenenfalls bewertet, sie auch „lesen“ können muß: dieses Lesen bedeutet zugleich „Verstehen“ der Materialien und ihre Einordnung in das Gesamt der Überlieferung, um sie dann sachgerecht bewerten zu können - ein Erfordernis, das überall besteht, aber auf dem Gebiet der Technik in vielen Fällen erst erworben werden muß.

Mit Rolf-Dieter Müller dann kam der Stadtarchivar von Paderborn zu Wort: „Überlegungen zur archivischen Sicherung der Registraturen kommunaler Eigenbetriebe“.

Nach der Pause berichtete die Wirtschaftsarchivarin Jacqueline Voigt von der Erdgasversorgung Chemnitz GmbH über ihren Arbeitsbereich, der durch die Situation in den neuen Bundesländern geprägt ist: „Die Überlieferungs- und Erschließungslage von Archivalien der Erdgasversorgung Chemnitz GmbH - Entwicklung, Probleme, Ergebnisse“.

Den Referaten und den ihnen zugeordneten Fragemöglichkeiten folgte eine allgemeine Aussprache-Stunde. Sie wurden seitens der Veranstalter angeboten, um aktuelle und allgemein interessierende Fragen zu beantworten.

Bei dieser Gelegenheit wurde die Frage nach der Benutzbarkeit von Unterlagen des Standesamtes erörtert und ein Urteil zugunsten der Archivare benannt. Mit diesem Problem wird sich eine kleinere Arbeitsgruppe beschäftigen, deren Ergebnisse an dieser Stelle veröffentlicht werden sollen.

Dann gab Dr. Reimann einen Überblick über den Stand der verschiedenen Tätigkeitsbereiche des Westfälischen Archivamtes:

Das Handbuch der Kommunalarchive wird voraussichtlich im Winter 1992/1993 in Druck gehen; um zügige Rücksendung der Aktualisierungs-Fragebogen wird gebeten. Aus dem Gebiet der Restaurierung berichtete Dr. Reimann von der nun vorhandenen Gefriertrocknungsanlage. Die Problematik des drohenden Papierzerfalls hat bereits verschiedene Überlegungen und Lösungen gleichzeitig: genannt wurden die Massenrestaurierung im Staatsarchiv Bückeberg (Entsäuerung und Pufferung), die Papierspaltung und das Einbettungsverfahren.

Zum Problem der Versicherung von Archivalien wurde auf Beiträge von Kilian und Huck in der Fachzeitschrift *DER ARCHIVAR** verwiesen, denen erste Informationen entnommen werden können; des weiteren wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die sich mit dieser Frage unter neuen Gesichtspunkten beschäftigen wird.

Zum Stand des EDV-Einsatzes in Kommunalarchiven wurde berichtet, daß neben dem Programm NIXAS/AUGIAS weitere Programme (etwa FAUST und GOLIATH) inzwischen verfügbar seien, die bereits angewendet werden. Hinsichtlich der Entscheidung für ein zu erwerbendes Programm muß geprüft werden, ob die zur Auswahl stehenden Programme gewisse Anforderungen erfüllen;

die Bundeskonferenz der Kommunalarchivare wird eine diesbezügliche Handreichung erstellen.

Die Vorbereitungen für das 350-jährige Jubiläum des Westfälischen Friedens im Jahr 1998 sind angelaufen. Der Deutsche Archivtag wird aus diesem Grunde 1998 in Münster stattfinden. Dort wird - neben anderen Veranstaltungen - eine große Ausstellung gezeigt werden; im Lande selbst sollen lokale, ortsbezogene Ausstellungen veranstaltet werden, die auf lokaler Ebene das Kriegsgeschehen dokumentieren. Die zentrale Ausstellung in Münster wird auf diese Weise entlastet und dem Zentralismus etwas gegengesteuert. Die Archivare sollen dieses Ereignis bereits in ihre Arbeitsüberlegungen einbeziehen. In Münster wird eine zentrale Organisations- bzw. Vorbereitungsstelle eingerichtet werden. Dr. Reimann schloß mit der Bitte an alle, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und eigene Aktivitäten vorzubereiten.

Das Mittagessen auf Einladung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe nahmen die Teilnehmer in Eversberg ein, zum Abschluß der Tagung lernten sie bei einer sehr gut vorbereiteten Führung diese historische Stadt kennen.

Der 45. Westfälische Archivtag wird voraussichtlich am 18. und 19. Mai 1993 anläßlich des Stadtjubiläums in Münster sein.

Helma M. Massalsky

* Kilian, Hans: Versicherungsschutz für Archive, in: *DER ARCHIVAR*, Jg. 33, 1980, H.4/Sp. 401-406
Huck, Jürgen: Versicherung von Archivgut in Stadtarchiven. Ergebnis einer Umfrage, in: *DER ARCHIVAR*, Jg. 33, 1980, H.4/Sp. 405-410

BEITRÄGE

Straßen und Verkehr im südlichen Westfalen

von Alfred Bruns

Ein Manuskript über die einhundertzehn Jahre alte Geschichte des Landesstraßenbauamtes hier in Meschede gab Veranlassung, den Quellen und der Literatur des westfälischen Straßenbaues nachzugehen.

Dabei erwies sich leider allzu rasch, daß die Akten über den Straßenbau im Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe wohl grob geordnet und damit benutzbar sind, die Literatur über Straßenbau und Verkehr in Westfalen jedoch nur als höchst lücken- und mangelhaft zu bezeichnen ist.

Für die sogen. Wirtschaftshistoriker setzt der Güterverkehr erst mit der Eisenbahn ein, zu deren negativem

Gegenbild der mühsame Transport per Pferd und Wagen erhalten muß.

Als Gründe für dieses negative Image des Straßenbaues benannte der Münsteraner Ludger Baumeister bereits im Jahre 1957 die fehlende Vertretung des Straßenbaues in den preußischen Ministerien und stellte das preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten gegenüber. Wir können dazu die mächtige Lobby der Lokomotiv- und Gleisbauer und wohl auch der Kohlenzechen ergänzen.

All das hat die merkwürdigen Früchte getragen, daß eine Wirtschaftsdokumentation über den Dortmunder Raum von 1971 mit keiner Silbe die dortigen Straßen erwähnt.

In einer jüngst erschienenen Aufsatzsammlung über die Frühindustrialisierung Westfalens finden sich ganze zwei, und dazu noch recht belanglose Angaben zu Straßen und Verkehr. Gewerbliche Aktivitäten der Grafschaft Mark werden an anderer Stelle wohl vorgestellt, doch über ihren Export findet sich nichts gesagt. Eine Ausnahme stellt allein Friedrich Wilhelm Henning im ersten Band seiner soeben erschienenen Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte dar.

Zitiert wird allenthalben die vor 75 Jahren erschienene Dissertation von Fritz Sälter über den westfälischen Straßenbau unter dem Oberpräsidenten Ludwig Freiherr von Vincke, dabei ist seither manches Lesenswerte etwa im Siegerland erarbeitet worden. Im übrigen hat Bruno Kuske bereits im Jahre 1949 das Fehlen einer kompetenten westfälischen Wirtschaftsgeschichte bedauert. Wir können uns ihm immer noch anschließen.

Eine Erschließung von Quellen und Dokumentation über Straßen und Verkehr in Westfalen kann also gleichsam unberührten geschichtlichen Boden aufbereiten.

Von der Organisation des westfälischen Straßenbaus bis 1875 unter den Bezirksregierungen her bot sich an, die für den Straßenbau fortschrittlichste Region als Einstieg auszuwählen. Das war und ist zweifelsfrei der Regierungsbezirk Arnsberg, in dem namentlich die Grafschaft Mark seit den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts unter Karl Freiherr vom Stein als verantwortlichem Beamten führend wurde.

Das jetzt zum Druck anstehende Manuskript „Die Straßen im südlichen Westfalen“ teilt sich in eine Dokumentation „Von Straßen und vom Wegebau“ und in eine Bearbeitung der Straßenbau-Akten bis 1934/35. Beides endet mit der Reichsverkehrsordnung des Jahres 1934, die eine neue organisatorische Epoche des Straßenbaus einleitete. Über die sich anschließende Entwicklung bis zur Gegenwart und über den Straßenbau im nördlichen Westfalen wird eine zweite Arbeit unter dem Titel „Die Straßen in Westfalen und Lippe“ derzeit vorbereitet.

In der Dokumentation über das südliche Westfalen sind zunächst die alten Wege- und Straßenordnungen der ehemaligen Territorien Grafschaft Mark, Herzogtum Westfalen und Fürstentum Siegen erschlossen. Für die Grafschaften Wittgenstein kann von einer Ordnung mangels Straßen noch im Jahre 1816 nicht gesprochen werden. Eine Besonderheit stellen für das Herzogtum Westfalen dessen Bezirksstraßen dar, die erst 1882 an den Provinzialverband Westfalen übertragen worden sind, aber schon bald nach 1826 der Kontrolle des Provinziallandtages unterstellt wurden.

Zeitgenössische Quellen finden sich dann in den Kapiteln: Zur Aufgabe alter Straßen, Vom Wegegeld und von den Barrieren, Vom Reisen und vom Wegebau, - mit Texten von 1793 bis zu Vorlagen im Provinziallandtag des Jahres 1858.

Klangvolle Namen aus der Frühzeit der Provinz Westfalen sind daraus anzuführen: Landtagsmarschall Karl Freiherr vom Stein, Oberpräsident Ludwig Freiherr von Vincke, der märkische Industrielle Friedrich Harkort, der sauerländische Jurist Johann Friedrich Sommer unter seinem Pseudonym als Westphalus Eremita, der Elseyer Pfarrer Johann Friedrich Möller. Das Verzeichnis der Mitglieder

des Provinzial-Wegebau-Ausschusses für das Herzogtum Westfalen umfaßt allein 66 Persönlichkeiten zwischen 1828 und 1885.

Aus dem Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe sind über den Straßenbau im südlichen Westfalen nahezu 7.000 Akten erschlossen worden. Dabei wurde größtenteils im Interesse der Forschung und für eine bessere Benutzbarkeit die bisherige Verzeichnung innerhalb der Straßenbauämter aufgegeben und versucht, die Akten den alten Staatschauseen, Provinzial- und Bezirksstraßen zuzuweisen. Es handelt sich dabei für das südliche Westfalen um 64 Provinzialstraßen, darunter solche mit klingvollen Namen wie Hellweg oder Köln-Berliner Chaussee, Minden-Koblenzer Straße, Enneper Straße und Essen-Frankfurter Chaussee.

Alle diese alten Straßen sind im Jahre 1822 ausführlich beschrieben worden nach ihrer Länge, ihrem Zustand, ihrer Bauzeit, ihrem Warenverkehr, ihrem Straßentarif, ihrem Bauträger und nach ihrer Straßenunterhaltung. Zusammen mit den sogen. Straßeninventarien, den bei den Straßenbauämtern über jede Straße meterweise geführten Protokollen seit 1864/78, lassen sich Straßenverlauf, Baugeschichte und Anlagen an den Straßen exakt nachweisen.

Unsere Aussagen stützen sich auf diese Materialfülle, die als Einstieg in das Thema kurz vorzustellen war. Das Buch „Die Straßen im südlichen Westfalen“ ist inzwischen als Band 1 der neuen Reihe „Veröffentlichungen aus dem Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (VAL) erschienen.

Der Chausseebau

Am Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich im südlichen Westfalen der moderne Straßenbau in Westfalen. Es war dies zum einen die „Passage von Frankfurt nach Holland“, nämlich von Siegen über Olpe - Meinerzhagen - Kierspe - Hagen - Herdecke - Witten - Bochum nach Steele und Essen. Eine Verlegung dieser Gebirgsstrecke durch das Volmetal forderte Friedrich Harkort bereits im Jahre 1830.

Es betraf zum andern die „Hauptstraße aus dem Bergischen nach Hamm“ von Elberfeld über Schwelm - Gelvesberg - Hagen - Aplerbeck - Unna - Kamen nach Hamm.

Handelte es sich zuvor um den sogen. Wegebau, der lediglich in einer Ausbesserung der natürlichen Verkehrswege durch Hand- und Spanndienste bestand, so setzte nun der Chausseebau durch Kunststraßen ein.

Zitieren wir dazu Julius zur Nieden aus seinem 1878 erschienenen Buch „Der Bau der Straßen und Eisenbahnen“ (S.3):

„Die ersten Menschen und Völker bedurften der Straßen nicht, sie lebten von ihren Herden, welche ihnen Nahrung und Kleider gaben. Weiter entwickelte Völker trieben Ackerbau und dieser erforderte Wege, wenngleich dieselben nur geringe Länge zu haben brauchten.

Mit der weiteren Entwicklung der Völker stiegen die Bedürfnisse der Menschen und es entstand Tausch und Handel. Durch diese bildeten längere Straßen und besse-

re Transportmittel sich aus. Hierbei mußte sich bald ergeben, daß für das Fortschaffen von Lasten eine trockene und harte Oberfläche der Straße Bedingung war. Erstere Eigenschaft erreichte man dadurch, daß man der Straße eine Wölbung gab und das Wasser von ihrer Oberfläche ableitete, letztere, indem man den Teil, auf dem die Zugtiere gehen mußten, mit festen Materialien zu decken suchte, und außerdem die Gleise der Räder mit Steinen verfüllte, indem man also allmählich die Steinbahn ausbildete. In diesen beiden Punkten, nämlich in der Trockenlegung des Wegekörpers und in der Bildung einer festen Fahrbahn, finden wir auch heute noch die Grundbedingungen einer guten Straße“.

Alte Wege

Vor einer weiteren Darstellung des Chaussee- oder Kunststraßenbaues sei noch kurz auf die alten Wege eingegangen, mit denen sich seit nunmehr 150 Jahren westfälische Historiker beschäftigen.

Den Anfang machte im Jahre 1842 der Nestor der westfälischen Geschichtswissenschaft, Johann Suibert Seibert, als er „Die Straßen des Herzogthums Westfalen. Sonst und Jetzt“ beschrieb und seine Ausführungen dem „Herrn Oberpräsidenten v. Vincke ehrerbietigst“ widmete.

Wer darin nun eine fundierte Straßenhistorie erwartet, wird freilich enttäuscht. Wie viele seiner Nachfolger in der Wegforschung erschöpft sich Seibert im Aufzählen vorgeblich alter Straßen, deren ungesicherter Verlauf mit Phantasienamen überdeckt wird: Heidenstraßen, Krieger- und Königsweg, Eisenstraße, und was den Wegespuren nach zwischen Wallburgen, Urfparreien und Rennfeuern vermutet, erschlossen, punktuell schriftlich verfolgt oder im Gelände abgeschritten werden könnte.

Über dieses Dilemma räsonierte bereits im Jahre 1804 der Elseyer Pfarrer Johann Friedrich Möller: „Selten und nur zufällig wird der Straßen in Urkunden und Chroniken gedacht. Zuweilen leiten ihre Benennungen und die mündliche Überlieferung der Nachbarschaft auf Vermutung und Aufschlüsse über das anfängliche Entstehen und die ehemalige Bestimmung derselben.“

Die „mündliche Überlieferung“ hat dann 1956 Hermann Böttger in einem Artikel über „Römer- und Napoleonstraßen im Siegerland“ behandelt: „Das Volk liebt es, Erscheinungen in der Landschaft, wie alte Straßen, Hohlwege, Wegesperren, Befestigungen und Burgen mit bekannten geschichtlichen Namen oder Ereignissen in Verbindung zu bringen. Es verfährt dabei niemals kritisch. In seiner Erinnerung tauchen Römer, Hunnen, Schweden oder Napoleon auf, der Dreißigjährige Krieg und die Pest werden oft in wunderlicher Weise zur Deutung der genannten Erscheinungen benutzt, auch wo ein Zusammenhang ausgeschlossen ist.“

Dazu fehlt den Untersuchungen über alte Wege ein wesentliches Moment, nämlich belegte Verkehrsangaben über einen längeren Zeitraum. Punktuelle Belege können wohl Hinweise, aber keine schlüssigen Beweise über die Qualität einer alten Straße ergeben.

Das beste Beispiel für die Erforschung alter Straßen hat der bereits zitierte Hermann Böttger über die „Verkehrswege des Siegerlandes bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts“, erschienen 1934 und 1935, erarbeitet.

Spekulativ freilich sind seine Folgerungen aus geographischen Karten. Sein ältester Beleg, die Karte des Niederländers Frederikus de Wit aus dem Jahre 1671, bietet mit einem Straßenverlauf von Soest zur Ruhr zwischen Freienohl und Meschede, weiter über Wormbach und Heinsberg nach Dillenburg und Frankfurt eine frei erfundene Strecke.

Völlig in die Irre eilte Hermann Böttger dann mit Folgerungen über die Wormbacher Totenwege im oberen Sauerland, die nahe an die Dichtungen Heinz Kaminskis über das heidnische Wormbach kommen.

Aber auch in den Amsterdamer Nachdrucken der ältesten Karte des Sauerlandes von Johann Gigas aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts finden sich Wege eingezeichnet, die einfach die Orte miteinander verbanden, alles andere als belegbar sind und halt der Forderung des zahlenden Publikums nach solchen Angaben entsprachen.

Nun sind wir in der glücklichen Lage, anhand einer Skizze des Jahres 1662 die damaligen Wege im südlichen Westfalen verfolgen zu können. Und damit bestätigt sich, was schon aufgrund fehlender alter Postlinien anzunehmen war: Durch das gebirgige Süderland hat keine Straße geführt.

Von Köln über Wermelskirchen, Gevelsberg, Schwerte und Unna, wo der Hellweg erreicht wurde, lief lediglich ein Weg für einen Karren und ein Pferd. Die Wegeverhältnisse ließen also dort nur leichte, einachsige Karren mit großdimensionierten Rädern zu, die aber immerhin bis zu 15 Zentnern transportieren konnten.

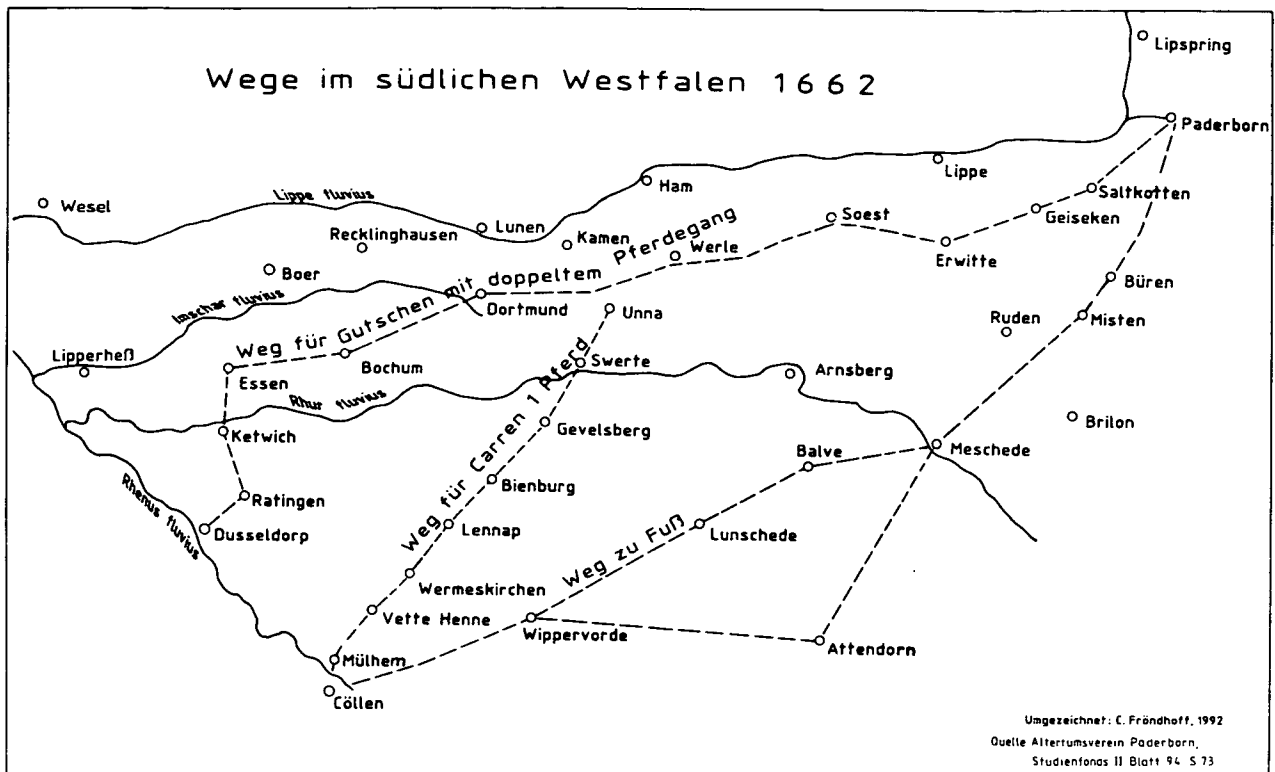
Wer vierrädrig und mit zwei oder mehr Pferden reisen wollte, hatte den Hellweg von Essen über Bochum, Dortmund, Unna, Werl, Soest, Erwitte, Geseke und Salzkotten nach Paderborn zu wählen.

Diese in der Geschichtsschreibung immer wieder zitierte Straße hatte freilich um 1800 ihre alte Bedeutung völlig verloren, da sie nahezu unpassierbar geworden war. Die damalige Route ging von Unna über Welper auf Hovestadt an der Lippe zu, führte nach Lippstadt, wo der Weg nach Minden oder Paderborn eingeschlagen werden konnte.

Zurück zur Karte von 1662: Quer durch das Sauerland ist von Köln über Wipperfürth, Lüdenscheid, Balve, Meschede, Meiste bei Rüthen und Büren allein ein Fuß- oder Reitweg nach Paderborn eingezeichnet. Der Pfad hatte einen Abzweig von Wipperfürth über Attendorn nach Meschede.

Diese und ähnliche Fußwege nutzten auch die Boten aus dem kurkölnischen und märkischen Sauerland, um die Dienst- und Privatbriefe nach den recht entfernten Poststationen zu bringen.

Über die Umstände des früheren Reisens sind wir aus den Tagebüchern des sauerländischen Adligen Kaspar von Fürstenberg zwischen 1572 und 1610 genügend unterrichtet: Wer vermögend war, ritt zu Pferd, das einfache Volk machte sich per pedes apostolorum auf den Weg, und solche Fußwanderungen in das benachbarte Dorf finden sich im Sauerland bis in unser Jahrhundert hinein belegt. Unerhörter Luxus war um 1600 eine Kutsche, und



so fuhren die kurkölnischen Gesandten zum Regensburger Reichstag auch einmal in der Kutsche des Erzbischofs. Dieses Unternehmen war freilich recht gefährlich: Im Spessart verirren sich die Herren Räte, und dann kippte die Kutsche gar zweimal um. Was Wunder, daß man den Rückweg von Würzburg ab per Schiff auf Main und Rhein vorzog, dabei jedoch bei Eltville auf eine Sandbank geriet.

Chausseebau Ende 18. Jahrhundert

Schreiten wir voran in das Ende des 18. Jahrhunderts: Die ersten exakten Zahlen über den Verkehr auf der Strecke zwischen Frankfurt und Amsterdam hat im Jahre 1783 der Schirmmeister und Landgebauer - also der Fuhrunternehmer und Landwirt - Johann Peter Altenvoerde aus dem Gericht Schwelm vorgelegt. Sein Gutachten sollte dazu dienen, die bislang gebräuchliche Route über den Westerwald durch eine Straße über Dillenburg - Siegen - Olpe - Meinerzhagen - Halver - Breckerfeld - Hagen - Herdecke - Bochum und Steele zu ersetzen, um die alle zwei Stunden oder zwei Meilen - das sind rund 15 km - fälligen Zoll- oder Chausseegelder den preußischen Staat kassieren zu lassen. Da ist die Rede von 123 Stapelfuhrleuten auf der Route von Nürnberg und Frankfurt nach Amsterdam. Genannt werden die Garnkarren aus dem Hessenland, die die fertigen Produkte von Elberfeld und Schwelm dann nach Frankfurt führen. Es folgen die einheimischen Eisen- und Steinkohlenkarren, ferner 40 einheimische Karren ins Siegerländische und ins Kölnische. Für alle diese Frachten hat Altenvoerde den Zollertrag berechnet.

In Auftrag gegeben hatte dieses Gutachten der Lüdenscheider Justizassistent Goebel, der am Schluß seiner Vorlage vom 24. Oktober 1783 argumentierte:

„Es würde also durch Anlegung einer Chaussee und dadurch durch obgedachte Gegend zuziehende, ganz beträchtliche Fuhrwerk das Interesse seiner königlichen Majestät nicht allein ansehnlich befördert, sondern auch den hiesigen Untertanen die möglichste Nahrung und Gewerbe, einer fast toten Gegend neues Leben und Munterkeit, und z. B. den ganz toten Städten Meinerzhagen und Breckerfelde wieder einiges Aufkommen und Flor erwecken. Ein solcher Weg würde außerdem den Flor der Fabriken im Sauerlande, Siegenschen, Bergischen, Schwarzenburgischen, Homburgischen außerordentlich befördern und überhaupt der hiesigen Gegend neue Nahrung und Zweige des Gewerbs eröffnen.“

Der um den märkischen Straßenbau verdiente Staatsminister Friedrich Anton von Heintz leitete den Antrag an die Märkische Kriegs- und Domänenkammer mit dem Befehl weiter, „diese Vorschläge mit Zuziehung der Land- und Steuerräte, besonders aber wegen der Instandsetzung der Landstraße von Meinerzhagen über Witten nach Wesel und der daraus zu erhaltenden wesentlichen Vorteile, gründlich zu examinieren und zu seiner Zeit darüber mit pflichtmäßigem Gutachten zu berichten.“

Kein geringerer als Karl Freiherr vom Stein verfaßte 1786 eine „Denkschrift über die Instandsetzung der Haupt-Commercial-Straßen und der zur inneren Communication gehörigen Wege der Grafschaft Mark“: „Die über diesen Gegenstand anzustellende Betrachtungen betreffen: 1) die Wichtigkeit fahrbarer Straßen für das Land und für die königlichen Cassen, 2) die Richtung, welche denen neu anzulegenden Straßen zu geben ist, 3) die Art der Instandsetzung, 4) die Ausmittelung der dazu erforderlichen Fonds, d.h. der Gelder.“

Die Vorteile, so ein Land durch gute Straßen erhält, sind Erleichterung der innern Communication durch Vermin-

derung der Frachtkosten und Vermehrung des Gewerbes durch die inländischen und die transitierende, d.h. durchgehende Fuhren. Die Grafschaft Mark kann wegen ihrer Lage gegen das Bergische, wegen ihrer natürlichen Beschaffenheit und wegen ihrer starken Industrie dieser Vorteile in einem größeren Maße teilhaftig werden als irgend eine andere mir bekannte Provinz in Deutschland.

Ein großer Teil dieser Provinz muß sein Getreide von entfernten Kornmärkten und sein Feuermaterial, die Steinkohlen, gleichfalls von 6 - 7 Stunden entlegenen Gruben holen, also wirkt jede Verminderung der Frachtkosten zugleich eine Verminderung der Getreide- und Kohlenpreise.

Dieselben Vorteile, welche Anlage guter Wege jedem Bewohner der Provinz verschafft, erhält insbesondere der Fabrikant durch Verminderung der Eisen- und Garnfrachten, durch Fixierung ihrer Preise, welche jetzt von jeder Veränderung der Witterung abhängen, und dadurch, daß er zu jeder Jahreszeit die Möglichkeit hat, seinen Bedarf zu erhalten, welche gegenwärtig öfters bei gänzlich unterbrochener Communication fehlt. Die Größe dieser Vorteile für die Provinz läßt sich ohngefähr durch die in der Anlage angestellte Berechnung auf den Wert einer Summe von 43.551 Reichstaler schätzen.“

In diesen Sätzen ist lediglich Steins erster Punkt, die Wichtigkeit fahrbarer Straßen, angesprochen. Schon bei dem zweiten Punkt, dem Verlauf der neu anzulegenden Straßen, konnte sich Stein gegenüber den Berliner Vorstellungen nicht durchsetzen, und so wurde zwischen Breckerfeld und Hagen unter Delster gebaut, anstatt sie auf die Enneper Straße zu führen. Die Art der Instandsetzung als Punkt 3 sprach offen die Ablösung der bisherigen Hand- und Spanndienste aus und plädierte in Punkt 4 für eine staatliche und gemeindliche Finanzierung wie die Erhebung von Straßennutzungsgebühren.

Im Jahre 1788 begannen die Straßenbauarbeiten bei Hagen und Herdecke, bei Bochum und bei Meinerzhagen. Im Herbst 1789 konnte bereits die Strecke von Hagen bis Herdecke befahren werden. Alle Chausseen waren bis zum April 1793 fertiggestellt.

Errichtet wurden die Straßen über einer Kies- oder Felschicht mit festgewalztem Steinschlag aus nahen Steinbrüchen, deren Material allerdings noch nicht erprobt und daher oft genug rasch zerfahren war. Die Straßenbreite betrug 10 m nach der Märkischen Erdarbeits-Instruktion vom 11. August 1789, erst später wurde noch ein Sommerweg von 60 cm Breite zugegeben. Um das Wasser als gefährlichsten Feind des Straßenbestandes rasch abfließen zu lassen, war die Straße zu Mitte um 12 cm erhöht. Das abfließende Wasser wurde in beiderseitigen Gräben mit je 1,9 m oberer Weite bei 45° Neigung aufgefangen.

Die Wegeordnung für die Grafschaft Mark vom 7. Januar 1769 sprach in ihrem §16 noch davon, daß „alle Landstraßen und gemeine Wege vorerst auf gemeine Kosten und Arbeit einer jeden Feldmark in guten Stand gestellt werden sollen“, was durch Hand- und Spanndienste der Anlieger nur widerwillig und daher schlecht besorgt wurde. Dies hat sich - nur dreißig Jahre später - mit dem „Chaussee-Reglement für die Grafschaft Mark vom 31. Mai 1796“ grundlegend gewandelt.

Hier nun heißt es in der Arenga, daß man „statt der bisherigen schlechten, an einigen Orten fast unbrauchbar gewesenen Landstraßen ordentliche Chausseen anlegen“ lasse. Ein Wege-Amt als direkter Vorläufer der heutigen Landesstraßenbauämter wurde eingerichtet, das für Anlage und Unterhaltung der Chausseen zu sorgen hatte.

Zwar sind im §38 noch Spann- und Handdienste genannt, doch war für diese Leistungen zu zahlen, hatten Fuhren auf Ackerbestellung und Erntezeit Rücksicht zu nehmen. Diese Ablösung wurde mit ermöglicht durch „ein mäßiges Chausseegeld“, das - wie bereits angeführt - für je 2 Meilen oder 2 Stunden Fahrt, umgerechnet für je 15 km Chausseebenutzung, zu zahlen war.

Das Reglement enthält auch Bestimmungen über die Wegepolizei, die heute als Straßenverkehrsrecht sich vom Straßenbau verselbständigt hat. Zumindest dem Fahrschüler ist aus der Straßenverkehrsordnung der §1 bekannt. Er lautete im Jahre 1796 in den §§79 und 80: „Der freie Gebrauch der Chausseen ist einem jeden zum Reisen und zu Fortbringung seiner Sachen gestattet. Nur muß dieser Gebrauch so ausgeübt werden, daß der andere an dem gleichmäßigen Gebrauch der Chaussee nicht gehindert, zu Zänkereien über das Ausweichen und gar zu Tötlichkeiten kein Anlaß gegeben wird.“

Angesichts dieser Lobeshymne auf die Grafschaft Mark sei keineswegs verschwiegen, daß die Essen-Frankfurter Straße zuerst zwischen 1772 und 1783 im Fürstentum Siegen ausgebaut worden ist. Es war dies die Strecke vom Alten oder Kölnischen Heck bei Krombach über Siegen bis zur Kalteiche südlich Wilnsdorf. Hierüber hat Gustav Mosel im Jahre 1969 eine lesenswerte Arbeit vorgelegt.

Auch im Fürstentum Siegen folgte dem Straßenbau eine sogen. Ältere Chaussee-Ordnung vom 11. März 1783, die am 18. Januar 1800 erneuert und mit einem Tarif für das Chaussee- und Brückengeld erneuert wurde.

Zuvor ist bereits am 7. November 1778 der erste Diensteid eines Chaussee-Inspektors von Nassau-Oranien überliefert: Carl Sckell sollte „bei den neu anzulegenden Straßen vornämlich (sein) Augenmerk auf Vermehrung des Landesgewerbes wie überhaupt auf tüchtige und dauerhafte Arbeit ... des Straßenbaues richten, ..., die Arbeiter ... in dem Straßenbau behörig unterrichten und dazu bestens anweisen und auf fleißige und gute Arbeit sehen. Hiernächst die Unterhaltung der fertigen Straßen (sich) auf alle Weise angelegen sein ... lassen, ..., (und) alles zu tun und ins Werk zu richten, was zur rechtschaffenen Chaussee-Aufsicht und dem tüchtigen Bau und Unterhalt der Straßen gehöret, ..., so wahr euch Gott helfe.“

Die gleichfalls relativ kurze Chaussee im kurkölnischen Herzogtum Westfalen von Drolshagen über Olpe nach Altenkleusheim wurde gleichfalls am Ende des 18. Jahrhunderts erbaut, doch belegt schon eine Karte aus dem Jahre 1814, daß der kunstmäßige Straßenbau im Herzogtum Westfalen nur Stückwerk geblieben war.

Als im Jahre 1817 Oberpräsident Ludwig Freiherr von Vincke über den Straßenzustand des nun preußisch gewordenen Herzogtums Westfalen berichtete, zählte er - ohne das angeführte Straßenstück Drolshagen-Olpe-Altenkleusheim anzuführen - drei Chausseen auf:

1) Die heutige Bundesstraße 7 von - damals noch - Canstein über Brilon - Meschede - Arnsberg nach Menden. Hier waren 50 km ausgebaut, 91 km noch zu bauen.

2) Die Straße zwischen Werl und Olpe mit 10 km fertigen und 33 ungebauten Kilometern. Sie war Teil der sogenannten Frankfurter Straße von Münster über Hamm - Werl - Wikkede - Neheim - Hüsten - Sundern nach Olpe, wurde als Chaussee nicht weiter ausgebaut und verlor gar ihren Namen an die Straße von Hagen über Olpe nach Siegen.

3) Die Straße von Meschede nach Grevenbrück, Teil der späteren Minden - Koblenzer Straße, sie war zu 20 km ausgebaut, weitere 30 km waren noch zu chausseieren.

Wie es um den schleppenden Straßenbau im Herzogtum Westfalen noch 1823 bestellt war, hat Johann Friedrich Sommer im Rheinisch-Westphälischen Anzeiger vom 4. Juli 1823 beklagt. Er konnte danach sogar eine schriftliche Kritik vehement entkräften:

„Es sind nur diejenigen großen Staatsstraßen fertig gebaut, die das Land - gemeint ist das Herzogtum Westfalen - an einer Seite, wo es nicht zu vermeiden war, kurz berühren, die gar nicht als Landesstraßen ... zu betrachten sind.“

Durch das Land ist keine Straße fertig gebaut. Von Menden bis Bredelar, auf der Bergstraße - von (dem arnsbergischen) Hagen bis auf den Lenscheidt, in Rönkhausen, in und bei Lenhausen, durch Habbecke bis Grevenbrück und auf den Griesemert - nur Stückwerk. Bei Lenhausen ist die größte Gefahr, umzustürzen und in die Lenne zu fallen. Neulich ward noch der Wagen des Herrn Regierungsrats Arndts bei Lenhausen umgeworfen, und wir würden vielleicht einen Regierungs- und Hofgerichtsrat weniger haben, wenn die Gesellschaft nicht vorher ausgestiegen wäre. Dieses geschieht, während zu Altena eine neue Straße auf Staatskosten nach dem Walzwerk Elveringhausen angelegt wird.“

Politischer Straßenbau

Daß freilich schon der Straßenbau am Ende des 18. Jahrhunderts auch politische Ziele verfolgte, läßt sich an einem markanten Beispiel belegen. Zuvor jedoch soll aus jüngerer Zeit ein solches Vorgehen beschrieben werden.

Im Jahre 1931 untersuchte Paul Thimme in einer guten Arbeit „Straßenbau und Straßenpolitik in Deutschland zur Zeit der Gründung des Zollvereins“. Er wies für die Jahre zwischen 1825 und 1835 nach, daß sich der Bau der heutigen Bundesstraße 68 zwischen Bielefeld und Paderborn gegen Lippe-Detmold richtete, daß ferner eine Straßensperre bei Lippspringe den alten Hellweg in der Richtung durch Lippe nach Hameln und Hannover sperrte. Von Olpe aus suchte Preußen durch den Bau der Aggerstraße nach Köln und der Straßen Olpe - Erndtebrück - Biedenkopf und Olpe - Altenkirchen - Koblenz das Fürstentum Nassau zu umgehen.

All das hat es, wie bereits angedeutet, schon zum Ende des 18. Jahrhunderts gegeben: Der mittelalterliche Hellweg zwischen Bochum - Dortmund - Unna wurde durch die preußischen Straßenbauer über Hörde und Aplerbeck umgeleitet, da man keine preußische Straße durch das ausländische Territorium der Reichsstadt Dortmund bauen wollte, was möglicherweise diplomatische Verwick-

lungen hätte ergeben können. Bald bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts durften die Dortmunder, seit 1813 preußische Untertanen, für die Verbindung bis zur Staatschaussee städtische Gelder ausgeben.

So hieß es im Jahre 1822 über den „Hellweg: Straße vom [Dortmunder] Ostentore bis Kören, d. i. Körne, von Kören nach Unna, ist bloß eine Landstraße, welche nicht zu jeder Zeit fahrbar und befestigt ist.“

Um 1800 trieben gar die Verhandlungen über eine preußische Postlinie zwischen Hagen und Iserlohn durch die bentheimische Duodezgrafschaft Hohenlimburg exotische Blüten. Zwar wurde den Preußen in Limburg eine Poststation zugestanden, doch durfte sie nicht das preußische Wappen führen. Chaussee-Verhandlungen führte auch Karl Freiherr vom Stein 1790 mit der Äbtissin des Stiftes Essen als Landesherrin.

Die Zeit der Fremdherrschaft im südlichen Westfalen zwischen 1802 bzw. 1807 und 1813 bzw. 1816 bedeutete dann keine merklichen Fortschritte im Chausseebau. Ausgenommen freilich blieb der eifrige Ausbau der sogenannten Kohlenstraßen vor allem in der Grafschaft Mark. Auf ihnen wurde die Steinkohle von den Zechen abtransportiert.

Eine dieser Kohlenstraßen ist gar nach 1815 in den Rang einer Staatschaussee erhoben worden. Es war dies die Gahlensche Kohlenstraße von den Zechen um Stiepel und Weitmar nach Norden. Sie ist im Westen Bochums noch als Straßename erhalten und führt dann im Norden Bochums über Eickel, Crange und Buer als Bundesstraße 224 nach Dorsten.

Auf einzelnen dieser teilweise privaten Kohlenwege sind die ersten Eisenschienen als sogenannte „englischer Eisenbahnweg“ bereits um 1828 angelegt worden.

Im Jahre 1813 übernahm Preußen weite Teile Westfalens als Zivilgouvernement zwischen Weser und Rhein unter Ludwig Freiherr von Vincke als Gouverneur. Die folgenden drei Jahre bis zur Einrichtung der Bezirksregierungen zeichnen sich durch rasche Fortschritte im Straßenbau aus. Energisch ging Vincke den Chausseebau an, bis, ja bis dann seit 1816 die Berliner Ministerialbürokratie als großer Hemmschuh auftrat und - entgegen landläufiger Meinung - der Nimbus guter preußischer Verwaltung zumindest beim Straßenbau völlig verloren ging.

Ich habe den leidvollen Instanzenweg von den Landräten in Dortmund und Iserlohn zur Regierung in Arnsberg und zu den Ministerien in Berlin an der einzigen märkischen Aktienstraße zwischen Hörde - Schwerte und Letmathe in den Jahren 1814 bis 1834 einmal minutiös verfolgt und für den „Märker“ beschrieben, in dem das Protokoll demnächst nachzulesen ist.

Wer kann es angesichts dieser Misere, die der Westfälische Provinziallandtag seit 1826 mit recht kritischen Worten begleitete, dem damaligen Landtagsmarschall Karl Freiherr vom Stein verdenken, wenn er am 5. Januar 1831 schrieb:

„Unser Straßenbau liegt im Argen, er wird mit der weisen Salbe des Wartens nicht verbessert, es müßten ernstliche Mittel angewandt werden.“ Dann: „und halte ich die Mitaufsicht der Stände auf Wegbau und Wegunterhaltung

für dringend nötig, um die zahllosen dabei vorkommenden Gebrechen zu erforschen und zu ihrer Abheilung Vorschläge zu tun. Auf diese Mitaufsicht anzutragen, ist es unerlässlich, wenn der Zweck tüchtig gebauter und unterhaltener Straßen erreicht werden, und nicht alles der Persönlichkeit der Baubedienten, wie jetzt der Fall ist, überlassen bleiben soll.“

Dabei hatte Stein noch statt Persönlichkeit „Willkür“ der Baubedienten schreiben wollen, eine wichtige Variante, die aber wie so manches andere in der Stein-Ausgabe fehlt. Merken wir aber zu diesem Zitat an, daß Stein wohl die Straßenbauer ansprach, recht eigentlich aber die Ministerialbürokratie meinte.

Ludwig Freiherr von Vincke als erster Oberpräsident der Provinz Westfalen konnte auch den Schwung seiner Jahre als Zivilgouverneur zwischen 1813 und 1816 nicht bewahren. Seine Anfragen über die Fortschritte im Straßenbau wurden wohl pflichtgemäß von den Bezirksregierungen, kaum dagegen von den Ministerien beantwortet.

Im Januar 1831 faßte der 9. Ausschuß des Westfälischen Provinziallandtages seine Beratungen über den Straßenbau im Regierungsbezirk Arnsberg zusammen:

„Es ist nicht zu verkennen, daß in der Verwaltung des Straßenbaues sich überall ein Mißstand offenbart, der in seinen Folgen täglich wiederkehrt.“

Die Gründe seien zu suchen „a) im Centralisationswesen in Berlin, wohin alle An- und Rückfragen, Verdinge, Wahl der Materialien den Technikern einen großen Zeit-, Papier- und Gedankenverkehr ohne Ausführung veranlassen; b) das collegialische Verfahren bey den Regierungen mit einer erneuerten, [d.h. unkontrollierbaren] Verantwortlichkeit; c) die hierdurch veranlaßte endlose Schreiberei bey den Unterbedürftigkeiten, [d.h. den Baubehörden]. Statt der ständigen Aufsicht an Ort und Stelle kennen sie [- die Ministerialbeamten -] die Straße nur aus ihrer Schreibstube, unter ewiger Controlle, die niemand beachtet, Tabellen, die niemand einsieht, Vorschläge zur Verbesserung, die nur nach den Geldsätzen beachtet werden müssen.“

Hingewiesen wurde auf den geplanten Umbau des Hellweges von Soest nach Werl im Jahre 1828, worüber das Ministerium der Regierung sein Unvermögen eingestand und den Weg seinem Schicksal überlassen wollte. Durch das Eingreifen des Oberpräsidenten sei die Straße allein mit privater Hilfe im Jahre 1829 hergerichtet worden.

Der weitere Umbau von Werl nach Unna sei bei der gewöhnlichen Verwaltungsbehörde - also der Arnsberger Regierung - wieder ins Stocken geraten, so daß „diese Straße 1829 begonnen, zu Ende 1830 zum Teil nur umgebaut, zum Teil nur mit doppeltem Vorspann befahren werden konnte.“

Wie diese Teilausbesserung durch die Regierung in Arnsberg geschah, beschrieb Friedrich Harkort am 17. Januar 1831 im Provinziallandtag: „In der Fortsetzung von Unna auf Werl ist diese Hauptstraße so schlecht unterhalten worden, daß die Communication nur durch Faschinenbau - d.h. durch zusammengebundene Zweige und Äste - gerettet werden konnte.“

Kopfschüttelnd nimmt man aus den Akten zur Kenntnis, daß im fernen Berlin über örtliche Straßenprobleme definitiv entschieden wurde. Dieser den Zeitgenossen vertraute Zustand endete erst durch die preußischen Dotationsgesetze der Jahre 1872 und 1875. Sie übertrugen u.a. die Staatsstraßen und später auch die Bezirksstraßen einem neu zu bildenden Provinzialverband.

Wer daraus aber ein besonderes staatspolitisches Kalkül ablesen will, geht in die Irre. Die zur Verfügung gestellten Gelder erwiesen sich nur allzu rasch als völlig unzureichend, so daß die Kommunen der Provinz kräftig zur Kasse gebeten wurden. Erst im Jahre 1902 konnte man sich zu einer Verbesserung der Dotationen verstehen, die aber auch wieder zu niedrig angesetzt war.

Die Geschichte des westfälischen Provinzialverbandes von 1909 beschreibt eindringlich die durch den vermehrten Frachtenverkehr wesentlich erhöhten Straßenunterhaltungskosten.

In Ansätzen wurden damals schon die Auswirkungen des motorisierten Verkehrs auf die seit dem 19. Jahrhundert unverändert gebauten, sogen. wassergebundenen Straßendecken sichtbar:

Bei trockenem Wetter sog der Fahrtwind der Motorfahrzeuge die Bindemittel Sand und Kies aus der lediglich gewalzten Straßenoberfläche. Älteren Zeitgenossen sind die bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts den Autos folgenden riesigen Staubwolken in böser Erinnerung geblieben.

Vermehrte Achslast der Lastkraftwagen insbesondere im Ruhrgebiet führten zu den schon am Ende des 18. Jahrhunderts gefürchteten Geleisen, das sind Straßenrinnen, die rasch zu Aufbrüchen und Unpassierbarkeit führten.

Die Steinindustrie wußte die Anforderungen an besonders widerstandsfähige Steinsorten auszunutzen und schloß sich zur Basaltunion mit einem Preisdiktat zusammen. Erst durch Bitumen und Asphalt als Straßenbindemittel konnte ein Ausweg gefunden werden.

Beenden wir an dieser Stelle unseren Ausflug in den Beginn unseres Jahrhunderts und kehren noch einmal kurz in den Anfang des vergangenen Jahrhunderts zurück:

Der Straßenbau war damals eine recht abenteuerliche Sache: In den Gebirgsgegenden des südlichen Westfalen herrschte wahrlich kein Mangel an Steinmaterial zum Chausseebau, und die Ruhr bot mit ihrem Kies, dem sogenannten Grand, eine recht brauchbare Unterlage. Wer einmal nach Soest kommt, wird dort den alten Steinweg noch als Grandweg bezeichnet finden.

Anders sah es dagegen im Gebiet um den Hellweg oder gar auf den Sandflächen des Münsterlandes aus. Da die Chausseen fehlten, konnten Steine kaum angefahren werden, und so behalf man sich mit der Zerlegung alter Steinbauten oder mit Faschinen, zusammengebundenen Ästen und Zweigen, die als Fahrbahndecke dienten. Solchermaßen ist die Chaussee zwischen Hamm und Werl erbaut worden.

Dort bildeten auf Antrag der Werler Erbsälzer die zerkleinerten Reste des alten kurkölnischen Schlosses in Werl

den Untergrund, darüber wurden dann die Reisigbündel gelegt. Immerhin gab es damals schon einen gewissen Denkmalschutz und so erfolgte aus Berlin eine königliche Anfrage, ob die Schloßruinen nicht historisch wichtig seien, was vor Ort verneint wurde. Bis auf einen Turmrest ist damals die einstige Herrlichkeit abgebrochen worden.

Über den Faschinenweg beschwerte sich lauthals der Hammer reitende Postbote: Schon bei Tage sei das Passieren eine halsbrecherische Angelegenheit für Pferd und Reiter, vollends bei Nacht würde diese Straße unpassierbar. Er wolle daher künftig lieber den Umweg über Unna nach Werl reiten.

Die Sandwege des Münsterlandes und auch am Hellweg führten nach den Ausführungen des Münsteraner Abgeordneten Hüffer dazu, daß sich durch die Fahrspuren Hohlwege bildeten, die bei Nässe zu unpassierbaren Schlamm- und Wasserkanälen wurden, zumal keinerlei Wassergräben angelegt waren. Dichte und erhöhte Wallhecken zu beiden Seiten der Wege, - von den Anliegern liebevoll gepflegt, um ein Ausweichen der Fuhrleute auf ihre Äcker zu verhindern, - vergrößerten dieses Dilemma bei jedem münsterländischen Landregen.

Aber auch auf den kunstmäßig angelegten Chausseen gab es Stellen, die in ihrem Naturzustand blieben und bei Fuhrleuten und Postillonen gefürchtet waren. Das galt auf dem Weg von Münster über Hamm nach Unna der Sandstrecke zwischen Hamm und Pelkum.

Da damals noch die Staatsstraßen an den Grenzen der Städte endeten, die eigenes Pflaster und eigene Brücken unterhielten, konnte es nach Zahlung des städtischen Wegegeldes immer wieder Überraschungen geben:

Ein Bericht über die Straßen im Herzogtum Westfalen aus dem Jahre 1803 lautet in einem kleinen Auszug:

„Einige der bedeutendsten Städte ausgenommen, sind fast alle Orte ungepflastert und haben höchstens einen schmalen Fußweg an den Häusern her, der von großen Bruchsteinen und Granitstücken nachlässig zusammengesetzt ist. Der mittlere, für das Fuhrwerk bestimmte Teil der Straße ist meistens mit Morast und Untiefen angefüllt.

Hierzu kommt noch die angeführte Sitte, den Mist unmittelbar vor den Häusern aufgehäuft und ausgebreitet zu finden, so daß man genötigt ist, über diesen hinweg zu schreiten, um nach der Haustüre zu kommen. Dies vermehrt die Unreinlichkeit der Straßen außerordentlich, und Städte und Dörfer bekommen dadurch ein widrig schmutziges und oft ekelhaftes Aussehen, was denn auch durch die Polizei, die man überhaupt in Westphalen nur dem Namen nach kannte, keine Änderung leidet.

Überhaupt ist der Hang zur Unreinlichkeit nicht zu verkennen und scheint durch Erziehung und Gewohnheit verjähret zu sein. Kinder dürfen auf den Straßen der Natur freien Lauf lassen und selbst Erwachsene genießen sich wenig in diesem Punkte. Die Abtritte sind fast alle auf den Gassen sichtbar und machen mit dem Anblicke der vielen Misthaufen einen widrigen Eindruck. Arnberg leidet hierin eine ziemliche Ausnahme.

... Der unlängst von der [Hessen-]Darmstädtischen Organisations-Kommission gegebene Befehl zur Reinigung

der Stadt Geseke, durch welche die Post- und Hauptstraße von Paderborn nach den westlichen Landschaften in die Rheingegenden ziehet, bewirkte ein merkwürdiges Beispiel: Kaum hatte man angefangen, den Unrat wegzuschaffen, als sich unter diesem das schönste seit Menschengezeiten nicht sichtbar gewesene Kieselplaster zeigte und die Stadt auf einmal auf eine unerwartete und auffallende Art verschönerte.“

Wer nun versucht sein sollte, dies dem Krummstab des Kölner Erzbischofs zuzuschreiben, sei über die Grafenschaft Mark eines Besseren belehrt.

Der Westphälische Anzeiger verteilte nämlich am 1. Juli 1808 eine „Rüge, Unna und Camen betreffend: In den Städten Unna und Camen sind die Hauptstraßen so sehr mit Bau- und Brandholz belegt, daß an manchen Stellen beinahe nur so viel Raum übrig bleibt, daß ein Gefährt hergehen kann. In ersterer Stadt, - gemeint ist Unna -, stehet sogar eine Holzschneidebank auf der Straße und verengt dieselbe bis beynahe zur Hälfte.“

Aus dem gleichen Jahre heißt es dann über Hagen am 1. Juli 1808: „Wer von Schwelm nach Hagen reiset, bemerkt mit Vergnügen, wie romantisch und schön aus dem Gebirge zur linken mehrere, nicht ohne bedeutende Kosten neu angelegte Wege hervorgehen und den Bewohnern dieser Gegend die Verbindung mit der Hauptstraße erleichtern.

In der Gegend von Hagen verliert sich dieser angenehme Eindruck aber nicht allein ganz, sondern sobald man auch dieses sonst so wohl gebaute Städtchen nur erreicht und das Stadtwegegeld bezahlt hat, muß man sich eine geraume Strecke durch einen fast grundlosen, übelriechenden Kloak hinwinden, welcher sogar zur Herbst- und Winterzeit von den darin gestürzten Pferden, zerbrochenem Fuhrwerk etc. etc. nicht selten ganz gesperrt wird.“

Es erscheint müßig, noch weitere und auch recht prominente Zeugen über das westfälische Straßenwesen vorzutragen. Da wären gar Heinrich Heine oder die Fürstin Pauline zur Lippe zu nennen, deren jüngst erschienene Reisetagebücher eine wahre Fundgrube darstellen.

Trotz aller grobenteils berechtigten Kritik am Straßenbau zu Beginn des 19. Jahrhunderts muß den Straßenbauern, - also den Beamten, die im Gutachten des Provinziallandtages als die „Unterbedürftigkeiten“ angesprochen wurden, - ein großes Lob für ihren Fleiß und ihre Erfolge beim Straßenbau angesichts auch damals schon geringer Mittel ausgesprochen werden.

Von hier konnte nur ein erster Einblick in grobenteils noch unbearbeitete Seiten der westfälischen Verkehrs- und Wirtschaftsgeschichte gegeben werden.

Was freilich der Chausseebau den Zeitgenossen bedeutete, das hat der Iserlohner Landrat Peter Eberhard Müllensiefen im Jahre 1830 formuliert, als er für den Bau der Aktienstraße von Schwerte nach Letmathe warb:

„Wo Kunststraßen bestehen, da ladet der Landmann mit größerer Schonung seines Viehes und Geschirrs leicht das Doppelte auf seinen Frachtwagen. Da werden die Preise aller Lebensbedürfnisse in den Schranken der Billigkeit gehalten. Da blühen Handel und Gewerbe. Da er-

folgt die Einrichtung öffentlicher Abgaben ohne Druck und Anstrengung. Da wachsen die Häuser gleichsam aus der Erde hervor. Da steigen die angrenzenden Grundstücke im Preise. Da wird die Wüste bevölkert. Da freuen sich friedliche Bewohner ihres Daseins unter dem Schutze milder Gesetze.“

* Vgl. Bruns, Alfred [Bearb.]: Die Straßen im südlichen Westfalen. Münster: 1992, 391 S. zahlr. Abb., 3 Karten in Falttasche. DM 35,- (Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Veröffentlichungen aus dem Archiv des Landschaftsverbandes hrsg. vom Westfälischen Archivamt. VAL 1)

Quellenwert von Bauordnungsakten aus der Sicht der Denkmalpflege

von Hans H. Hanke

Baudenkmäler können wir als gebaute Archivalien betrachten, die gemeinsam mit schriftlichen, bildlichen und allen anderen historischen Quellen unser kulturelles Erbe darstellen. Die Problematik ist stets dieselbe: Die einzelne Quelle mag auf den ersten Blick noch so interessant und vielseitig sein, ohne die Einordnung in ihr historisches Umfeld bleibt ihre Aussagekraft beschränkt. Darum fordert das 1980 verabschiedete Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen in § 1.1: „Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen...“¹

Daß Denkmäler zu erfassen, zu erforschen und zu dokumentieren seien, gehörte bereits Anfang des 19. Jahrhunderts zu den Forderungen des Begründers der preußischen Denkmalpflege, Karl Friedrich Schinkel.² Zuletzt

faßte sie Eberhard Grunsky als Landeskonservator Westfalens anlässlich des 10jährigen Bestehens des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes 1991 zusammen: „Da es bei der Feststellung der Denkmaleigenschaft nicht auf subjektive Werturteile und auf ästhetische Würdigungen, sondern auf wissenschaftlich abgesicherte, also nachvollziehbare und jederzeit nachprüfbare Ergebnisse ankommt, sind in jedem einzelnen Fall möglichst gründliche Kenntnisse über das betreffende Objekt erforderlich. Um seine heutige Substanz bewerten zu können, muß zunächst seine Entstehungs- und seitherige Lebensgeschichte geklärt werden. Neben genauen Beobachtungen am Objekt selbst müssen dafür auch alle erreichbaren Schrift- und Bildquellen herangezogen werden. Es ist etwa zu ermitteln, wann von wem, in wessen Auftrag und zu welchem Zweck ein Gebäude errichtet wurde. Die Frage, welche Bedeutung ihm zu sei-



1. Villa in Geseke, Nordmauer. Architekt Prof. Otto Fiedering, Hannover 1936. (Westfälisches Amt für Denkmalpflege)



2. Schwedische Siedlung in Essen, Steinstraße, errichtet 1950/51. Fertigbauweise in Holz mit massiv gemauertem Treppenhaus. (Hanke)

ner Entstehungszeit beigemessen wurde, bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Bewertung.“³

Im Gegensatz zu landläufigen Meinungen können Sie aus diesem Aufgabenkatalog erkennen, daß ein Baudenkmal wohl niemals aus sich selbst heraus spricht, sondern eindeutig Artikulationshilfe benötigt. Die übertragende Hilfe sind dabei die Aktenbestände der Bauordnungsämter. Sie liefern überwiegend alle Daten zu genehmigungspflichtigen Bauvorhaben, Umbauten, Anbauten oder Modernisierungen seit etwa 1850 / 70, in Einzelfällen sogar aus früheren Zeiten. Zumeist enthalten sie auch eine Vielzahl von vermeintlichen Nebensächlichkeiten, die aber das soziale oder wissenschaftliche Umfeld jedes einzelnen Untersuchungsobjektes erhellen. Die Akten der Bauaufsichtsämter stellen fast ausnahmslos die einzige kontinuierliche, und damit brauchbare Überlieferungsgeschichte eines Bauwerkes dar.

Die Informationen, die für die Denkmalpflege aus den Bauordnungsakten zu gewinnen sind, möchte ich Ihnen kurzgefaßt an sieben Beispielen zeigen. Ganz besonders möchte ich dabei auf die Probleme aufmerksam machen, die mit einer Verfilmung solcher Akten einhergehen, sind sie doch danach nicht selten der Vernichtung preisgegeben. Daß solche Träume vom papierlosen Büro eindeutig dem Archivgesetz widersprechen, soll wiederum nicht mein Thema sein. Die folgenden Beispiele sind mit Absicht wenig spektakulär, denn für die gut beobachteten „Meisterwerke der Baukunst“ stellt sich das Problem des Informationsverlustes kaum.

In Geseke steht eine Villa, die wegen ihrer qualitätvollen Ausführung und ihrer offensichtlich im ursprünglichen Zustand und Umfang erhaltenen Baudetails Aufmerk-

samkeit verlangte (Abb. 1).⁴ Der Bau konnte von der bloßen äußeren Ansicht wohl in die dreißiger Jahre d. Jhs. datiert werden, mehr war aber nicht zu erkennen. Ausgehend von den Bauakten ergab sich folgendes: Das Gebäude wurde 1936 für einen Bauunternehmer errichtet und war tatsächlich seitdem weitgehend unverändert geblieben. Architekt war Prof. Otto Fiederling. Fiederling hatte von 1930 bis in die sechziger Jahre den Lehrstuhl für Raumkunst und Städtebau an der TH Hannover inne. Er nahm damit Einfluß auf die in Westfalen tätigen Architekten, die seinerzeit zum großen Teil in Hannover ausgebildet wurden. Neben einigen guten Schul- und Kirchenbauten ist sein einfühlsamer Entwurf für den Wiederaufbau der Bochumer Altstadt aus den Jahren nach 1948 bekannt. Mit dieser Villa kann erstmals auch ein früher und aufwendiger Privatbau Fiederlings nachgewiesen werden, der um so wichtiger ist, als Fiederling ihn seinen Studenten oft als vorbildlich gelungen gezeigt haben soll.

Aussagekräftige Einzelheit im heutigen Baudenkmal ist, daß das Haus bereits 1936 mit einem Luftschuttkeller versehen wurde. Dies entspricht - wie hinlänglich bekannt - der kriegsvorbereitenden nationalsozialistischen Baugesetzgebung, die hier an einem privaten Bauvorhaben im Mittelpunkt des damaligen Deutschen Reiches besonders anschaulich überliefert wird.

Die Villa bietet also hinsichtlich ihrer Gestaltung und Ausstattung einen Eindruck vom Stand der Lehre an einer zentralen Technischen Hochschule Deutschlands während der dreißiger Jahre. Sie vermittelt Normen für den Vergleich mit anderen Bauleistungen dieser Zeit.

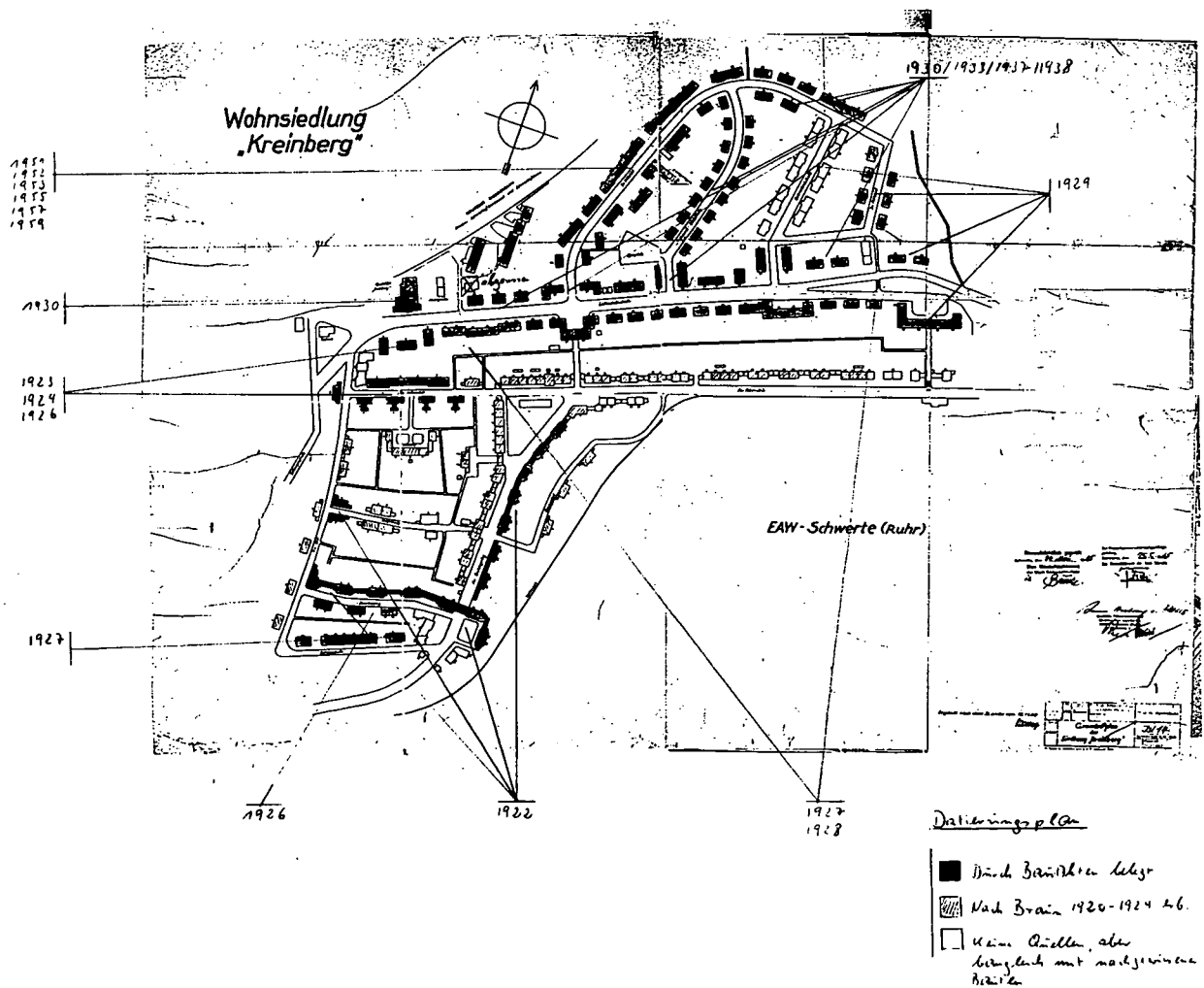
In Essen befindet sich eine Siedlung, die wohl nur dem geübten Betrachter durch ihr geschlossenes Erschei-

nungsbild und ihre ältere Verkleidung mit Leichtbaufeln auffällt (Abb. 2).⁵ Der Blick in die Bauakten zeigte, daß es sich hier um eine 1950/51 aus Schweden gelieferte Fertigbausiedlung in Holzbauweise handelt, die bis heute nahezu unverändert ist. Sie wurde von Schweden zur Behebung der Wohnungsnot in Deutschland wohl gespendet oder aber zu günstigen Bedingungen abgegeben. Um die Errichtung dieser Siedlung entwickelte sich eine quälende Auseinandersetzung, denn die Baubehörden sahen sich nicht in der Lage, eine Baugenehmigung zu erteilen, da die Fertigbauweise nicht den deutschen Bau-normen entsprach. Das Ministerium für Wiederaufbau mußte schließlich eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Die Siedlung und ihre nur in den Bauakten überlieferte Geschichte ist eine wichtige Quelle der bisher nur ansatzweise geklärten Zusammenhänge um die Entstehung und den Verbleib der sog. „Notbauten“ aus der Nachkriegszeit.

In Schwerte liegt die ausgedehnte Siedlung Kreinberg, die 1920 bis 1959 für die Arbeiter und Angestellten des bedeutenden Eisenbahn-Ausbesserungswerkes Schwerte errichtet wurde.⁶ Über die Siedlung waren nur lückenhafte Informationen aus der örtlichen Literatur zu gewinnen. Über Änderungen am Inneren oder Äußeren

war durch Besichtigungen nichts zu erfahren. Ebenso wenig war klar, was denn genau zur Siedlung gehörte, und ob die Anlage überhaupt nach Plan vollendet worden war. Die Siedlung konnte in ihrer historischen Qualität also nicht eingeschätzt werden. Glücklicherweise existierten noch eine Vielzahl von Bauakten, die den Gesamtzusammenhang eindeutig machten: Die Siedlung entstand in Planungseinheit mit den Werkstätten des Eisenbahn-Ausbesserungswerkes. Es bestand von Anfang an für die Gesamtfläche der Siedlung ein Bebauungsplan, der in mehreren zusammenhängenden Bauabschnitten 1922 bis 1959 verwirklicht wurde. Der Vergleich mit den Bauplänen zeigte, daß sämtliche Bauabschnitte nahezu unverändert erhalten sind. Mit seinen anspruchsvoll gestalteten Straßen- und Platzräumen sowie Fassaden bietet die Siedlung heute ein gutes Beispiel für die Sozialfürsorge eines öffentlichen Arbeitgebers über einen großen Zeitraum hinweg. Außerdem bietet die Siedlung einen architekturgeschichtlich interessanten Überblick von den Formen einer barockisierenden Moderne über den Expressionismus bis hin zur Architektur der fünfziger Jahre.

Von großer regionaler Bedeutung ist, daß von 1938 bis 1959 Carl H.J. Schmitz (1885 - 1962) alleiniger Architekt für die Siedlungsbauten war. Er führte neben zahlreichen



3. Lageplan der Siedlung Kreinberg in Schwerte, Stand 1965 mit aktuellen Angaben des Verf. zur Baugeschichte. (Bauordnungsakte Schwerte)

privaten und öffentlichen Bauten bereits 1913/14 das Schwerter Rathaus aus.

Anhand der Bauakten ließ sich nun auch eine eindeutige Abgrenzung der Siedlung vornehmen. Eindeutige Abgrenzungen gehören im Sinne der Rechtssicherheit zu den unverzichtbaren Voraussetzungen jeder Unterschutzstellung gemäß dem Denkmalschutzgesetz NW.

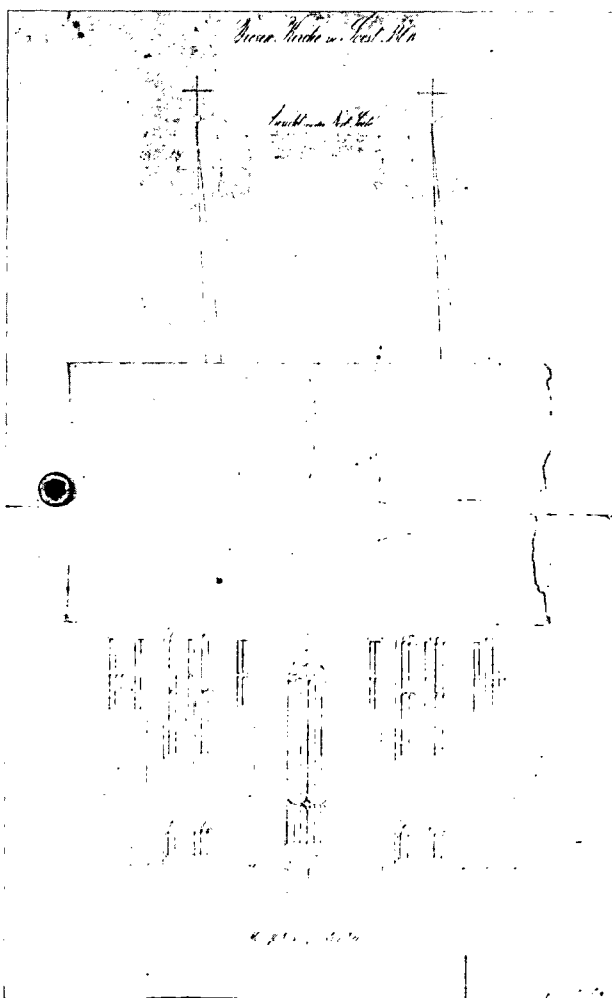
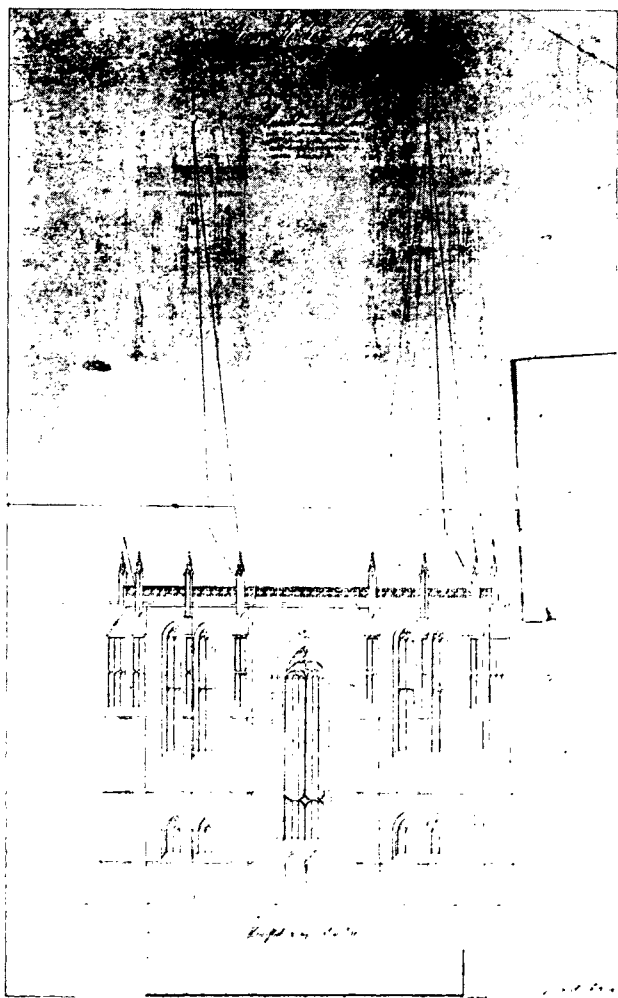
Die gesamten Kenntnisse zur Siedlung Kreinberg konnten nur auf der Basis der Bauakten gewonnen werden. Einige Pläne waren 1,50 x 1,20 m groß, andere waren sehr verblaßt, die Planungsverantwortlichen konnten fast überall nur an schwach lesbaren Kürzeln erkannt werden. Es scheint mir mehr als unwahrscheinlich, daß die großen Pläne und die undeutlichen Signaturen bei einer Verfilmung mit der notwendigen Sorgfalt dokumentiert werden würden (Abb. 3).

Die Wiesenkirche in Soest gehört als Hallenkirche zu den wichtigen deutschen Bauten. Nachdem ihr Bau 1313 - 1529 vorläufig abgeschlossen worden war, wurde sie 1846 bis 1882 vollendet und wiederhergestellt. Aus der Vorbereitungsphase bestehen noch Entwürfe mit Planungsalternativen zur Turmgestaltung. Interessieren soll uns hier ein Transparentpapier, das - als Klappe auf die Westfassadenansicht gelegt - eine Variante angibt (Abb. 4, 5).⁷ Mit solchen Transparentzeichnungen wird von Architekten während der Entwurfsphase viel gearbeitet.

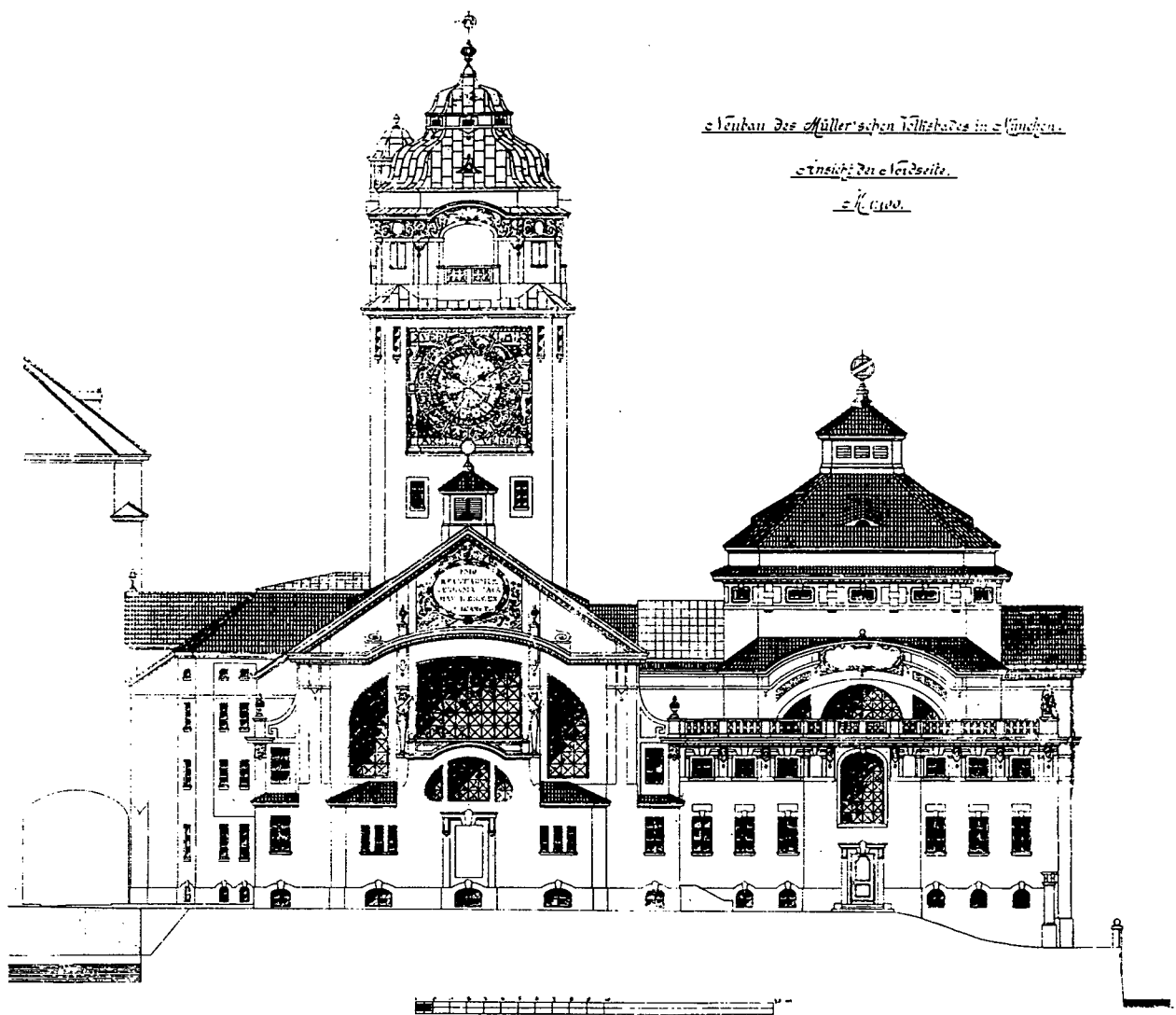
Dort wo sie überliefert sind, vertiefen sie das Verständnis für die endgültig getroffene Wahl der Bauform. Gerade solche Transparentzeichnungen werden in einer Verfilmung aber wohl kaum quellengerecht übernommen.

Verfilmungen geben die Quellen in schwarz-weiß wieder. Verloren gehen damit alle Informationen zu farbkompositorischen Aspekten der Architektur, die aber immer eine wesentliche Rolle spielten.⁸ Sowohl für die kunsthistorische Interpretation als auch für eine denkmalgerechte Restaurierung sind darum farbig gefaßte Quellen von größter Bedeutung. Kolorierte Ansichten wie die von Karl Hochedler zum Müllerschen Volksbad in München von 1897 (Abb. 6) oder Erich Mendelsohns Entwurf von 1925 (Abb. 7) finden sich tatsächlich selten in den Bauakten.⁹ Sie dienen darum auch als Vorbilder für die fachgerechte Sanierung stilistisch ähnlicher Bauten, deren ursprüngliche Farbigkeit nicht mehr feststellbar ist. Kolorierte Architekturansichten erhalten durch ihren künstlerischen Anspruch und ihre Seltenheit also einen hohen Wert und müssen vor unachtsamen Umgang besonders geschützt werden.

Einer der wichtigsten Gründe, farbige Originale nicht für schwarz-weiße Reproduktionen preiszugeben, sind aber die Grundrisse in den Bauakten (Abb. 8). Dort werden die verwendeten Materialien wie Glas, Holz, Stein oft farbig unterschieden.¹⁰ Noch wichtiger sind aber die farbigen Unterscheidungen bei Umbauarbeiten: Rot bezeichnet



4./5. Baurat Cuno, Entwürfe zur Westfassade der Wiesenkirche in Soest 1840 / 41. Abb. 4 ohne ..., Abb. 5 mit aufgelegtem Transparentpapier. (Im Wandel der Zeiten. 100 Jahre Westfälisches Amt für Denkmalpflege. Katalog, hrsg. vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Amt für Denkmalpflege, und dem Museum für Kunst- und Kulturgeschichte Dortmund. Münster 1992, Beitrag Ursula Quednau, S. 354 f.)



6. Karl Hocheder, Müllersches Volksbad München, Aufriß Nordseite, 1897, Pause, im Original farbig aquarelliert auf Zeichenkarton. (Nerdinger, Winfried, Hrsg: Die Architekturzeichnung. München 1985, S. 149)

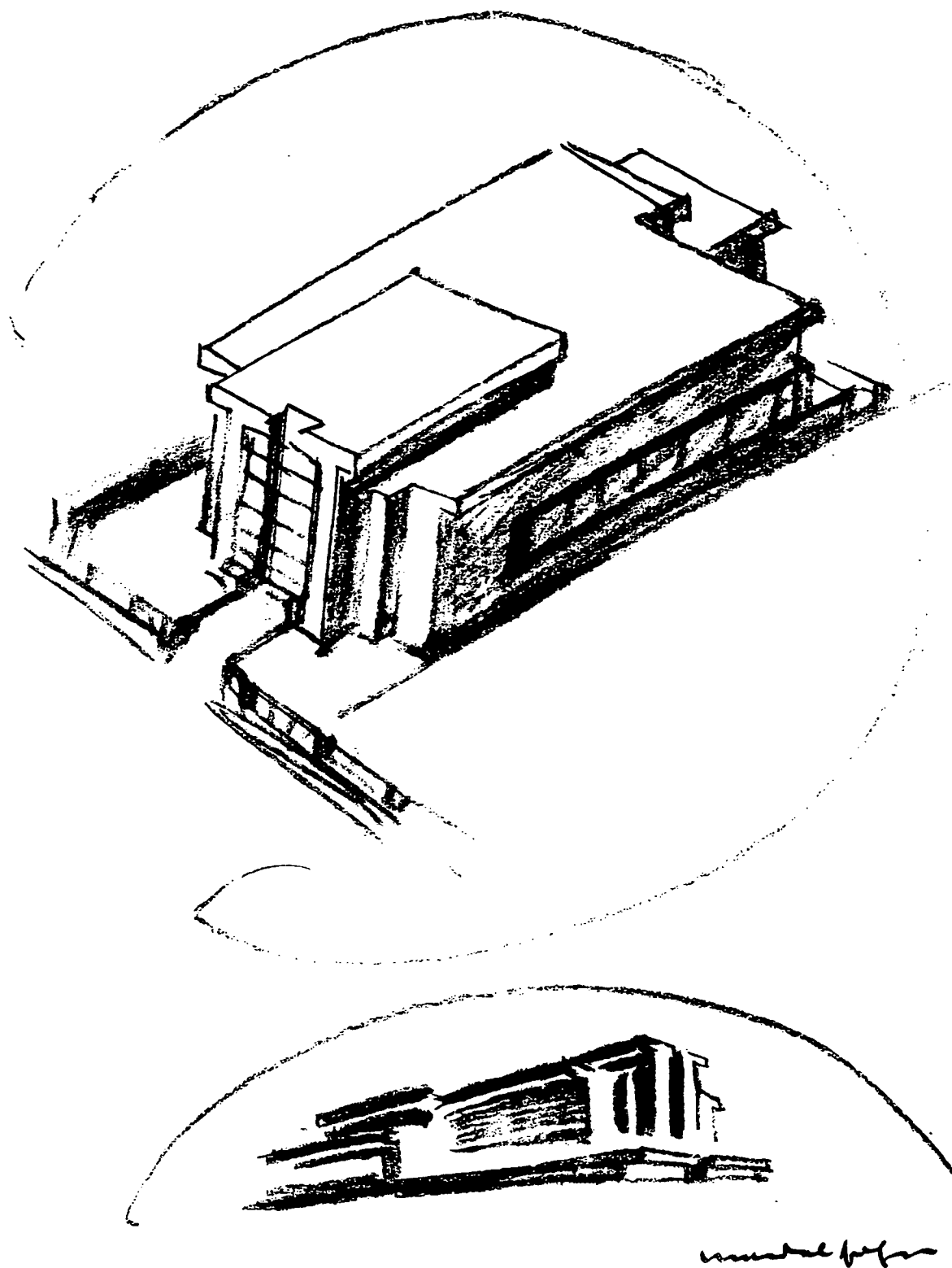
dort meistens massiv gemauerte Einbauten, Gelb Abbrüche und Blau Wasserinstallationen usw. Die farbigen Umbaupläne geben noch nach Jahrzehnten Aufschluß über die im Baudenkmal vorhandene Originalsubstanz und damit auch über die zulässigen Baumaßnahmen und die rechtlich notwendige Abgrenzbarkeit des Denkmals. Außerdem kann man aus der Farbe oft auch den Autoren einer Änderung erkennen. Die Bauaufsicht zeichnet z.B. notwendige Planänderungen meistens grün ein. Solche Farbunterschiede werden bei der Verfilmung bestenfalls zu unterschiedlichen Grauschattierungen, deren Sinn kaum noch entschlüsselt werden kann.

Dies waren einige Beispiele aus der denkmalpflegerischen Praxis und der Literatur. In Westfalen gibt es zur Zeit rund 21.000 gesetzlich eingetragene Baudenkmäler, etwa dieselbe Zahl muß in den nächsten Jahren auf eine Denkmaleigenschaft hin geprüft werden. Von all diesen Objekten in denkmalpflegerischer Obhut sind rd. 75 % Privateigentum, stehen also nicht im Eigentum von Kirchen, Kommunen, Land oder Bund, bei denen eine Bauaktenüberlieferung noch eher erwartet werden kann.¹¹ Insbesondere die privaten Hausbesitzer verfügen meist

nicht über ältere Unterlagen zu ihrem Eigentum. Die Gründe dafür sind der häufige Eigentumswechsel, Kriegsschäden oder schlicht Nachlässigkeit. Bei den Hausbesitzern selbst läßt sich der Stellenwert eines Hauses darum nicht immer hinreichend feststellen. Außerdem würde es ein Vielfaches an Organisation erfordern, mit Tausenden von Hauseigentümern über die Einsichtnahme in ihre Unterlagen zu verhandeln. Die gut überlieferten Bestände der Provinzial-Feuerversicherungen geben über die eigentliche Baugestalt der Häuser kaum Auskunft.

Der zentrale Zugriff auf die originalen Bauordnungsakten bei den Kommunen ist die einzige vertretbare und praktikierbare Möglichkeit, dem Denkmalrecht die wissenschaftlich notwendigen und gesetzlich geforderten Forschungsgrundlagen bereitzustellen. Wenn Bauakten fehlen, wird die denkmalpflegerische Arbeit mühsam und unsicher. Bauordnungsakten gehören zum „Rüstzeug“ der Denkmalpflege.

Ich wende mich hiermit ausdrücklich gegen alle Vorhaben zur Bauakten-Vernichtung nach Verfilmung. Das Problem der ständig steigenden Aktenflut verkenne ich

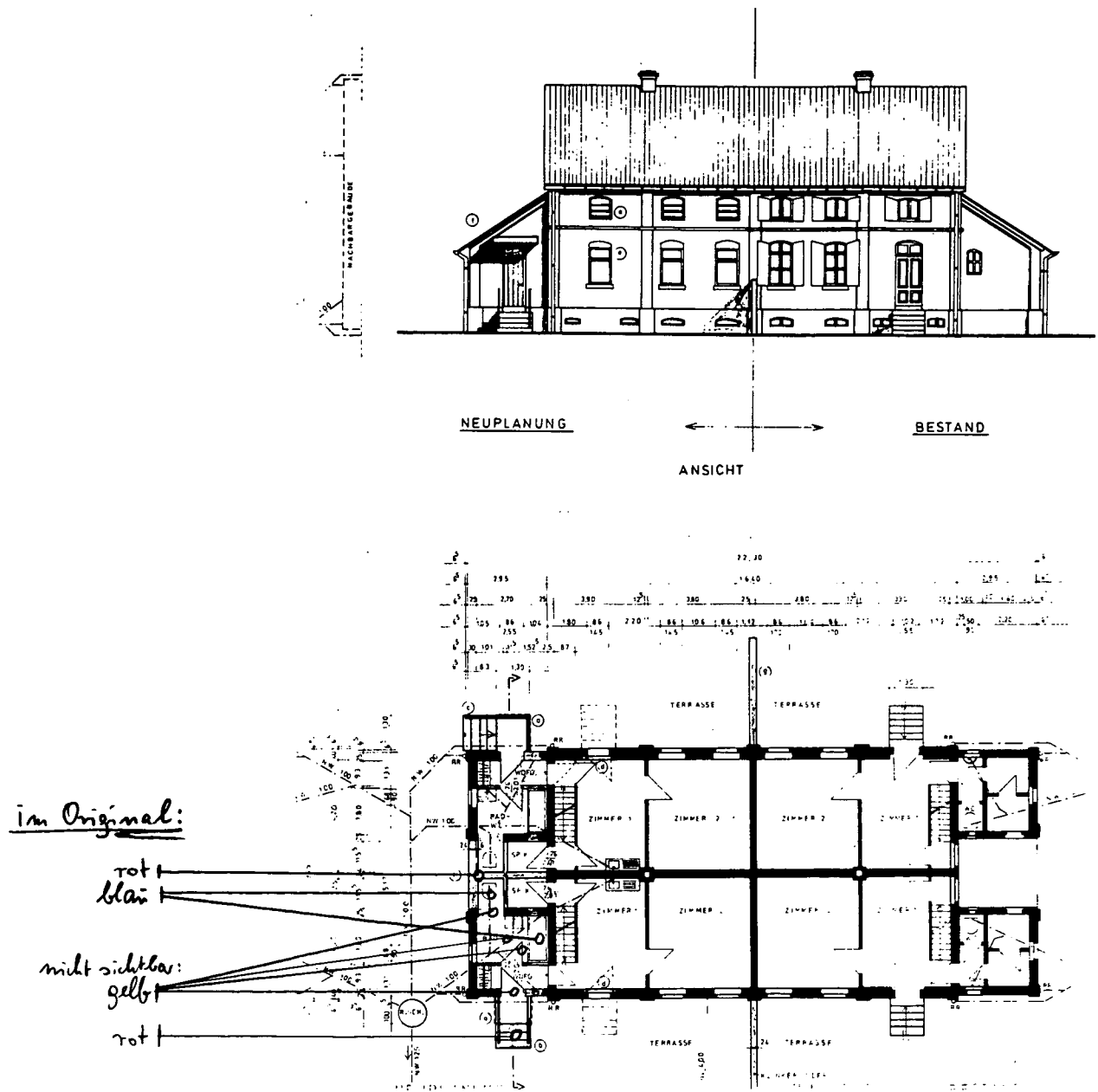


erich mendelsohn . 3.26.

7. Erich Mendelsohn, Perspektive Haus Aron, Im Original Bleistift farbig auf Transparent. (Nerdinger, Winfried, Hrsg: Die Architekturzeichnung. München 1985, S. 177)

dabei nicht. Ebenso spreche ich mich nicht etwa gegen die eigentliche Aktenverfilmung aus. Trotz ihrer oben gezeigten wesentlichen Nachteile bleibt die Verfilmung ein wertvolles Sicherungsmittel. Mir ist auch bewußt, daß seit etwa 1975 Bauakten verfilmungsgerecht geführt werden.

Hier geht es nur um die Altakten bis etwa 1975. Alle Planungen zur Raum- und Kosteneinsparung im Verwaltungswesen dürfen nicht die historisch gewachsenen und unwiederbringlichen Altbestände der Bauordnungsakten schädigen. Sie sind - wie unsere Baudenkmäler - Teil des kulturellen Erbes.



8. Arbeiterwohnhauses von 1897 mit Umbauplan von 1977. Im Original farbige Einzeichnungen hier nachträglich durch Verf. markiert. (Westfälisches Amt für Denkmalpflege)

Anmerkungen:

- 1 Memmesheimer, Paul Artur / Upmeier, Dieter / Schönstein, Horst Dieter: Denkmalrecht Nordrhein-Westfalen. Kommentar. Köln (2) 1989. (Kommunale Schriften für Nordrhein-Westfalen; 46)
- 2 Zur Literatur s. Grunsky a.a.O. und Kiesow, Gottfried: Einführung in die Denkmalpflege. Darmstadt 1989
- 3 Grunsky, Eberhard: Erfassen und Erforschen als Grundlage von Denkmalschutz und Denkmalpflege. In: Grätz, Reinhard / Lange, Helmut / Beu, Hermannjosef: Denkmalschutz und Denkmalpflege. 10 Jahre Denkmalschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen. Köln / Bonn 1991, S. 81 - 87; Ders.: Kunstgeschichte und die Wertung von Denkmälern. In: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, 1991 Heft 2, 107 - 118
- 4 Angaben nach Bauordnungsakte aus Geseke und Objektakte des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege: Geseke, Nordmauer 22
- 5 Bauakten der Stadt Essen, Kleine Steinstraße
- 6 Bauakten der Stadt Schwerte: Siedlung Kreinberg; Braun, Jürgen: Zur Geschichte des Eisenbahn-Ausbesserungswerkes Schwerte (Ruhr) im Zeitraum 1913 - 1967. Staatsarbeit Ruhr-Universität Bochum. Schwerte 1980; Hallen, Gerhard, Hrsg.: Schwerte. Meinerzhagen 1982; Möhling, Anneliese, Hrsg.: Carl H.J. Schmitz - Schwerte. Spuren im Stadtbild - 1913 bis 1962. Horb am Neckar 1988
- 7 STA MS Kartensammlung A 11433, Westfassade Wiesenkirche, Baurat Cuno 1840 / 41; In: Im Wandel der Zeiten. 100 Jahre Westfälisches Amt für Denkmalpflege. Katalog, hrsg. vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Amt für Denkmalpflege, und dem Museum für Kunst- und Kulturgeschichte Dortmund. Münster 1992, Beitrag Ursula Quednau S. 348 - 385
- 8 Nerdinger, Winfried, Hrsg.: Die Architekturzeichnung. München 1985; Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg.: Farbe im Hoch- und Städtebau. Dortmund 1980; Darmstadt, Christel: Fassaden gestalten mit Farbe. Bochum 1983
- 9 Nerdinger a.a.O., S. 149, 177
- 10 S. Neufert, Ernst: Bau- und Entwurfslehre. Berlin (1) 1936, (2) 1959 ff.; häufig sind diese Pläne auch Dokumente vergangener Produktionstechniken, denkt man etwa an Blaupausen oder die frühen Lichtpausen auf Transparentpapier in Negativ-Technik.
- 11 Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NW: Stand der Unterschutzstellungen in Nordrhein-Westfalen am 1.1.1992. Baudenkmäler, Bodendenkmäler, bewegliche Denkmäler, Denkmälbereiche. Aufstellung Düsseldorf 21. Februar 1992

Überlieferungen zur Geschichte der Elektrifizierung in Westfalen in öffentlichen und privaten Archiven

von Theo Horstmann

Im Jahre 1895 erschien unter dem Titel „Die Elektrizität im Dienste der Menschheit“ ein Buch aus der Feder Alfred von Urbanitzkys, einem der führenden Elektroingenieure der damaligen Zeit. „Es gewinnt den Anschein“, prophezeite Urbanitzky darin, als ob durch die Nutzung der jungen Energie Elektrizität „ein neues Zeitalter, eine neue Epoche in der Culturgeschichte der Menschheit beginnen sollte. Fragen wir nach der Ursache, welcher die Elektrizität ihre Macht, ihre Bedeutung verdankt, so wird uns diese Frage dadurch beantwortet, daß wohl keine Naturkraft sich so leicht in fast beliebige Entfernungen leiten und in jede gewünschte Form der Kraft verwandeln läßt.¹ Knapp einhundert Jahre später findet sich Urbanitzkys Voraussage bestätigt. Die Nutzung der Elektrizität als universelle Energie war eines der Schlüsselereignisse für die Entstehung der modernen Industriegesellschaft. Ökonomen und Historiker schreiben dieser Innovation im Zusammenwirken mit anderen Erfindungen die Qualität

einer „Zweiten Industriellen Revolution“ zu, in ihrer Tragweite vergleichbar der Rolle der Dampfmaschine für den ersten Industrialisierungsschub. Die Ende des 19. Jahrhunderts beginnende säkulare Entwicklung wirkte in zwei Richtungen: Sie rief einerseits Elektrizitätswirtschaft und Elektroindustrie als neue Industriezweige hervor und sie wurde andererseits zum Auslöser tiefgreifender Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt der Menschen.

Um die Geschichte der Elektrifizierung in Westfalen und um die Frage, in welchen Überlieferungen sich dieser Prozeß historiografisch fassen läßt, geht es im folgenden Beitrag. Dabei wird in einem ersten Schritt die Elektrifizierung im regionalen Rahmen als historisches Phänomen knapp skizziert. Sodann soll nach den wesentlichen archivalischen Quellen zur Geschichte der Elektrifizierung in Westfalen gefragt werden.² Schließlich soll am



Abb. 1: Städtisches Elektrizitätswerk Dortmund. Maschinenhalle des Kraftwerkes an der Weißenburger Straße. Mit Drehstromgeneratoren (links) und Gleichstrom-Generatoren (rechts). 1897 (Aufnahme: VEW-Archiv Dortmund)

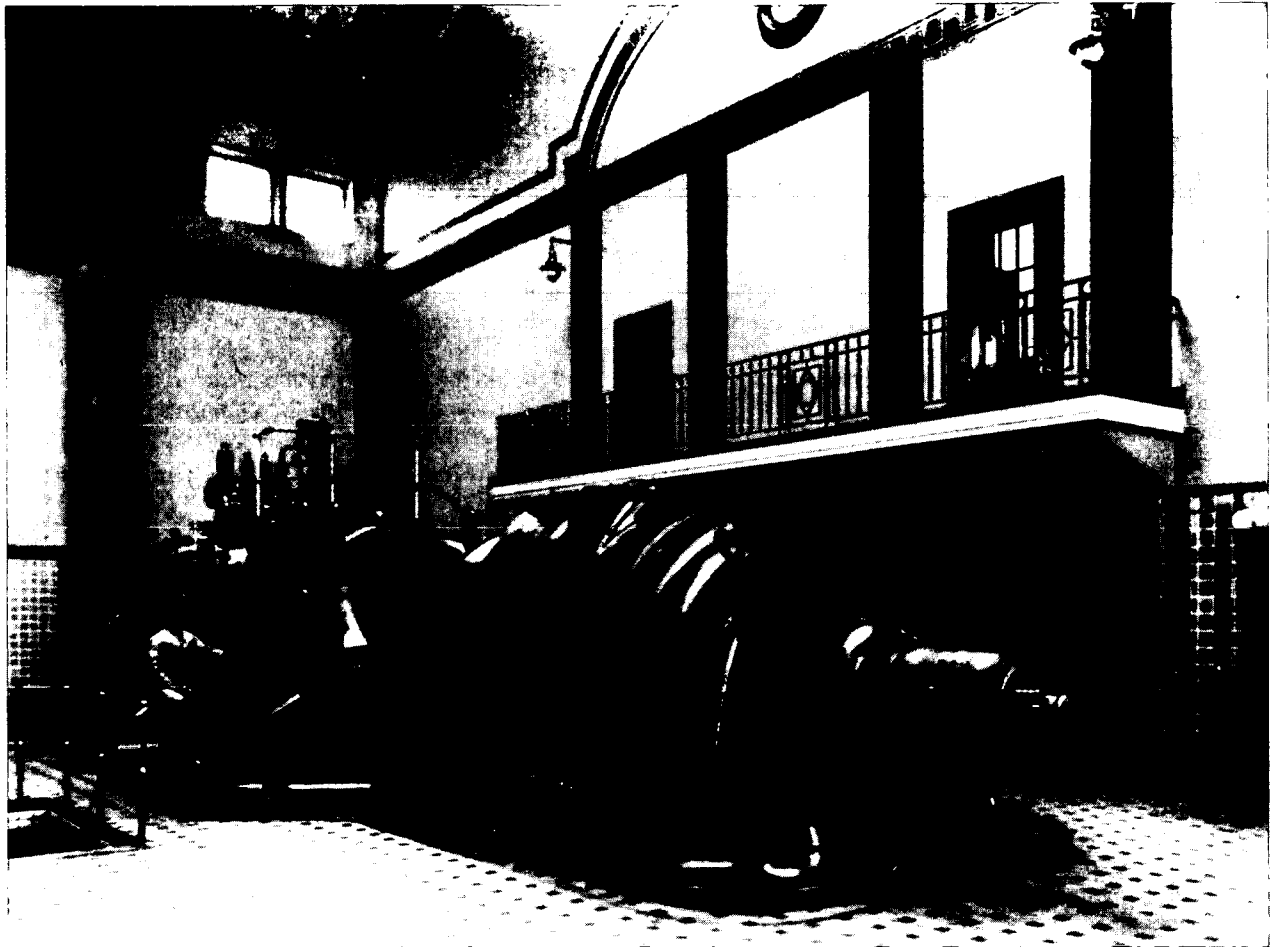


Abb. 2: Gemeinschaftswerk Hattingen. Erster Turbinengenerator mit einer Leistungsfähigkeit von 8 400 Kilowatt, der seinerzeit größten Nennleistung im Deutschen Reich. 1912
(Bildnachweis: VEW-Archiv Dortmund)

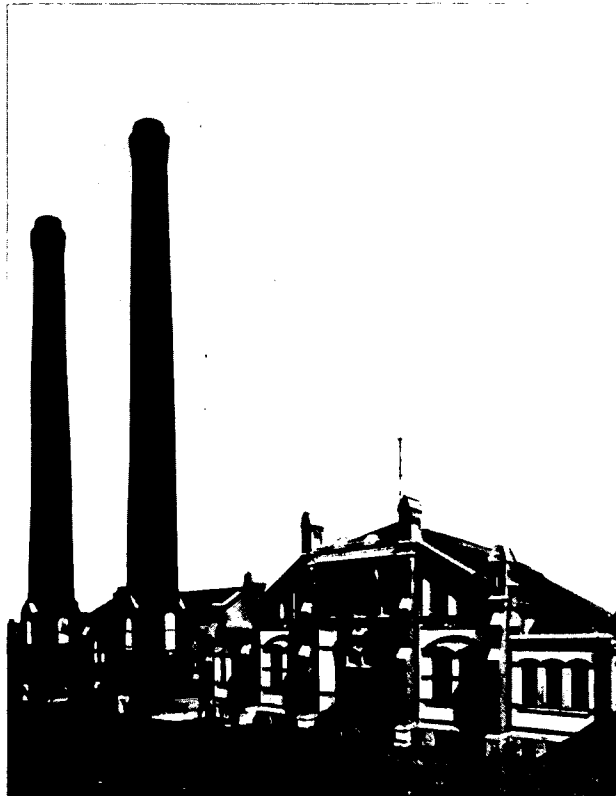


Abb. 3: Städtisches Elektrizitätswerk Dortmund. Fassade der Hauptstation, Weißenburger Straße. 1897
(Bildnachweis: VEW-Archiv Dortmund)

Beispiel einer für die regionale Geschichte wichtigen Überlieferung, den Beständen des Fotoarchivs der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), eine Quellengattung vorgestellt und der ihr innewohnende Aussagegewert diskutiert werden.

1. Zum Prozeß der Elektrifizierung in Westfalen

In Westfalen hielt der elektrische Strom um die Mitte der 1880er Jahre Einzug in den Gewerbe- und Industrieregionen zur Beleuchtung von Fabrik- und Zechenanlagen. Das elektrische Licht wurde zum Wegbereiter der neuen Energie, während der maschinelle Antrieb weiterhin durch Dampf- oder Wasserkraft erfolgte.³ Der Strom für derartige Beleuchtungssysteme wurde in sogenannten „Einzelanlagen“ durch die Betreiber selbst erzeugt. Die Elektrifizierung in den Städten hinkte der der Industrie hinterher. Als erste legten dort Kaufhäuser, Gaststätten und Theater - Einrichtungen mit regem Publikumsverkehr also - elektrische Lichtanlagen an. Sicherheitsaspekte und die strahlende Helligkeit sprachen für die elektrische Beleuchtung. Vereinzelt leisteten sich auch wohlhabende Privathäuser den Luxus des elektrischen Lichts.

Der Übergang zur nächsten Etappe der Elektrifizierung - dem sog. Blockbetrieb - war fließend: Besitzer einer zunächst als Einzelanlage betriebenen Elektrizitätsquelle versorgten benachbarte Häuser, Geschäfte oder Fabriken mit Strom. Charakteristisch läßt sich diese Entwicklung in Bochum nachzeichnen, wo für die elektrische Be-

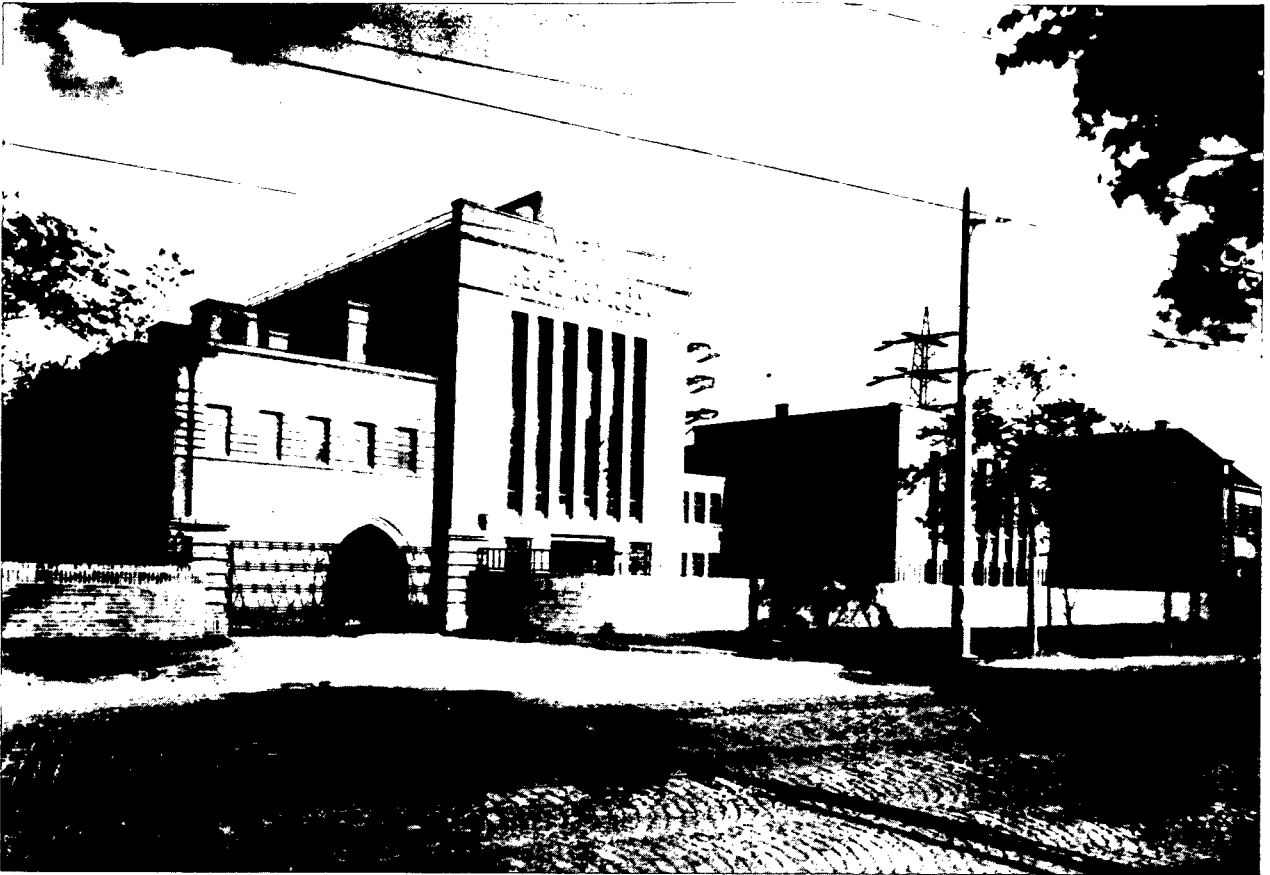


Abb. 4: 110-Kilovolt-Umspannwerk Recklinghausen 1928
(Foto: VEW-Archiv Dortmund)

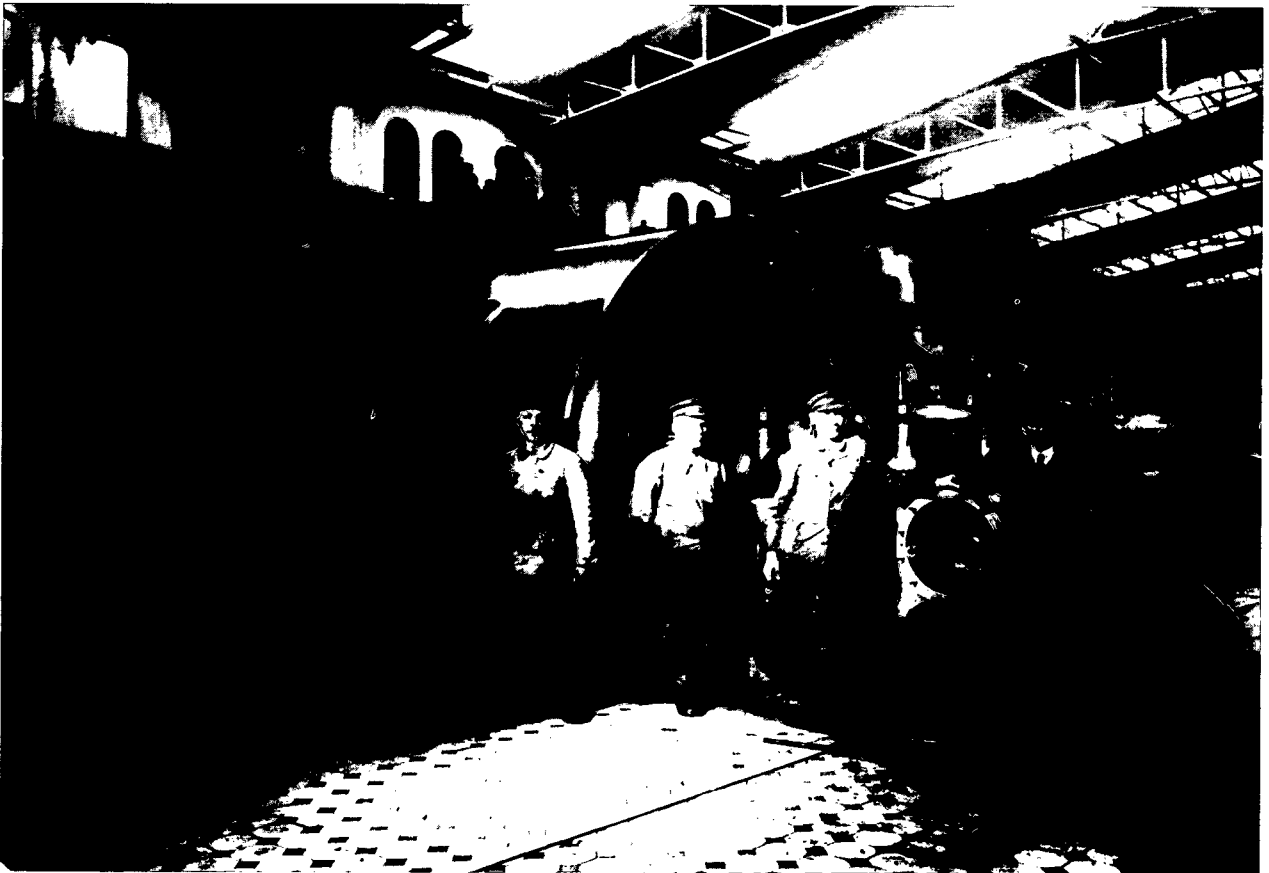


Abb. 5: Kraftwerk Kruckel, Maschinisten bei Revisionsarbeiten. Um 1935



Abb. 6: Stationäre elektrische Staubsaugeranlage in einem Dortmunder Privathaus. 1912

leuchtung des Rathauses im Dezember 1892 eine Dynamomaschine installiert worden war, die gleichzeitig Läden im benachbarten Geschäftsviertel mit Strom belieferte.⁴

Bis dahin hatten sich alle Elektrifizierungsmaßnahmen im privaten Bereich abgespielt. Den folgenreichen Schritt zu einer öffentlichen Stromversorgung erfolgte in Westfalen relativ spät. Nach der Stadt Gevelsberg, die 1890 eine Gleichstromzentrale geschenkt bekam, taten ihn 1897 Neheim und Dortmund. Dabei wurde das Dortmunder Werk für Westfalen richtungweisend: Seine Größenordnung markierte einen Qualitätssprung, denn mit 2000 Kilowatt elektrischer Leistung zählte es zu den größten Kraftwerken im Deutschen Reich. Darüber hinaus war von Beginn an auf die großflächige Versorgung von Industrie und Gewerbe mit dem modernen Drehstrom abgestellt worden. Auch war die Tendenz zur Zentralisierung der Stromerzeugung in großen Kraftwerken unübersehbar geworden.⁵

Nach der Jahrhundertwende begann vereinzelt die Elektrifizierung in den ländlichen Regionen von Sauerland und Münsterland. Im Sauerland hatte 1896 das Lenne-Elektrizitätswerk in Werdohl bereits die Versorgung mehrerer Ortschaften mit Drehstrom aufgenommen. Im Münsterland errichtete die Stadt Münster 1902 ein kommunales Elektrizitätswerk, während in den Dörfern und Klein-

städten häufig Gewerbetreibende - etwa Mühlen, Brennereien und Schreinereien - oder bäuerliche Elektro-Genossenschaften die elektrische Energie lieferten.⁶ Dennoch blieb die Nutzung der Elektrizität wegen der hohen Kosten für den Kraftwerks- und Netzbau zunächst ein vorwiegend städtisches Privileg.

Den Schritt, über die städtische Versorgung hinaus auch ländliche Regionen durch große Überlandzentralen mit Drehstrom zu beliefern, taten in Westfalen das 1906 in Hagen gegründete Elektrizitätswerk Mark, das 1906 in Bochum gegründete Elektrizitätswerk Westfalen und seit 1908 das Westfälische Verbands-Elektrizitätswerk in Kruckel bei Dortmund. Mit der Überlandversorgung waren am Vorabend des ersten Weltkrieges die technischen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen für die extensive Elektrifizierung Westfalens geschaffen worden. Der zügige Elektrifizierungsprozess, ausgehend von elektrischen Einzelanlagen für singuläre Bedürfnisse über Blockstationen für nur wenige Stromkonsumenten hin zur großräumigen öffentlichen Versorgung für viele Verbraucher, zeigte den durchschlagenden Erfolg der neuen Energie. Zunächst eine relativ exklusive Angelegenheit, wurde die Elektrizität bald eine alltägliche Selbstverständlichkeit.

Die öffentliche Stromversorgung bildete die Voraussetzung für eine breite Nutzung der neuen Energie und war



Abb. 7: Elektrisch angetriebene und beleuchtete Schleiferei Klusendick, Menden. 1913

Ausgangspunkt weitreichender Umwälzungen in Wirtschaft, Technik und Verkehr, im gesellschaftlichen wie im privaten Bereich.⁷ So stand mit dem Strom für Handwerk und Kleingewerbe jetzt die billige und bequeme Antriebsenergie zur Verfügung, die diese seit der Industrialisierung vermißt hatten. Der als „der beste Geselle“ apostrophierte Elektromotor entsprach den Forderungen, die ein Handwerker an eine Betriebsmaschine stellte: Er war kostengünstig, kompakt, von hoher Betriebsbereitschaft und einfach zu bedienen.

Die Industrie interessierte sich bald für mehr als nur die elektrische Beleuchtung. Im Bergbau wurden die Bewetterungs- und Aufbereitungseinrichtungen, die Wasserhaltung oder die Streckenförderung elektrisch angetrieben. Seit 1902 standen auf Zechen des Ruhrgebietes die ersten großen elektrischen Schacht-Fördermaschinen. Die Eisen- und Stahlindustrie elektrifizierte vor allem den Walzbetrieb und die Transporteinrichtungen oder produzierte in Elektroöfen Stahl. Die Großindustrie erzeugte zu einem hohen Grad die von ihr benötigte elektrische Energie selber, suchte aber dennoch den Anschluß an die öffentliche Stromversorgung. Die Zementindustrie Ostwestfalens, die Textilindustrie des Westmünsterlandes und die Kleineisenindustrie des Sauerlandes hatten nur über beschränkte Möglichkeiten der Eigenerzeugung verfügt. Sie zählten nach der Elektrifizierung ihrer Produktionsanlagen zu den wichtigsten Stromverbrauchern. Im Fertigungsbereich eröffnete der Elektromotor die Chance

eines qualitativen Wandels der industriellen Produktion. Die Ausrüstung jeder Werkzeugmaschine mit einem elektrischen Einzelantrieb erlaubte durch Flexibilität und Mobilität die Vertiefung der innerbetrieblichen Arbeitsteilung und leitete den Wandel vom traditionellen Werkstattprinzip zur ergebnisgebundenen Fertigung ein. Sie mündete schließlich im Fließband.

In der Landwirtschaft begann die Elektrifizierung vor dem Ersten Weltkrieg mit der Überlandversorgung im Münster- und Sauerland. Neben der Beleuchtung der Dörfer standen die elektrischen Antriebe für landwirtschaftliche Maschinen im Mittelpunkt. Die Elektrizität wurde als Mittel gegen die „Leutenot“ empfohlen: Maschinen statt Menschen sollten den Bauern die Höfe bewirtschaften helfen.

Die helle und saubere Beleuchtung der Wohnung durch das elektrische Licht öffnete dem Strom den Weg in den wohlhabenden Privathaushalt. Erst allmählich führten Preissenkungen für Elektrizität und neue Metallfadenglühlampen zur stärkeren Verbreitung der elektrischen Beleuchtung. Während des Ersten Weltkrieges gingen notgedrungen auch die ärmeren Bevölkerungskreise zur elektrischen Beleuchtung über, weil das traditionelle Leuchtmittel Petroleum knapp und teuer geworden war. Im besseren Haushalt hielt die Elektrizität ihren Einzug auch für Koch- und Wärmegeräte und bald tauchten die heute typischen Haushaltsgeräte wie das Bügeleisen,



Abb. 8: Elektrische Straßenbeleuchtung in Arnsberg. Ende der 1920er Jahre
(Foto: VEW-Archiv Dortmund)

der Staubsauger oder die ersten elektrisch angetriebenen Waschmaschinen auf. „Das elektrische Dienstmädchen ist im Anmarsch“, lautete 1911 die Verheißung für die bürgerliche Hausfrau, „und die schreckliche Dienbotenfrage findet vielleicht von dieser Seite her eine Lösung.“⁸

Die Elektrifizierung war ein langfristiger Prozeß von weitreichender sozialer, ökonomischer, politischer und technischer Bedeutung. Sie schuf, so der liberale Nationalökonom Joseph Schumpeter, neue Industrien und Waren, neue Einstellungen, neue Formen sozialen Handelns und Reagierens. Am Ende dieser Entwicklung steht eine Welt, die ohne elektrische Energie nicht mehr vorstellbar ist.

2. Quellen zur Geschichte der Elektrifizierung

Wie läßt sich nun dieser komplexe, hier knapp skizzierte Prozeß archivalisch fassen? In welchen Überlieferungen und in welchen Quellen schlagen sich die vielschichtigen Aspekte des Elektrifizierungsprozesses - seien sie technik- und wirtschaftsgeschichtlicher, sozial- und umweltgeschichtlicher, bau-, regional- oder stadtgeschichtlicher Art - nieder? Die Antwort hierauf ist für einige Fragen recht einfach, für andere äußerst kompliziert. Die Scheidelinie verläuft ziemlich exakt zwischen jenen Problemstellungen, deren Erkenntnisinteressen auf die Erzeugung und Verteilung der Elektrizität zielen und denen, die die Anwendung der Elektrizität durch die verschiedenen Nutzer in den Mittelpunkt rücken.

2.1 Quellen zur Erzeugung von Elektrizität

In neueren Darstellungen zur Industrialisierungsgeschichte Deutschlands wird die Bedeutung der Region als Untersuchungsraum gegenüber dem Nationalstaat hervorgehoben. Vergleichende Industrialisierungsfor- schung auf regionaler Basis, so die These, zeichne ein differenzierteres Bild und ließe vielfältigere Erklärungsansätze für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen zu, als dies hochaggregierte Ansätze gestat- teten.⁹ Diese Feststellung trifft mit Sicherheit für die Elek- trifizierung als einem Teilaspekt der Industriellen Revolu- tion zu, die in ihren Anfängen gar nicht anders als lokal bzw. regional aufgearbeitet werden kann. Die Elektrizität wurde seit der Mitte der 1880er Jahre aus technischen, finanziellen und nachfragepolitischen Gründen zu un- terschiedlichen Zeiten, über einen längeren Zeitraum und an verschiedenen Orten punktuell eingeführt. Die Elektri- fizierung gestaltete sich für etwa zwanzig Jahre als ein örtliches Phänomen; nach der Jahrhundertwende wuchs sie, durch technische Neuerungen gefördert, allmählich in eine regionale Dimension hinein und trat dann auf der Anbieterseite in Gestalt großräumig agierender, Kreis-, Provinz- und Ländergrenzen überschreitender Elektri- zitätsunternehmen auf den Plan. Erst als Ergebnis einer rund 50jährigen Expansionsphase entstand das flächen- deckende System eines landesweit vermaschten Elektri- zitätsnetzes, das regionale Unterschiede nivellierte und erheblich dazu beitrug, das wirtschaftliche Stadt-Land- Gefälle abzubauen.



Abb. 9: Elektrisch angetriebene Dreschmaschine auf einem Bauernhof im Kreis Soest 1954
(Foto: VEW-Archiv Dortmund)

2.1.1 Überlieferungen in öffentlichen Archiven

Weil die lokale Perspektive gerade für die Anfänge der öffentlichen Elektrizitätsversorgung entscheidend ist, sind auch die Quellen zu ihrer Erforschung zunächst im lokalen Bereich zu suchen. Die Chancen, in den kommunalen oder staatlichen Archiven fündig zu werden, stehen sehr gut für den Zeitraum, seit dem es eine öffentliche Stromversorgung gab - in Westfalen also seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Der wesentliche Grund hierfür liegt im deutschen Kommunalrecht als dem ordnungspolitischen Rahmen für die Energieversorgung, das den Gemeinden einen entscheidenden Einfluß zuschreibt. Danach betrachteten die Kommunen die Elektrizitätsversorgung entweder als Element kommunaler Daseinsfürsorge - vergleichbar der Gas- und Wasserversorgung - und traten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung als Gründer von Elektrizitätswerken in Erscheinung oder sie schlossen auf der Grundlage des kommunalen Wegerechtmonepols mit privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich organisierten Elektrizitätswerken gegen die Zahlung einer Abgabe sog. Konzessionsverträge zur Stromversorgung ab.¹⁰ Auf die eine oder andere Weise wurden die Kommunen stets maßgeblich in den Prozeß der Elektrifizierung eingebunden. Diese zentrale Rolle führte in der Regel zu einem umfänglichen aktenmäßigen Niederschlag in der kommunalen Überlieferung.¹¹ So dokumentieren etwa im Stadtarchiv Dortmund 67 Aktenbände den gesamten Elektrifizierungsprozeß von den ersten zaghaften Diskussionen im Jahre 1886 bis in die 60er Jahre unseres Jahrhunderts hinein. Fündig wird der Forscher in verschiedenen kommunalen Überlie-

ferungen: denen der Ratsgremien, des Magistrats, der Kämmerei, der Bauverwaltung, oder - je nach Organisation - denen der Dezernate und der Beteiligungsverwaltung.

Mit der fortschreitenden Ausbreitung der Elektrizität und der Konzentration der Elektrizitätsunternehmen zu größeren Einheiten waren teilweise heftige politische Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Interessen verbunden. Auch hier liefern die kommunalen Archive reichhaltiges Quellenmaterial, weil die Gemeinden entweder als Parteien direkt in die Konflikte involviert waren oder über ihre Präsenz in den Aufsichtsgremien intime Kenntnis von den Auseinandersetzungen erhielten. Aber auch die Bezirksregierungen und das Oberpräsidium Münster wurden als Schlichter oder als Aufsichtsinstanzen in die Streitigkeiten hineingezogen. Deshalb ist entsprechendes Material auch in den Überlieferungen dieser Behörden zu finden.¹²

2.1.2 Überlieferungen in westfälischen Elektrizitätsunternehmen

Den kommunalen Quellen kommt für die lokale Elektrifizierungsgeschichte eine Schlüsselfunktion zu, doch dürften auf der Erzeugerseite die Überlieferungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen vergleichbar wichtig sein. Die Struktur der Stromversorgung in Westfalen entspricht der im übrigen (West-)Deutschland. Nebeneinander beliefern Großunternehmen wie das RWE mit Regionalversorgungen in Siegen und Gelsenkirchen oder die VEW in Dortmund, regionale Versorgungsunterneh-



Abb. 10: Werbefotografie für die elektrische Beleuchtung um 1910 (VEW-Archiv Dortmund)

men wie die AVU (Gevelsberg), Elektromark (Hagen), die EMR (Herford) oder die PESAG (Paderborn) sowie zahlreiche Stadtwerke - die größten unter ihnen in Bielefeld, Bochum und Münster - die Gemeinden mit Strom. Für eine Geschichtsschreibung, die den Fortgang der lokalen bzw. regionalen Elektrifizierung thematisiert oder sich mit der Unternehmensgeschichte eines bestimmten Elektrizitätswerkes beschäftigt, sind die Überlieferungen der westfälischen Energieunternehmen nahezu unverzichtbar. Ein knapper Überblick zur Archivsituation dort vermittelt ein recht uneinheitliches Bild:¹³ In keinem der Unternehmen existiert ein hauptamtlich betreutes Archiv, das nach klassischer Definition Dokumentengut planmäßig erfaßt, verwahrt, ordnet und erschließt, um dieses der Forschung zugänglich zu machen. Allerdings verfügen mehrere Gesellschaften über Einrichtungen, die historisches Material sammeln. So besitzt die PESAG Aktiengesellschaft ein Unternehmensarchiv, dessen Unterlagen bis in das Gründungsjahr 1909 zurückreichen. Es umfaßt Akten, Druckschriften und Fotografien und ist auf Anfrage auch für externe Benutzer zugänglich. Die Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg GmbH (EMR) verfügt ebenfalls über ein Unternehmensarchiv im Umfang von ca. 150 Regalmetern. Es archiviert u. a. die Personalakten seit der Gründung des Unternehmens im Jahre 1909, Geschäftsunterlagen, Drucksachen und Fotografien. Ein Zugang für externe Benutzer ist nicht möglich. Die Stadtwerke Bielefeld GmbH unterhalten ein Archiv, das für den Bereich der Elektrizitätsversorgung ca. vier Regalmeter umfaßt. Es enthält Dokumente seit dem Beginn der Stromversorgung in Bielefeld im Jahre 1900, soweit diese nicht durch Kriegsereignisse verloren gingen. Die Quellen stehen in begründeten Fällen nach vorheriger Absprache der Forschung zur Verfügung. Die Stadtwerke Bochum GmbH verfügt seit 1971 über ein Fotoarchiv,

Nur beim gefahrlosen elektr. Licht



Abb. 11: Werbung für die elektrische Beleuchtung 1913 (VEW-Archiv Dortmund)

während die Aktenüberlieferung nicht zentral erfaßt wird. Ein Zugang ist eventuell auf Anfrage möglich. Die Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen (AVU) hat damit begonnen, ein Unternehmensarchiv aufzubauen, das gegenwärtig noch nicht sehr umfangreich ist, dessen Überlieferungen aber bis in das Jahr 1890 zurückreichen. Eine Benutzung durch externe Forscher ist nicht möglich. Die RWE-Energie Regionalversorgung EMScher-Lippe in Gelsenkirchen verfügt über kein Archiv, während die Regionalversorgung EW Siegerland über einige Archivalien vom Jahre 1902 ab verfügt, die Interessenten offenstehen. Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) besitzen ebenfalls kein Aktenarchiv, verfügen allerdings über ein beachtliches Fotoarchiv, auf dessen Bestände unten näher eingegangen wird. Forschern ist eine Benutzung nach Voranmeldung möglich.

Als Resümee bleibt festzuhalten, daß im Bereich der westfälischen Energiewirtschaft von keinem Unternehmen eine systematische Archivpflege betrieben wird. Die Überlieferungen sind deshalb lückenhaft, und der Zugang zu den vorhandenen Materialien wird uneinheitlich gehandhabt. Dennoch dürfen bei der Quellensuche diese Einrichtungen nicht außer acht gelassen werden.

In den öffentlichen Archiven wie in den Unternehmensarchiven ist relevantes Material für eine Fülle von Fragestellungen greifbar - seien es Aspekte der Stadt- und Regionalgeschichte, der Technik- und Unternehmensgeschichte, der Bau- und Architekturgeschichte oder der politischen Implikationen der Elektrifizierung. Für sozial- und wirtschaftshistorische Fragen aber, die die Konsequenzen der Elektrifizierung für die Nutzer der neuen Energie in den Mittelpunkt des Interesses rücken, wird der Forscher in diesen Archiven nur sporadisch fündig.



Abb. 12: Werbewagen der VEW 1938
(VEW-Archiv Dortmund)

Hier müssen ergänzende Provenienzen, Überlieferungen und Quellen herangezogen werden, die allerdings nicht leicht zu finden sind.

2.2 Quellen zur Anwendung der Elektrizität

Vor einigen Jahren machte Lutz Hatzfeld auf die Tatsache aufmerksam, daß die weitreichenden Konsequenzen, die der Schritt zur Nutzung der Elektrizität im industriellen Produktionsprozeß zeitigt habe, in der Geschichtsschreibung noch nicht hinreichend thematisiert worden seien.¹⁴ Diesem Diktum ist nicht nur zuzustimmen; es kann generalisiert werden hinsichtlich der Bewertung der Rolle, die die Elektrifizierung für die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft insgesamt gespielt hat. Gefordert wären also regional und sektoral differenzierte Untersuchungen, die nach den Konsequenzen der Anwendung der Elektrizität bei den verschiedenen Nutzungsformen fragten. Vielleicht ist für das historiografische Desiderat die räumliche Zersplitterung der Elektrifizierung eine Ursache, vielleicht ist die Quellenproblematik entscheidend. Zwar wäre es besonders fruchtbar, die Anwenderseite intensiver zu beleuchten, weil dort jene sozioökonomischen Umwälzungen Platz griffen, die als Langzeitwirkungen der Elektrifizierung zu konstatieren sind. Aber gerade hier liegen die größten Überlieferungsprobleme. Die Neuerungen spielten sich weitgehend im privaten Bereich ab und deshalb sind Überlieferungen in öffentlichen Archiven in der Regel nicht zu erwarten. Das gleiche gilt für die der öffentlichen Stromversorgung vorausgehende private Elektrifizierung, die in der staatlichen Überlieferung nicht nachvollziehbar ist.

Bei den industriellen Nutzern des Stroms sind die Chancen, die Veränderungen durch die Elektrizität in schriftlichen Quellen fassen zu können, noch am größten. Vereinzelt liegen hierzu entsprechende Überlieferungen z. B. für die Eisen- und Stahlindustrie im Hoesch-Archiv oder für die Metallindustrie des märkischen Sauerlandes im Westfälischen Wirtschaftsarchiv vor. Über das aber, was sich im Haushalt, im Handwerk oder in der Landwirtschaft an Wandlungen vollzog, findet sich hingegen nur vereinzelt die eine oder andere zeitgenössische Reflexion. Von einer systematischen und umfassenden Überlieferung kann nicht gesprochen werden. Archivalische Funde sind Zufall und entsprechend selten.¹⁵ An ihrer Stelle müssen andere Quellen weiterhelfen: So können für den Anwendungsbereich gegenwärtig noch Formen der Oral History greifen, denn die elektrotechnischen Innovationen liegen noch nicht allzuweit zurück.¹⁶ Festzuhalten bleibt allerdings, daß der spektakulärste Teil des Elektrifizierungsprozesses der quellenmäßig am schwersten faßbare ist. Die Spürnase des Forschers und der Zufall müssen schon Pate stehen, um wenigstens Einzelfälle archivalisch dokumentieren zu können.

3. Fotografien als Quellen zur Elektrifizierung: Beispiele aus dem Fotoarchiv der VEW

Eine Quellengattung, die häufig im Schatten der schriftlichen Quellen steht, die aber angesichts der skizzierten Überlieferungslücken weiterhelfen kann, ist die Fotografie. Einen immensen Fundus an Fotodokumenten zur Elektrifizierung Westfalens birgt das Fotoarchiv der VEW. Dieser umfangreiche Bestand stellt hinsichtlich seiner Quantität wie seiner Qualität zumindest für den westfäli-



Abb. 13: „Illegaler Lippeübergang“ während der Ruhrbesetzung bei Dorsten, 1924.

Die Lippe bildete die Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet und durfte legal nur mit einem Paß überschritten werden. Hier dienten zwei Freileitungsmasten auf beiden Ufern, zwischen denen Seile gespannt waren, als improvisierter Übergang. (VEW-Archiv Dortmund)

der Staubsauger oder die ersten elektrischen Raum, aber wohl auch darüber hinaus, eine Besonderheit dar.

Das Archiv der VEW birgt einen Bestand von rund 30.000 Fotografien, die den Zeitraum vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die unmittelbare Gegenwart hinein abdecken.¹⁷ Ihr thematischer Bezug ist eindeutig: Es sind Industriefotografien zu Erzeugung, Verteilung und Anwendung der Stroms seit den Kindertagen der Elektrifizierung im Raum Westfalen. Auftraggeber der Fotografien waren die Gründerunternehmen der VEW und - seit deren Fusion im Jahre 1925 - die VEW selbst. Die Fotografien entstanden häufig für Dokumentationszwecke. Bauaufnahmen, die etwa alle Phasen der Errichtung eines Kraftwerkes minutiös belegten, stellen den größten Teil des Archivbestandes dar. Ein erheblicher Teil der Fotografien diente Werbezwecken oder der Illustrierung von Kundenzeitschriften; für Unternehmensdokumentationen und Werkszeitschriften wurden gleichfalls zahlreiche Fotografien angefertigt. Der vorhandene Bestand an Fotografien ist trotz spezifischer Lücken, die sowohl im Zeitablauf als auch in der Überlieferung einzelner Werke vorhanden sind, in seiner Komplexität bemerkenswert.

Die Fotografien thematisieren mit der Elektrifizierung eine relativ junge Entwicklung, die durch das Medium nahezu umfassend dokumentiert wird. Die Abbildungen zeigen die Entstehung eines ganzen Industriezweiges im Raum Westfalen. Sie dokumentieren die wahrnehmbare Veränderung von Stadt und Land durch neuartige Bauwerke, die Arbeit und Alltag revolutionierende Technik, die gänzlich neuen Arbeitsplätze bei der Produktion und Verteilung des Stroms.

Fotografien werden gegenwärtig als neue Quellengattung für die Geschichtswissenschaft entdeckt.¹⁸ Das Bild als historische Quelle gewinnt für Fragen der Technik- und Wirtschaftsgeschichte, der Stadt- und Regionalgeschichte, der Unternehmens- und Sozialgeschichte eine zunehmende Bedeutung. Die methodischen Probleme bei der Nutzung der Fotografie als historische Quelle dürfen nicht übersehen werden: Fotografien bilden stets nur einen Ausschnitt einer optisch wahrnehmbaren Oberfläche zu einem bestimmten Zeitpunkt ab und sind damit in ihrer Aussagefähigkeit eingeschränkt. Sie zeigen im vorliegenden Fall z. B. nichts über die politischen Konflikte und wirtschaftlichen Interessengegensätze, die den Elektrifizierungsprozeß begleiteten. Dennoch: entscheidend ist, mit welchen Fragen und welchem Interesse der Betrachter quellenkritisch an die Fotografien herantritt, um in ihnen zu lesen und aus ihnen Erkenntnisgewinn zu ziehen.

Für bestimmte Fragestellungen bietet der Fotobestand der VEW einen Einblick in Ablauf und Auswirkungen der Elektrifizierung - soweit sie sich der visuellen Erfassung nicht verschloß. Einige Beispiele sollen diese Aussage belegen: Ein wichtiger maschinen-technischer Fortschritt schlägt sich in der Gegenüberstellung der beiden Fotografien von der Maschinenhalle des Kraftwerks Dortmund von 1897 (Abb. 1) und der Maschinenhalle des Gemeinschaftskraftwerks Hattingen von 1911 (Abb. 2) nieder: in Dortmund treiben noch Dampfmaschinen direkt gekuppelte Generatoren, während in Hattingen bereits die heute gebräuchlichen Turbo-Generatoren installiert sind. Nicht nur technikgeschichtlich, auch kunsthistorisch belegen die beiden Fotografien einen tiefen Bruch:



Abb. 14: Transformatoren-Transport in Neheim. Anfang der 1920er Jahre
(Foto: VEW-Archiv Dortmund)

Das Dortmunder Kraftwerk ist innen recht schmucklos gehalten, während das von der AEG errichtete Kraftwerk in Hattingen eindeutig die gestalterische Handschrift des großen Industrie-Designers Peter Behrens trägt.

In die gleiche Richtung geht auch der bau- und stilgeschichtliche Vergleich zwischen Architektur Fotografien vom Kraftwerk Dortmund (Abb. 3), das in seinen Bauformen reinen Historismus verkörpert, und dem Umspannwerk Recklinghausen aus dem Jahre 1928 (Abb. 4), das ein Musterbeispiel für das „Neue Bauen“ der Zwanziger Jahre im Bereich der Industriearchitektur darstellt.

Sozialgeschichtliche Aspekte finden sich in zahlreichen Fotografien wieder: Von dem völlig neuen Beruf des Kraftwerkers etwa (Abb. 5) läßt sich ein plastischeres Bild gewinnen als aus Aktenüberlieferungen.

Vor allem die Anwendung der Elektrizität in verschiedenen Bereichen und zu unterschiedlichen Zeiten spiegelt sich in Fotografien mannigfaltig wider. Die Teppichreinigung mittels Staubsauger 1912 (Abb. 6), die elektrifizierte Schleiferei in Menden 1913 (Abb. 7), die elektrische Straßenbeleuchtung in Arnsberg gegen Ende der Zwanziger Jahre (Abb. 8) oder die elektrischen Dreschmaschinenantriebe um 1950 (Abb. 9) dokumentieren vielgestaltige Nutzungen. Allerdings darf gerade bei diesen Abbildungen wegen des ursprünglich häufig angestrebten Werbeeffekts die kritische Distanz nicht fehlen.

Andererseits lassen bestimmte Werbebotschaften Rückschlüsse auf die Adressaten und damit auf die Verbreitung der Elektrizität zu: Sind bei der Werbefotografie des Jahres 1910 (Abb. 10) noch eindeutig die sozialen Mittel- und Oberschichten als Zielgruppe der Stromwerbung

angesprochen, richtet sich die inhaltlich unveränderte Werbebotschaft des Jahres 1913 (Abb. 11) unzweifelhaft an städtische Arbeiterhaushalte - ein Indiz dafür, daß eine elektrische Beleuchtung zu dieser Zeit keinen absoluten Luxus mehr bedeutete. Auch in der Fotografie eines Werbewagens aus dem Jahre 1938 (Abb. 12) finden sich wirtschafts- wie sozialgeschichtliche Entwicklungen dokumentiert.

Die Fotografien aus dem VEW-Archiv können auch für von der engeren Thematik losgelöste Erkenntnisinteressen, etwa für zeitgeschichtliche Fragen, hilfreich sein. Die Abbildung 13 aus dem Jahre 1924 zeigt einen illegalen Übergang über die Lippe bei Dorsten während der Ruhr-Besetzung, wo unterhalb einer Hochspannungsleitung eine provisorische Brücke zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet eingerichtet wurde. In der Fotografie eines Gespanns in Neheim um 1930 (Abb. 14) wird die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen deutlich: die Konfrontation von traditionellen Verkehrsmitteln und neuester Technik in Gestalt eines Hochspannungstransformators.

- 1 Alfred von Urbanitzky, Die Elektrizität im Dienste der Menschheit, Wien-Pest-Leipzig 1895, S. 3
- 2 Dabei kann es nicht darum gehen, für jede Frage einen detaillierten Einzelnachweis zu führen, sondern um grundlegende und generelle Bemerkungen zur Quellenlage für eine Elektrifizierungsgeschichte Westfalens. Die Konzentration auf archivalische Überlieferungen bedeutet natürlich nicht, daß gedruckten Quellen in Form von Statistiken, Firmenfestschriften, Geschäftsberichten, Zeitungsartikeln u. ä. für eine Geschichtsschreibung nicht beachtet werden müssen
- 3 Vgl. Gitta Böth, Steffi Cornelius, Peter Döring, Theo Horstmann, Der Weg ins Licht. Zur Geschichte der Elektrifizierung des märkischen Sauerlandes, Ausstellungskatalog Westfälisches Freilichtmuseum Hagen 1989, S. 29f.

- ⁴ Vgl. Elektrotechnische Zeitschrift, Jgg. 1895, S. 295
- ⁵ Vgl. Theo Horstmann, Die „Zweite Industrielle Revolution“ in Westfalen - Zur Elektrifizierung einer Region; in: Elektrifizierung in Westfalen. Fotodokumente aus dem Archiv der VEW, hg. im Auftrag der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG von Theo Horstmann, Hagen 1990, S. 33f.
- ⁶ Vgl. Ludger Marin, Anfänge und Ausbau des Elektrizitätswesens im Münsterland (bis ca. 1920). Ein Beitrag zur Technikgeschichte und ihrer Didaktik. Staatsexamensarbeit Münster 1984, S. 43ff.
- ⁷ Vgl. zu nachstehenden Ausführungen Horstmann, Zweite Industrielle Revolution, S. 36ff.
- ⁸ Friedrich Otto, Das elektrische Haus; in: Daheim, Ein deutsches Familienblatt (47) 1911, S. 13. Zitiert nach: Der Weg ins Licht, S. 122
- ⁹ Hubert Kiesewetter, Industrielle Revolution in Deutschland 1815 - 1914, Frankfurt 1989, S. 305ff.
- ¹⁰ Vgl. Wolfgang Löwer, Energieversorgung zwischen Staat, Gemeinde und Wirtschaft, Köln Berlin Bonn München, 1989, S. 35f.
- ¹¹ Beispiele für die Ergiebigkeit der lokalen Überlieferung und zugleich Belege für die These, daß eine Elektrifizierungsgeschichte lokal fundiert sein muß, liefern mehrere neuere Studien aus Westfalen: Reinhard Dreischer, Energie für Marl. Geschichte der leitungsgebundenen Energieversorgung in Marl; hg.: VEW AG, Bezirksdirektion Bochum 1990. Ders., Energie für Werne. Geschichte der leitungsgebundenen Energieversorgung in Werne a. d. Lippe; hg.: VEW AG, Bezirksdirektion Münster 1991. Walter Fritsch/Jutta Heutger-Berost, Stromversorgung im Sauerland 1891 - 1935. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Technikgeschichte, Arnsberg 1991
- ¹² Vgl. etwa Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium, Nrn. 6238, 6587: Errichtung eines Elektrizitätswerkes auf kommunaler Grundlage für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, 1904 - 1907
- ¹³ Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf schriftliche Mitteilungen von acht der oben erwähnten und befragten Unternehmen an den Verfasser. Keine Angaben lieferten die Elektromark Hagen und die Stadtwerke Münster GmbH
- ¹⁴ Vgl. Hatzfeld, Lutz: Elektrifizierung der Produktion; in: Archiv und Wirtschaft, Nr. 8/1975, S. 85
- ¹⁵ Vgl. Staatsarchiv Münster, Nachlaß v. Romberg; Nr. 866 Elektrische Lichtanlage auf Schloß Brüninghausen, Nr. 867 Elektrische Beleuchtung für den Gutshof Buschmühle, Nr. 877 Anschluß an das Westfälische Verbands-Elektrizitätswerk
- ¹⁶ Vgl. etwa Dirk Stahlschmidt, Der Weg der Drahtzieherei zur modernen Industrie. Technik und Betriebsorganisation eines westdeutschen Industriezweiges 1900 bis 1940, Altena 1975, der u. a. mündliche Aussagen zur Elektrifizierung der Drahtzieherei heranzieht. Die Elektrifizierung in Österreich auf der Basis persönlicher Rückblicke dokumentiert V. Arnold (Hg.): Als das Licht kam. Erinnerungen an die Elektrifizierung, Wien 1986
- ¹⁷ Vgl. zu Einzelheiten des Archivbestandes Theo Horstmann, „Die Zweite Industrielle Revolution“: Eine Fotoausstellung zur Elektrifizierung einer Region aus Archivbeständen der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG; in: Archiv und Wirtschaft, Jgg 23, Heft 3/1990, S. 122ff.
- ¹⁸ Vgl. hierzu Rainer Wohlfel, Das Bild als Geschichtsquelle; in: Historische Zeitschrift 243 (1986), S. 91 - 100, sowie Peter Döring, Die Industriefotografie als historische Quelle; in: Horstmann (Hg.), Elektrifizierung in Westfalen, S. 18 - 24

Spätmittelalterliche Rechnungen als Quellen zur Baugeschichte

von Mark Mersiowsky

Der 44. Westfälische Archivtag am 26. und 27. Mai 1992 in Meschede stand unter dem Thema „Quellen zur Technik und Baugeschichte“. Die meisten Vorträge behandelten das 19. und 20. Jahrhundert. Doch Technik- und Baugeschichte widmen sich natürlich auch früheren Zeiten. In den kommunalen, staatlichen und standesherrlichen Archiven sind spätmittelalterliche Rechnungen mit die am frühesten einsetzende Quellengruppe. Systematische Auswertung der in diesen Dokumenten enthaltenen Informationen haben gerade in jüngerer Zeit wichtige Erkenntnisse geliefert¹. In diesem Beitrag sollen exemplarisch Aussagemöglichkeiten und Probleme früher baugeschichtlicher Quellen belichtet werden. Aus dem reichen Materialfundus spätmittelalterlicher Rechnungen habe ich für einen Vortrag vor westfälischen Archivarinnen und Archivaren in erster Linie Beispiele aus unserer Region ausgewählt. Überdies beschränke ich mich auf Stadt- und Territorialrechnungen. Die anhand der spätmittelalterlichen Überlieferung getroffenen Aussagen können leicht auch auf frühneuzeitliche Verhältnisse übertragen werden.

Zunächst einmal lohnt es, sich einen Überblick über das vorhandene Material zu verschaffen. Eine Reihe westfälischer Städte besitzt noch heute spätmittelalterliche Rechnungen²: ich nenne nur Bocholt ab 1407³, Borken 1486, Dortmund 1320⁴, Minden 1365⁵, Münster 1447, 1448, 1458⁶, Rüthen ab 1426⁷, Siegen ab 1455⁸, Soest 1332, 1357, 1363 und aus dem späten 15. Jahrhundert⁹. All diese Bestände sind bruchstückhaft, geschlossene Serien bilden sich frühestens nach der Mitte des 15. Jahrhunderts¹⁰. Für die westfälischen Territorien ist folgender Befund zu vermelden: Aus der ersten Hälfte des

14. Jahrhunderts besitzen wir Rechnungen aus dem Hochstift Münster und der Grafschaft Ravensberg. Nach der Jahrhundertmitte setzen die lippischen Bestände ein. Erst zwischen 1400 und 1450 begegnen erstmals Rechnungen in den Hochstiften Paderborn, Osnabrück und der Grafschaft Nassau-Dillenburg (Siegen). Aus dem kurkölnischen Herrschaftsbereich liegen nur wenige Rechnungen aus dem Vest Recklinghausen vor. Der wichtigste westfälische Bestand ist derjenige der Edelherrn zur Lippe mit insgesamt 30 Rechnungen des Hofes, der lokalen Amtleute und besonderer Funktionsträger ab 1358. Die Rechnungen sind nicht als Serien, sondern bruchstückhaft auf uns gekommen; nirgendwo liegen flächendeckend entsprechende Stücke der lokalen Hebestellen vor. Bald nach 1450 ändert sich das Überlieferungsbild gründlich. In den meisten Territorien begegnen nun Territorialrechnungen, tendenziell sogar serienhaft¹¹.

Zunächst möchte ich Ihnen die Baunachrichten aus städtischen Rechnungen vorführen, dann aus denen der Territorien. Es fehlt an Vorarbeiten, um die Bauausgaben der westfälischen Städte vergleichend darstellen zu können. Nur relativ wenige Stücke sind bislang ediert oder unter einschlägigen Gesichtspunkten ausgewertet worden. Ich möchte mich daher darauf beschränken, drei Rechnungen aus drei Städten des 14., des frühen 15. und des späteren 15. Jahrhunderts vergleichend zu betrachten. Ausgewählt habe ich die Beispiele Soest 1338, Bocholt 1407 und Münster 1448. Dabei konnte ich mich für Bocholt und Münster auf entsprechende Editionen und für Soest auf die Transkriptionen von Jochen Thesmann im dortigen Stadtarchiv stützen. Anhand der Beispiele möchte ich Ihnen vorführen, welche Informationen

in Stadtrechnungen überhaupt auftauchen und welchen Gehalt sie haben. Alle Äußerungen zum Quellenwert von Rechnungen bleiben abstrakt, wenn man nicht zunächst die Quellen selbst sprechen läßt.

Eigentliche Baurechnungen aus dem Spätmittelalter sind in unserem Raum kaum überliefert. Wir sind gezwungen, die Nachrichten aus der großen Menge verschiedenster Einzelposten der allgemeinen Stadtrechnungen herauszufiltern. Ratsmahle, Stadtpfeifer, Botengelder, Pferdekäufe, Soldzahlungen, Geschenke der Stadt - ein buntes Spektrum von Buchungen füllt die spätmittelalterlichen Stadtrechnungen, und die Bauausgaben sind nur eine Sparte davon. Schon Hermann Rotherth stellte 1953 einschlägige Nachrichten aus der ältesten Soester Stadtrechnung zusammen, doch keineswegs vollständig oder systematisch¹². Erwähnt werden Steinkuhlen¹³ und ihre Betreuer, die als *stenkulere* bezeichnet und für Steine bezahlt werden¹⁴. Ein Ziegelbrenner produziert für die Stadt Ziegel¹⁵. Eine Kuhle wird anscheinend neu angelegt¹⁶. Im Rathaus werden die Wände verputzt¹⁷, ebenso im Turm des Armbrusters Meister Tilmann¹⁸, am Graben wird gearbeitet¹⁹, eine Bude am Bäckerhaus erbaut oder repariert²⁰. Für das Fleischhauerhaus lassen die Kämmerer eine große neue Tür anfertigen²¹. In die Soester Börde flossen 2 Schillinge zur Ausbesserung der Wege in Östinghausen²². Mehrfach ist die Rede von Pfählen²³ - möglicherweise ging es in einem Falle um einen Pranger. 14 Pfennige werden für Kalk ausgegeben²⁴. Manchmal ist es schwierig, den hinter einer Buchung stehenden Sinn zu erfassen²⁵.

In der Bocholter Rechnung von 1407 begegnen inmitten anderer Buchungen Bauten an Bollwerk und Schleuse²⁶ und anderthalb Tage Mauerarbeiten am Ostertor und der Stadtmauer²⁷. Kalk wird angekauft²⁸, man bezahlte das Zuhauen von Lindenholz²⁹, für zwei Hölzer zum Bau eines Wehres verbuchte man nur die Fuhrkosten³⁰. Größere Arbeiten fanden am Turm vor der Rawersporten statt: Holz wird angefahren³¹, eine Fuhre Lehm bezahlt³², 10 Handwerker arbeiteten bis zu 25 Tage am Turm, ein Dachdecker 3 1/2 Tage. Mehrmals wird mit einem Schmied abgerechnet, ohne daß angegeben wird, wofür³³. Ein Weg wird angelegt³⁴, der alte Bergfried gedeckt³⁵. Zweimal werden Schlagbäume wohl an der Landwehr genannt³⁶. Der an den genannten Baumaßnahmen mehrfach beteiligte Johann der Leghe wurde überdies noch einmal pauschal bezahlt: *Joh. der Leghe hevet der stad ghearbeydet 66 daghe des dages 8 gr., syn sone 12 daghe des dages 2 gr.*³⁷ Unklar ist, ob die Anschaffung zweier neuer Sturzkarren sowie der Kauf von zwei Rädern für den alten Sturzkarren in Zusammenhang mit Baumaßnahmen stand³⁸.

Die Münsteraner Rechnung von 1448 nennt folgende Ausgaben. Versteckt zwischen anderen Posten begegnen einige einschlägige Nachrichten: Grabarbeiten sind belegt³⁹, mehrere Werkleute waren am St. Mauritz-Bollwerk tätig⁴⁰. Unter der Überschrift *Tymmeringhe* sind die meisten Bauausgaben in einem besonderen Rechnungsabschnitt zusammengefaßt. An Bau- und Verbrauchsmaterial erfahren wir von Zaunholz, Zweigen, Dielen, Kalk und Kieselsteinen. Schutt wird in den Broil gebracht, Kosten fallen für das Laden und Fahren an. Eine Reihe von Personen erhält Lohnzahlungen, ohne daß klar wird, wofür. Genannt werden in anderen Buchungen Maurer, Zimmerleute, Straßenmacher, Säger, Fuhrleute, Gräber, Steinhauer. Als Bauobjekte sind die Bollwerke, die Tore

und eine Schleuse bezeugt. Mehrere Tröge und eine Wagenachse werden angeschafft. Ein Sägebock wird ausgebessert⁴¹. Eine Nachricht steht ausnahmsweise unter den Einnahmen: der Verkauf von Steinen aus dem Ziegelhaus erbringt Gewinn⁴².

Die Münsteraner Rechnung ist ausführlicher als die Bocholter und Soester Beispiele, wir erfahren mehr Details aus dem Baubetrieb. Es hängt ganz von der Rechnung ab, wieviel wir über das Bauen erfahren, ja, es schwankt sogar von Buchung zu Buchung.

Die Erhaltung der Stadtbefestigung war eine der wichtigen Aufgaben der Städte und schlug sich in den Rechnungen nieder⁴³. In Soest, Bocholt und Münster hörten wir von Arbeiten an den Türmen und Toren, den Gräben und dem System der Befestigung gehörenden Wasserwerken. Auch die städtischen Repräsentationsbauten werden erwähnt; überdies scheint das Augenmerk den Straßen zu gelten. Leider können wir aber ein Großteil der Buchungen kaum verorten. Alle gebuchten Arbeiten aber waren keine großen Bauprojekte; auch der nicht allzugroße Anteil der Baukosten an den Gesamtausgaben spricht dafür, daß hier keine großen Vorhaben umgesetzt wurden. In Fällen, in denen die Bürgerschaft große Bauprojekte hatte, sah dies ganz anders aus. In Siegen flossen 1461/62 etwa 72 % der Gesamteinnahmen in den Kirchturmbau⁴⁴. Zu oft wird die Bedeutung der Befestigungsanlagen allerdings zu hoch angesetzt; die bauliche Unterhaltung der Stadtbefestigung war eben nur eine und keineswegs die wichtigste Aufgabe der spätmittelalterlichen Stadt⁴⁵.

Nach den Städten gilt unser Augenmerk nun den Territorien. Ich stütze mich im folgenden vor allem auf die lippischen Rechnungen, deren Edition ich vorbereite und die ich kürzlich unter der Frage der Bauausgaben untersucht habe⁴⁶. Ich erspare Ihnen, hier wieder in die Details zu gehen. In erster Linie erfahren wir von Bauten an den Burgen, sowohl am eigentlichen Wehrbau wie an der Vorburg mit Nutz- und Wirtschaftsgebäuden. Man arbeitete an den Steinwegen, die in die Burg führten, dem Stall in der Vorburg, den Zugbrücken, dem Torhaus, dem Marstall, dem Saalbau, dem Brunnen, der Küche und den Aborten. Meist sind es isolierte Buchungen, die als einmalige Aktionen und nicht als großangelegte Baumaßnahmen charakterisiert werden können. Es dürfte sich in der Regel um Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten gehandelt haben. Die meisten Nachrichten betreffen bezeichnenderweise Dachdeckerarbeiten. Daneben werden auch Bauten in der Stadt an landesherrlichen Häusern erwähnt⁴⁷.

Ähnlich wie für die Edelherrschaft Lippe sieht es auch für die übrigen Territorien aus⁴⁸.

Resümierend läßt sich feststellen: Frühe städtische und territoriale Rechnungen bergen als Quellen zur Bau- und Technikgeschichte große Schwierigkeiten. Schon ihre bruchstückhafte Überlieferung setzt der Auswertung enge Grenzen. Will man über das Bauwesen der Städte und Territorien gesicherte Aussagen machen, so braucht man Rechnungen in Serien, in denen man über einen längeren Zeitraum Baumaßnahmen und Erhaltungsarbeiten beobachten kann⁴⁹. Die Höhe und der Anteil des Bauetats am Gesamthaushalt bieten wichtige Aufschlüsse über die Bauprojekte und ihre Dimensionen, über Baukonjunkturen und ihre Gründe. Diese Möglichkeiten haben wir aber für Westfalen bis in die frühe Neuzeit hinein kaum.

Ich habe eben die Nachrichten über Bauausgaben in den Stadtrechnungen paraphrasiert; und Sie werden aus den spärlichen, unzusammenhängenden Angaben nicht sehr schlaue geworden sein. Stadtrechnungen und Territorialrechnungen gleichen sich in dieser Hinsicht. Der Informationsgehalt der meist isolierten Buchungen ist oft dürftig. Im allgemeinen lassen sich die hinter den Buchungen stehenden Arbeiten weder exakt verorten noch in ihren Dimensionen abschätzen. Pauschale Zahlungen verdecken den Blick in die einzelnen Arbeitsprozesse und lassen technikgeschichtliche Details überhaupt nicht deutlich werden. Für die Rechnungslegung genügte es, kurz anzudeuten, worum es ging. Dieser den Zeitgenossen geläufige Kontext, in dem die Buchungen standen, ist nicht mehr rekonstruierbar. Somit bleiben die uns in den Rechnungen erhaltenen Einzelangaben beziehungslos, schweben gleichsam im luftleeren Raum⁵⁰.

Will man vor diesem Befund nicht kapitulieren, so bieten sich als methodische Auswege exemplarische und vergleichende Arbeit an. Der behutsame Vergleich zwischen verschiedenen Städten oder verschiedenen Ämtern unter Heranziehung aller greifbaren Nachrichten verhilft zu gesicherten Erkenntnissen, wie etwa Antje Sander in einer noch unveröffentlichten Dissertation gerade für die Baumaterialversorgung in Norddeutschland gezeigt hat⁵¹. Mit Hilfe der Volkskunde, Hausforschung, Technikgeschichte und Archäologie lassen sich hinter den isolierten Buchungen komplexere Abläufe aufdecken. Wenn wir etwa zunächst von der Beschäftigung von Sägern, dann von Zimmerleuten, dann von Maurern, die das Haus untermauerten, hören, so kann man dahinter die Aufstellung eines Fachwerkhauses annehmen⁵². Oft bieten ausführlichere Schilderungen in anderen Rechnungen den Schlüssel dafür, was man sich unter den kurzen Bemerkungen vorzustellen hat. Die Heranziehung anderer Quellen, Bauinschriften, bildlicher Darstellungen, der bestehenden Baulichkeiten, von Urkunden und erzählenden Texten läßt häufig zumindest in Umrissen ein Bild entstehen. Aus vielen Einzelposten können wir Listen mit Preisen für bestimmte Arbeiten und Gegenstände aufstellen und sie mittels Währungsumrechnungen und Bezugnahme auf bestimmte Äquivalente wie den Roggenpreis untereinander vergleichen.

Neben diesen aus der Überlieferung resultierenden Problemen beeinträchtigt eine besondere Eigenart des mittelalterlichen Finanzwesens den Quellenwert der Rechnungen. Weder die Landesherrschaft noch die Stadt waren eine Kasseneinheit⁵³. Die uns in einer Rechnung vorliegenden Informationen zeigen in der Regel nicht den Gesamthaushalt, sondern nur den Teil der Ausgaben, für den der jeweilige Rechnungsleger verantwortlich war. Stets gab es Sonderhaushalte, die nicht in den auf uns gekommenen Rechnungen berücksichtigt sind. Ob im Territorium oder in der Stadt, zunächst einmal muß man sich mit Fragen der Verwaltungsgeschichte befassen: wer kann für Baumaßnahmen verantwortlich gewesen sein, wer kann gezahlt haben, wer stellte andere Ressourcen zur Verfügung. Erst vor diesem Hintergrund ist abzuschätzen, einen wie großen Ausschnitt des Baubetriebes die jeweiligen Rechnungen spiegeln. In der Stadt gab es verschiedene Ämter, die jeweils über eigene Haushalte verfügten. Bei besonderen Belastungen, wie dies insbesondere größere Bauvorhaben waren, griff man zudem zu Mitteln der Sonderfinanzierung, meist über besondere Steuern. Schon die ältesten städtischen Baurechnungen in Deutschland, diejenigen über den

Koblenzer Mauerbau, sind Sonderrechnungen, denn zur Finanzierung dieses Großvorhabens wurde mit einer Steuer ein besonderer und von der übrigen Finanzverwaltung getrennter Haushalt geschaffen⁵⁴. Auch im Falle von Siegen, dessen Turmbau 1465/66 gut dokumentiert und wissenschaftlich aufgearbeitet ist, wurden mit dem Bau die Akzisemeister betreut; sie legten eine Sonderrechnung ab⁵⁵. Gleiches gilt für die Territorien. Gerade die wichtigsten Geldquellen, etwa Schatzungen, waren häufig aus der normalen Verwaltung ausgeklammert und wurden von gesonderten Funktionsträgern eingetrieben und abgerechnet. Die Zahl der Einzelkassen, aus denen Bauausgaben beglichen werden konnten, war im Territorium wohl größer als in der Stadt. Aus den meist mit einem Defizit abgeschlossenen lokalen Haushalten konnten nur die kleineren Arbeiten beglichen werden, für größere Vorhaben mußten Wege der Sonderfinanzierung gefunden werden. Im spätmittelalterlichen Domänenstaat mit seiner notorischen Geldknappheit ging das meist nur über das Mittel der Verpfändung. Erschwerend für unsere Arbeit als Historiker wurden dann oft gar keine ausführlichen Rechnungen angefertigt, sondern gerade Großprojekte wie der Burgenbau durch eine Art Sachverständigenverfahren geschätzt.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß Stadt wie Territorium Ressourcen besaßen, auf die ohne besondere Rechnungslegung zurückgegriffen werden konnte. Der Landesherr verfügte über Steinbrüche, Wälder, Eigenhörige, die Hand- und Spanndienste leisten mußten. Nur wenn dem lokalen Rechnungsleger in irgendeiner Weise Kosten entstanden, schlägt sich dies in den Rechnungen nieder. In den lippischen Beständen etwa ist fast nirgendwo von Transportkosten und Baumaterial die Rede, es stammte aus eigenen Steinbrüchen und Wäldern, und die Fuhren erledigten Spanndienstpflichtige. Das Territorium war nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher Verbund, und zwischen den einzelnen Hebestellen fand ein reger Austausch statt⁵⁶. Wären sämtliche Rechnungen eines Jahres erhalten, könnten wir uns von diesem Austausch bessere Vorstellungen machen, doch ist dies für das Mittelalter schlichtweg nicht möglich.

Nicht nur das Territorium, auch die Stadt konnte auf bestimmte Dienste zurückgreifen. So verbucht die Münsteraner Rechnung von 1448/49 Einnahmen aus der finanziellen Ablösung der Arbeitspflicht an den städtischen Gräben⁵⁷. Die Instandhaltung der Gräben wird zu einem guten Teil von Dienstpflichtigen geleistet worden sein und taucht daher in den Rechnungen nur wenig auf. Städte verfügten ebenfalls über Besitz an Steinkuhlen, Lehmgruben und Waldungen, die sich - wenn überhaupt - nur indirekt in den Quellen niederschlagen.

Spätmittelalterliche Rechnungen als Quellen zur Baugeschichte, so läßt sich zusammenfassen, bergen oft mehr Probleme als Erkenntnismöglichkeiten. Mangels anderer Nachrichten müssen wir sie zwar heranziehen, doch dürfen wir die Erwartungen an diese Quellengruppe nicht zu hoch ansetzen. Unter bestimmten Umständen allerdings können sie wahre Fundgruben sein: dann nämlich, wenn sie in relativer Geschlossenheit und in detaillierter Form vorliegen.

Die wohl eindrucksvollste Quelle dieser Art aus der Mitte des 15. Jahrhunderts betrifft die Horneburg im Vest Recklinghausen. Erzbischof Dietrich von Moers verpfändete 1446 das Vest mit dieser Burg und den Städten

Recklinghausen und Dorsten für 17750 Mark an einen Adligen namens Johann von Gemen⁵⁸. Von vornherein waren Baumaßnahmen vorgesehen, denn in der Verpfändungsurkunde wurden 1000 Gulden für Bauten an der Horneburg und ihrer Vorburg bestimmt: ... *ind dair zo noch dusernt der selven gulden die der vurß unse Neve syn erven ader behelder vurg. an dem vurg. Sloss der Hornenburg ind dem Vurburge daselbst na raede unser freunde dair des alre noitste is verbouwen ind redeliche bewysonge dair van doyn sullen* ...⁵⁹. Dieser Bestimmung über *redeliche bewysonge* haben wir die ausführliche Rechnung über die von Johann von Gemen veranlaßten Arbeiten zu verdanken⁶⁰. Am 14. Mai 1449 wurde aus Dülmen der Ziegelbäcker Meister Heinrich angeworben, der sich 144 Tage auf der Horneburg aufhielt und 98 1/2 Tage lang arbeitete. Ihm zur Seite standen vier Knechte. Zunächst errichtete man einen Ziegelofen unter Leitung eines Steinwerkers aus Kirchhellen, der mit verschiedenen Helfern 26 Tage lang daran baute. Ein Großteil der niederen Chargen war damit beschäftigt, die Steine für den Ofen heranzutragen, ein Knecht aus Recklinghausen half, den Lehm für den Ofen zu bereiten. Der Zimmermeister Heinrich Boesink errichtete mit 2 Knechten in 9 Tagen ein Haus an diesem Ofen. 200 Dachziegel wurden angekauft, ein Lehmdecker brachte mit einer Arbeitskraft Latten an und deckte das Dach in 6 Arbeitstagen⁶¹. Die Ziegelproduktion scheint anzulaufen, denn 43 dienstpflichtige Leute fuhren Sand, vermutlich zum Mageren des Tones an, bereiteten den Ziegelgrund und sammelten Brennholz⁶². Während wir hier den Vorlauf großangelegter Arbeiten sehen, läuft parallel die Erneuerung des Daches am repräsentativen Hauptgebäude der Burg, dem Saalbau. Im rheinischen Andernach werden 8 Ries Schieferstein, also Eifelschiefer, angekauft und wohl per Schiff verfrachtet. Der Schieferdecker Heinrich aus Essen holte den Schiefer in Ruhrort ab und beaufsichtigte die Verladung auf Wagen. Mit einem Gehilfen bearbeitete er das Material und schlug die Platten zu, schließlich deckte er Dach und Erker. Hierfür wurden in Essen zehntausend Schieferrägeln gekauft⁶³.

Auch 1450 arbeitet der Ziegelbäcker Heinrich 133 1/2 Tage auf der Horneburg. Neben dem Meister arbeiteten 2 Knechte. Die Rechnung gibt uns genaue Einblicke in die Produktionsvorgänge⁶⁴: Ein Mann mit Pferd und Karren brachte 19 Wochen lang die Ziegelerde aus der Kuhle, wo sie ausgegraben wurde, bis zum Kasten, wo sie zubereitet wurde. Ein Junge trug die Ziegel vom Tisch, auf dem sie geformt wurden, zum Vortrocknen. Das Holz für den Ziegelofen sammelten und transportierten die dienstpflichtigen Hintersassen; sie übernahmen auch den Transport der Ziegel vom Ofen zur Baustelle⁶⁵. In ähnlich detaillierter Weise hören wir vom Legen der Fundamente für einen Turm, von Mauerarbeiten, vom Einziehen der Decken aus Eichenholz und gestampftem Lehm, vom Einbauen von Türstürzen, der Anfertigung von Türen, der Errichtung des Dachstuhls bis hin zum Kauf der Eisenstange, an der das Banner auf dem Turme hängt. Wir erfahren, von wo die beteiligten Meister kommen, mit welchen Hilfskräften sie wie lange woran arbeiteten, welche Materialien und Zubehörteile angekauft wurden, woher welches Baumaterial in welchen Mengen kam, wie es gewonnen und zur Horneburg transportiert wurde, wer es wie bearbeitete, - und natürlich, was das alles kostete. Chronologisch geführte Register sagen uns genau, wieviele Personen an welchem Tag woran arbeiteten, so daß wir den Bauverlauf bis in Einzelheiten nachvollziehen können. Die Rechnung Johanns von Gemen enthält nicht

nur die Arbeiten auf der Horneburg. Darüber hinaus schildert sie ähnlich detailliert den Ankauf eines Fachwerkhäuses in Gelsenkirchen-Horst, seinen Abbruch, den Transport zur Horneburg und den Wiederaufbau in der Vorburg neben dem Kuhstall. In Waitrop wird eine Windmühle errichtet, und wir erfahren genau, wer wie lange für das Aufschütten des Mühlberges gegraben hat, wo welches Holz für die Mühle gehauen und zersägt wurde, welche Eisenteile für das Mühlwerk in Dortmund angekauft wurden, welche Mengen Leinwand man zum Bespannen der gebraucht erworbenen Mühlenflügel benötigte - hier hatte sich der federführende Zimmermann verschätzt, es mußte nachgekauft werden - kurzum: eine reiche Überlieferung für technikgeschichtliche Fragen, die hier nur exemplarisch vorgeführt werden konnte. Leider ist die Rechnung des Johann von Gemen ein seltener Fall. Der Bau der Horneburg lag allein in einer Hand und wurde genau dokumentiert. Daß die Rechnung sich erhalten hat, ist ein Glücksfall - vermutlich deshalb, weil der Erzbischof von Köln und Johann von Gemen in Streit gerieten. Die Zahl solcher Quellen ist aber außerordentlich klein, und setzt im Westfälischen erst nach der Mitte des 15. Jahrhunderts ein.

Spätmittelalterliche Rechnungen bergen zwar methodische Probleme und sind oft wenig aussagewillig, doch entpuppen sie sich manchmal als wahre Fundgruben für Fragen der älteren Bau- und Technikgeschichte. Die systematische Erschließung dieser Quellen liegt noch stark im argen. Die meisten Dokumente schlummern in den Archiven. Allerdings steht zu hoffen, daß die mehrfach erwähnten Bemühungen um diese spröden Bestände unsere Kenntnisse in nicht allzu ferner Zeit auf neue Grundlagen stellen.

¹ Vgl. die Beiträge in dem Sammelband *Öffentliches Bauen in Mittelalter und früher Neuzeit. Abrechnungen als Quellen für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Bauwesens*, hg. v. Ulf Dirlmeier, Rainer S. Elkar u. Gerhard Fouquet, St. Katharinen 1991 (Sachüberlieferung und Geschichte Bd. 9) mit weiterführenden bibliographischen Angaben; Jean-Claude Franken: *Baurechnung einer neuen Wassermühle bei Baelen (Herzogtum Limburg) aus dem Jahre 1438*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 17 / 1991, S. 75 - 94

² Übersichten bei W. Jappe Alberts: *Mittelalterliche Stadtrechnungen als Geschichtsquellen*, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 23 / 1958, S. 75 - 96, hier S. 79 - 80; Antje Sander-Berke: *„Tegel, kalk, steyn und tymmerholt“*. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Untersuchungen zu Produktion und Vertrieb von Baumaterial in spätmittelalterlichen Städten Norddeutschlands, Bd. 1: Text, Phil. Diss. Münster 1990, S. 8 - 15. Umfassende Untersuchungen über das städtische Bauwesen, wie sie Elsa Carpie: *Die Geschichte des öffentlichen Bauwesens der Stadt Hamburg (1350 - 1814)*, Diss. Hamburg 1931 vorlegte, gibt es für Westfalen nicht

³ Kl. Becker: *Die Bocholter Stadtrechnungen*, Bocholt 1914 (Akten und Urkunden zur Geschichte der Stadt Bocholt 1 = Beilage zum Jahresbericht des Gymnasiums zu Bocholt. Ostern 1914). Eine Edition der Stadtrechnungen wird z. Z. von Claudia Becker und Reinhold Schneider vorbereitet

⁴ Jappe Alberts, *Stadtrechnungen* (wie Anm. 2), S. 80

⁵ F. Philippi: *Die Ausgaben der Stadt Minden im Jahre 1365*, in: *Monatsschrift für die Geschichte Westdeutschlands* 6 / 1880, S. 272 - 378

- 6 Ed. Die Kämmererechnungen der Stadt Münster über die Jahre 1447, 1448 und 1458, hg. v. W. Jappe-Alberts, Groningen 1960 (Fontes Minores Medii Aevi XI). Diese Rechnungen sind die einzigen mittelalterlichen Rechnungen aus Münster, vgl. ebd. S. V
- 7 Friedhelm Sommer: Die Erschließung der Rütthener Kämmereregister, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 30 / 1989, S. 24 - 32, hier S. 25
- 8 Rainer S. Elkar, Gerhard Fouquet: Und sie bauten einen Turm ... Bemerkungen zur materiellen Kultur des Alltags in einer kleineren deutschen Stadt des Spätmittelalters, in: Öffentliches Bauen in Mittelalter und früher Neuzeit. Abrechnungen als Quellen für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Bauwesens, hg. v. Ulf Dirlmeier, Rainer S. Elkar u. Gerhard Fouquet, St. Katharinen 1991 (Sachüberlieferung und Geschichte Bd. 9), S. 293 - 347, hier S. 301 - 303
- 9 Inventar des Stadtarchivs Soest. Bestand A, bearb. v. Wilhelm Kohl. Mit einem Beitrag von Gerhard Köhn, Münster 1983 (Inventare der nichtstaatlichen Archive Westfalens Neue Folge 9), S. 319 - 324; Hermann Rothert: Die ältesten Stadtrechnungen von Soest aus den Jahren 1338, 1357 und 1363, in: Westfälische Zeitschrift 101/102 / 1953, S. 139 - 182; die Edition der ältesten Soester Rechnungen bereite ich in Zusammenarbeit mit Jochen Thesmann, ehemals Stadtarchiv Soest, vor. Die pauschal als Rechnungen angesprochenen Stücke haben ganz unterschiedlichen Charakter, ein Tatbestand, der noch weiterer Untersuchung bedarf
- 10 Ein Projekt zur vergleichenden Bearbeitung serienhaft erhaltener Stadtrechnungen, aus dem eine Reihe der schon zitierten Arbeiten hervorging, läuft an der Universität Siegen, vgl. Andreas Bingener, Detlef vom Bover: Öffentlicher Haushalt und städtische Wirtschaft. Das Rechnungswesen spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Städte in West-, Mittel- und Süddeutschland. - Ein Forschungsprojekt -, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 30 / 1989, S. 60 - 62
- 11 Vgl. meinen Überblick: Territorialrechnungen im deutschen Nordwesten. Ein Arbeitsbericht, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 35 / 1992, S. 1 - 4, hier S. 1. Die dort angekündigte Arbeit wurde im Juli 1992 als Inauguraldissertation an der Philosophischen Fakultät der WWU Münster eingereicht
- 12 Rothert, Stadtrechnungen (wie Anm. 9) S. 145. Seine Übersetzungen treffen nicht immer den Kern der Sache
- 13 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item dedimus de rumenne de stenkulen 20 s.*
- 14 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item Werhero Hachenberc qui est stenkulere persolvimus ei pro lapidibus 8 m 5 s 2 d.; Item Hesselere qui est stenkulere persolvimus ei pro lapidibus 4 m s 1 d.*
- 15 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item Radolfo deme theghelere van thegelere 39 1/2 s.*
- 16 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item de uno kulenn tho gravenne constat 4 d.*
- 17 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item in curia dominum consulum van den wenden to beslante constat 12 d.* Rothert, Stadtrechnungen (wie Anm. 9) S. 145 nimmt hier fälschlich das Weißen der Wände an
- 18 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item de turre magistri Tilemani de gherenne et de beslane constat 6 s.*
- 19 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item van grawene in den grawen constat 7 s.*
- 20 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item de uno cubiculo apud domum pistorum constat ad parandum 3 s.*
- 21 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item fecimus parrare noum Ianuam magnam in domum kernifices constat 4 s.*
- 22 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item dedimus domino lo[hanni] de Hostinchusen 12 s ad vias parandum in Hostinchusen*
- 23 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item de uno kerpentori de uno stipido constat 12 d.; Item nouem stipidem ad parandum 11 s.; Item de uno stipide ad portandum ad turrem et ad wigilandum constat 12 d.; Item de uno stipide ad parandum ad domum captiuorum constat 6 s.*
- 24 Stadtarchiv Soest A 4525: *Item pro calc constat 14 d.*
- 25 Etwa Stadtarchiv Soest A 4525: *Item de bligenden schuen hele ad parandum constat 2 s.* Rothert, Stadtrechnungen (wie Anm. 9) S. 145 sieht darin das Ausbessern eines bleigeftaßten Fensters
- 26 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 16: *Smythuse van 4 dagen to lone an dem bolwerke ende an der slusen 20 gr.*
- 27 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 18: *Wyneken 4 vlem. pl. dat he 1 1/2 dach muerde by der oesterporten, Tileken den Wilden 12 gr. van 2 dagen dye he daer arbeide an der muren vurs.*
- 28 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 18: *Hinr. Bertoldes 1 g. vor kalck*
- 29 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 18: *Bernde Medelmos 1 vlem. pl. van lyndenholte to hauwen*
- 30 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 19: *1 dubbel gr. van twen voren dye uns 2 holt brachten usen Cortehorn, Wyleneken Hallen ende Reyner 3 gr. do men dye weer makede by der nyen porten dye se do verdeden*
- 31 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 19: *Snoyen 7 cock. do he holt leyt voren to den berchvrede*
- 32 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 19: *Wessele Snellardes 6 gr. vor 1 veder lemes*
- 33 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 17: *des dodensdages na sunte Marcus gherekent myt den smede den was men sculdich 14 g. 38 1/2 gr., ebd. S. 20 18 g., S. 21 6 g. 5 gr.*
- 34 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 20: *do Wynneken ende Reyner den wech makenden achter der slusen 1 cock.*
- 35 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 21
- 36 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 19: *do men den boom henck in den dykes stege vor Hinr. Wicken ende Joh. Hoynch 2 gr. gegulden, ähnlich ebd. S. 21: Reyner ende Joh. ter Leghe 1 cock. do men dye bome henck an den Hagen brynckte*
- 37 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 21
- 38 Becker, Bocholter Stadtrechnungen (wie Anm. 3), S. 19: *vor 2 storstekaren 3 g. 1 qu., 11 pl. vor 2 rade andye olde stortekare*
- 39 Kämmererechnungen Münster (wie Anm. 6), S. 34
- 40 Kämmererechnungen Münster (wie Anm. 6), S. 36
- 41 Kämmererechnungen Münster (wie Anm. 6), S. 38 - 43
- 42 Kämmererechnungen Münster (wie Anm. 6), S. 44
- 43 Umfassend dargelegt von Heinrich Koller: Die mittelalterliche Stadtmauer als Grundlage städtischen Selbstbewußtseins, in: Stadt und Krieg. 25. Arbeitstagung in Böblingen 1986, hg. v. Bernhard Kirchgässner und Günter Scholz, Sigmaringen 1989 (Stadt in der Geschichte Bd. 15), S. 9 - 25; Eberhard Isenmann: Die deutsche Stadt im Spätmittelalter. 1250 - 1500. Stadtgestalt, Recht, Stadtr Regiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft. Stuttgart 1988, S. 48 - 50, 176 - 177. Vgl. Sommer, Erschließung der Rütthener Kämmereregister (wie Anm. 7), S. 29
- 44 Elkar/Fouquet, Und Sie bauten einen Turm (wie Anm. 8), S. 301
- 45 Vgl. Gerhard Fouquet, Ulf Dirlmeier: Probleme und Methoden der quantitativen Finanz- und Wirtschaftsgeschichte des Spätmittelalters: Öffentliche Finanzen und städtische Militärpolitik in Basel und Hamburg während der Jahre 1460 - 1481, in: Geschichtswissenschaft und elektronische Datenverarbeitung, hg. v. Karl Heinrich Kaufhold und Jürgen Schneider, Wiesbaden 1988 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 36), S. 175 - 228, hier S. 194 - 199, sowie Gerhard Fouquet: Die Finanzierung von Krieg und Verteidigung in oberdeutschen Städten des späten Mittelalters (1400 - 1500), in: Stadt und Krieg. 25. Arbeitstagung in Böblingen 1986, hg. v. Bernhard Kirchgässner und Günther Scholz, Sigmaringen 1989 (Stadt in der Geschichte Bd. 15), S. 41 - 82, hier S. 46, 57 - 59 mit weiterführender Literatur. Die Überschätzung der Rolle der Stadtmauer im Haushalt steht sicher mit der lange wirksamen Tradition in Zusammenhang, gerade die Stadtmauer als entscheidendes Kriterium der Stadt zu sehen. Erst mit den Forschungen von Carl Haase wurde ein variables Kriterienbündel für den Stadtbegriff durchgesetzt, vgl. Edith Ennen: Die europäische Stadt des Mittelalters, Göttingen ³1979, S. 13 - 14; Isenmann, Deutsche Stadt (wie Anm. 43), S. 19 - 25
- 46 Mark Mersiowsky: Landesherrliche Bauausgaben im Spiegel der ältesten lippischen Rechnungen, in: Öffentliches Bauen in Mittelalter und früher Neuzeit. Abrechnungen als Quellen für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Bauwesens, hg. v. Ulf Dirlmeier, Rainer S. Elkar u. Gerhard Fouquet, St. Katharinen 1991 (Sachüberlieferung und Geschichte Bd. 9), S. 116 - 171
- 47 Mersiowsky, Landesherrliche Bauausgaben (wie Anm. 46), S. 126 - 145
- 48 Zum Vergleich ist etwa auf die Baunachrichten für die nassauische Burg Freudenberg aus den Siegener Rentmeisterrechnungen hinzuweisen: H. von Achenbach: Aus des Siegerlandes Vergangenheit, Siegen 1895, S. 115; interessant die dort mitgeteilten Nachrichten über die Ausstattung mittelalterlicher Hütten (S. 123 - 125). Achenbach teilt auch die Nachrichten über Bauten an der Ginsburg mit (ebd. S. 194 - 197)

- ⁴⁹ Vgl. Franz Irsigler: Möglichkeiten und Grenzen quantifizierender Forschung in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 43 / 1979, S. 236 - 259, hier S. 254; Fouquet, Finanzierung (wie Anm. 45), S. 46 - 47
- ⁵⁰ Vgl. die Darlegungen bei Mersiowsky, Landesherrliche Bauausgaben (wie Anm. 46), S. 145 - 147, 152 - 154
- ⁵¹ Sander-Berke, „Tegel, kalk, steyn, timmerholt“ (wie Anm. 2). Vgl. auch die Ausführungen von Fouquet, Finanzierung (wie Anm. 45)
- ⁵² Vgl. Mersiowsky, Landesherrliche Bauausgaben (wie Anm. 46), S. 138 - 139
- ⁵³ Ludwig Schönberg: Die Technik des Finanzhaushalts der deutschen Städte im Mittelalter, Stuttgart / Berlin 1910 (Münchner Volkswirtschaftliche Studien 103), S. 157 - 172; Bernhard Kirchgässner: Möglichkeiten und Grenzen in der Auswertung statistischen Urmaterials für die südwestdeutsche Wirtschaftsgeschichte im Spätmittelalter, in: Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung, hg. v. Wilfried Ehbrecht, Köln / Wien 1979, S. 75 - 100, hier S. 98; Fouquet / Dirlmeier, Probleme und Methoden (wie Anm. 45), S. 182 - 188; Isenmann, Deutsche Stadt (wie Anm. 43), S. 179 - 180. Selbst in der frühen Neuzeit ist die Auswertung bei guter Quellenlage methodisch aufwendig, vgl. die Darstellungen von Martin Körner, Luzerner Staatsfinanzen 1415 - 1798. Strukturen, Wachstum, Konjunkturen, Luzern / Stuttgart 1981 (Luzerner Historische Veröffentlichungen Bd. 13), S. 389 - 397
- ⁵⁴ Zum Koblenzer Mauerbau die kommentierte Edition Der Koblenzer Mauerbau. Rechnungen 1276 - 1289, bearb. v. Max Bär, Leipzig 1888 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 5). - Bereits vor den Koblenzer Mauerbaurechnungen wurden Sonderhaushalte für städtische Befestigungsbauten begründet, vgl. schon Schönberg, Finanzhaushalt (wie Anm. 53), S. 176 - 177. Die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung mittels außerordentlicher Steuern dargestellt bei Fouquet, Finanzierung (wie Anm. 45), S. 69 - 74
- ⁵⁵ Elkar / Fouquet, Und sie bauten einen Turm (wie Anm. 8), S. 301 - 303
- ⁵⁶ Vgl. Mersiowsky, Landesherrliche Bauausgaben (wie Anm. 46), S. 155 - 168
- ⁵⁷ Kämmererechnungen Münster (wie Anm. 6), S. 22
- ⁵⁸ Vgl. Theodor Esch: Die Verpfändung des Vestes Recklinghausen durch den Erzbischof und Kurfürsten von Cöln, Diedrich von Möers, in: Zeitschrift der Vereine für Orts- und Heimatkunde im Veste und Kreise Recklinghausen 6 / 1896, S. 1 - 42, hier S. 4 - 5; die Reversurkunde über die Verpfändung ediert ebd. Anlage 1 S. 15 - 22; Heinrich Pennings: Geschichte der Stadt Recklinghausen 1930, S. 366 - 389; Johannes Gläßer: Die Grafen von Schaumburg-Holstein und das Vest Recklinghausen, in: Vestische Zeitschrift 38 / 1931, S. 1 - 113, hier S. 13 - 19
- ⁵⁹ Ed. Esch, Verpfändung (wie Anm. 58), Anlage 1 S. 16
- ⁶⁰ StA Münster Kurfürstentum Köln, Hofrat, Vestische Sachen Nr. 2 f. 32^r - 87^v. Zur Baugeschichte der Horneburg vgl. - ohne ausführliche Berücksichtigung der Rechnung - Ulrike Frommberger-Weber: Burg und Schloß Horneburg. Anmerkungen zu Bauprogramm und Aufgaben deutscher Burgen und Schlösser, in: Horneburg - Geschichte und Geschichten. Beiträge zur Orts- und Heimatkunde, Datteln - Horneburg 1983, S. 31 - 47
- ⁶¹ StA Münster Kurfürstentum Köln, Hofrat, Vestische Sachen Nr. 2 f. 32^r - 33^v
- ⁶² StA Münster Kurfürstentum Köln, Hofrat, Vestische Sachen Nr. 2 f. 34^r
- ⁶³ StA Münster Kurfürstentum Köln, Hofrat, Vestische Sachen Nr. 2 f. 33^v - 34^v
- ⁶⁴ Anschaulich beschrieben anhand städtischer Ziegeleien mit instruktivem Bildmaterial bei Sander-Berke, „Tegel, kalk steyn, timmerholt“ (wie Anm. 2), S. 63 - 78
- ⁶⁵ StA Münster Kurfürstentum Köln, Hofrat, Vestische Sachen Nr. 2 f. 35^r - 35^v, 36^v

Archivalien zur Technik in Wirtschaftsarchiven

von Evelyn Kroker

Allein schon die zur Verfügung stehende Zeit würde den Rahmen sprengen, wollte ich den Versuch unternehmen, eine Definition darüber zu wagen, was alles unter dem Begriff „Technik“ verstanden wird oder verstanden werden könnte. Ich ziehe stattdessen ein pragmatischeres Vorgehen vor, indem ich sage, bei den folgenden Gedankengängen sollte schlichtweg alles berücksichtigt werden, was im engeren Sinn mit der Herstellung eines Produktes in einem Wirtschaftsunternehmen zusammenhängt. Darunter sollen sämtliche Schritte und Maßnahmen verstanden werden, die getroffen werden müssen, um ein Produkt zu entwickeln, es herzustellen und es zu vertreiben. Dazu gehören die Bereiche Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Fabrikation und schließlich auch das Marketing. Hinzu gehören u. a. auch die Materialwirtschaft, die Prüfung, die Rationalisierung, - und auch die Betriebswirtschaft sollte nicht vergessen werden, kann es sich mitunter um erhebliche Investitionen handeln.

Die schriftlichen Unterlagen, die bei der Lösung der damit verbundenen Aufgaben in allen möglichen Abteilungen eines Industrieunternehmens erwachsen, sollen demzufolge im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen. Und da der zweite Teil im Titel meines Referates sich auf die Wirtschaftsarchive bezieht, halte ich es für sinnvoll, daß wir uns zunächst einmal vor Augen führen, welche Typen oder Kategorien von Wirtschaftsarchiven überhaupt zur Verfügung stehen. Dazu soll die folgende Übersicht dienen:

Wirtschaftsarchive in der Bundesrepublik

1. Unternehmensarchive; z.B.
Historisches Archiv Fried. Krupp AG
Firmenarchiv Bayer AG
M.A.N. Augsburg-Nürnberg Werksarchiv
Historisches Archiv Deutsche Bank AG
2. Verbandsarchive; z.B.
Bundesverband deutscher Banken
Verband der chemischen Industrie
Verband der pfälzischen Industrie
3. Kammerarchive; z.B.
Handelskammer Bremen
Handwerkskammer Trier
4. Regionale Wirtschaftsarchive; z.B.
Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln
Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund
5. Branchenarchive; z.B.
Bergbau-Archiv Bochum
Historisches Archiv des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

Die Techniküberlieferung hat selbstredend im Archiv eines Industrieunternehmens - sei es der Eisen- oder Stahlindustrie, des Maschinenbaus oder der Automobilindustrie - einen ganz anderen Stellenwert als etwa in einem Archiv der Versicherungswirtschaft oder des Bankgewerbes. Ähnlich, aber doch in gewisser Weise anders, sieht es bei einem Archiv wie dem Bergbau-Archiv aus, das von einem Wirtschaftszweig getragen wird und sich diesem in allererster Linie verpflichtet fühlt:

Im Bestand eines produzierenden Bergwerksunternehmens ist die Techniküberlieferung gleichsam inhärenter Bestandteil der Gesamtüberlieferung. Im Bestand eines Syndikats oder eines Arbeitgeberverbandes aus dem Bergbau dagegen sind Archivalien zu technischen Fragen kaum oder eher nur am Rande vorhanden. Ganz anders ist das schon bei einem Bestand einer technisch-wissenschaftlichen Gemeinschaftsorganisation des Bergbaus, in dem sich vielfältige Archivalien zu technischen Fragen befinden, die gewissermaßen auf höherem Niveau, losgelöst von der unmittelbaren betrieblichen Praxis, entstanden sind.

Diese Feststellungen besagen im Grunde genommen nichts anderes, als daß die Funktion des Bestandsbildners der zunächst wichtigste Parameter für den inhaltlichen Schwerpunkt der Überlieferung auch für unsere Fragestellungen ist.

Gehen wir jetzt einen Schritt weiter ins Detail!

Bei der Techniküberlieferung von Unternehmensbeständen ist zu allererst zu fragen, wo im Unternehmen die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit technischen Sachverhalten angesiedelt sind, welche Gremien unternehmerische Entscheidungen z. B. über Investitionen mit weitreichenden technischen Veränderungen vorbereitet, getroffen, durchgeführt und kontrolliert haben. Von daher sind zur Techniküberlieferung in Unternehmensbeständen - grob vereinfacht - drei Ebenen zu unterscheiden, auf denen sich die Beschäftigung und schriftliche Fixierung mit technischen Fragen vollzog:

1. die Führungsebene
2. die Vorbereitungs-, Durchführungs- oder auch Vollzugsebene (Betriebsakten)
3. die Ebene der Spezialabteilungen und der nachgeordneten Dienste

Zu den Archivalien der Technik auf der Direktionsebene:

Dazu gehört die schriftliche Fixierung der Rahmenbedingungen, in denen sich Investitionen, Maßnahmen zur Ausweitung oder Beschleunigung des technischen Fortschritts, zum Einsatz technischer Innovationen oder Rationalisierungsbemühungen bewegt haben. Das daraus entstandene Schriftgut zeichnet sich in der Regel äußerlich durch eine gewisse Gleichförmigkeit (Berichte, Vorstandsvorlagen, Protokolle etc.) und inhaltlich durch ein hohes Maß an Abstraktion bezüglich der Charakterisierung technischer Verfahren, Prozesse aus.

Um ein Beispiel dafür zu nennen: Die Entscheidung der Bergwerksgesellschaft X, den neu zu errichtenden Schacht mit einer Koepe-Viersseilförderung statt der gebräuchlichen Doppelseilförderung auszustatten, setzt die Kenntnis aller damit verbundenen technischen Fragen voraus, ohne sie im einzelnen erörtern zu müssen; oder

Schematischer Überblick zur Techniküberlieferung in Unternehmensbeständen

I. Direktionsebene:

Vorstand/Unternehmensleitung/Geschäftsführung
(z.B. Korrespondenz, Protokolle, Geschäftsberichte, Jahres- und Quartalsberichte, Investitionsplanungen und -programme, statistische Übersichten)

II. Durchführungsebene:

Betriebsleitung/Produktionsbereiche/Betriebsstätten

- Planung
(z.B. Betriebspläne, Einzelinvestitionen, Betriebsbesprechungen)
- Entwicklung und Konstruktion
(z.B. Forschungsberichte, Konstruktionszeichnungen, Betriebsberichte, Fotos)
- Fertigung
(z.B. Fertigungspläne, Produktionsberichte, Arbeitsbücher)
- Arbeitssicherheit/Unfallverhütung
(z.B. Unfallberichte, Betriebsanleitungen, Fotos)

Kaufmännische Verwaltung

- Rechts-/Patentabteilung
(z.B. Urkunden, Prozeßakten, Patentakten)
- Abteilung Betriebswirtschaft/Revision
(z.B. Korrespondenz, Statistiken, Kostenrechnungen, Revisionsberichte, Stilllegungsakten)
- Finanzabteilung/Betriebsbuchhaltung
(z.B. Investitionsplanungsakten)
- Personal-/Sozialabteilung
(z.B. Lehrpläne, Einsatzpläne; Ausschußprotokolle, Arbeitsplatzbeschreibungen, Tätigkeitsfelder)

III. Spezialabteilungen/nachgeordnete Dienste:

- Materialprüfung/Labors
(z.B. Versuchsberichte, Analysenbücher, Fotos)
- Zentralwerkstatt
(z.B. Werkstattbücher)
- Betriebsgebundene Versorgungseinrichtungen
(z.B. Betriebsberichte, Pläne, Zeichnungen)
- Baubüro
(z.B. Konzessionsakten, Pläne, Zeichnungen, Fotos)
- Fotografen/Fotolabor

anders herum gesagt: Sie setzt Technik stets in Bezug zur Unternehmenspolitik und Wirtschaftlichkeit.

Der Schritt von der ersten zur zweiten, der Vorbereitungs- oder Durchführungsebene läßt sich kennzeichnen als der Schritt von der Ergebnis- zur Motivationsdiskussion. Zur umfangreichsten Archivaliengruppe gehören hier zweifellos die Korrespondenzen, deren besonderer Aussagegehalt darin liegt, daß sie noch am ehesten Meinungsbildungsprozesse erkennen lassen. Aus den Archivalien, die auf dieser Ebene entstanden sind, erhält man Kenntnisse und Informationen über die konkrete technische Ausgestaltung und ihre Schwierigkeit, über Fortschritte und Rückschritte.

Typische technikgeschichtliche Archivalien sind: Aktenvermerke, Protokolle, Monats-, Quartals- und Jahresberichte; Betriebspläne und Betriebsberichte; Versuchsberichte und Gutachten. Speziell für den Bergbaubereich sind zu ergänzen: Zechenbücher, Seifahrtbücher, Dienstanweisungen, Schriftwechsel mit der Bergbehörde. Vom Umfang und von der Aussagefähigkeit her handelt es sich in den meisten Fällen um den wichtigsten Überlieferungsteil zu technischen Problemen.

Beispiel für einen Betriebsbericht von 1930/31 (Provenienz „Zentralregistratur“ im Historischen Archiv Fried. Krupp AG)

Für Betriebsstätten:

1. Mechanische Werkstatt
2. Mechanische Werkstatt
8. Mechanische Werkstatt
Kurbelwellenwerkstatt
Maschinenbau 21
Werkzeugmacherei
Grobblechwerkstatt
Radsatzwerkstatt

jeweils mit Angaben zu:

1. Ausnutzung der Betriebseinrichtungen
2. Erzeugung und Umsatz
3. Erzeugnisse
4. Lieferungen
5. Bestände
6. Selbstkosten
7. Betriebserzeugnisse
8. Fortschritt in der Fabrikation
9. Neuanlagen
10. Belegschaftsbewegung
11. Besondere Vorkommnisse

Statistischer Anhang zu:

4. Lieferungen
6. Selbstkosten
10. Belegschaftsbewegung

Auf der dritten Ebene, der Spezialabteilungen und der nachgeordneten Dienste, entstehen in der Regel jene Archivalien, die für die technischen Detailfragen besonders wichtig sind: technische Spezialberichte; Karten, Pläne, Risse; Fotos. Hierzu kann man beispielsweise auch die Überlieferung der Stabsabteilungen mit einer Fülle von statistischem Material, im Bergbau z.B. über Kennzahlen zur Teil- und Vollmechanisierung oder die kartografischen Ergebnisse der Vermessungsabteilungen zählen.

Als nachgeordnete Dienststelle ist auch die Werksfotografie zu bezeichnen, die ihre Aufträge in der Regel aus der zweiten Ebene bezieht. Auch die Anlegung von Prospektsammlungen gehört in diesen Bereich. Ihre Existenz kann einen doppelten Zweck haben: Zum einen Kenntnis über betriebsspezifische Einsatzmöglichkeiten bestimmter Maschinen und Gerätschaften zu geben, zum anderen die Kenntnis über allgemeine technische Entwicklungen über den Einzelbetrieb hinaus.

Die innerbetriebliche Organisation, die Verteilung der Kompetenzen ist in allen Betrieben nicht gleich gewesen. Aber durch diese Hilfskonstruktion in drei Ebenen wird deutlich, wie heterogen ihr Entstehungszusammenhang und davon abhängig ihre Aussagefähigkeit ist.

Das Ihnen hier gezeigte Schema unternehmensspezifischer Provenienzen zur Technik ist natürlich ein Abstrakt aus einer Vielfalt möglicher Überlieferungen von und vor allem in Unternehmensbeständen: Es ist nicht so, daß sich innerhalb dieser verschiedenen Stufen ganz spezifische Schriftgutformen oder auch Quellentypen entwickelt hätten, obwohl es trotz der allgemein verbindlichen und üblichen Formen der Schriftlichkeit durchaus einige charakteristische Sonderformen gibt. Werkstattbücher, Modellskizzenbücher, Arbeits- und Notizbücher von verantwortlichen Technikern und Versuchsberichte sind das Ergebnis schriftlicher Fixierung aus der unmittelbaren betrieblichen Praxis. Gleichermaßen auf der zweiten und dritten Ebene - aus Planungs- wie aus Betriebsabteilungen - entstehen die für die Darstellung und das Verständnis technischer Sachverhalte so unentbehrlichen Karten, Pläne und Zeichnungen.

Aus der Eisen- und Stahlindustrie sind die Produktionsbücher bekannt, die für ein Walzwerk z. B. monatlich nach Walzstraßen gegliedert sind mit Daten über Einsatz von Material, produzierte Profile und ausgebrachte Mengen. Aus dem Bergbaubereich sind Haupt- und Einzelbetriebspläne zentrale Träger technischer Informationen.

Ich habe das Beispiel der Betriebspläne bewußt gewählt, um überzuleiten zur Bewertung und Kassation einerseits und zur Ordnung und Erschließung andererseits. Will man dafür auf theoretisches Rüstzeug der Archivwissenschaft zurückgreifen, geht dieser Griff - bezogen auf technisches Archivgut - fast immer ins Leere. In einer Veröffentlichung des Bundesarchivs von 1977 steht dazu die im Grunde auch heute noch zutreffende Einschätzung: „Es mag an einem Mangel an Nachfrage liegen, daß die Archivwissenschaft an den besonderen Problemen des technischen Schriftgutes bislang vorübergegangen ist. Der Hauptgrund dieser Zurückhaltung wird in der Ausbildung und Praxis der Archivare zu suchen sein. Die historisch-philologische Schulung führt zu einer verständlichen Scheu und Befangenheit gegenüber der technischen Materie. Vielleicht besteht auch eine gewisse geisteswissenschaftliche Überheblichkeit, die es noch ablehnt, die Überlieferung aus dem Bereich der angewandten Naturwissenschaften als gleichwertige Geschichtsquelle zu akzeptieren.“¹

Ein Unternehmens- oder Wirtschaftsarchivar kann sich aber weder „Scheu und Befangenheit gegenüber der technischen Materie“ noch „geisteswissenschaftliche Überheblichkeit“ leisten angesichts der Tatsache, daß er häufig mehr technisches als wirtschaftliches oder gar sozialpolitisches Schriftgut zu bewerten und zu bewältigen hat.

Erich Neuss², dem wir die einzige, in weiten Bereichen heute noch gültige, Aktenkunde der Wirtschaft verdanken (1954!), konstatiert für das in den Produktionsbetrieben erwachsene Material an Entwürfen, Denkschriften, Forschungsberichten, Beschreibungen und Plänen per se einen größeren Zwang zur geordneten und zwanghaften Aufbewahrung (in den Altregistraturen!) als z. B. bei

Handlungsbüchern und Geschäftskorrespondenz, nicht nur, wenn es sich um Vorarbeiten zu Patenten handelt. Im übrigen werden z. B. Patentakten, die überlieferungsmäßig durchaus in der Rechtsabteilung erwachsen sein können, häufig unterschätzt. Sie geben sehr detailliert Auskunft über die Stadien der Vorprüfung für ggf. patentfähige Entwicklungen, enthalten die Begründung des Patentamtes bei abschlägigen Bescheiden und informieren über die Einsprüche Dritter gegen beantragte Patente.

Die Bewertungskriterien für die Archiwürdigkeit von Schriftgut technischen Inhalts können sich im Prinzip nicht von denen für Archivgut schlechthin unterscheiden, doch sei auf einige Orientierungshilfen besonders hingewiesen: Bei den Provenienzstellen sind jene der Planung und Forschung für die Archive wichtiger als die der Beschaffung, Kontrolle und Wartung. Alle Materialien, die in größeren Zeitabständen eine Zusammenfassung erfahren - wie z. B. Tages- und Monatsberichte, statistische Meldungen -, sollten kassiert werden. Das Allgemeine hat Vorrang vor dem Detail. Die Richtschnur „Besser zuviel aufbewahren als zuwenig“ ist, zumal für technisches Schriftgut, gar nicht zu gebrauchen. Andererseits - und auch das soll deutlich gesagt werden - kommt in vielen Fällen auch der erfahrene Wirtschaftsarchivar ohne Hinzuziehung eines technisch versierten Sachverständigen bei der Kassation nicht aus.

Statt der Aufbewahrung umfangreicher Geschäftskorrespondenzen mit diversen Herstellern kann die systematische Anlegung einer Prospektsammlung mit sehr viel weniger zeitlichem Aufwand und auf platzsparendere Weise den gewünschten Zweck der Dokumentation technischer Verfahren und Produkte erfüllen. Technische Zeitschriften oder andere Fachliteratur können ggf. aussagefähiger sein als der Aktenschrank eines Sachbearbeiters zum gleichen Problem. Es sollten technische Entwicklungen in ihren Grundzügen dokumentiert werden, aber beileibe nicht Details in all ihren Verästelungen.

Zusammenfassend möchte ich nochmals drei Kriterien für die Bewertung hervorheben: das Dokumentationsprofil des Archivs, die federführende Provenienz, den Unikatcharakter der Archivalien.

Über die Erschließung und Verzeichnung von Archivgut technischen Inhalts gibt es nur wenige, von der üblichen archivarischen Verzeichnung abweichende, Bemerkungen zu machen. Wichtig ist mir, den Archivar bei der Verzeichnung von Akten vor der Versuchung zu warnen, seine eigenen laienhaften Technikenkenntnisse durch gleichsam lexikonartige Zusatzklärungen in Aktentiteln zu „überspielen“, indem er die Aktentitel durch Verfahrenserklärungen anreichert. Ich halte z.B. einen Aktentitel „Verschleißversuche an Blasversatzrohren“ für durchaus ausreichend, weil der Benutzer, der diese Akte vielleicht einmal auswertet, ohnehin über eine spezifische Sachkompetenz verfügen muß. Auch für die Verzeichnung der Akte „Doppelspindelbohrmaschine, System Binant der Firma Nüsse und Gräfer“ - mit dem Enthältvermerk: „Versuche auf den Zechen Consolidation und Gneisenau“ brauchte der Archivar kein spezifisches Technik-Know-how.

Technische Zeichnungen, Karten, Pläne, Risse - daran denken - so vermute ich einmal - viele Archivare beim Stichwort „Technische Archivalien“. Wie ich zu zeigen versucht habe, ist das nur eine sehr verkürzte Sichtweise

zum Thema „Überlieferung von Technik in Wirtschaftsarchiven“. Es suggeriert nämlich, daß diese Materialien ausschließlich Sammlungsgut wären, was - wie wir alle wissen - wegen seiner äußeren und inneren Vielfalt von vielen Archivaren - im Gegensatz zum klassischen Archivgut - häufig stiefmütterlich behandelt wird und nicht selten eine Art Grauzone im Archiv bildet. Zeichnungen, Karten, Pläne können ja sowohl Archivgut wie auch Sammlungsgut sein. Als Archivgut stammen Zeichnungen, Karten und Pläne aus Registraturgut und stehen in einem Registraturverband. Als Sammlungsgut sind sie zuständigkeitsfreies Dokumentationsgut.

Lassen Sie mich nun diese Unterscheidung, die ja für die Verzeichnung wichtig ist, an einem Beispiel aus dem Bergbaubereich verdeutlichen: Der Betriebsplan, den die Abteilung Grubenbetrieb über Tage aufstellt, enthält als Anlagen zahlreiche Karten und Risse. Natürlich gehört ihre Verzeichnung zur Akte und ins Findbuch, unabhängig davon, daß man sie wegen ihres Formats gesondert in einem Planschrank lagert. Die Abteilung Markscheidewesen - das ist die bergmännische Vermessung unter Tage - fertigt für zahlreiche Betriebsstellen und für die Werksleitung Karten, Pläne und Risse an, ohne daß diese in der Regel in einem Registraturverband stünden.

Generell gilt für technische Zeichnungen und Karten, daß man sie lesen können muß. Während der hinreichend intelligente Wirtschaftsarchivar sicher noch eine Gesamtansicht von einer Detailzeichnung unterscheiden kann, so daß er erstere aufbewahrt, zweitere aber kassiert, so wird er doch spätestens seine Schwierigkeiten bekommen, eine Tagessituation von einem Grundriss oder Längsprofil zu unterscheiden oder Entwurfszeichnungen des Konstruktionsbereichs von den Werkstattzeichnungen des Fertigungsbereichs zu trennen. Und was soll er von wem aufbewahren? Wer einmal wie ich die gesamte kartografische, zeichnerische und rissliche Hinterlassenschaft einer Kokerei erst freudig übernommen hat und dann wohlgenut an die Ordnung und Erschließung gehen wollte, um bereits im Anfangsstadium frustriert aufzugeben, wird sich nie mehr ohne Hinzuziehung und Mitarbeit eines Sachverständigen und technisch kompetenten Fachmanns einer solchen Aufgabe unterziehen. Auf diesem Sektor gibt es für einen Archivar keine Halbheiten. Es ist aber auch keine Frage, daß der Archivar, der technisches Schriftgut zu übernehmen, zu bewerten und zu verzeichnen hat, auf Dauer ohne wirtschafts- und technikhistorische Kenntnisse nicht zurechtkommen wird.

Anmerkungen:

- ¹ Sandhofer, Gert: Die Zusammenarbeit von Ingenieur und Archivar bei der Bewertung technischer Zeichnungen, in: Aus der Arbeit des Bundesarchivs, Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte, hg. v. Heinz Boberach u. Hans Booms, Boppard 1977, S. 281 - 290, hier S. 281
- ² Neuss, Erich: Aktenkunde der Wirtschaft, Teil I: Kapitalistische Wirtschaft, Berlin 1954

Überlegungen zur Sicherung der Registraturen kommunaler Eigenbetriebe

von Rolf-Dietrich Müller

Die nachfolgenden Überlegungen betreffen nicht nur kommunale Eigenbetriebe, sondern kommunale Unternehmen schlechthin. Denn die Beschränkung auf den Eigenbetrieb würde uns auf einen speziellen Unternehmenstyp festlegen, der heute nur noch begrenzte Bedeutung hat. Besonderer Handlungsbedarf für die Kommunalarchive besteht aber bei anderen Unternehmen.

Am 14. Juni 1989 ist das Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten, das den öffentlichen Archiven im Lande endlich die Rechtsgrundlage für ihre Existenz und Tätigkeit gebracht hat. Der § 10 des Gesetzes bestimmt, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände für ihr Archivgut in eigener Zuständigkeit Sorge tragen, indem sie es insbesondere verwahren, erhalten, erschließen und nutzbar machen. Das Archivwesen ist damit zu einer Pflichtaufgabe der Kommunen geworden. Zwar läßt die Umsetzung des Gesetzes mancherorts noch zu wünschen übrig. Aber dort, wo Kommunalarchive seit längerem bestehen oder mittlerweile errichtet wurden, und wo es den Archivaren gelungen ist, sich in Form einer auf den Gesetzesbestimmungen aufbauenden Archivsatzung oder -dienstanweisung eine für alle Dienststellen der jeweiligen Kommunalverwaltung verbindliche Arbeitsgrundlage zu schaffen, hat sich das Archivgesetz als brauchbares Instrument zur Durchsetzung archivischer Belange erwiesen.

So scheint die kommunale Archivwelt einigermaßen im Lot zu sein und wir könnten hinter unseren Schreibtischen eigentlich gelassen dem entgegensehen, was uns die Kommunalverwaltungen an nicht mehr benötigtem Schriftgut anbieten, um dann die entsprechende Auswahl für unsere Bestände zu treffen.

Doch der Schein trügt. Denn längst nicht mehr alle Bereiche und Aufgabenfelder, in denen sich Kommunen betätigen und engagieren, werden auch noch von der eigentlichen Kommunalverwaltung wahrgenommen. Das Schlagwort „Privatisierung“ ist allgegenwärtig, und den Worten folgen auch Taten. Ich meine in diesem Zusammenhang aber nicht die „echte“ Privatisierung, also die Überführung von Aufgaben oder Institutionen in die Hand privater Unternehmer, sondern die Überführung in privatrechtliche Organisationsformen bei Wahrung kommunaler oder zumindest mehrheitlich kommunaler Trägerschaft. Beschränkte sich früher die privatwirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen zumeist auf Aufgabenfelder wie die Wasser- und Energieversorgung (Stadtwerke) oder Verkehrsbetriebe, so hat sich mittlerweile das Spektrum erheblich ausgeweitet, und wir sind sicher noch nicht am Ende der Entwicklung angelangt.

Über das Für und Wider derartiger Privatisierungsmaßnahmen läßt sich lange und trefflich streiten, aber das ist nicht unsere Aufgabe, sondern die der Kommunalpolitiker. Unsere Aufgabe ist es aber, die Tätigkeit einer Kommune in ihrer gesamten Bandbreite zu dokumentieren und das bei dieser Tätigkeit entstandene Schriftgut, soweit es denn archivwürdig ist, zu erhalten, unabhängig

davon, ob die schriftgutproduzierende Stelle öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisiert ist.

Aber genau hier tut sich ein Problembereich auf, denn rein juristisch gesehen besitzt das Kommunalarchiv für die Schriftgutüberlieferung einer bestimmten Unternehmensform überhaupt keine automatische Zuständigkeit, und es gibt auch keine Möglichkeit, eine solche Zuständigkeit einfach mittels einer städtischen Satzung oder Dienstanweisung herzustellen.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, sich zunächst einmal die Unterschiede kommunaler Unternehmensformen vor Augen zu führen. Es gibt drei Typen von Kommunalbetrieben, die sich in ihrem organisatorischen und rechtlichen Status grundsätzlich unterscheiden:

Da ist zunächst der klassische Regiebetrieb zu nennen, der ein integrierter Bestandteil, eine Organisationseinheit, der Verwaltung ist, wie z. B. ein Fuhrpark, und der über ein kameralistisches Rechnungswesen verfügt. Seine Einnahmen und Ausgaben werden im Gemeindehaushalt veranschlagt.

Der zweite Betriebstyp ist der Eigenbetrieb. Er ist im Gegensatz zum Regiebetrieb gewinnorientiert, wird wie ein Privatunternehmen geführt und arbeitet mit kaufmännischer Buchführung. Er besitzt aber, wie auch der Regiebetrieb, keine eigene Rechtspersönlichkeit. So ist auch der Gemeindedirektor Dienstvorgesetzter aller Dienstkräfte des Unternehmens. Die Rechtsgrundlagen dieses Betriebstyps bilden der § 88 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung sowie die Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 22. Dezember 1953 in der Fassung vom 1. Juni 1988. Auf dieser Basis hat der Gemeinderat eine Betriebssatzung zu beschließen. Auch kommunale Krankenhäuser ohne Rechtspersönlichkeit sind von ihrer Rechtsstellung und Struktur her als Eigenbetriebe anzusehen. Sie sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen, arbeiten jedoch nicht gewinnorientiert. Daher gilt für sie auch eine besondere Rechtsgrundlage, die „Verordnung über den Betrieb gemeindlicher Krankenhäuser“ (Gemeindekrankenhausbetriebsverordnung) vom 12.10.1977 in der Fassung vom 12.2.1991.

Der dritte Betriebstyp schließlich ist die Eigengesellschaft. Sie ist wie der Eigenbetrieb gewinnorientiert, wird wie ein Privatunternehmen geführt, besitzt aber im Gegensatz zum Eigenbetrieb auch eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die §§ 88 - 99 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung bilden die Rechtsgrundlagen dieser Unternehmensform. Das Einzelunternehmen arbeitet auf der Basis eines Gesellschaftsvertrages. Die Eigengesellschaft ist vollkommen losgelöst von den kommunalen Verwaltungsstrukturen. Die Bindung an die Kommune besteht lediglich in den Eigentumsverhältnissen sowie über die Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung bzw. Aufsichtsrat), in die der Gemeinderat Mitglieder entsendet, entsprechend den Anteilen, die die

Kommune an der Gesellschaft hält. Denn bei dieser Art der Konstruktion ist auch die Beteiligung anderer öffentlicher oder privater Geldgeber möglich. In welchem Umfang die Mitglieder dieser Gremien Einfluß auf die Unternehmenspolitik und die Geschäftsführung ausüben können, ist im einzelnen von der Gestaltung des jeweiligen Gesellschaftsvertrages abhängig und kann von Unternehmen zu Unternehmen stark differieren. Dieser Betriebstyp „Eigengesellschaft“, im allgemeinen in Form einer GmbH, hat unter den kommunalen Wirtschaftsunternehmen mittlerweile wohl die größte Bedeutung erlangt.

Nur zur klaren Abgrenzung seien an dieser Stelle auch noch die von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichteten Sparkassen erwähnt. Diese Institutionen sind aber keine Kommunalunternehmen im eigentlichen Sinne, sondern rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechtes.

Die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung setzt der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden sowohl in Bezug auf Eigenbetriebe als auch auf Eigengesellschaften bzw. die Beteiligung an Gesellschaften gewisse Grenzen. Danach sind gemeindliche Wirtschaftsunternehmen nur statthaft, wenn:

1. „ein dringender öffentlicher Zweck das Unternehmen erfordert und dieser Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erreicht werden kann“ und
2. „das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.“

Diese sehr allgemein und auslegungsfähig gehaltenen Passagen des Gesetzes werden ergänzt durch konkrete Aussagen darüber, auf welchen Gebieten gemeindliche Einrichtungen nicht als Wirtschaftsunternehmen organisiert werden dürfen. Das sind zum einen Unternehmen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist, sodann Einrichtungen, die als Hilfsbetriebe ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs dienen und schließlich „Einrichtungen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Straßenreinigung sowie Einrichtungen ähnlicher Art“.

Gerade aber auf den zuletzt genannten Gebieten entfalten viele Gemeinden mittlerweile bemerkenswerte Aktivitäten, wandeln vorhandene Einrichtungen in kommunale GmbHs um bzw. nehmen sich neuer Aufgaben von vornherein auf privatwirtschaftlicher Organisationsbasis an. Realität und Theorie des nordrhein-westfälischen Kommunalverfassungsrechtes stimmen hier also nicht mehr überein. Es ist davon auszugehen, daß eine Novellierung der Gemeindeordnung dem Rechnung tragen und den Städten und Gemeinden künftig größere Freiräume für privatwirtschaftliche Organisationsformen schaffen wird.

Dieser Entwicklung dürfen wir nicht teilnahmslos gegenüberstehen, sondern wir müssen ihr unsere verstärkte Aufmerksamkeit widmen, birgt sie doch Risiken für die kommunale Schriftgutüberlieferung. Die Sicherung von Schriftgut der Unternehmensformen „Regiebetrieb“ und

„Eigenbetrieb“ dürfte für das zuständige Kommunalarchiv keine Schwierigkeiten grundsätzlicher Art aufwerfen, besitzen doch beide keine eigene Rechtspersönlichkeit und sind von daher an städtische Satzungen oder Dienstanweisungen des Gemeindedirektors, somit auch an eine Archivsatzung oder -dienstanweisung, gebunden. Ob und in wie weit solche Bestimmungen dann auch mit Leben gefüllt werden, ist eine Frage, die in erster Linie von der Hartnäckigkeit und dem Durchsetzungsvermögen des Archivars abhängt.

Vollkommen anders stellt sich die Situation bei den Eigengesellschaften dar. Sie sind rechtlich selbständig, und so hat das Kommunalarchiv keine Möglichkeit, per Archivsatzung oder -dienstanweisung einen Anspruch auf bereits vorhandenes oder künftig entstehendes archiwwürdiges Schriftgut dieser Gesellschaften zu begründen. Der gewohnte Automatismus, mit dem uns das Schriftgut der Kommunalverwaltung zuwächst, entfällt. Nun kann man sich natürlich auf den Standpunkt stellen, daß rechtlich eigenständige kommunale Gesellschaften für die Aufbewahrung ihres Archivgutes selbst verantwortlich sind. Sich auf diesen Standpunkt zu stellen, hieße aber wohl in der Regel, das Schriftgut über kurz oder lang der Vernichtung preiszugeben. Denn die Einrichtung von Unternehmensarchiven, die sowohl in personeller als auch sachlicher Hinsicht archivfachlichen Anforderungen genügen, dürfte die Ausnahme sein.

Schon die Größe des Unternehmens wird in vielen Fällen ein eigenes Archiv überhaupt nicht rechtfertigen. Auch sind derartige Aktivitäten kaum zu erwarten von einem Unternehmen, das gewinnorientiert arbeitet und auch nicht auf eine langjährige Tradition zurückblicken kann. Der Sinn und Nutzen eines Archivs läßt sich am Jahresende schwerlich in Mark und Pfennigen beziffern. Da ist es, begünstigt durch die relativ kurzen Aufbewahrungsfristen für Schriftgut der Wirtschaft (6 bzw. 10 Jahre, § 257 HGB), schon einfacher und vor allem auch billiger, man entledigt sich vermeintlichen Papierballasts nach Fristablauf über die Altpapierverwertung. Meines Erachtens ist die Bildung unternehmenseigener Archive auch im Interesse der Kommunalarchive abzulehnen, würde sie doch zu einer unnötigen und benutzerunfreundlichen Zersplitterung vor Ort entstandenen Archivgutes und somit zu einem wesentlichen Substanzverlust bei den eigentlichen Kommunalarchiven führen.

Das bedeutet also, daß wir von uns aus die Initiative ergreifen und uns aktiv um dieses Schriftgut bemühen müssen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß in unseren Archiven künftig wichtige Bereiche kommunaler Tätigkeit überhaupt nicht oder nur sehr zufällig und lückenhaft mit Quellen belegbar und nachvollziehbar sind. Man sollte das auch nicht auf die lange Bank schieben, denn die Entwicklung ist von erheblicher Dynamik gekennzeichnet, zudem für einen Kommunalarchivar, der es gewohnt ist, in Verwaltungsstrukturen zu denken, auch nicht immer ganz leicht durchschaubar. Wie zügig solch eine Entwicklung verlaufen und welche Ausmaße sie annehmen kann, mag das Beispiel der Stadt Paderborn verdeutlichen. Noch vor 20 Jahren existierten lediglich die 1968 aus einem Eigenbetrieb in eine GmbH umgewandelten, für die Gas- und Wasserversorgung zuständigen Stadtwerke. Mittlerweile gibt es außer den Stadtwerken folgende Gesellschaften mit städtischen Anteilen zwischen 50% und 100%:

- die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Paderborn mbH
- die Gesellschaft zur Förderung der Infrastruktur in der Stadt Paderborn mbH
- die Sander-Lippe-See kommunale GmbH
- die Technologiepark Paderborn GmbH
- die Paderborner Stadthallenbetriebsgesellschaft mbH
- die Paderbäder mbH
- die Abwasser Paderborner Land GmbH
- die Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH
- die Westfälische Kammerspiele GmbH
- die Landesgartenschau Paderborn 1994 GmbH
- sowie die Paderborner Kommunalbetriebe (PKB) GmbH,

die als kommunale Holding-Gesellschaft fungiert und aus steuerlichen Gründen einzelne der vorgenannten Unternehmen, so auch die Stadtwerke, unter einem gemeinsamen Dach zusammenfaßt. Die Gründung weiterer Gesellschaften ist absehbar. Nur am Rande sei darauf verwiesen, daß einige der Paderborner Kommunalunternehmen wiederum über starke Minderheitsbeteiligungen an auswärtigen Versorgungsunternehmen, am örtlichen Elektrizitäts- und Nahverkehrsunternehmen PESAG, sowie an der Flugbetriebsgesellschaft Paderborn-Lippstadt verfügen. Ein kürzlich geplanter kapitalintensiver Einstieg der PKB in das Erdgasgeschäft in Brandenburg wurde nicht realisiert.

Erwarten Sie jetzt bitte keine Patentlösung von mir, wie man die Schriftgutüberlieferung eines solchen kommunalen „Wirtschaftsimperiums“ in den Griff bekommt. Wir haben erst im vergangenen Jahr begonnen, uns der Angelegenheit intensiver anzunehmen und sind noch dabei, Erfahrungen zu sammeln. Der Weg, den wir dabei beschreiten, besteht in Einzelverhandlungen mit den Unternehmensgeschäftsführern mit dem Ziel einer vertraglichen Vereinbarung zwischen der Stadt Paderborn als Träger des Stadtarchivs und der jeweiligen Gesellschaft, wodurch dem Stadtarchiv die Zuständigkeit für das Archivgut des Unternehmens übertragen wird. Die Inhalte einer solchen Vereinbarung sind prinzipiell frei verhandelbar wie auch sonst bei der Übernahme nichtamtlichen Archivgutes. Es ist aber sicher nützlich für das Archiv, in möglichst großem Umfang Elemente der Archivsatzung oder -dienstanweisung in die Vereinbarung einzubringen, um sich dem Unternehmen gegenüber eine möglichst starke Stellung zu verschaffen. Dabei muß aber auch ausgelotet und beachtet werden, wann beim Verhandlungspartner die Schmerzgrenze erreicht ist.

Zu Beginn des Jahres haben wir mit der kommunalen Holding-Gesellschaft PKB und deren Tochterunternehmen eine umfassende Vereinbarung geschlossen, in der wir unsere Vorstellungen weitestgehend verwirklichen konnten. Sie enthält u.a. eine Definition des Begriffs „Registrurgut“, verpflichtet die Unternehmen, ihr Schriftgut nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen regelmäßig in Ablieferungslisten zu erfassen und dem Archiv anzubieten, überträgt dem Archiv die Entscheidung über die Archivwürdigkeit des Registrurgutes, untersagt vorherige Vernichtungen oder Veränderungen des Schriftgutes und verpflichtet die PKB zur Anlieferung des für die Archivierung bestimmten Materials. Angesichts der Größe des Unternehmens schreibt die Vereinbarung auch fest, daß die PKB eine zentrale Stelle einzurichten hat, die sowohl für das Archiv als auch für die Unternehmensabteilungen Ansprechpartner in allen Archivangelegenheiten ist und

die erforderlichen Koordinierungs- und Kontrollfunktionen innerhalb des Unternehmens wahrzunehmen hat. Des weiteren müssen in einer Archivvereinbarung Eigentumsrechte, Benutzungsmodalitäten und Schadensersatzfragen geregelt werden.

Auch wenn die Übernahme und Erhaltung des Archivgutes vorwiegend im Interesse des Kommunalarchivs liegt, sollte man doch versuchen, mit dem Unternehmen eine Kostenbeteiligung auszuhandeln, sich zumindest aber in der Vereinbarung eine entsprechende Option offenzuhalten. So haben wir mit der PKB zunächst einmal eine Erstattung der für die Archivierung erforderlichen Materialkosten vereinbart. Das hat zugegebenermaßen eher symbolischen Wert, zugleich wurde aber auch festgelegt, daß die Frage einer weitergehenden Kostenbeteiligung erneut zu verhandeln ist, wenn die derzeitigen räumlichen und personellen Kapazitäten des Archivs erschöpft sind.

Sicher muß eine Archivvereinbarung nicht immer alles bis ins letzte Detail und sehr formal regeln. Ich meine, hier muß man flexibel sein, sich nach den jeweiligen Umständen richten und auch an der Größe des Unternehmens und dem Umfang seines Geschäftsverkehrs orientieren.

Bisher sind wir bei unseren Gesprächen immer auf Kooperationsbereitschaft gestoßen. Am unkompliziertesten gestalten sich nach meinen Erfahrungen die Verhandlungen, wenn man es mit Gesprächspartnern zu tun hat, die zuvor in der eigenen Kommunalverwaltung tätig waren oder auch noch sind und ihre Aufgaben in einem kommunalen Wirtschaftsbetrieb nur nebenamtlich ausüben. Ihnen sind Aufgaben und Funktion eines Kommunalarchivs relativ vertraut, die Ablieferung von Akten an das Archiv ist für sie ein Routinevorgang, der im speziellen Fall nur einer besonderen zusätzlichen schriftlichen Vereinbarung bedarf. Etwas anders verhält es sich mit Kräften, die ausschließlich in der Wirtschaft tätig waren. Bei ihnen ist zunächst einmal eine grundsätzliche Aufklärung über den Sinn eines kommunalen Archivs erforderlich, sodann muß deutlich werden, daß der im Unternehmen bearbeitete Schriftwechsel nicht nach einigen Jahren nur toter Papierballast ist, sondern unter Umständen wichtiges Quellenmaterial für spezielle Gebiete der Orts- und Regionalgeschichte. Sollte man wider Erwarten so nicht zum Ziel gelangen, bleibt noch der - von uns allerdings bisher noch nicht beschrittene - Weg über die kommunalen Vertreter in der Gesellschafterversammlung bzw. im Aufsichtsrat. Je nachdem, wie der Gesellschaftsvertrag gefaßt ist, können sich hier Möglichkeiten einer massiven Einflußnahme auf die Geschäftsführung eröffnen.

Bei Erörterung unseres Themas muß aber auch auf ein archivspezifisches Konfliktpotential hingewiesen werden. Nicht immer ist eine Kommune mit der absoluten Mehrheit des Stammkapitals an einem Unternehmen beteiligt. Es gibt, und das ist auch in Paderborn der Fall, Gesellschaftskonstruktionen, bei denen eine andere Gebietskörperschaft, wie etwa der Kreis, über Anteile im gleichen Umfang verfügt, z.B. 50 : 50, aber auch andere Patt-Situationen unter Beteiligung eines oder mehrerer kleiner Anteilseigner sind möglich. Bei einer derartigen Konstellation ist durchaus ein Interessenkonflikt und Kompetenzstreit zweier Kommunalarchive, etwa eines Stadtarchivs und eines Kreisarchivs denkbar. In solchen

Fällen sollten sich die Kommunalarchive schon im Vorfeld untereinander einigen und ihre Interessensgebiete einvernehmlich abstecken. Denn wichtiger als die Frage, in welches kommunale Archiv das Schriftgut einer Gesellschaft gelangt, ist allemal die Frage, ob es überhaupt in ein öffentliches Archiv gelangt und so der Nachwelt erhalten bleibt.

Und noch ein praktischer Hinweis:

Organisationspläne und Organisationsverfügungen der Verwaltung sind wenig hilfreich, um sich über die Entwicklung auf dem Laufenden zu halten. Dort findet die Gründung kommunaler GmbHs keinen Niederschlag. Man sollte vielmehr die aktuellen Sitzungsvorlagen der Ratsversammlung aufmerksam lesen, denn der Rat trifft die entsprechenden Entscheidungen. Nützlich sind frag-

los auch gute Kontakte zum Rechtsamt, das bei der Abfassung von Gesellschaftsverträgen maßgeblich beteiligt ist und das Kommunalarchiv schon im Vorfeld einer Unternehmensgründung informieren kann.

Wie schon gesagt, kann das Paderborner Stadtarchiv keine Patentlösung für die Sicherung der Registraturen kommunaler Wirtschaftsunternehmen anbieten. Wir bewegen uns noch auf Neuland. Ob sich der eingeschlagene Weg in der Praxis bewährt, wird man erst nach einigen Jahren sagen können. Von daher möchte ich meine Ausführungen auch nicht als abschließende Behandlung des Themas, sondern lediglich als Denkanstoß und Beitrag zu einer uns alle hoffentlich weiterbringenden Diskussion gewertet wissen.

Beispiel einer Archivvereinbarung zwischen einem Stadtarchiv und einer kommunalen GmbH

Vereinbarung

Die Stadt Paderborn
und
die Paderborner Kommunalbetriebe GmbH -PKB-
schließen folgende Vereinbarung:

1. Bei der PKB und deren Tochterunternehmen ist Registraturgut vorhanden bzw. wird in Zukunft entstehen, das zur Wahrung der Rechte der PKB oder im Interesse der Stadt- bzw. Unternehmensgeschichte über den gewöhnlichen Aufbewahrungszeitraum (entsprechend den gesetzlichen Vorschriften bzw. sonst üblichen Geschäftsgebahren) hinaus von Bedeutung ist.
2. Registraturgut im Sinne dieser Vereinbarung sind sämtliche bei der Erledigung der Geschäfte entstehenden Informationsträger wie Geschäftsakten, Karteien, Geschäftsbücher, DV-Ausdrucke, EDV-Programme, ggf. mit Magnetbändern und -platten, Fotos, Bilder, Pläne, Karten, Risse, Zeichnungen, Ton- und Bildaufzeichnungen.
3. Das Archiv der Stadt Paderborn hat die Aufgabe, dieses Registraturgut der PKB, soweit es für die laufenden Geschäfte nicht mehr benötigt wird, zu sichern, zu übernehmen, zu verwahren und zu erschließen.
4. Zur Koordination der Verfahrensabläufe bestellt die PKB eine verantwortliche Zentralstelle in ihrem Haus, die direkte Ansprechpartnerin für die Abteilungen und Tochterunternehmen der PKB, aber auch für das Stadtarchiv ist.
5. Nach Ablauf der gesetzlichen bzw. sonst üblichen Aufbewahrungsfristen erfassen die PKB und deren Töchter in regelmäßigen Abständen das für die laufenden Geschäfte nicht mehr benötigte Registraturgut in einer Ablieferungsliste und leiten diese über die Zentralstelle dem Stadtarchiv zu.
6. Im Benehmen mit der Zentralstelle prüft und entscheidet das Stadtarchiv, welche Teile dieses Registraturgutes aus Gründen der Rechtswahrung oder zur Dokumentation der Stadt- bzw. Unternehmensgeschichte archivwürdig und somit ständig aufzubewahren sind. Eine vorherige Vernichtung oder eine Entnahme einzelner Vorgänge ist

ohne Einwilligung des Stadtarchivs nicht zulässig. In begründeten Sonderfällen kann das Stadtarchiv mit der Zentralstelle ein anderes Verfahren vereinbaren.

7. Das archivwürdige Registraturgut wird nach Abstimmung über Termin und Übergabeform durch die PKB im Stadtarchiv angeliefert und durch dieses inhaltlich erschlossen und konservatorisch aufbereitet. Das als nicht archivwürdig bewertete Material wird durch die PKB vernichtet.
8. Außer dem Archivgut übernimmt das Stadtarchiv auch Belegstücke sämtlicher Veröffentlichungen (Geschäftsberichte, Informations- und Werbeprospektive, Plakate etc.) der PKB und ihrer Töchter. Sie sind dem Archiv in jeweils einem Exemplar über die Zentralstelle zuzuleiten.
9. Das Archivgut der PKB bleibt deren Eigentum. Die PKB hat das Recht des jederzeitigen Zugriffs und der Entnahme aus der Archivierung.
10. Die Stadt Paderborn haftet gegenüber der PKB nur für Schäden am Archivgut, die auf ein vorsätzliches Verhalten der Stadt Paderborn oder ihrer Mitarbeiter zurückzuführen sind.
11. Die Benutzung des Archivgutes der PKB durch Dritte bedarf in jedem Falle des schriftlichen Einverständnisses der PKB. Im übrigen gelten die Bestimmungen der „Benutzungsordnung für das Archiv der Stadt Paderborn“ in der jeweils gültigen Fassung.
12. Die PKB erstattet dem Archiv nach Rücksprache mit der Zentralstelle die für die Archivierung des PKB-Archivgutes entstehenden Materialkosten. Die übrigen Leistungen des Archivs sind kostenlos, solange seine derzeitigen personellen und räumlichen Kapazitäten nicht überschritten werden. Gegebenenfalls sind diesbezüglich neue Vereinbarungen zu treffen.
13. Die Laufzeit dieser Vereinbarung ist nicht begrenzt. Sie kann von jedem Partner jederzeit durch schriftliche Erklärung mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden.

Paderborn, den Paderborn, den

Stadt Paderborn Paderborner Kommunalbetriebe
Der Stadtdirektor GmbH

Die Erschließungs- und Überlieferungslage von Archivalien in der Erdgas Südsachsen GmbH – Entwicklung, Probleme, Ergebnisse –

von Jacqueline Voigt

Die Geschichte der Erzeugung von Gas und Strom in Sachsen geht etwa 150 Jahre zurück.

Die Entstehung erster Gaswerke Mitte des 19. Jahrhunderts begann im Raum Freiberg. Jede größere Stadt legte Wert auf ein eigenes Gas- oder Elektrizitätswerk. Unser Unternehmen hatte 112 Vorgängerunternehmen. Diese verbreiteten sich über den ganzen Raum Sachsen, wie den Freiburger Raum, Plauen-Vogtland, Zwickau und dem Erzgebirge.

Die Ausgangssituation nach 1945 in Chemnitz, später (1954) in Karl-Marx-Stadt umbenannt, war folgende:

Anfang der 50iger Jahre begann in der damaligen DDR die Kombinatbildung.

1954 wurde der VEB Gasversorgung gegründet und bestand mit der VEB Energieversorgung Karl-Marx-Stadt bis 1958.

1958 ging die VEB Gasversorgung in die VEB Energieversorgung ein und bestand unter diesem Namen bis 1969. Anfang des Jahres 1970 wurde dann das VEB Energiekombinat Ost gebildet.

1972 gliederte sich die VEB Energieversorgung Karl-Marx-Stadt aus und bestand als einer der wenigen bezirksgeleiteten Betriebe bis 1979. 1980 wurde das VEB Energiekombinat Karl-Marx-Stadt gegründet, dieses bestand bis 1990.

Das Archiv übernahm seit 1954 kontinuierlich sämtliches Registraturgut von seinen aktenführenden Stellen.

Der Gesamtbestand unseres Archives der Erdgas Südsachsen GmbH beläuft sich jetzt auf etwa 6000 lfm. und ist getrennt nach Alt- und Neuregistratur. Wir übernehmen derzeit das Schriftgut von zwei Registraturbildnern, der Erdgas Südsachsen GmbH und der Energieversorgung Südsachsen AG. Der zeitliche Umfang des im Archiv gelagerten Registraturgutes reicht von Anfang des Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Das Hauptproblem ist die große Masse an Schriftgut.

Für die heutige Überlieferungslage war von Vorteil, daß wir eigenverantwortlich für das uns übergebene Schriftgut waren, daß heißt, wir unterlagen nicht der Ablieferungspflicht an die Staatsarchive, dementsprechend erfolgte keine Anleitung durch das zuständige Staatsarchiv.

Durch die Übernahme von Schriftgut unserer Vorgängerunternehmen entstand ein großer Teil der Altregistratur. Die Erschließung dieser Bestände bereitet größte Mühe, da der Hauptteil dieses Schriftgutes nicht mehr bzw. nur noch zum Teil benutzbar ist. Es handelt sich dabei um Schriftgut, das von früheren Gas- und Elektrizitätswerken übernommen wurde. Als Quellen dabei sind hauptsächlich Festschriften, Geschäftsbücher, Berichte, Protokolle, Rechnungsführungsdokumente und Bauakten vorhan-

den. Die Übergabelisten, soweit sie überhaupt noch vorhanden sind, befinden sich in einem äußerst desolaten Zustand. Durch das Fehlen von Findhilfsmitteln für diese Bestände ist eine Benutzung sehr schwierig, bevor diese Archivalien nicht vollständig erschlossen sind.

Ein großer Teil des bei uns gelagerten Schriftgutes wurde in feuchten und dreckigen Kellern und staubigen Böden gesichtet und in das Archiv überführt, um es vor der Vernichtung zu bewahren. Hier müssen noch Findhilfsmittel angefertigt werden, um eine Benutzung der Dokumente zu ermöglichen.

In den vergangenen zwei Jahren wurden bei der Aufarbeitung alter Bestände Lücken in der Überlieferungslage festgestellt. In meinen Bestrebungen, diese Überlieferungslücken zu schließen, versuche ich Archivalien alter Besitzer von Gaswerken und weiteres Schriftgut von Vorgängerunternehmen zu sichern. Deshalb bin ich nach erfolgter Erschließung dieser Dokumente in der Lage, bei Benutzeranfragen eine umfassende Auskunft zu erteilen.

Ein weiteres Problem für mich als Archivar, und dies dürfte eine allgemeine Schwierigkeit in der alltäglichen Archivarbeit darstellen, besteht darin, daß sämtliche Archivalien nach fortlaufender Numerierung abgelegt wurden, so daß bei Benutzeranfragen, die von außerhalb unseres Unternehmens gestellt werden, (externe Benutzeranfragen), Schwierigkeiten beim inhaltlichen Auffinden des Registraturgutes auftreten, da kein Stichwortverzeichnis vorhanden ist.

Mitte der 70iger Jahre erarbeiteten meine Vorgänger einen Aktenplan sowie eine Archivordnung, die eine Erleichterung für die Organisation der Schriftgutverwaltung in den Provenienzstellen und eine planmäßige aktive Sicherung, Erfassung und Übergabe/Übernahme von Schriftgut in das Archiv ermöglichen. Mittlerweile ist dieser Aktenplan veraltet und hält den neuen Bedingungen nicht mehr stand, so daß eine Überarbeitung notwendig wird, um historisch wertvolle Dokumente für die Firmengeschichte, die Jurisdiktion oder andere wichtige Zwecke zu erhalten.

Da unser Archiv, wie schon bemerkt, eigenverantwortlich für das übergebene Schriftgut war, also Verwaltungs- und Endarchiv zugleich ist, waren wir in den vergangenen Jahren in der Lage, viele historische Archivalien zu sammeln. Unser archivisches Sammlungsgut umfaßt Fotos und Fotoplatten aus dem Anfang unseres Jahrhunderts, die die Entwicklung der Gas-, hauptsächlich aber der Stromversorgung dokumentieren. Leider ist auch dieser Bestand nicht vollständig überliefert und erschlossen, da teilweise die Provenienz nicht mehr feststellbar ist.

Zum Sammlungsgut gehören ebenfalls unsere Fachliteraturbestände, die teilweise bis Mitte des vergangenen

Jahrhunderts zurückreichen. So zum Beispiel unsere Sammlung des Fachblattes „Journal für Gasbeleuchtung“, welches ab 1924 „Das Gas- und Wasserfach“ betitelt wird. Dieser Bestand beginnt ab 1860.

Leider kam es auch zu Verlusten von wertvollem Archivgut. 1975 war unser Archiv auf einer Ausstellung mit wertvollen Dokumenten präsent, die nach Beendigung nicht den Weg in unser Archiv zurückfanden. Es war mir bis heute nicht möglich, den Verbleib dieser Archivalien zu erforschen.

Ich möchte Ihnen noch ein paar Bemerkungen zur Gegenwartssituation in unserem Archiv geben.

Das Archiv ist personell besetzt mit nur einem Archivar. Die technische Ausstattung des Archives mit Hebel-schubanlagen für unsere Neuregistratur und Holzregalen für die Altregistratur ist unzureichend und veraltet. Übergaben/Übernahmen von Registraturgut erfolgen von den Provenienzstellen zweier Registraturbildner, der Erdgas Südsachsen GmbH und der Energieversorgung Südsachsen AG. Beide Registraturbildner gingen aus dem früheren VEB Energiekombinat Karl-Marx-Stadt hervor.

Das nicht mehr für den laufenden Arbeitsprozeß benötigte Schriftgut wird von den Provenienzstellen in das Archiv übergeben. Grundlage dafür sind die immer noch gültige Archivordnung und der Aktenplan meiner Vorgänger.

Das von den Provenienzstellen übergebene Schriftgut wird im Archiv erschlossen und je nach Bewertungsentscheidung gelagert, das heißt, eine Bewertungsvorentscheidung wird laut Aktenplan in den Provenienzstellen getroffen. Das in das Archiv zu übergebende Schriftgut ist grundsätzlich mit einer Ablieferungsliste zu versehen. Das Anfertigen dieser Ablieferungsverzeichnisse war im damaligen DDR-Archivwesen in der Richtlinie zur Übergabe/Übernahme von Schriftgut und Archivgut festgelegt. In der von mir neu erarbeiteten Archivordnung wird eine Weiterführung dieser Regelung empfohlen.

Man kann resümierend bemerken, daß das in unserem Archiv gelagerte Schriftgut und Archivgut ab 1954 fast vollständig erschlossen ist, so daß es effektiv zur Benutzung herangezogen werden kann. Als Quellen hierfür dienen Akten über Wettbewerbe, die in der ehemaligen DDR staatlich gelenkt waren, Akten über Neuerervorschläge, Schriftgut über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt sowie organisierte gesellschaftliche Veranstaltungen in Form von Betriebsfesten. Den Zeitcolorit der letzten dreißig Jahre vervollständigen weitere Quellen wie fachspezifisches Registraturgut in Form von Projekten über Bauvorhaben, Sitzungsprotokolle, Weisungen, Schriftwechsel und Schriftgut aus dem kaufmännischen Bereich.

Neben der normalen archivischen Tätigkeit werden im Archiv Auszubildende der Berufskategorien Industriekaufmann/-kauffrau und Kauffrau für Bürokommunikation unterrichtet. In diesen Lehrgängen lernen die Auszubildenden den ordnungsgemäßen Umgang mit Schriftgut und erwerben Grundkenntnisse in der Schriftgutverwaltung sowie die Erarbeitung von Ablieferungsverzeichnissen. Bei der Übernahme der Auszubildenden nach Beendigung ihrer Lehrzeit in das Unternehmen ist aufgrund der Teilausbildung im Archiv eine ordnungsgemäße und reibungslose Übergabe von Schriftgut möglich.

Seit März 1992 wurde unser Archiv zusätzlich zum Aufbau einer Informations- und Dokumentationsstelle verpflichtet. Die hauptsächliche Aufgabe besteht in der Verwaltung und Bereitstellung von Literatur der vorhandenen Fachbibliothek, die ca. 3500 Bücher umfaßt und vollständig verzeichnet ist, sowie der Bestellung und dem Einkauf der im Unternehmen benötigten Fachliteratur. Das ist ein Nachteil für die eigentliche Archivtätigkeit, denn diese wird zwangsläufig vernachlässigt.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zur Benutzerresonanz für unser Archiv. Die Anfragen zur Benutzung unserer Bestände sind im letzten Jahr deutlich gestiegen. Im Durchschnitt hatten wir in den vergangenen zwölf Monaten ca. 150 Benutzer, wovon 20 Benutzeranfragen von außerhalb unseres Unternehmens kamen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die genannten Probleme die Archivtätigkeit heute sehr erschweren, zumal für die Archive in der Wirtschaft keine Regelungen vorhanden sind. Um einen reibungslosen Arbeitsprozeß in der Schriftgutverwaltung zu ermöglichen, sollte man sich als Wirtschaftsarchivar bei der Erarbeitung von archivischen Arbeitsrichtlinien an das Bundesarchivgesetz oder das jeweilige Landesarchivgesetz anlehnen.

BERICHTE UND MITTEILUNGEN

Zum Tode von Dr. Emil Dösseler (1906-1992)

Am 7. April 1992 verstarb in Münster im Alter von 86 Jahren der weit über die Grenzen Westfalens hinaus bekannte Archivar und Landeshistoriker Dr. phil. Emil Dösseler. Er entstammte einem alteingesessenen Reidemeister- und Bauerngeschlecht des märkischen Süderlandes und wurde am 9. Februar 1906 auf dem in der Nähe von Werdohl gelegenen Gut Dösseln als jüngster Sohn des Landwirts Emil Dösseler und seiner Ehefrau Olga geb. Buckesfeld geboren.

Nach Volks- und Rektoratsschule besuchte der junge Dösseler ab 1921 das Realgymnasium in Altena, an dem er im Frühjahr 1925 - unter Befreiung von der mündlichen Prüfung - das Abitur ablegte. Nach fünf Semestern Rechtswissenschaft in Münster, Bonn, Prag und Wien wandte er sich ab Herbst 1927 in Berlin dem Studium der Geschichte und Geographie zu, Fächern, denen seine eigentlichen Neigungen galten und in denen er schon während seiner Schulzeit brilliert hatte. Im Jahre 1932 promovierte Dösseler in Berlin bei Prof. Walther Vogel mit einer Arbeit zur Handels- und Verkehrsgeschichte Westfalens im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Bereits hier zeichnete sich die Thematik ab, die ihn fortan nicht mehr loslassen sollte und der er bis an sein Lebensende seine ganze Arbeitskraft widmete.

Die Beschäftigung mit den schriftlichen Zeugnissen der Geschichte, mit denen Dösseler schon als 16jähriger Schüler in den Archiven seiner Heimat in Berührung gekommen war, faszinierte ihn derart, daß er sich bald darauf entschloß, den Beruf des Archivars zu ergreifen. Nach bestandenen ersten philologischen Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen im Sommer 1933 trat er in das Institut für Archivwissenschaft und geschichtswissenschaftliche Fortbildung in Berlin-

Dahlem ein. Hier legte er ein Jahr später die Abschlußprüfung mit der Note „gut“ ab. Im Juli 1934 wurde Dösseler als Referendar dem Staatsarchiv Düsseldorf zugewiesen; bereits 1939 - und somit zu einem für damalige Verhältnisse relativ frühen Zeitpunkt - erfolgte mit der Ernennung zum Staatsarchivrat die von ihm angestrebte feste Anstellung als Beamter auf Lebenszeit.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unterbrach die mit großer Intensität begonnene archivische Tätigkeit. Von 1940 bis 1945 stand Dösseler, der seit 1942 mit Luise Rahmede aus Hunscheid verheiratet war, als Soldat an vorderster Front. Unmittelbar vor Kriegsschluß traf ihn ein fürchterliches Schicksal: eine schwere Verwundung, die er sich im Frühjahr 1945 zuzog, führte dazu, daß ihm der rechte Oberschenkel amputiert werden mußte. Ungeachtet der damit verbundenen, für einen Gesunden kaum vorstellbaren Belastungen und Probleme hat Emil Dösseler noch fast zwei Jahrzehnte seine beruflichen Pflichten im Staatsarchiv Düsseldorf ohne Einschränkung erfüllt. Vor allem publizistisch betätigte er sich während dieser Zeit mit großem Erfolg. 1951/52 veröffentlichte er eine Übersicht über die geistlichen Betreffe in den Registerbüchern der Grafschaft Mark, 1952 erschien ein fast 400 Seiten umfassendes „Inventar der Quellen zur Westfälischen Geschichte im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf“, und 1961 wurde als Band I der Schriftenreihe „Altenaer Beiträge“ seine „Wirtschaftsgeschichte der Grafschaft Mark unter Brandenburg-Preußen 1609-1806“ zum Druck befördert. Seine besondere Liebe und Fürsorge gehörte jedoch den seiner Heimat gewidmeten „Süderländischen Geschichtsquellen und Forschungen“, von denen er zwischen 1954 und 1958 drei Bände herausgeben konnte.

Am 1. Juni 1964 trat Emil Dösseler - auf eigenen Wunsch - in den vorzeitigen, verdienten Ruhestand. Freilich konnte von Muße und häuslicher Zurückgezogenheit keine Rede sein.

Im Gegenteil! Frei von dienstlichen Zwängen und Rücksichtnahmen entfaltete der Verstorbene eine mit unzähligen Archivreisen im In- und Ausland verbundene rastlose Forschertätigkeit. Bereits 1967/68 und 1972 legte Dösseler als Abschluß der „Süderländischen Geschichtsquellen“ zwei weitere inhaltsreiche Materialbände zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der südlichen Grafschaft Mark vor, 1969 edierte er - in Regestenform - die berühmten Soester Toversichtsbriefe und 1974 brachte er - zusammen mit Friedrich Wilhelm Oediger - die Lehnregister des Herzogtums Kleve heraus. Seine letzte große, 1988 vollendete und in Heft 100 der „Soester Zeitschrift“ veröffentlichte Arbeit galt abermals der Geschichte der alten Hansestadt Soest, der er sich - nach eigenem Bekunden - seit seinen ersten Besuchen im Soester Stadtarchiv Anfang der Dreißiger Jahre eng verbunden fühlte. Auf fast 200 Seiten zeichnet er hier ein eindrucksvolles Bild von der Weite und Vielfalt der auswärtigen Handelsbeziehungen der westfälischen Metropole während des 12. bis 17. Jahrhunderts.

Emil Dösselers Wesen war geprägt von einer beispiellosen Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit. Er verlangte selten etwas für sich, erwies sich jedoch gegenüber jedermann, der sich seine Erfahrung und seine Fachkenntnisse zu Nutzen zu machen suchte, als außergewöhnlich hilfsbereit. Die Mehrzahl seiner Archivreisen wie auch die Drucklegung vieler seiner Arbeiten hat er - wie Eingeweihte wissen - zumeist aus eigenen, nicht gerade üppig fließenden Mitteln finanziert.

An Anerkennung hat es Emil Dösseler im Laufe seines langen Lebens nicht gefehlt. Bereits 1965 wurde ihm für seine jahrzehntelange, unermüdliche Arbeit zur Erforschung der westfälischen Geschichte der Kulturpreis des Landkreises Altena verliehen, eine Ehrung, über die er sich besonders gefreut hat. Das Bundesverdienstkreuz, für das er anlässlich seines 85. Geburtstag vor einem Jahr in Vorschlag gebracht worden

war, lehnte er ebenso bescheiden wie kategorisch ab.

Emil Dösseler ist tot. Eine ungewöhnliche, liebenswerte Persönlichkeit, der wir uns stets gern erinnern werden, ist von uns gegangen. Sein nachgelassenes Werk - dessen bin ich sicher - wird Bestand haben und die Zeiten überdauern!

Altena

Rolf Dieter Kohl

Westfälische Kirchenbücher auf Microfiche. Ein gemeinsames Projekt von Landeskirchlichem Archiv und Westfälischem Archivamt

Im ersten Halbjahr 1992 konnte ein Projekt beendet werden, das 1986 gemeinsam vom Landeskirchlichen Archiv der Ev. Kirche von Westfalen in Bielefeld und dem Westfälischen Archivamt in Münster begonnen worden war: die Reproduktion sämtlicher westfälischer Kirchenbücher bis einschließlich 1875, soweit vorhanden, auf Microfiche. Der Verfasser, seit dem 1. Juni 1985 neuer Leiter des Landeskirchlichen Archivs, hatte erste Anregungen dazu auf dem 57. Deutschen Archivtag im Oktober 1985 in Hannover erhalten (s. DER ARCHIVAR 39, 1986, Sp. 39-46 u. 64/6); hinzu kamen die anschaulichen Erfahrungen aus der fortlaufenden Restaurierung westfälischer Kirchenbücher in der Betheler Restaurierungswerkstatt und erste Einblicke in die problematische Art und Weise der Vorlage und Benutzung von Kirchenbüchern vor Ort, d.h. in den Pfarrhäusern und Gemeindebüros. Beides zeigte, wie gefährdet die unersetzbaren Originale im kirchlich-gemeindlichen Alltag waren.

Ein Antrittsbesuch beim damaligen Leiter des Westfälischen Archivamtes Dr. Richter am 17. April 1986 bot Gelegenheit zur Absprache eines gemeinsamen Projekts, an dem sich der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, vertreten durch das Archivamt, beratend und mit einem finanziellen Zuschuß beteiligen wollte. Eine Vorlage des Verfassers an die Kirchenleitung vom Mai 1986 nannte dann Ziele und Umfang des Unternehmens schon relativ genau:

Beabsichtigt war die Konvertierung der westfälischen Kirchenbuchdaten von den bereits im Landeskirchlichen Archiv vorhandenen Sicherungsfilmen, die aus einer Verfilmungsaktion in den 1960er Jahren stammten, auf Microfiche. Da laut Kirchenbuchordnung der Ev. Kirche von Westfalen alle Kirchenbücher bis einschließlich 1875 als öffentliche Personenstandsregister gelten und ein gewisser Rechtsanspruch auf ihre Benutzung besteht, ging es vor allem um die Zuverfügungstellung dieser Bücher und Daten; Verfilmung und Microfichierung gehen aber z.T. erheblich über 1875 hinaus, da kaum ein Kirchenbuch exakt mit diesem Jahr abschließt. Eine im Archiv vorhandene, sorgfältig und detailliert erstellte Kartei über Kirchenbücher und Sicherungsfilme erleichterte die Vorbereitung der Umsetzung auf Microfiche. Der Microfiche bot sich wiederum gegenüber dem Film als leicht zu handhabende, relativ stabile und billige Ersatzüberlieferung an.

Erstellt werden sollten (und wurden) drei Sätze Microfiches: die Mutterfiches (nicht zur Benutzung, sondern nur zur Reproduktion bestimmt) und zwei Arbeitssätze, einer zentral für das Landeskirchliche Archiv in Bielefeld, der andere dezentral zur kirchenkreisbezogenen Verteilung an die Kreiskirchenämter vorgesehen. Damit sollten die Ersatzüberlieferung relativ flächendeckend bereitgestellt und die Pfarr- und Gemeindebüros von den mitunter doch störenden Besuchen von Genealogen und Familienforschern entlastet werden; den Kreiskirchenämtern, seit der Funktionalreform in der Westfälischen Landeskirche um 1970 relativ potente, bürokratisch organisierte Mittelbehörden mit eigenem Personal, zumeist im eigenen Haus und mit festem Dienststundenplan, schien die Betreuung lokal- und kirchenkreisgebundener Benutzer eher zumutbar. Darüber hinaus wurde auch den Genealogen die Arbeit erleichtert: Mußten sie früher bei jedem Ortswechsel eines ihrer Vorfahren ebenfalls den Ort ihrer Recherche wechseln, da die Kirchenbücher in aller Regel bei den Gemeinden verwahrt werden (nur wenige haben ihre Bücher im Landeskirchlichen Archiv deponiert), so genügte nun der Griff zu einem anderen Satz Microfiches. Auch der Wunsch nach Kopien konnte bei Microfiches - das Vorhandensein eines Kopiergerätes voraus-

gesetzt - leicht und problemlos erfüllt werden; die Original-Kirchenbücher durften nicht kopiert werden, so daß nur Abschriften möglich waren. Die kontrollierte Benutzung der Microfiches sollte die oft unkontrollierte der Kirchenbücher ersetzen und damit die Gefahr von Beschädigung und Verlust der letzteren vermeiden helfen. Ziel war es, nach Fertigstellung und Verteilung der Microfiches die Kirchengemeinden aufzufordern, ihre Kirchenbücher Benutzern nicht mehr zur Verfügung zu stellen, diese vielmehr (mit einem 50prozentigen Zuschuß der Landeskirche) restaurieren zu lassen und sicher zu verwahren bzw. im Landeskirchlichen Archiv zu deponieren.

Die Kirchenleitung erklärte sich mit der so vorgeschlagenen Durchführung des Projektes einverstanden und stellte die dafür erforderliche Summe in einem Sonderhaushalt unabhängig von Haushaltsjahresbegrenzungen zur Verfügung; der Landschaftsverband gab via Archivamt eine entsprechende Zuschußzusage. Parallel dazu liefen die technischen Überlegungen und erste Textkonvertierungen: Angebote einer holländischen Firma, die die Filme in einem elektronisch gesteuerten Verfahren direkt auf Microfiches umsetzte, und einer Firma aus Hannover, die den 35mm-Sicherungsfilm zunächst auf 16mm-Film umkopierte, diesen dann jacketierte, d.h. in Streifen schnitt und zum Mutterfiche zusammenstellte, das dann wieder für die Arbeitsfiches kopiert wurde, lagen vor. Hier war es hilfreich, daß in Zusammenarbeit mit Rickmer Kießling, der beim Archivamt das Projekt betreute, sowie den Kollegen Dr. Wolfgang Knackstedt (Staatsarchiv Münster) und Prof. Dr. Franz Josef Jakobi (Stadtarchiv Münster) die verschiedenen Verfahren erprobt und die Kostenvorstellungen verglichen werden konnten. Ebenso halfen Besuche bei den Landeskirchlichen Archiven in Hannover (Dr. Hans Otte) und Braunschweig (Hermann Kuhr), die bereits ähnliche Projekte durchgeführt hatten. Es zeigt sich wieder, daß bestimmte Einzelprobleme, z.B. das der Gestaltung der Microfiche-Beschriftungen, sich erst in der Praxis stellen und von deren Erfahrungen her am besten zu lösen sind. Wir versuchten auch, die Benutzenseite zu berücksichtigen, indem wir die Genealogische Arbeitsgemeinschaft des Bielefelder Historischen Vereins

mit in den Entscheidungsprozeß ein-zubeziehen suchten: hier legte man z.B. Wert darauf, Positiv-Fiches (schwarze Schrift auf weißem Grund) zur Verfügung gestellt und von diesen wiederum Positivkopien zu bekommen - Wünsche, die wir bei der Herstellung der Fiches und bei Anschaffung eines Reader-Printers berücksichtigten.

Nach der Anschaffung von drei Microfiches-Ablageschränken (je einer pro Satz, in unterschiedlichen Räumen bzw. Gebäuden untergebracht) und drei Microfiche-Sichtgeräten, davon eines auch mit Rollfilmbühne, begann ab Herbst 1987, nachdem die Entscheidung für die hannoversche Firma gefallen war, die eigentliche Konvertierung, indem nun die Sicherungsfilme, jeweils nach Kirchenkreisen und darunter nach Gemeinden geordnet, nach Hannover geliefert wurden. Die entsprechend zurückkommenden Microfiches wurden möglichst umgehend von zwei Werkstudentinnen der Universität Bielefeld im Archiv auf ihre Qualität hin überprüft, um notwendige Reklamationen gleich vorbringen zu können. Dabei mußte immer wieder auch der vorhandene Sicherungsfilm zum Vergleich herangezogen werden, da dessen Qualität natürlich die des Microfiches entscheidend mitbestimmte. Nicht alle der Filme waren von gleich guter Qualität, und bei der zweimaligen Umsetzung vom Sicherungsfilm über den Mutterfiche zum Arbeitsfiche waren weitere Qualitätsverluste nicht ganz zu vermeiden. Probleme zeigten sich besonders bei der Aufhellung von dunklen Stellen etwa im Falz oder an den Rändern der verfilmten Kirchenbuchseiten; eine stärkere Ausleuchtung hier ließ wiederum die Schrift an den normal hellen Stellen verblassen. Ebenso mußte auf Unschärfen, Unsauberkeiten und Streifenbildung geachtet werden. Schon bei der Kontrolle der ersten Lieferung wurde deutlich, daß etliche schlecht verfilmte oder bei der Erstverfilmung in schlechtem Zustand befindliche Kirchenbücher noch einmal herangeholt und neu verfilmt bzw. gleich vom Original weg microfiziert werden mußten. Da seinerzeit auch nicht alle Kirchenbücher erfaßt worden waren, ergab sich aus schlecht bzw. gar nicht verfilmten Kirchenbüchern, die allerdings in der genannten Kartei verzeichnet waren, ein Nachfolgeprogramm für die Zeit nach Abschluß der Konvertierung der Sicherungsfilme.

Zwei Jahre lang, von Herbst 1987 bis Herbst 1989, dauerte die Konvertierung der 2. 372 Sicherungsfilmrollen von durchschnittlich 30 m Länge sowie die Kontrolle und Einordnung der so entstandenen drei Sätze von Microfiches. In dieser Phase übernahm neben dem Verfasser mehr und mehr Wolfgang Günther, seit dem 1. September 1987 im landeskirchlichen Archivdienst, die Organisation und Durchführung des Projektes. Er holte dann ab Frühjahr 1990 auch die bisher noch nicht verfilmten Kirchenbücher zusammen, die bei einer Bielefelder Firma direkt vom Original auf Microfiche umgesetzt wurden. Da die Konvertierung der Sicherungsfilme unter dem ursprünglich angenommenen Kostenrahmen geblieben war, durfte mit Zustimmung der Kirchenleitung und des Westfälischen Archivamtes auch diese das Konvertierungsprogramm sinnvoll ergänzende Zusatzmaßnahme aus den noch zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden. Bis auf einige Nachzügler konnte die Microfizierung der nicht verfilmten Kirchenbücher im Laufe des Jahres 1991 abgeschlossen werden. Ab Mai 1991 wurde der erste vollständige Satz der Microfiches im Landeskirchlichen Archiv in Bielefeld, Altstädter Kirchplatz 5, den Benutzern zur Verfügung gestellt. Dazu wurde allerdings ein neuer Benutzerraum notwendig, da der vorhandene mit nur fünf Arbeitsplätzen, davon einer mit Sichtgerät, ohnehin für den zu erwartenden verstärkten Andrang auf die Kirchenbücher-Microfiches mit Sicherheit zu klein gewesen wäre. Bereits im November 1989 hatte das Archiv in der Nebenstelle Mauerstraße 8 zwei neue große Magazine mit 7 km Regalfläche und mehrere Büroräume zusätzlich erhalten. Ein weiterer Zuwachs von zwei Büroräumen, die die Zahl der Arbeitsplätze dort auf 8 erhöhte, machte es möglich, Arbeitsplätze von Mitarbeitern der Hauptstelle des Archivs in die Nebenstelle zu verlegen. So konnte der bisherige große Verwaltungsraum des Landeskirchlichen Archivs am Altstädter Kirchplatz in einen neuen größeren Benutzerraum umgewandelt werden; der bisherige Benutzerraum wurde für die zwei Mitarbeiterinnen eingerichtet, die für die Betreuung der Benutzer, den Magazindienst in der Hauptstelle, die Archivbibliothek und genealogische Anfragen zuständig sind. Dieser Funktionstausch erlaubte es, acht Arbeits-tische (1,40 x 0,70) für Benutzer

bereitzustellen, von denen sechs mit dem Microfiche-Lesegerät Zeutschel FL 3 (mit je 2 Objektiven 24x und 42x) ausgerüstet sind. Ferner wurde ein Canon PC Printer 80 mit Microfiche- und Rollfilmbühne aufgestellt. Neben diesen Benutzer-Geräten stehen dem Personal des Archivs noch ein Kindermann-Lesegerät FR 7 (ebenfalls mit zwei Objektiven), ein Zeutschel-Lesegerät CL 2 (mit 3 Objektiven 15x, 30x, 42x) und ein Zeutschel-Lesegerät OL mit Microfiche- und Microfilm-Bühne (ebenfalls mit drei Objektiven) zur Verfügung. Bei allen Geräten wurde Wert auf einen möglichst großen rechteckigen Bildschirm gelegt, auf dem bei Wahl des kleinsten Objektivs eine ganze Kirchenbuchdoppelseite gut zu sehen ist. Die schon 1991 einsetzende und sich 1992 verstärkende Inanspruchnahme der neuen Benutzerplätze bewies die Richtigkeit der Entscheidung für einen größeren, so ausgestatteten Benutzerraum, auch wenn in ihrer Konsequenz nur sieben Arbeitsplätze für Mitarbeiter in der Hauptstelle erhalten werden konnten.

Mit Rundschreiben vom 12. Juni 1991 informierte das Landeskirchliche Archiv die Kreiskirchenämter darüber, daß der zweite Satz der Arbeitsfiches nun für sie bereitstehe und bat darum, diese entsprechend dem ursprünglichen Projektzweck, nämlich die Originalkirchenbücher bei den Gemeinden zu schonen und die Gemeindebüros zu entlasten, in ihren Räumen für Benutzer verfügbar zu machen. Gleichzeitig wurde eine Beratung in Sachen technischer Ausstattung dafür angeboten. Die Superintendenten der Kirchenkreise waren bereits im Vorfeld auf der Superintendentenkonferenz vom 7. Dezember 1987 über Sinn und Zweck des Projektes informiert worden. In der Folge dieses Rundschreibens wurden in den folgenden Monaten von den Kreiskirchenämtern die für sie bestimmten Microfiches übernommen, Lesegeräte angeschafft und Benutzerplätze eingerichtet. Nur zwei Kirchenkreise (Gütersloh und Soest) und die Vereinigten Kirchenkreise Dortmund stellten die Übernahme vorerst wegen anstehender Umbau- bzw. Neubaupläne zurück; der Kirchenkreis Halle verzichtete wegen der großen Nähe zum Landeskirchlichen Archiv in Bielefeld.

Nach Abschluß dieser Verteilungsaktion informierte der Archivdezer-

nent des Landeskirchenamtes mit Rundschreiben vom 9. Juni 1992 alle Kirchengemeinden der Ev. Kirche von Westfalen, daß nun die Microfiches ihrer Kirchenbücher zentral beim Landeskirchlichen Archiv und dezentral bei den Kreiskirchenämtern für den jeweiligen Kirchenkreis einsehbar wären. Familienforscher sollten künftig an diese Stellen verwiesen werden und nicht mehr die Originale einsehen dürfen. Den Kirchengemeinden bleibe es aber überlassen, weiterhin selber Auskünfte aus den Kirchenbüchern zu erteilen. Gleichzeitig wurden die Gemeinden auf die richtige Aufbewahrung der Kirchenbücher aufmerksam gemacht und gebeten, notwendige Restaurierungen dem Landeskirchlichen Archiv zu melden, da dieses laut kirchlichem Archivgesetz allein für Restaurierungen zuständig sei, einen 50prozentigen Zuschuß zu den Kosten geben könne und die Kapazitäten der Betheler Restaurierungswerkstatt, die 1992 erheblich erweitert werden soll, entsprechend verplane. Mit dieser Mitteilung an die Kirchengemeinden war sozusagen offiziell das 1985/86 gestartete Gesamtprojekt abgeschlossen. Sicher muß die Praxis zeigen, ob es die Erwartungen erfüllt, aber schon jetzt lassen die Erfahrungen im Landeskirchlichen Archiv einen positiven Rückschluß zu.

Einzelfragen und -probleme bleiben: Einige Kirchengemeinden möchten zusätzlich für den eigenen Gebrauch einen Satz Microfiches ihrer Kirchenbücher erwerben; das ist auf eigene Kosten möglich und wurde den Gemeinden auch ausdrücklich angeboten, da so der stetig wachsende Druck genealogischer Anfragen beim Landeskirchlichen Archiv wenigstens etwas gemildert werden kann. Ob die Kreiskirchenämter hier zusätzlich neben Gemeinden und Archiv schriftliche Anfragen beantworten werden und können, bleibt abzuwarten. Anders als die Kirchengemeinden müssen nichtkirchliche Interessenten, z.B. Kommunalarchive, die vereinzelt ebenfalls um Überlassung eines lokalen Microfiche-Satzes ersuchten, abschlägig beschieden werden; die Landeskirche möchte den Kreis der Nutzer überblicken und die Einhaltung der Kirchenbuchordnung kontrollieren können (das gilt im übrigen auch für Abschriften von Kirchenbüchern). Vor allem soll auch die kommerzielle Nutzung microfichierter Kirchenbuchdaten vermieden werden.

Schließlich sind die Militärkirchenbücher westfälischer Regimenter und Garnisonen, die sich gesammelt im Landeskirchlichen Archiv befinden, bisher weder verfilmt noch microfiziert worden. Hier sind bereits mit Hilfe des Staatsarchives Münster die das 18. Jahrhundert betreffenden Bücher verfilmt worden; die Verfilmung der übrigen ist im Gange. Ferner hat das Staatsarchiv Münster (Dr. Jürgen Kloosterhuis) ein Computerprogramm zur Erfassung und Auswertung der Daten der Militärkirchenbücher entwickelt.

Bernd Hey

„Vereinsgeschichte und Archivierung – Stiefkind im Großverein?“

Bericht über den Workshop des Freiburger Kreises anlässlich des Herbstseminars in Wetzlar am 25.10.1991

Das vorjährige Herbstseminar begann am Freitag, dem 25. Oktober, mit dem Workshop zum Thema: „Vereinsgeschichte und Archivierung – Stiefkind im Großverein?“ Dazu hielt Herr Klaus Pradler, Diplom-Archivar beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Archivamt Münster, Außenstelle Dortmund beim Westfälischen Wirtschaftsarchiv und zugleich seit 1984 Archivar des Westfälischen Turnerbundes in Hamm (WTB), ein Referat, in dessen Verlauf sich der Schwerpunkt „Archivierung“ schnell herauskristallisierte. Zunächst stellte er die Arbeit des WTB-Archivs vor, das im Rahmen der Archivpflege - und der personellen Möglichkeiten - die dem WTB angeschlossenen Vereine mit Rat und Tat (Beantwortung von Anfragen, Vereinsjubiläum, Ausstellungen usw.) unterstützt.

Herr Pradler gab dann einen Überblick über die unterschiedlichen Archive in Deutschland sowie den üblichen Arbeitsablauf in einem Archiv, insbesondere aus der Sicht der Sportvereine. Hier ging er kurz ein auf Bewertung (und Kassation) von Schriftgut und sonstigem Archivgut, die Übernahme, die Ordnung und Erschließung, die Erstellung von Findmitteln, die Lagerung und die anschließende Benutzung (archivpraktische Fragen) bis hin zur inhaltlichen Auswertung für die Vereinsgeschichte (Chronik, Festschrift, Aus-

stellung). Anhand von Beispielen aus dem von ihm geordneten Vereinsarchiv des Wittener Turnvereins 1877 und dem WTB-Archiv erläuterte Herr Pradler die einzelnen Tätigkeiten im Archiv.

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt zeigte sich der große Gesprächsbedarf der Teilnehmer/innen des Workshops und die Notwendigkeit, das Thema „Archivierung“ ausführlich zu behandeln. Nicht nur die hohe Teilnehmerzahl von über 40 Vereinsvertretern, auch aus den neuen Bundesländern, machte den Bedarf einer solchen Veranstaltung deutlich, sondern vor allem die Tatsache, daß es sich bei den Teilnehmer/innen überwiegend um die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Vereine handelte. Dies unterstreicht das vorhandene Bewußtsein, im eigenen Verein etwas für das Archiv tun zu wollen. Wichtiger noch war jedoch die Frage: Was kann ich jetzt tun und vor allem, wie kann ich unser Vereinsarchiv aus dem größtenteils ungeordneten Zustand wieder funktionstüchtig machen?

Nicht untypisch aus der Arbeit mit Vereinsarchiven waren vereinzelt Hilferufe von Archivbetreuern/innen, wenn sie bei ihrer Vereinsführung auf gar kein Verständnis für die Bereitstellung evtl. eines Raumes oder eines (Stahl-)Schrankes für die gefährdeten Unterlagen stießen. So blieb den engagierten Vereinsmitgliedern nichts anderes übrig, als im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung Archivmaterial des Vereins zu sichern, um den drohenden Verlust abzuwenden.

Es zeigte sich auch, daß neben den Fragen zur Aufbewahrung und Erschließung der historischen Vereinsunterlagen, vor allem das Problem der Bewertung und Übernahme von Archivgut aus der Altregistratur - unbewußt - in den Vordergrund trat. Bei Großvereinen mit beispielsweise 20 Abteilungen muß da schon eine entsprechende Koordinierung erfolgen.

So war es nicht verwunderlich, daß aus dem Teilnehmerkreis die Forderung nach einem Arbeitskreis „Archiv“ ausgesprochen wurde. Der Vereinsvertreter des TV Wetzlar, Herr Braun, erklärte sich sogleich bereit, dafür die Vorarbeiten und die Koordinierung in die Hand zu nehmen. Auch Herr Pradler sagte seine Unterstützung zu.

Abschließend erläuterte Herr Pradler noch einmal, was an Sofortmaßnahmen für das Vereinsarchiv getan werden kann:

1. Zusammentragen des historischen Teils des Vereinsarchivs von verschiedenen Orten im Verein überschaubar an *einen* Platz (Raum, Schrank, Regal - möglichst verschließbar; Zugriff einschränken z. B. auf Geschäftsführer/in, Vereinsarchivar/in.
– Auf Dauer sicherstellen, daß der Zugang im Archivraum zu den Unterlagen oder zum Archivschrank nicht mit sperrigen Geräten usw. verbaut wird!
2. Lagerung - wenn möglich - in stabilen, einfachen Kartons, mit kurzer Außenbeschriftung des Inhalts (immer besser, als ungeordnetes Herumliegenlassen loser Unterlagen); es müssen bei diesen ersten Sicherungsmaßnahmen nicht unbedingt relativ aufwendige Archivkartons sein.
3. Kontaktaufnahme mit dem nächsten, hauptamtlich besetzten Stadt-, Kreis- oder Kommunalarchiv für Fragen der archivischen Ordnung und der archivtechnischen Möglichkeiten (Hilfsmittel, Kartons, Archivmappen usw.)
– Möglichkeit der Sicherung (Lagerung) von Vereinsarchivalien: wenn schon nicht im eigenen Verein oder „nicht mehr in den eigenen vier Wänden“ möglich, Lösungsmöglichkeit im Stadtarchiv usw. suchen.
4. Beginn der Ordnungs- und Erschließungsmaßnahmen im Vereinsarchiv bereits bei der Übernahme von Einzelstücken bis zu kleineren Nachlässen, z. B. mit Hilfe von *einfachen, übersichtlichen Zuganglisten*. (Bei Fotos ist besonders wichtig, sofort zu vermerken: abgebildete Personen, Anlaß und Datum der Aufnahme, von wem fotografiert.)
5. Im Falle eines größeren ungeordneten (historischen) Altbestandes im Verein ist die Möglichkeit zu prüfen, zunächst mit den Ordnungsmaßnahmen des aktuell eingehenden Archivmaterials zu beginnen, um den Altbestand nicht noch größer und unübersichtlicher werden zu lassen.

Klaus Pradler

Versicherung von Archiven

Das Westfälische Archivamt prüft gegenwärtig gemeinsam mit der Provinzial-Versicherung, wie Archive und insbesondere Archivalien sinnvoll und sachgerecht zu versichern sind. Anlaß dafür ist der Brand in einem Kommunalarchiv in Westfalen, bei dem sich später herausstellte, daß die erforderlichen Restaurierungsleistungen an den Archivalien durch die üblichen gemeindlichen Versicherungen nicht voll abgedeckt waren. Um dieses Problem zu lösen, wird an einer Empfehlung gearbeitet, die im folgenden Heft ds. Zs. erscheinen wird. Sofern einzelne Archive oder Verwaltungen vorab Informationen erhalten wollen, können sie sich mit dem Westfälischen Archivamt in Verbindung setzen.

Untersuchung zu Problemen der Massenrestaurierung bei Archivalien

Am 11.5.1992 fand im Westfälischen Archivamt ein Informationsgespräch zu Problemen der Massenrestaurierung bei Archivalien statt. Allen Archivaren dürfte bekannt sein, daß Papierzerfall insbesondere von holzschliffhaltigen Papieren die Archive vor unübersehbare und bisher nicht einmal in den Ansätzen gelöste Probleme stellt und vermehrt in der Zukunft noch stellen wird. Aus diesem Grund hatte das Westfälische Archivamt den Ministerialreferenten für Archivfragen im Kultusministerium NRW, Dr. Schmitz, die Leiter und die Fachbeamten der nordrhein-westfälischen Staatsarchive sowie die Kollegen der Archivberatungsstelle Rheinland zu einem Informationsgespräch eingeladen. Als Gäste nahmen weiter teil eine Vertreterin der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Frau Dr. Haberditzl, Herr Feindt vom niedersächsischen Staatsarchiv Bückeburg und Vertreter der Firma Neschen.

Bereits in der Begrüßung betonte der Leiter der Kulturabteilung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Landesrat Nolte, daß die Notwendigkeit der Massenrestaurierung auch auf der politischen Ebene gesehen werde, und daß er deswegen Kooperationen aller beteiligten Institutionen, insbesondere des Kultus-

ministeriums mit den Staatsarchiven und den Fachstellen der beiden Landschaftsverbände, für sinnvoll und notwendig halte, um sich dem Problem der Massenrestaurierung in sinnvoller Weise nähern zu können.

Der Leiter des Westfälischen Archivamtes, Dr. Reimann, gab noch einmal eine Problemanalyse für die nichtstaatlichen Archive in Westfalen. Danach stehen bei einem Gesamtumfang der kommunalen Archivbestände von rund 90 lfd. km Akten rund 17-20% für eine aktuelle Restaurierung an, das sind etwa 130 Millionen Einzelblatt Archivalien. Eine Restaurierung ist mit den bisherigen Methoden durch die bereits vorhandenen Restaurierungswerkstätten nicht denkbar, zumal sich in der Diskussion ergab, daß sowohl in der Staatlichen Archivverwaltung des Landes wie auch im Bereich der Archivberatungsstelle Rheinland Archivalien in etwa gleichem Umfang zur Restaurierung anstehen. Dies bedeutet für Nordrhein-Westfalen 40-50 km Akten (400 Millionen Einzelblatt), die bearbeitet werden müssen, bevor sie durch Zeitablauf zerstört sind.

Von den bisher eingeführten Restaurierungsmethoden, die überhaupt im Masseneinsatz denkbar sind, erscheint Dr. Reimann das Verfahren zur Einbettung von Archivalien am geeignetsten, weil dabei weitgehend auf vorhandene Maschinen zurückgegriffen werden kann und die Archivalien dauerhaft gesichert werden. Dies setzt allerdings voraus, daß Materialien zum Einbetten bereitstehen, die die erforderliche Festigkeit, Transparenz, Altersbeständigkeit und Eignung zur maschinellen Bearbeitung besitzen. Außerdem müssen die Maschinen für einen möglichst stark automatisierten Ablauf einschließlich der Vor- und Nachbearbeitung fortentwickelt werden.

Mit dem Einbettverfahren könnten auf Westfalen bezogen bei der Einrichtung von fünf Bearbeitungsstraßen, die zur Restaurierung anstehenden Mengen in ein bis zwei Jahrzehnten aufgearbeitet werden. Die Kosten würden jährlich etwa vier Millionen Mark betragen, auf die einzelne westfälische Kommune bezogen ergibt dies einen Kostenanteil von 16.000 DM pro Jahr und Verwaltung, ein Betrag, der in Hinblick auf die Gesamtüberlieferung vertretbar erscheint.

Dr. Schmitz vom Kultusministerium Düsseldorf hielt über die Beteiligung der öffentlichen Archivträger auch eine Einbeziehung der Bibliotheken, die vor ähnlichen Problemen stehen, für erforderlich. Außerdem würde er eine länderübergreifende Problemanalyse für sinnvoll halten, die die gesamte Bundesrepublik einbezieht.

Herr Feindt vom Staatsarchiv Bückeburg stellte das unter Bundesförderung entwickelte Pilotprojekt einer neutralisierenden wässrigen Pufferungsanlage vor. Die Anlage wurde im Februar 1992 in Bückeburg errichtet und wird gegenwärtig mit dem Ziel des Dauerbetriebs erprobt. Als Dauerleistung ist der Durchlauf von 600 Blatt je Stunde auf jeder der beiden Arbeitsbahnen vorgesehen, also eine Maschinenleistung von 1200 konservierten Blättern je Stunde. Herr Feindt betonte allerdings, daß die Anlage nur eine Konservierung durch Neutralisierung und Nachleimen erbringt, nicht eine Restaurierung von bereits geschädigten oder zerfallenen Papieren, wie sie mit der Einbettung erzielt würde. Die Bückeburger Methode verfolgt das gleiche Ziel wie das vom Battelle-Institut Frankfurt entwickelte Verfahren, das sich allerdings im wesentlichen für Bibliotheksbestände eignet, die eine bandweise Bearbeitung ermöglichen. Einzelblätter, wie sie in Archivalien regelmäßig vorkommen, sind technisch einfacher zu behandeln, erfordern aber einen höheren Personaleinsatz.

Frau Dr. Haberditzl von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg erläuterte dann das Verfahren der Papierspaltung als Restaurierungsmethode insbesondere für extrem schwache Papiere. Es handelt sich um ein bereits international anerkanntes Verfahren der „inneren Stabilisierung“ und gleichzeitigen Pufferung, das die Oberfläche der Archivalien unverändert läßt. Das Archivalienblatt verbleibt daher äußerlich im Originalzustand. Die Dauerleistung, die mit diesem Verfahren erzielt werden kann, ist im Handbetrieb jedoch relativ gering. Entsprechend hoch sind die Kosten für die Bearbeitung eines einzelnen Blattes, die bei mindestens 20 DM liegen. In Zusammenarbeit mit Dr. Wächter, Leipzig, wird deshalb eine Mechanisierung des Verfahrens angestrebt, durch die eine Arbeitsleistung von 3000 bis 4000 Blatt/Tag erzielt werden soll. Es ist vorgesehen, alle Archivalien

mit entsprechenden Schäden, die einen eigenständigen Wert besitzen, mit diesem Verfahren zu restaurieren.

Nicht beabsichtigt ist der Einsatz der Papierspaltung für Massenakten, die ausschließlich Informationswert besitzen. Für diese sollte nach Auffassung von Frau Dr. Haberditzl eine Schutzverfilmung geprüft werden, die preiswerter als sämtliche denkbaren Konservierungs- und Restaurierungsverfahren sei. Diese Aussage fand in dem Kreis erheblichen Widerspruch, zumal nach dem nordrhein-westfälischen Archivgesetz die Möglichkeit einer Ersatzverfilmung mit anschließender Vernichtung der Archivalien nicht statthaft ist.

Der Leiter der Restaurierungswerkstatt des Westfälischen Archivamtes, Herr Sand, stellte zusammenfassend noch einmal einige Massenkonservierungsverfahren für Archiv- und Bibliotheksgut vor. Allerdings gab er zu bedenken, daß diese Verfahren gegenwärtig noch nicht hinreichend sicher sind, um in einem Masseneinsatz verwendet werden zu können.

Dr. Hauber von der Firma Neschen präsentierte anschließend die von seiner Firma entwickelte Folie, die auf der Basis von Japanpapier und einem Heißsiegelkleber arbeitet. Die Folie ist etwa pH-neutral und besitzt eine Stärke von 50 My, die bei der Pressung auf etwa 20 My reduziert wird. Eine Alterungsbeständigkeit konnte bisher nur im Schnellverfahren getestet werden. Veränderungen an den Archivalien wurden außer bei schwarzer Kugelschreiberpaste nicht festgestellt. Die Folie ist bisher noch ab 35°C druckempfindlich und verbackt etwa ab 50°C. Diese Werte sind noch nicht befriedigend, sie sollen in der weiteren Entwicklung verbessert werden. Eine Heißsiegelung mit dieser Folie ist im Prinzip mit Aceton reversibel. Herr Sand ergänzte die Darstellung von Herrn Hauber mit ersten Erfahrungen bei der Anwendung dieses Materials. Er konnte feststellen, daß die Folie in den herkömmlichen Verfahren schnell und sicher zu verarbeiten ist. Das Material eigne sich auch gut zur Behandlung von Einzelblättern.

In Hinblick auf die erforderlichen Prüfprozesse bis hin zur Entwicklung von Verarbeitungsgeräten er-

schien eine Kooperation der einzelnen Archivstellen dringend geboten. Es wurde deswegen eine Arbeitsgruppe gebildet, der für die Staatlichen Archive Frau Dr. Jöster, Düsseldorf, und Herr Dr. Knackstedt, Münster, angehören, für die Archivberatungsstelle Rheinland Herr Dr. Budde und Herr Frankenstein sowie für das Westfälische Archivamt Herr Kießling und Herr Sand. Die Arbeitsgruppe wird bis zum Jahresende eine erste Übersicht denkbarer Verfahren vorlegen. Ergänzend soll im Westfälischen Archivamt ein Großversuch mit der Neschen-Folie durchgeführt werden, dessen Ergebnisse dann in die Beratung der Kommission einfließen. Dieser Großversuch hat inzwischen begonnen und zeigt erste positive Ergebnisse.

(Kie)

Einrichtung des neuen Bildungsganges Archivassistentin/Archivassistent - Berufsfachschule mit Fachhochschulreife - in Potsdam

Nachfolgend wird ein Beitrag von Dr. Detlef Magnus zur Einrichtung des neuen Bildungsganges Archivassistentin/Archivassistent im Rahmen einer Berufsfachschule in Potsdam abgedruckt. Es handelt sich bei diesem Bildungsgang um eine Fortentwicklung der bisher an der Fachschule für Archivwesen der DDR durchgeführten Ausbildungsgänge. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß parallel zu diesem Ausbildungsgang in Potsdam gegenwärtig im Bereich des Wissenschaftsministeriums des Landes Brandenburg Ausbildungsgänge für Archivare auf Fachhochschulebene (gehobener Dienst) und Hochschulebene (höherer Dienst) eingerichtet werden, wobei vorgesehen ist, den ersten Fachhochschulkurs bereits im Herbst dieses Jahres zu beginnen.

Sofern an dem hier nachfolgend vorgestellten Ausbildungsgang Interesse besteht, sollten sich die Kollegen unmittelbar an die Fachhochschule für Archivwesen bzw. die im Text genannte Adresse wenden.

Das historisch und kulturell trüchtiger Potsdam umfaßt bekanntermaßen

eine reiche Archivlandschaft. Folgerichtig wurden zur DDR-Zeit zentral in Potsdam Archivare (Fachschul-ausbildung im dreijährigen Direktstudium oder vierundeinhalbjährigen Fernstudium) und Archivassistenten (zweijährige Berufsausbildung im dualen System) als Berufsnachwuchs herangebildet. Diese Bildungsgänge nach altem Recht laufen Ende 1993 für Archivare und bereits Mitte 1992 für Archivassistenten aus. Verantwortlich für die Ausbildung zeichnen das seit dem Schuljahresbeginn 1991/92 bestehende Oberstufenzentrum für Wirtschaft und Verwaltung Potsdam in der Waldstadt und die mit ihm im Verbund stehende Fachschule für Archivwesen in der Berliner Vorstadt.

Im Zuge der Einführung neuer Assistentenberufe nach Landesrecht durch das brandenburgische Bildungsministerium bietet das o.g. Oberstufenzentrum mit Beginn des Schuljahres 1992/93 als z.Z. einzige deutsche Bildungsstätte die dreijährige Berufsfachschulausbildung mit Fachhochschulreife Archivassistentin/Archivassistent an. Damit soll dem unverändert vorhandenen Bedarf an Fachpersonal für diese Qualifikationsstufe Rechnung getragen werden.

Dieser neue Bildungsgang geht qualitativ und quantitativ über die Archivassistentenausbildung nach altem Recht, aber auch über die „verbeamtete“ Archivassistentenausbildung in Bayern für den mittleren Dienst hinaus. Er befähigt somit nicht nur zur Berufsausübung in der mittleren Funktionsebene, sondern ist zugleich mit dem Erwerb des Fachabiturs (Fachhochschulreife) kombiniert.

Diese Anforderungen (Lerninhalte) berücksichtigt der Fächerkanon, geregelt durch die „Vorläufige Ausbildungs- und Prüfungsordnung...“ vom 19.07.1991 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Der allgemeine Lernbereich umfaßt die Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften, Politische Bildung/Wirtschaftslehre und Sport. Damit wird den strengen Maßstäben der Kultusministerkonferenz für die bundesweite Anerkennung des Ausbildungsberufes und der Fachhochschulreife entsprochen. Der berufsspezifische Lernbereich ist mit den Fächern Archivkunde, Verwaltungs-

Studentafel der dreijährigen Berufsfachschule für Archivwesen Bildungsgang Assistentin/Assistent

Fächer	Klassen	Wochenstunden			Gesamtstundenzahl
		11	12	13	
Deutsch		2	2	3	280*
Fremdsprache		3	3	2	320*
Mathematik		3	3	3	360*
Naturwissenschaften		2	-	-	80
Politische Bildung/ Wirtschaftslehre		2	4	3	360
Sport		2	2	1	200
		14	14	12	1600
Archivkunde		4	4	4	480*
Verwaltungskunde		3	3	1	280*
Bibliothekskunde		3	3	1	280*
Dokumentation		2	2	2	240
Geschichte		2	2	1	200
Akten- und Schriftkunde		2	2	1	200
Französisch		2	2	4	320
Informationsverarbeitung		2	2	3	280
Textverarbeitung		2	2	-	160
Wahlfächer: - Öffentlichkeitsarbeit - Reprotechnik - Latein und Russisch				7	280
		22	22	24	2720
Gesamt-Wochenstunden und Gesamt-Stunden		36	36	36	4320

* Fächer der schriftlichen Prüfung

kunde, Bibliothekskunde, Dokumentation, Geschichte, Akten- und Schriftkunde, Französisch, Informationsverarbeitung, Textverarbeitung sowie mit den Wahlfächern Latein und Russisch bzw. Öffentlichkeitsarbeit und Reprotechnik vertreten. Diese Fächer mit ihren Bildungsinhalten berücksichtigen die Arbeitsaufgaben, Tätigkeitsinhalte und Arbeitsanforderungen im Arbeitsbereich der Archivassistenten in Archiven innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes, was auch die Vermittlung von elementaren Kenntnissen und Fertigkeiten zur Arbeit der inneren Verwaltung, in Registraturen sowie zur Aufgabendurchführung im Bibliotheks-, Informations- und Dokumentationsbereich einschließt. Eine Spezialisierung für einen Archivtyp oder ein abgegrenztes Aufgabenfeld erfolgt nicht. Die Ausbildungskonzeption für den Bil-

dungsgang Archivassistentin/Archivassistent geht von einem selbständigen Ausbildungsberuf des Archivwesens nach Landesrecht und nicht von einer Vermischung oder ganz und gar der Zusammenführung bisheriger selbständiger Ausbildungsberufe des ABD-Bereiches aus.

Die Ausbildung wird praxisnah durchgeführt. Der berufliche Lernbereich umfaßt einen großen Übungsanteil für die berufstypischen Tätigkeiten, selbstverständlich unter Einbeziehung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Hinzu kommen Praktika und Projektwochen in Archiven - dafür stehen lt. letzter, bestätigter Fassung der Studentafel 20 Wochen zur Verfügung - sowie Exkursionen zu Praxisstellen des ABD-Bereiches.

Am Ende der Ausbildung steht die staatliche Abschlußprüfung. In der schriftlichen Prüfung sind Arbeiten im Fach Deutsch in fünf Zeitstunden, in den Fächern Englisch, Mathematik, Archivkunde, Verwaltungskunde und Bibliothekskunde in jeweils vier Zeitstunden zu schreiben. Die mündliche Prüfung kann sich auf alle Fächer erstrecken, die im letzten Schulhalbjahr unterrichtet werden. Regelmäßig soll kein Prüfling in mehr als zwei Fächern geprüft werden; die Dauer der mündlichen Prüfung in einem Fach soll in der Regel 15 Minuten betragen.

Der Prüfungsausschuß setzt nach Abschluß der mündlichen Prüfung für jedes Fach die Endnote fest. Die Notenbildung in allen Fächern der Prüfung erfolgt durch rechnerische Ermittlung aus der zweifachen Gewichtung der Vornote und der Prüfungsnoten mit einfacher Gewichtung. Nach dem Bestehen der Prüfung wird der Archivassistentin/dem Archivassistenten das Abschlußzeugnis der dreijährigen Berufsfachschule mit Fachhochschulreife und der Gesamtbewertung (Durchschnittsnote) ausgestellt.

Die Möglichkeiten nach bestandener Abschlußprüfung für den beruflichen Werdegang sind vielfältig. So kann der Berufseinstieg im Angestelltenverhältnis in allen Archivsparten erfolgen. Es kann sich aber auch ein Studium an öffentlichen Fachhochschulen mit einschlägigen Fachrichtungen anschließen, z.B. an der Fachhochschule Potsdam, die die Einrichtung der Fachbereiche Archivwesen und Dokumentationswesen zum Wintersemester 1992/93 vorbereitet. Schließlich kann auch die Laufbahnausbildung für den gehobenen Archivdienst wie überhaupt für den gehobenen Dienst der öffentlichen Verwaltung (allg. nicht-technischer Dienst) angestrebt werden.

Voraussetzung für die Aufnahme in die dreijährige Berufsfachschule ist der Abschluß der 10. Klasse (Realschulabschluß). Bewerbungen können ab sofort an das Oberstufenzentrum Wirtschaft und Verwaltung Potsdam, Fritz-Perlit-Str. 26, O-1580 Potsdam, Telefon 0033-870223 oder 879106, gerichtet werden. Unter Umständen ist zugelassenen Bewerbern eine Unterbringung im Schulwohnheim möglich. Schüler-BAföG wird bei Vorliegen der Voraussetzungen gewährt.

Die Bearbeiter der Ausbildungskonzeption Archivassistentin/Archivassistent danken an dieser Stelle allen öffentlichen Dienststellen und den zahlreichen Fachkolleginnen und Fachkollegen des Archivwesens, die die Einführung dieses neuen Assistentenberufes durch Rat und Tat, insbesondere durch Auskünfte und Hinweise, Überlassung von Informationsmaterial sowie kritische Stellungnahmen, auch in Hinsicht auf die Erweiterung des Praxisanteils, gefördert haben.

Fortbildungsseminar der Bundeskonferenz der Kommunalarchive in Haldensleben

Vom 15.-17. Juni 1992 fand in Haldensleben das erste Fortbildungsseminar der Bundeskonferenz der Kommunalarchive statt. Thema war **Archivtechnik, Archivbau, Mikroverfilmung und EDV**. An dem Seminar, das ursprünglich für etwa 25 Personen geplant war, nahmen insgesamt 60 Archivare teil. Vom Tagungsort und von der Thematik her war es nicht erstaunlich, daß der größte Teil der Teilnehmer, nämlich etwa 40, aus den neuen Bundesländern und die übrigen aus sämtlichen anderen Bundesländern kamen.

Als Einführung stellte der Leiter des Kreis- und Stadtarchivs Haldensleben, Theodor Kübler, seine Erfahrungen mit dem gerade laufenden Umbau eines denkmalgeschützten Gebäudes in Haldensleben zum Kreis- und Stadtarchiv vor. In einem ausführlich und mit Erfahrungen umfangreich gestütztes Referat definierte der Leiter des Landesarchivs Schleswig-Holstein, Dr. Witt, Anforderungen an den Baukörper und die Einrichtung eines Archivgebäudes. Bewußt versuchte er dabei ein Idealmodell zu konstruieren, das nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten umgesetzt werden muß. Im folgenden erläuterte der Leiter des Stadtarchivs Karlsruhe, Dr. Bräunche, die Maßnahmen zum Umbau eines denkmalgeschützten Gebäudes zum Stadtarchiv in Karlsruhe.

Dieser erste Themenkomplex wurde abgeschlossen durch Beiträge von Herrn Kießling, Münster, über technische Sofortmaßnahmen im Archiv und von Herrn Sand, Münster, zur

archivgerechten Aufbewahrung von Archivalien.

Ein weiterer Seminarblock widmete sich dem Einsatz der Mikroverfilmung im Archiv. Das Grundsatzreferat, das eine lebhaft Diskussions auslöste, hielt Herr Dr. Rehm vom Generallandesarchiv in Karlsruhe. Ergänzend wurden von der Firma Walter Nagel, Bielefeld, verschiedene Geräte und Verfahren zur Mikroverfilmung vorgestellt, was gerade bei den Kollegen aus den neuen Bundesländern erhebliches Interesse fand.

Der letzte Themenkomplex, elektronische Datenverarbeitung im Archiv, wurde mit einem Beitrag von Herrn Dr. Reimann, dem Vorsitzenden des EDV-Ausschusses der Bundeskonferenz der Kommunalarchive, eingeleitet. Anschließend präsentierten drei Softwarefirmen die Programme „Augias-Archiv“, „Goliath“ und „Faust“. Die Teilnehmer hatten dann Gelegenheit, mit den Programmbietern die Programme an den Geräten zu testen und Einzelfragen zu erörtern.

Dieses erste Fortbildungsseminar der Bundeskonferenz der Kommunalarchive, das organisatorisch vom Westfälischen Archivamt, dem Stadtarchiv Karlsruhe und dem Kreis- und Stadtarchiv Haldensleben durchgeführt wurde, war nach einhelliger Auffassung aller Beteiligten, sowohl der Teilnehmer wie der Veranstalter, ein voller Erfolg. Nicht nur die hohe Teilnehmerzahl wies das aus, sondern auch die Diskussionen im Laufe der drei Tage ergaben immer wieder die Notwendigkeit solcher überregionaler Fortbildungsseminare. Ein weiteres Seminar dieser Art ist deshalb für das kommende Jahr bereits in Planung.

Welch hohen Stellenwert dem Seminar auch von Verwaltungs- und politischer Seite beigemessen wurde, ergibt sich auch daraus, daß der Landrat des Kreises Haldensleben, Herr Medizinalrat Sigusch, sich persönlich für die Durchführung dieses Seminars außerordentlich einsetzte und der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Magdeburg, Herr Böhm, es sich nicht nehmen ließ, persönlich die Teilnehmer in Haldensleben zu begrüßen.

Als Mitveranstalter kann das Westfälische Archivamt den an der Vorbereitung und Durchführung beteiligten

ten Kollegen nur seinen Dank sagen. Dies gilt insbesondere den Kollegen des Kreis- und Stadtarchivs Hal-densleben, die sich in bewundernswürdiger Form um die Realisierung dieser Veranstaltung bemüht haben. Gerade die Kollegen, die sich in den letzten Monaten in den neuen Bundesländern aufgehalten haben, werden sich vorstellen können, wieviel Arbeit mit der Durchführung eines so großen Seminars und der Unterbringung von 60 Teilnehmern in einer kleineren Stadt verbunden war.

Es ist vorgesehen, die Referate, die im Laufe dieses Seminars gehalten wurden, im Herbst als Sonderdruck an die Teilnehmer zu verteilen. Kollegen, die an dem Seminar nicht teilnehmen konnten, aber an den Themen Interesse haben, können einen Überdruck erhalten. Sie sollten sich deshalb an das Westfälische Archivamt wenden. (Kie)

Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945

Ständige Ausstellung des Stadtarchivs in der Steinwache eröffnet

Am 14. Oktober 1992 wurde in der Dortmunder „Steinwache“, einem ehemaligen Polizeigefängnis, das in der NS-Zeit als Haftanstalt und Folterstätte der Gestapo traurige Berühmtheit erlangte, die ständige Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“ durch Oberbürgermeister Günter Samtlebe eröffnet.

Professor Dr. Hans Mommsen von der Ruhr-Universität Bochum führte mit einem eindrucksvollen Vortrag in den Themenkomplex „Widerstand und Verfolgung“ sowie die besondere Rolle, die das Dortmunder Gestapo-Gefängnis in diesem Zusammenhang gespielt hat, ein. Unter gleichem Titel erschien auch eine neue Bearbeitung der gedruckten Dokumentation, die gleichzeitig als Katalog zur Ausstellung dient.

Beides, Ausstellung und Katalog, haben jedoch eine längere Geschichte, die eindrucksvoll darlegt, daß auch ein sowohl vom Gegenstand her wie auch von der Quellsituation schwieriger Komplex durch systematische archivische Forschung unter wesentlicher Einbezie-

hung von Dokumentationsmaterial und Oral History wissenschaftlich erforscht und gleichzeitig für einen breiten Interessentenkreis zugänglich gemacht werden kann.

Die Ausstellung und Dokumentation gehen auf einen Beschluß des Rates der Stadt Dortmund aus dem Jahre 1978 zurück, durch den das Stadtarchiv mit der Bearbeitung beauftragt wurde. Die Voraussetzung, um zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen, schien zunächst nicht günstig, da es auch in Dortmund im Frühjahr 1945 zu gezielten Aktenvernichtungen gekommen ist. Durch die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters sowie durch den zeitweiligen Einsatz von ABM-Kräften, nicht zuletzt auch durch die Hinzuziehung eines erfahrenen Dortmunder Journalisten, gelang es, innerhalb von gut zwei Jahren sowohl sämtliche einschlägigen amtlichen Aktenbestände (unter anderem auch Akten, die damals noch beim Oberlandesgericht Hamm lagerten - darunter die Haftbücher der Steinwache -) durchzuarbeiten, die Materialien anderer Institutionen zu erschließen (z.B. Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam und Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin-DDR), wie auch vor allem zahllose Dokumente aus Privatbesitz zusammenzutragen. Wichtig waren hierfür insbesondere die Bemühungen, damals noch lebende Zeitzeugen zu ermitteln, diese zu befragen und dadurch auf neue Spuren zu stoßen. Unterstützt wurde das gesamte Projekt durch ein Kuratorium unter Leitung des Oberbürgermeisters, in dem alle betroffenen Organisationen und Institutionen sich zusammenfanden, von der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten über das Sachsenhausen-Komitee, der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, der jüdischen Kultusgemeinde bis zu den christlichen Kirchen. Durch die Unterstützung des Projekts über alle politischen und weltanschaulichen Differenzierungen hinweg war es möglich, alle erreichbaren Spuren zu verfolgen.

Die erste Ausstellung wurde im Januar 1981 im Dortmunder Stadthaus eröffnet. Trotz der beengten Räumlichkeiten fand sie eine so starke Resonanz bei der Öffentlichkeit, daß sie mehrfach verlängert werden mußte. Sie wurde sodann als Wan-

derausstellung in allen Dortmunder Stadtteilen und an anderen Orten gezeigt, wovon vor allem die Dortmunder Partnerstädte im europäischen Ausland zu nennen sind, für die Teile der Ausstellung und der Dokumentation in die entsprechenden Sprachen, u.a. ins Russische, übersetzt wurden. In den letzten Jahren war die Ausstellung in einem ehemaligen Bunker am Rande der Dortmunder Innenstadt untergebracht. Der 1981 erschienene Katalog in einem Umfang von 336 Seiten wurde in einer Gesamtauflage von mehr als 13.000 Exemplaren verkauft. Bis zum Jahre 1992 zählte die Ausstellung insgesamt mehr als 400.000 Besucher. Sie dürfte damit zu den erfolgreichsten Archivausstellungen gehören, wenn sie nicht überhaupt als die erfolgreichste Archivausstellung im deutschen Sprachraum anzusehen ist.

Für die Räume der Steinwache wurde die Ausstellung von 1989 an vollständig überarbeitet. Zu den authentischen Dokumenten kommt nun der authentische Ort hinzu. Hiermit ist zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte eine Stätte der Dokumentation und Erinnerung entstanden, die an Eindringlichkeit kaum zu übertreffen sein dürfte. Das große Interesse, auf das die Ausstellung seit mehr als einem Jahrzehnt gestoßen ist und das sich durch die Präsentation in der Steinwache noch verstärken dürfte, ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß das Geschehen des Naziterrors hier an konkreten Orten und vor allen Dingen am Beispiel zahlreicher Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden, Christen, Patienten psychiatrischer Kliniken, Sinti und Roma - dargestellt wird. Die nationalsozialistische Verfolgungsmaschinerie wird dadurch aus ihrer Anonymität herausgerissen und anhand erfahrbarer Einzelschicksale so konkretisiert, daß beim Betrachter und Leser eine nachhaltige Betroffenheit erzeugt wird.

Mit dieser Ausstellung und Dokumentation hat das Dortmunder Stadtarchiv diesen schwierigen Komplex in geradezu beispielhafter Weise aufgearbeitet. Es war und ist nach wie vor eine Ausstellung, die sich in erster Linie auf schriftliche und bildliche Dokumente stützt, die durch (protokollierte) Zeugenaussagen auf Ton- und Videobasis ergänzt werden. Nur mit diesen Quellenaus-

sagen und -belegen ist das historische Geschehen wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dennoch sind Ausstellung und Dokumentation so aufbereitet, daß ihre Ergebnisse jedermann verständlich sind. Sie widerlegt damit eindeutig das Vorurteil, daß Archivausstellungen, die sich weitgehend auf sogenannte „Flachware“ stützen, prinzipiell langweilig oder allenfalls einem kleinen Interessentenkreis zugänglich sein könnten. Daß bei der Neubearbeitung in den Räumen der Steinwache die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse auch durch den historischen Raum und ergänzende, gegenständliche Erinnerungsstücke abgerundet werden, steht dazu nicht im Gegensatz, sondern unterstreicht die Bedeutung der historischen Dokumente.

Der immense Arbeitsaufwand war nur dadurch möglich, daß die Stadt Dortmund, der Bedeutung des Gegenstandes angemessen, dem Stadtarchiv die nötigen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt hat. Dr. Günther Högl, der jetzige stellvertretende Direktor des Stadtarchivs, in dessen Händen die wissenschaftliche Konzeption und Betreuung des Projektes von 1978 an lag und der auch die Neubearbeitung realisiert hat, hat damit seine hohe Fachkompetenz unter Beweis gestellt. Aber auch das gesamte Stadtarchiv hat das Projekt mitgetragen und damit deutlich gemacht, zu welchen Ergebnissen systematische archivische Arbeit führen kann, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben sind. Dieses sollte für die Stadt Dortmund Verpflichtung sein, dem Stadtarchiv auch in Zukunft die Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, die es in die Lage versetzt, den hier gesetzten Maßstäben auch weiterhin gerecht zu werden.

Ausstellungsort: Dortmund, Steinstraße 50 (dicht hinter dem Hauptbahnhof).

Öffnungszeiten: Dienstag-Sonntag, 10.00h bis 18.00h.

Zur Ausstellung ist ein umfangreicher Katalog (480 Seiten, DM 29,80) erschienen, der über den Buchhandel oder das Stadtarchiv Dortmund (Friedensplatz 5, 4600 Dortmund 1) zu beziehen ist: Högl, Günther (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und

Gedenkstätte Steinwache. Mit einer Einleitung von Hans Mommsen, Dortmund 1992. (Rei)

Kaiserzeit in Rödinghausen. Eine Archivausstellung

Zwei Faktoren führten in Rödinghausen zu der zur Zeit laufenden Archivausstellung über die Kaiserzeit. Zum einen hatte sich in vielen Gesprächen herausgestellt, daß die Kaiserzeit vor allem von älteren Menschen in besonders lebendiger Erinnerung gehalten wird. Die Aufarbeitung der Kaiserzeit erschien von daher dringend geboten. Zum anderen hatte der Kulturausschuß der Gemeinde - quasi als Ersatz für das fehlende ortsgeschichtliche Museum - den Auftrag erteilt, Teile der Gemeindegeschichte von Zeit zu Zeit im Rahmen von Archivausstellungen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Da die Aktenlage im Gemeindearchiv für den Bereich Wilhelminismus recht gut ist, wurde die Vorbereitung der entsprechenden Ausstellung in Angriff genommen. Von Seiten des Archivars stand vor allem der folgende Fragenkomplex im Mittelpunkt des Forschungsinteresses: In welchem Umfang gelangte der Wilhelminismus 400 Kilometer von Berlin entfernt in ein kleines Amt auf dem „platten Land“, das um 1890 gerade einmal 4.100 Einwohner zählte? Wie wurde der Wilhelminismus in dem agrarisch-heimgewerblich strukturierten Amt rezipiert, wie stark drangen Geist und Kultur des Wilhelminismus in das öffentliche Leben ein?

Da das Amt Rödinghausen erst im Jahr 1888 - und zwar drei Monate vor dem Regierungsantritt Wilhelm II. - seine Selbständigkeit erlangte und da die Aktenführung der ortsansässigen Verwaltung erst mit diesem Datum beginnt, erfaßt die Ausstellung ebenfalls nur den Zeitraum ab 1888. Andererseits ist der 1. Weltkrieg im Gemeindearchiv Rödinghausen praktisch nicht dokumentiert; aus diesem Grund endet die Darstellung von „Kaiserzeit in Rödinghausen“ mit dem Jahr 1914. Ferner fehlen - weil hierzu kein Archivmaterial vorliegt - das Garnisons- und Reservistenwesen, der Baustil der Epoche und die bürgerliche Kultur. Schließlich konnte die Sozialdemokratie nicht dargestellt werden, weil zwei entscheidende Akten als vermißt gelten müssen.

Auf der anderen Seite wurde - um Ausstellung und Vernissage lebendiger zu gestalten - vor dem Eröffnungstermin das folgende Angebot über Zeitungen und Radio verbreitet: Wer zu der Eröffnung kommt und private Erinnerungsstücke aus der Kaiserzeit mitbringen möchte, ist hierzu herzlich eingeladen. Es stehe eine völlig leere Vitrine bereit, die die Stücke für die Dauer der Ausstellung aufnehmen könne. Zur großen Freude des Archivars erschienen bei der Eröffnung Bürgerinnen und Bürger mit Reservistenpfeifen, Bierkrügen, Tassen, Orden, einer Büste Wilhelm II., Pickelhauben, dem Jackett eines Kürassiers, Fotos, Tabaksdosen u.v.a.m. Diese Stücke sind nun ebenfalls für die gesamte Ausstellungs-dauer ausgestellt.

Die Ausstellung, die am 11.10. mit einer erfreulich hohen Besucherzahl eröffnet wurde, umfaßt 11 Abschnitte. Nach einer allgemeinen Einführung in die Kaiserzeit und in den Aufbau der Ausstellung wird in der nächsten Ausstellungseinheit Wilhelm II. präsentiert. Die entsprechende Akte hielt für diesen Abschnitt ein Schriftstück besonderer Art bereit: Der Rödinghauser „H. Schröder“ hatte anlässlich des Geburtstages von Wilhelm II. am 27.01.1908 mehr schaurig als schön über vier Folio-Seiten gereimt:

„Grüß Gott, die Festmitglieder hier,
denn heute feiern wir,
und freuen uns aufs Allerbest,
des lieben Kaisers Wiegenfest,
denn wiederum ein ganzes Jahr
hat Gott das liebe Kaiserpaar
gesund, und froh, und wohl erhalten,
gesegnet sei Ihr Tun und Walten,
zum Segen für das Vaterland...“

Mit Sicherheit entsteht ein derartiges Gedicht nur in einer der Kaiserzeit aufgeschlossenen Atmosphäre. Es wurde am 27.01.1908 öffentlich vorgetragen und ist dort so sehr auf Zustimmung gestoßen, daß der Rödinghauser Ehrenamtmann dies Gedicht in die entsprechende Akte einnähen ließ. Auch die Thronrede Wilhelms II. anlässlich des Regierungsantritts am 25.06.1888 weist - wie viele ähnliche Reden in der Akte - Spuren auf, die auf ein öffentliches Aushängen schließen lassen: Vier Löcher in den Ecken der in Plakatgröße gedruckten Rede und eine eindeutige Verfärbung durch Lichteinfall belegen, daß diese Rede über längere Zeit ausgehangen haben muß.

Eine allgemeine Einführung in den Komplex „Denkmäler im Kaiserreich“ konnte durch besonders prächtige Darstellungen von Denkmalprojekten gegeben werden. Hierzu gehörte z. B. auch das monumentale Völkerschlacht-Denkmal, das auf dem historischen Schlachtfeld bei Leipzig stehen sollte und zu dessen Errichtung auch „die geehrte Gemeinde zu Bieren“ (im Amt Rödinghausen) ihr Scherflein beitragen sollte.

Das herausragendste Denkmal, das in der Zeit in Rödinghausen selber errichtet wurde, war das direkt vor die Bartholomäuskirche plazierte Kriegerdenkmal. Die Errichtung des Rödinghauser Kriegerdenkmals wurde von Ehrenamtmann Meier federführend betrieben - mit einem Engagement, wie er es kaum für ein anderes Projekt in seiner 35jährigen Dienstzeit aufgebracht hat. Das Denkmal wurde durch eine Sammlung finanziert, zu der im September 1890 583 Personen insgesamt 1.764,75 Mark beisteuerten. Die Inschrift auf der Vorderseite des Denkmals „Den Gefallenen zum Gedächtnis - den Lebenden zur Erinnerung - der Nachwelt zur Nachahmung - das Amt Rödinghausen“ ist vielleicht der am weitesten verbreitete Spruch auf deutschen Kriegerdenkmälern. Er wurde (1785-1867) für den Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. geprägt. Mit Sicherheit ist es bemerkenswert, daß dieser Spruch im Jahr 1890 seinen Weg bis ins ländliche Rödinghausen und auf das dortige Kriegerdenkmal fand.

Von einem anderen Kriegerdenkmal in Rödinghausen, das 1966 abgebrochen wurde, ist vor Jahren bereits der es krönende gußeiserne Adler der heimatgeschichtlichen Sammlung der Gemeinde übergeben worden. Dieser Adler ist nun zusammen mit den Archivmaterialien zum Thema „Kriegerdenkmal“ in der Ausstellung zu sehen.

Auf die Vorstellung des Rödinghauser Kriegerdenkmals folgt in einer kurzen Sequenz die Präsentation des Rödinghauser Bismarcksteins, der am 11.04.1911 unter aktiver Beteiligung von Kampfgenossen- und Kriegerverein Rödinghausen, den freiwilligen Feuerwehren Rödinghausen und Westkilver, dem national gesonnenen Bänder Turnverein, dem Männer- und Jünglingsverein sowie der örtlichen Bevölkerung eingeweiht wurde. Aus den Akten ist le-

diglich zu entnehmen, daß Bismarck als „Baumeister des neuen Deutschen Reiches“ gefeiert wurde. Ob der Bismarck-Kult auch zur oppositionellen Abkehr von Wilhelm II. und dem Wilhelminismus genutzt wurde, ist sehr fraglich.

Auch hinsichtlich der in der Kaiserzeit verbreiteten Kriegervereine zeigt sich, daß die Kennzeichen des Wilhelminismus in Rödinghausen tief verankert waren. Hier zählte der am 30. Juli 1871 gegründete Kriegerverein am 28. November 1891 68 Mitglieder, der 1880 gegründete Kampfgenossen-Verein kam am 7. August 1901 auf 95 Mitglieder. In späteren Jahren wurden noch ein Kriegerverein Ostkilver, ein Kriegerverein Bieren und Umgebung, ein Ortskriegerverein Rödinghausen, ein Kriegerverein Westkilver und andere gegründet.

Um den Ausstellungsbesuchern Geist und Zweck der Vereine zu verdeutlichen, wurden Vereinssatzungen hinter Glas ausgestellt, zudem wurde die Kopie einer Satzung frei zugänglich angebracht, so daß sie ganz angesehen und gelesen werden kann. Ferner wurden Mitgliederlisten von mehreren Kriegervereinen ausgestellt. Dies geschah nicht, um Personen zu diskreditieren, sondern um zu demonstrieren, daß Angehörige aller gesellschaftlichen Schichten - insbesondere der höheren - scharfweise in mindestens einen der Kriegervereine eingetreten waren. In der Tat belegen die hier gezeigten Mitgliederverzeichnisse, daß die Spitzen der örtlichen Gesellschaft - Ehrenamtmann, Rittergutsbesitzer, große Bauern, Pastor und Kaufleute - nicht nur Mitglied in den Vereinen waren, sondern häufig auch den Vorsitz innehatten. Die Honoratioren benutzten die Kriegervereine als Forum, um ihre kulturellen und sozialpolitischen Vorstellungen gegenüber der Öffentlichkeit zu artikulieren. Hierdurch wurden die Kriegervereine zu einem Steuerungsinstrument der örtlichen Bevölkerung, das in den Händen der „Spitzen der Gesellschaft“ lag. Nationale Feiertage wie der Sedantag (2. September) oder Kaisers Geburtstag (27. Januar) boten hierzu willkommene Gelegenheit, da fast die gesamte Bevölkerung an diesen Festen teilnahm.

Offensichtlich war die Möglichkeit, an herausgehobener Stelle an den Festen der Kriegervereine teilzunehmen, für viele der Grund, einem

Kriegerverein beizutreten. Wer nicht Mitglied war, nahm als Zuschauer an den Festen teil; „und in dem Gedanken mal wieder eine schöne patriotische Feier erlebt zu haben, ging man heim“, wie Ehrenamtmann Meier am 3. September 1910 nach der Feier zur 40. Wiederkehr des Sedantages in die Chronik des Amtes Rödinghausen eintragen ließ.

Selbst der Deutsche Flottenverein erhielt eine Ortsgruppe in Rödinghausen. Der im Jahr 1900 gegründete „Deutsche Flottenverein im Amt Rödinghausen“ zählte als kleinster, aber elitärster nationaler Verein in Rödinghausen im Jahre 1901 noch nicht einmal 20 Mitglieder. Im Flottenverein waren jedoch die Spitzen der Gesellschaft des kleinen Amtes Rödinghausen versammelt: Pastor, Kantor, 3 Gastwirte, Apotheker, Arzt, 1 Fabrikant, 2 der größten Bauern, 2 Kaufleute, Postagent und Ehrenamtmann Meier waren Mitglied. Ob der Verein aufgrund seiner Sonderstellung im Kanon der nationalen Vereine keine Vergrößerung der Mitgliederzahl wünschte oder ob die ortsansässige Bevölkerung von sich aus den deutlich imperialistischen Tönen fernblieb, ist der Akte nicht zu entnehmen.

Keine Ausstellung über den Wilhelminismus kann auf eine Abteilung Uniformen verzichten. Da Rödinghausen weder Garnisonsstadt war noch über ein Reservistenwesen von Umfang verfügte, hielt sich das Uniformwesen in engen Grenzen. Hier gehörten der Polizeidiener sowie die Bahn- und Postbeamten zu den Uniformierten. Wie andere Polizisten trug auch „Polizeisergeant“ Schnücker den funktionswidrigen und hinderlichen Schleppsäbel und die Pickelhaube.

In der Zeit des Wilhelminismus erlebte das Amt Rödinghausen eine Reihe von Modernisierungen, die - wie auch andernorts - zu erheblichen Fortschritten in Schulbildung, Infrastruktur und Nachrichtenübermittlung führten. Die desolaten und oft beklagten Verhältnisse in den Volksschulen wurden zumeist gerade in der Kaiserzeit entscheidend verbessert. 1875 war noch von der Schule Westkilver berichtet worden, daß das einzige recht niedrige Klassenzimmer, das für maximal 73 Schüler geeignet war, von 180 Kindern besucht wurde. Zu seiner Entlastung wurde im selben Jahr die Schule Westkilver II eröffnet. Bald

folgten die Schulen Ostkilver II, Dono und Westkilver III. Die bestehenden Schulen zogen entweder in größere Gebäude um oder erhielten durch Anbauten zusätzliche Klassenräume. Die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln wurde verbessert. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an den Lehrerseminaren wurde umfangreicher und gründlicher. Allmählich setzten sich auch die 1872 verabschiedeten „Allgemeinen Bestimmungen betreffend das Volksschulwesen“ durch, die u. a. eine Art Rahmenlehrplan für Volksschulen enthielten. Das Hauptergebnis all dieser Modernisierungen bestand darin, daß die schulische Ausbildung nach einem knappen halben Jahrhundert Kaiserzeit unvergleichlich viel besser dastand als im Jahr 1871.

Auf der anderen Seite steht die Tatsache, daß auch die Rödinghauser Volksschule wesentliche Dienste bei der Sozialisation gehorsamer, angepaßter, disziplinierter, treuer und ergebener Untertanen übernahm. Dies geschah im kleinen z.B. durch das „Normal-Alphabet“, mit dem zugleich detaillierte Regeln für Sitz- und Schreibhaltung mitgeliefert wurden, wie ein Exponat belegt. Dies geschah auch durch Schulbänke, die die Kinder in ihren Bewegungsmöglichkeiten stark einschränkten und durch einen Turnunterricht, durch den die Disziplinierung des Körpers eingeübt wurde.

Der Anschluß Rödinghausens an das Eisenbahnnetz fällt ebenfalls in die Kaiserzeit. Die erste Eisenbahn fuhr in Deutschland zwar schon im Jahr 1835, bis 1873 wurden jedoch erst 21.200 Kilometer Schienen verlegt. Der massive Ausbau des Eisenbahnnetzes auf 63.700 Kilometer bis 1913 fiel hingegen in die Kaiserzeit. Die Eisenbahnlinie Bünde-Bassum, an der Rödinghausen liegt, wurde in den Jahren 1898/99 gebaut und am 30. September 1899 eröffnet.

Hinsichtlich des Chausseebaus verhielt es sich ganz ähnlich: Bis 1873 waren 115.000 Kilometer befestigte Straßen in Deutschland gebaut, bis 1913 kamen fast 200.000 Kilometer zusätzlich hinzu. „Straßenbau“ hieß in Rödinghausen zumeist, daß bestehende Fuß- und Wirtschaftswegen, die den überwiegenden Teil des Jahres Morastlöchern glichen, befestigt wurden. Völlig neu angelegt wurde z. B. eine Straße durch ein Gebiet mit feuchten Niederungen.

Der Beginn eines Aufbaus von Strom-, Telefon- und Telegraphienetzen fällt ebenfalls in die Regierungszeit Wilhelms II. Beim Aufbau des Stromnetzes mußte das 1908 gegründete Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg sehr mit der konservativen Bevölkerung hadern, die praktisch nur „auf kaltem Wege“ - über die Mühen des Dreschens von Hand oder mit der Lokomobile - von den Vorzügen der Elektrizität zu überzeugen war. Auch hinsichtlich Telefon und Telegraphie erfolgte der Aufbau der Netze unter der sehr sparsamen ortsansässigen Bevölkerung langsamer als in anderen Teilen des Deutschen Reiches.

Die im Rödinghauser „Haus des Gastes“ ausgestellten Archivalien spiegeln „Kaiserzeit in Rödinghausen“ wider, wie sie offen und öffentlich stattgefunden und ihren Niederschlag im Archiv gefunden hat. Neben dieser offiziellen Kaiserzeit gilt es, eine Reihe von Selbstverständlichkeiten dieser Jahrzehnte zu benennen, um die Zeit in ihrem Gesamtzusammenhang richtig einzuschätzen.

Das Leben der Rödinghauser Bevölkerung war von Normalität bestimmt. Arbeit, berufliche Tüchtigkeit, Solidität, Leistung, Wissen und Können standen im Vordergrund. Die Bauern, die Zigarrenmacher, die wenigen Angestellten und Beamten zeichneten sich zunächst einmal durch Arbeitsfleiß und berufliche Kompetenz an sechs Tagen in der Woche aus. Von montags früh bis weit in den Samstagnachmittag hinein arbeitete man auf den Feldern, stellte Zigarren her, verkaufte im Kolonialwarenladen oder trug die Post aus. Aufgrund des Arbeitsfleißes war die Kaiserzeit für die Masse der Rödinghauser eine Epoche von wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung, steigendem Lebensstandard, wachsender räumlicher und damit auch beruflicher Mobilität.

Die offizielle Kaiserzeit wirkt dagegen wie eine Folie, die sonn- und festtags zusätzlich zu Arbeit, Solidität und Kirchentreu angebracht wurde. Auch wenn die Rödinghauser „ihren“ Kaiser geliebt haben und mit Freude die zahlreichen Feste gefeiert haben, haftet der Kaiserzeit doch etwas Offiziöses und Verordnetes an. Arbeit und Alltag einerseits, die Festkultur des Wilhelminismus andererseits klaffen auffällig auseinander.

Hinsichtlich der politischen Verantwortung der Kaiserzeit wurde Entscheidungsträgern und Mitläufern immer wieder der Vorwurf gemacht, durch Einübung von Gehorsam, Untertanenmentalität, Befehlsgläubigkeit, Disziplin und Obrigkeitshörigkeit mit zu den Wegbereitern des Nationalsozialismus zu gehören. Richtig ist, daß mit der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung auch in Rödinghausen keine Entwicklung der politischen Verfassung und Kultur einhergegangen ist. In Rödinghausen wie im Kaiserreich überhaupt ist eine illiberale nationalstisch-imperialistische politische Kultur gewachsen. Sie enthielt grundlegende Weichenstellungen dafür, daß in der Weimarer Republik weiterhin Gesellschaft und Demokratie auseinanderklafften und unter dem wirtschaftlichen Krisendruck am Ende der 20er Jahre Rechtsradikalismus und Nationalsozialismus attraktiv wurden. Voraussetzungen für politische Demokratie wie Konfliktfähigkeit und Kompromißbereitschaft sind in Rödinghausen genauso wenig wie andernorts entwickelt worden.

Die Masse der Rödinghauser Bevölkerung war im Grunde genommen unpolitisch. Diese unpolitische Haltung kam zunächst sicher der bestehenden Herrschaft, dem Wilhelminismus, zugute. Aus dieser unpolitischen Grundeinstellung erwuchs später eine weit verbreitete Kritiklosigkeit den Nazis gegenüber, die eine Gefahr für die deutsche Demokratie bildete: Ein unpolitischer Mensch schwingt sich nicht zur Verteidigung der Demokratie auf.

Rolf Botzet

Archivalien zur westfälisch-jüdischen Geschichte im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, jetzt zugänglich

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten eröffnet auch den Forschern zur westfälisch-jüdischen Geschichte neue Möglichkeiten für die Zukunft. Auf großes Interesse vieler Lokalgeschichtsforscher dürfte der erst seit kurzem zugängliche Teilbestand des ehemaligen „Gesamtarchivs der deutschen Juden“ im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam stoßen.

Das im Oktober 1906 entstandene „Gesamtarchiv der deutschen Juden“ in Berlin hatte sich die Aufgabe gestellt, die für die laufende Geschäftsführung entbehrlichen Akten aller jüdischen Gemeinden Deutschlands in feuersicheren Räumen als Leihgut zu sammeln und für die wissenschaftliche Benutzung durch archivalische Bearbeitung vorzubereiten. Diese zentralisierenden Bestrebungen wurden vom Gesamtarchiv als Voraussetzung gesehen, „die Bedingungen der geschichtlichen Entwicklung des jüdischen Volkselementes nach den kirchengeschichtlichen, d.h. politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, allgemein-kulturellen Seiten in ihrer Abhängigkeit von der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung erkennen zu lassen“ (Bestand 75 C Ge 2), um so eine Grundlage für die Behandlung der Geschichte der Juden in Deutschland zu gewinnen.

Das „Gesamtarchiv der deutschen Juden“ verwahrte dann die Archivbestände von hunderten jüdischer Gemeinden aus ganz Deutschland. Wie aus der LBI Information Nr. 2, Winter 1991/Frühjahr 1992 hervorgeht, gelangte nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Teil dieses Materials nach Jerusalem in die „Central Archives for the History of the Jewish People“, während der Restbestand in der DDR verblieb. Dieser Teilbestand lagerte bis 1958 in den Räumen der Jüdischen Gemeinde von Ost-Berlin, bis er schließlich vom Zentralen Staatsarchiv Potsdam in „Sicherheitsübernahme“ genommen wurde. Seit einigen Jahren sind die umfangreichen Materialien von ca. 400 jüdischen Gemeinden und von diversen jüdischen Organisationen in einer Außenstelle des

Die Akten folgender Gemeinden aus Westfalen sind in den Beständen des Staatsarchivs Abt. Potsdam/Außenstelle Coswig vorhanden:

Bestand 75 A „Gesamtarchiv der deutschen Juden“
(Signatur, Ort, Zeitraum, Akteneinheiten)

Regierungsbezirk Arnsberg

Bo	2	Bochum	1833-1912	31 AE
Do	2	Dortmund	1899-1912	6
Ha	1	Hagen	1832-1938	61
Ha	7	Hamm	1813-1926	8
Ho	4	Hohenlimburg	1869-1921	8
Ni	2	Niedermarsberg	1893-1923	6
So	2	Soest	1819-1906	76

Regierungsbezirk Minden

Be	5	Beverungen	1708-1906	49
Bi	1	Bielefeld	1791-1912	61
He	5	Herford	1827-1912	31
Ho	3	Höxter	1887-1912	5
Le	2	Levern	1872-1900	1
Ne	2	Neuenkirchen	1768-1927	44
Pa	1	Paderborn	1819-1935	8
Pr	3	Preuß. Oldendorf	1846-1902	6
Rh	1	Rheda	1798-1906	18
Wa	6	Warburg	1758-1912	15

Regierungsbezirk Münster

Bo	1	Bocholt	1909-1912	3
Bu	5	Burgsteinfurt	1759-1796 1837	44
Ha	4	Haltern	1843-1898 1925	9
Ha	11	Havixbeck	1831-1871	1
Mu	2	Münster	1827-1912	41

ehem. Staatsarchivs Potsdam, in Coswig/Sachsen-Anhalt, ausgelagert.

Vorgesehen ist, nach Mikroverfilmung der gesamten Dokumente, diese Bestände in die Räume der Stiftung „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“ zurückzuführen.

Angesichts der nun nutzbaren Archivbestände kann der bisher in der Forschung vernachlässigten - und in den bislang zugänglichen staatlichen Akten nur unvollständig nachvollziehbaren - Entwicklung der Institution der jüdischen Gemeinde und ihrer Strukturen nachgegangen werden. Da es sich bei diesem Bestand um überlieferte Zeugnisse handelt, die sowohl die Leitung und Organisation der Gemeinde als auch ihre Bauten, Finanzen, Fürsorge und ihren Kultus betreffen, lassen sich

hiermit nun auch die inneren Aspekte jüdischer Gemeindegeschichte darstellen.

Auch das Material zahlreicher jüdischer Organisationen, das ebenfalls in Coswig lagert, ist für die Erforschung der einzelnen Gemeindegeschichten von Bedeutung, da viele Gemeinden Mitglied in einer Reihe von Vereinigungen, wie z.B. im „Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden“ oder im „Deutsch-Israelitischen Gemeindebund“ usw., waren.

Bevor die Benutzung der Akten in Coswig erfolgen kann, ist dazu eine Genehmigung der Stiftung „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“ einzuholen. Die Findmittel zu den genannten Beständen sind nur im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam einzusehen.

Rita Schlautmann-Overmeyer

Das Zentrale Archiv für die Deutsche Porzellanindustrie im Museum der Deutschen Porzellanindustrie

I. Entstehung

1. Die Nacherfindung des Porzellans durch Friedrich Böttger und Karl von Tschirnhaus 1708 in Meißen war in Deutschland die Grundlage für das allmähliche Entstehen einer bedeutenden Industrie, die sich in der Vielfalt und Qualität ihrer Produkte einen weltweit anerkannten Ruf verschaffen konnte. Beherrschten im 18. Jahrhundert aus technologischen und wirtschaftspolitischen Gründen die Manufakturen das Feld, so kamen um die Wende zum 19. Jahrhundert immer stärker andere Produktionsformen auf. Insbesondere in Thüringen wurde zu diesem Zeitpunkt schon mit industriellen Fertigungsmethoden gearbeitet, so daß diese Region als die Wiege der deutschen Porzellanindustrie zu gelten hat. Infolge veränderter Rahmenbedingungen durch verringerten staatl. Einfluß in der Wirtschaft, Erschließung bürgerlicher Käufer-schichten u. a. wurden die traditionellen Manufakturen immer stärker zurückgedrängt und verloren ihre beherrschende wirtschaftliche Bedeutung.

Sachsen, Thüringen, Böhmen und seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch Nordostbayern und Schlesien waren die Regionen, in denen sich die Porzellanindustrie schwerpunktmäßig niederließ. Im Laufe der letzten 200 Jahre wurden dort einige hundert Fabriken gegründet, die z. T. nur kurze Zeit bestanden, z. T. aber bis heute existieren. Sie prägten diese in der Regel armen Gebiete, indem sie den Menschen Arbeit gaben und ihnen damit das Überleben ohne Abwanderung sicherten, indem sie dort die Industrialisierung vorantrieben und für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sorgten.

Darüber hinaus beflügelten sie in vielfacher Weise das künstlerische Schaffen der Zeit. Porzellan ist immer auch mehr als nur ein Gebrauchsgegenstand, vielmehr hat es genauso ästhetischen Ansprüchen zu genügen. Und nicht zuletzt sei hier auf die technischen Veränderungen hingewiesen, durch die gerade

in unserem Jahrhundert die Arbeitsplätze in den Fabriken einem teilweise radikalen Wandel unterworfen wurden und noch werden.

2. Dem 1982 in Hohenberg an der Eger gegründeten Museum der Deutschen Porzellanindustrie waren im Laufe der Zeit verschiedene Archivbestände von Porzellanfabriken, Porzellanmalereien oder aus Nachlässen zugewachsen. Da es sich bei der Verwahrung nicht eigentlich um eine Museumstätigkeit handelt, entstand 1989 der Gedanke, im Rahmen des Museums eine Institution zu schaffen, die sich um das vor allem archivalische Erbe der industriellen Porzellanherstellung kümmern sollte. Nachdem durch den Träger, dem aus dem Landkreis Wunsiedel sowie den Städten Hohenberg und Selb bestehenden Zweckverband, die nötigen materiellen, finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen worden waren, erfolgte mit der Verabschiedung der Satzung am 17. 1. 1991 die offizielle Gründung des Zentralen Archivs für die Deutsche Porzellanindustrie, kurz ZADP.

Vorbilder dieses zweiten Branchenarchivs in der Bundesrepublik sind das Deutsche Bergbauarchiv in Bochum, sind aber auch die Arbeitsweise und Funktion der regionalen Wirtschaftsarchive wie des Archivs der Oberbayerischen Wirtschaft in München oder des Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Dortmund.

Aufgabe und Ziel des ZADP sind es, alle für die Geschichte der deutschen Porzellanindustrie bedeutsamen Unterlagen zu archivieren und, soweit möglich, der wissenschaftlichen und privaten Nutzung zugänglich zu machen. In Umfang und Qualität nehmen dabei die Unternehmensarchive sicherlich die erste Stelle ein. Eine unbedingt notwendige Ergänzung bilden hierzu die Nachlässe von Unternehmern und Künstlern, Unterlagen von Verbänden oder Vereinen, Werbematerialien und Fotos.

Die dem Archiv als Depositum oder als Eigentum übergebenen Archivalien werden durch eine wissenschaftlich ausgebildete und fachlich versierte Kraft bearbeitet und erschlossen. Die Materialien unterliegen den gesetzlichen Bestimmungen im Archiv- und Datenschutzrecht. Soweit diese oder auch privat

vereinbarte Nutzungseinschränkungen nicht entgegenstehen, sind die Bestände öffentlich zugänglich.

Erst die mit der Errichtung des Archivs begonnene und in dieser Form einzigartige Zusammenfassung der verschiedenartigsten Bereiche macht es möglich, die wirtschaftliche, soziale, künstlerische, technische und regionalhistorische Relevanz der industriellen Porzellanherstellung angemessen zu bewerten und zu würdigen. Das Zentrale Archiv für die Deutsche Porzellanindustrie steht zwar erst am Anfang seiner Entwicklung, aber seine Bedeutung für die Dokumentation von Geschichte und Gegenwart eines ganzen Industriezweiges dürfte schon jetzt unzweifelhaft sein.

II. Die Aufgabenbereiche

1. Unternehmensarchive

Es kann sich hier sowohl um die Archive nicht mehr existierender Fabriken als auch um die Altbestände noch produzierender Unternehmen handeln. Dies hat den Vorteil, daß diese historisch wichtigen Bestände sachkundig gelagert und bearbeitet werden, ohne daß dies dem Eigentümer materielle und personelle Mittel abverlangt.

Einbezogen in die Archivierung werden Unterlagen aus den Bereichen Zentrale Verwaltung/Direktion, Ein- und Verkauf, Technik, Bauwesen, Werbung, Produktentwicklung, Personalwesen.

Die Bandbreite ist bewußt sehr groß gehalten, um die Firmenaktivitäten der Vergangenheit und somit die verschiedensten Aspekte der Unternehmensgeschichte möglichst umfassend widerzuspiegeln.

Eine große Bedeutung haben neben den Fabriken auch die Porzellanmalereien, die bis in die Anfangsphase des Aufkommens qualitätsvoller Drucktechniken in großer Zahl in den Porzellanregionen vorhanden waren. Sie bestimmten mit ihren Entwürfen das Bild des Porzellans sehr stark mit und sind in Nordostbayern, Thüringen und Sachsen darüber hinaus ein wirtschafts- und sozialpolitischer Faktor gewesen, dessen Bedeutung noch detaillierterer Erforschung bedarf.

2. Nachlässe

Persönlichkeiten haben früher sehr stark das Wesen und die Entwicklung der Porzellanindustrie geprägt. Es seien hier nur Unternehmer genannt wie Carolus Magnus Huttschreuther und sein Sohn Lorenz, Philipp Rosenthal sen. und jun., verschiedene Mitglieder der Familie Schumann, aber auch der Bankier Dr. Gustav Strupp, der bis 1918 durch Beteiligungen ein thüringisch-fränkisches Porzellanimperium errichten konnte, oder die Familie Schlegelmilch, sind zu nennen.

Den Ruf des Porzellans haben ganz wesentlich Künstler mitbestimmt, die Entwürfe für Serviceformen, Zierartikel oder Figuren geliefert haben. Viele besitzen berühmte Namen, viele sind aber auch bis heute unbekannt geblieben. Ihre z.T. stilbildende Wirkung zu verdeutlichen gehört auch zu den Aufgabenbereichen des ZADP.

3. Verbände, Vereine

In der Geschichte der industriellen Porzellanherstellung hat es immer wieder Versuche gegeben, die Unternehmen zu organisieren und einflußreiche Interessenvertretungen wie den Verband deutscher Porzellanfabriken zu schaffen. Insgesamt zeigt sich eine faszinierende Entwicklung, geprägt von konjunkturellen Einflüssen, persönlichen Beziehungen und firmenspezifischen Situationen.

Ihr Gegenstück findet die Unternehmenseite in der Existenz einer Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften. Sie sind aus speziellen sozialen und politischen Bedingtheiten heraus entstanden. Das Miteinander und das Gegeneinander, das sich z.B. in Fabrikordnungen, Tarifverträgen, sozialer Fürsorge, aber auch Streiks und Entlassungen dokumentiert, beeinflusste Arbeitsverfassung und -platzgestaltung, technische Entwicklungen, die sozialen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ganzer Regionen. Eine entsprechende Berücksichtigung im Zentralen Archiv für die Deutsche Porzellanindustrie ist daher unabdingbar.

4. Sammlungsgut

Hierunter gefaßt werden vor allem Unterlagen, die nicht unter den traditionellen Begriff der Archivalie fal-

len, wie z.B. Werbematerialien, Briefköpfe, Arbeitsmaterialien der Vertreter. Diese Dinge dienen dazu, über die in den Unterlagen nachweisbaren Bereiche weitere für eine umfassendere und genauere Darstellung zu erschließen. Von besonderer Bedeutung sind hier auch Dokumente, die das Leben der Porzellaner spiegeln, z.B. Haushaltsbücher, alte Testamente, Lohnunterlagen etc.

5. Fotosammlung

Ein Archiv kann den aktuellen Bedürfnissen nach Information und anschaulicher Darstellung nicht mehr ohne Fotosammlung genügen. Hier werden Personen, Ereignisse, Gebäude, Arbeitsweisen, Technik u.a. dokumentiert, wie sie in anderer Form oft nicht mehr nachgewiesen werden können. Für die Sozialgeschichte haben insbesondere auch Aufnahmen aus dem privaten Bereich, vom Vereinswesen, privat entstandene Fotos des Arbeitsplatzes oder bestimmter beruflicher wie privater Ereignisse große Bedeutung. Das ZADP verwahrt und erschließt hier nicht nur Originalfotos, sondern fertigt auch Reproduktionen an, so daß die Originale an den Besitzer zurückgegeben werden können.

6. Kataloge und Prospekte

Angestrebt ist, eine möglichst lückenlose Dokumentation über die in Katalogen und Prospekten veröffentlichten Produkte der Porzellanindustrie zu erstellen. Für den Sammler auf der einen Seite, für den Wissenschaftler auf der anderen Seite ist dies eine bisher weitgehend entbehrt Grundlage zur Bestimmung von Porzellanen hinsichtlich Form, Dekor, Laufzeit. Hier ist auch eine enge Anbindung an das Museum der Deutschen Porzellanindustrie gegeben.

7. Archivberatung

Im Rahmen der Möglichkeiten werden interessierte Unternehmen bei der Einrichtung und dem Unterhalt eines eigenen Archivs beraten.

8. Archivbenutzung

Am 12.12.1990 sind eine Benutzungsordnung und eine Gebührenordnung beschlossen worden. Grundsätzlich ist die unentgeltliche Benutzung des Archivs möglich, so-

wohl im wissenschaftlichen als auch im rein privaten Auftrag. Es ist eine Benutzungserlaubnis einzuholen; die in der Gebührenordnung genannten Kosten beziehen sich auf Hilfen, die „den dienstlich vertretbaren Umfang übersteigen“, ferner auf Fotokopien, Fotoarbeiten und Verwertungsrechte. Eine vorherige Erkundigung ist ratsam.

Adresse: Zentrales Archiv für die Deutsche Porzellanindustrie Freundschaft 1 8591 Hohenberg a.d. Eger
Tel.: 09233-4343

Zuständig: Wolfgang Schilling M.A.
(Archivar)

Wolfgang Schilling

150 Jahre Solbad Westernkotten

Am 25. September feierte man in Bad Westernkotten (Stadt Erwitte) ein bedeutsames Jubiläum: vor 150 Jahren war in dem alten Sälzendorf erstmalig Sole für Heilbäder verwendet worden. Seitdem hat der Badebetrieb eine ständig steigende Bedeutung gewonnen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Solbad Westernkotten GmbH gegründet, an der auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe Anteilseigner ist. Mit einem modernen Kurzentrum und den weithin bekannten „Hellweg-Sole-Thermen“ hat sich der Ort Bad Westernkotten in den letzten 15 Jahren zu einem renommierten Heilbad und einer beliebten Erholungsstätte weiterentwickelt. Die Geschichte des Bades hatte der Heimatverein Bad Westernkotten durch eine interessante Foto- und Dokumentenausstellung illustriert, die in der Kurhalle gezeigt wurde. Diese Ausstellung wurde maßgeblich von Herrn Wolfgang Marcus konzipiert. Zur Eröffnung der Ausstellung war eine große Gästeschar zusammengekommen, die von Kurdirektor Heinz Romweber, Bürgermeister Franz Meyer, sowie dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Solbad Bad Westernkotten GmbH, Dr. Klaus Schwickert, begrüßt wurde. Den Festvortrag hielt Ltd. Landesarchivdirektor Dr. Norbert Reimann zum Thema „Salz und Bad. Kulturgeschichtliche Überlegungen aus Anlaß der 150. Wiederkehr des Beginns des Badebetriebs in Bad Westernkotten.“

350. Jahrestag des Westfälischen Friedens im Jahre 1998

Große Ereignisse werfen ihre Schatten weit voraus: Im Jahr 1998 jährt sich zum 350. Male der Tag, an dem in den Städten Münster und Osnabrück der Westfälische Friede abgeschlossen wurde, der den 30jährigen Krieg beendete. Um dieses bedeutendste politische Ereignis der Frühneuzeit angemessen zu würdigen, hat sich unter dem Vorsitz des Leiters des Westfälischen Archivamtes, Dr. Norbert Reimann, ein Facharbeitskreis gebildet, in dem eine Konzeption für die in Zusammenhang mit dem Jubiläum geplanten Maßnahmen entwickelt wurde. In diesem Arbeitskreis arbeiten u.a. folgende Institutionen mit: das Stadtarchiv Münster, die Staatsarchive Münster und Osnabrück, das Landesmuseum Münster, das Deutsche Historische Museum in Berlin, Stadt- und Landkreis Osnabrück sowie die Universitäten Münster und Osnabrück. Das nachstehend beschriebene vorläufige Gesamtkonzept wurde vom Landschaftsausschuß des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe am 10. Juli 1992 gebilligt. Für die Stadt- und Kreisarchive sind die unter 2.4 vorgesehene zentralen Veranstaltungen von besonderem Interesse. Das Westfälische Archivamt wird Anfang nächsten Jahres erste Gespräche auf Kreisebene zu diesem Thema anregen.

Vorläufiges Gesamtkonzept
Stand: 1.9.1992

1. Bedeutung

Der am 24. Oktober 1648 in Münster und Osnabrück abgeschlossene Westfälische Friede ist das bedeutendste politische Ereignis der europäischen Geschichte in der Frühneuzeit. Seine Beschlüsse bildeten für 150 Jahre die Grundlage der politischen Ordnung Europas und wirken in vielen Bereichen bis heute nach. Vor dem Hintergrund der sich vollziehenden Einigung Europas gewinnt diese erste gesamteuropäische Friedenskonferenz neue Aktualität.

2. Geplante Projekte

Die nachfolgend beschriebenen Projekte verfolgen insbesondere

drei Ziele: a) Förderung der historischen Erforschung des 30jährigen Krieges und der westfälischen Friedensverhandlungen sowie der Vor- und Nachgeschichte; b) Umsetzung der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse und deren Vermittlung an eine breite Öffentlichkeit; c) Förderung der Friedensidee insbesondere vor dem Hintergrund der sich vollziehenden Einigung Europas am Ende des 2. Jahrtausends.

Diesen Zielen sollen folgende Projekte dienen:

2.1 Wissenschaftlicher Kongreß „350 Jahre Westfälischer Friede“

Im Dezember 1996 soll in Münster ein wissenschaftlicher Kongreß „350 Jahre Westfälischer Friede. Entscheidungsprozesse, Weichenstellung und Wiederhall eines europäischen Ereignisses“ stattfinden, zu dem Experten aus Europa und darüber hinaus geladen werden, um den aktuellen Stand der historischen Forschung vorzutragen. Durch die Vorverlegung in das Jahr 1996 wird es ermöglicht, die Ergebnisse dieses Kongresses im Jubiläumsjahr 1998 in gedruckter Form vorzulegen.

2.2 Wissenschaftlicher Kongreß „Friedensideen“

Auf einem wissenschaftlichen Kongreß zum Thema „Friedensideen - Friedensutopien - Friedensbilder“ im Jahre 1998 in Osnabrück soll die Friedensidee in der europäischen Geistes- und Kulturgeschichte interdisziplinär diskutiert werden. Neben der historischen Betrachtungsweise sollen auch die Friedensideen unseres Jahrhunderts in ihren kulturgeschichtlichen, rechtlichen und politischen Dimensionen erörtert werden. Diese Tagung könnte insbesondere dazu beitragen, eine Verknüpfung zwischen wissenschaftlicher Erörterung der Friedensideen und deren politischer Umsetzung (vgl. unten unter 2.6) herzustellen.

2.3 Historische Ausstellung

Die Öffentlichkeit soll auf den Jahrestag insbesondere durch eine große historische Ausstellung hingewiesen werden, die sowohl durch die Bedeutung ihrer Exponate als auch die Qualität der Präsentation dem Stellenwert des Ereignisses gerecht wird und den international üblichen Maßstäben für derartige Ausstellungen stand hält. Sie soll in ihrem

Hauptteil im Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster, teilweise aber auch - den historischen Zusammenhängen entsprechend - in Osnabrück präsentiert werden. Die Federführung für die Erarbeitung der Ausstellung liegt beim Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster. Die Planung und Durchführung erfolgt jedoch in enger Kooperation und Mitträgerschaft des Deutschen Historischen Museums in Berlin sowie der Osnabrücker Museumseinrichtungen. In gleicher Weise sollen die entsprechenden staatlichen und kommunalen Archiveinrichtungen an der Planung und Durchführung beteiligt werden.

2.4 Dezentrale Veranstaltungen

Ergänzend zu den o.g. Veranstaltungen sollen auf regionaler Ebene (Landkreise und Städte) ergänzende Ausstellungen, Vortragsveranstaltungen und Veröffentlichungen geplant werden. Hierdurch soll die gesamte westfälische und Osnabrücker Region mit einbezogen und insbesondere das historische Geschehen im täglichen Leben der betroffenen Bevölkerung dargestellt werden. Zugleich wird auf diese Weise die zentrale Ausstellung von lokalen Details entlastet.

2.5. Veröffentlichungen

Begleitend zur unter 2.3 genannten Ausstellung soll ein auf breite Interessentenkreise ausgerichteter Ausstellungskatalog erscheinen, der neben der Beschreibung und Erläuterung der Exponate kurze Einführungen in einzelne Themenkomplexe enthält. Die Kongreßberichte sollen in einer dem wissenschaftlichen Charakter der Veranstaltungen entsprechenden Weise veröffentlicht werden und zugleich eine Ergänzung des Ausstellungskatalogs darstellen.

2.6 Internationale Konferenz europäischer Staaten

Die Feier des 350. Jahrestages des Westfälischen Friedensschlusses sollte sich nicht nur auf eine rückblickende Betrachtung des Ereignisses beschränken. Vielmehr könnte das Jubiläum zum Anlaß genommen werden, das Problem der Friedenssicherung in Gegenwart und Zukunft in Europa zu erörtern. Hierfür sprechen sowohl der Umstand, daß bis zum

Jahre 1998 die Einigung Europas entscheidend vorangekommen sein dürfte, als auch die Tatsache, daß der Anbruch des 3. Jahrtausends unserer Zeitrechnung nahe bevorsteht. Aus diesem Grunde wird angeregt, hohe Repräsentanten der europäischen Staaten in geeigneter Weise am Ort des Friedensschlusses zu versammeln, um ggfs. eine Erklärung zur Friedenssicherung zu verabschieden. Über Form und Umstände einer solchen Veranstaltung müßten die entsprechenden Regierungsstellen zum geeigneten Zeitpunkt entscheiden. Eine derartige Konferenz würde dem Jubiläum einen deutlichen Gegenwartsbezug geben und eine beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit erregen.

3. Organisation

Unter Federführung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe - Westfälisches Archivamt - arbeitet seit Anfang dieses Jahres ein Facharbeitskreis, in dem neben dem Landschaftsverband die Städte Münster und Osnabrück, die Staatsarchive Münster und Osnabrück, die Universitäten Münster und Osnabrück, der Landkreis Osnabrück sowie das Deutsche Historische Museum in Berlin vertreten sind. Der Arbeitskreis wird derzeit durch den Direktor des Westfälischen Archivamtes Dr. Norbert Reimann geleitet. In Kürze soll eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle zur Koordination aller Projekte eingerichtet werden. Für die Durchführung der vorgesehenen Projekte sollte eine geeignete Form gefunden werden, die es den betroffenen staatlichen Ebenen und kommunalen Gebietskörperschaften (d.h. Bund, Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Städte Münster und Osnabrück, Landkreis Osnabrück) ermöglicht, sich zu einer gemeinsamen Trägerschaft zusammenzufinden. Über das Auswärtige Amt sollten darüber hinaus auch die betroffenen europäischen Staaten über die Planungen informiert und ggfs. mit einbezogen werden.

Internationaler Archivtag in Montréal

Vom 6. - 11. September fand in Montréal (Kanada) der 12. Internationale Archivkongreß statt. Das Generalthema lautete „Der Archivarberuf im Informationszeitalter.“ Die mehr als 2.700 Teilnehmer aus allen Teilen der Welt erörterten die Probleme, die sich für die Archive aus den Möglichkeiten der elektronischen Speicherung und Übermittlung von Informationen und deren langfristiger Sicherung ergeben. Besonders beleuchtet wurde die Frage, wie sich die Ausbildung der Archivare auf die künftigen Gegebenheiten einstellen kann. Aus westfälischen Kommunalarchiven nahmen drei Kollegen an dem Kongreß teil.

„Bismarcks Gegner“

Unter dem Titel „Bismarcks Gegner. Dokumente zum preußischen Verfassungskonflikt aus dem Nachlaß des Abgeordneten Heinrich Beitzke (1798-1867)“ erstellte das Westfälische Archivamt (Landesoberarchivrat Dr. Horst Conrad) eine Ausstellung, die am 28. September 1992 im Landeshaus Münster eröffnet wurde. Weitere Stationen werden das Kreisarchiv Soest und das Stadtarchiv Stralsund sein.

Den Anlaß zur Ausstellung ergab die Sichtung des Nachlasses Heinrich Beitzkes, der, aus Pommern gebürtig, ab 1858 einen heimatlichen Wahlkreis und zwischen 1862 und 1867, seinem Todesjahr, den Wahlkreis Hamm-Soest im preußischen Abgeordnetenhaus vertrat. Die Dokumente konzentrieren sich auf den preußischen Verfassungskonflikt zwischen 1861 und 1866, in welchem Heinrich Beitzke der oppositionellen Fortschrittspartei angehörte, die gegen den Ministerpräsidenten Otto von Bismarck für eine Stärkung des Parlamentes gegenüber der Monarchie eintrat. In Beitzkes Nachlaß fanden sich u.a. weit über 100 Fotografien von oppositionellen Parlamentariern aus der Zeit um 1861. Zusammen mit dem Fundus aus dem Nachlaß des Florens Heinrich von Bockum-Dolffs, der Beitzkes Mitabgeordneter für Hamm-Soest war und ein ähnliches Album hinter-

ließ, entstand in diesem Kreis eine Fotodokumentation aus der Frühzeit der Parlamentsgeschichte, die in der Bundesrepublik Deutschland ihresgleichen sucht.

Zu dieser Ausstellung erscheint zum Jahresende 1992/1993 ein Dokumentationsband vom Bearbeiter Horst Conrad: „Bismarcks Gegner. Dokumente zur Neuen Ära und zum preußischen Verfassungskonflikt aus dem Nachlaß des Abgeordneten Heinrich Beitzke 1798-1867“. Der Band enthält über 100 Dokumente: Briefe und Berichte an die Wähler aus den Jahren 1855-1866 sowie über 100 zeitgenössische Fotos von Abgeordneten. Er wird ca. 250 Seiten umfassen und zu beziehen sein für DM 29,-, über das Westfälische Archivamt, Münster.

Zweiter Mecklenburg-Vorpommerscher Archivtag

Auf Einladung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern des Vereins deutscher Archivare fand am 21. September 1992 in der Hansestadt Stralsund der 2. Mecklenburg-Vorpommersche Archivtag statt, an dem über 60 Archivare aus den verschiedensten Archiven des Landes und Gäste aus dem Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig, dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Hamburg und dem Westfälischen Archivamt in Münster teilnahmen.

Der Vorsitzende des Landesverbandes, Hans-Heinz Schütt, konnte neben dem im Auftrage des Oberbürgermeisters der Gastgeberstadt anwesenden Senator für Kultur, Tourismus und Denkmalpflege Harald Köster den Referenten für Archiv- und Bibliothekswesen im Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern Joachim Wächter und in Vertretung des Vorsitzenden des Vereins deutscher Archivare den Leitenden Archivdirektor des Landesarchivs Schleswig-Holstein Dr. Reimer Witt begrüßen. Harald Köster würdigte in dem Grußwort des Oberbürgermeisters der Hansestadt Stralsund das Engagement der Archivare, insbesondere der des Stadtarchivs, bei der Bewältigung der in unserer Zeit zu lösenden Aufgaben. Dr. Reimer Witt übermittelte die Grüße

des Vorsitzenden des Vereins deutscher Archivare Dr. Hermann Rumschöttel und informierte über Aktivitäten der berufsständischen Vereinigung, vor allem über das erfolgreiche Eintreten des Vorstandes hinsichtlich der Feststellungen der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen sowie über die Erarbeitung des Berufsbildes „Gehobener Archivdienst“. In seiner Eigenschaft als Leitender Archivdirektor des Landesarchivs Schleswig-Holstein nutzte er zugleich die Gelegenheit, eine Einschätzung der Zusammenarbeit zwischen den Archiven beider Bundes- und Nachbarländer vorzunehmen.

Ausgangspunkt für die im Mittelpunkt des Archivtages stehende Diskussion eines Vorschlags für ein Landesarchivgesetz bildete das Einführungreferat von Joachim Wächter. Dabei machte er deutlich, daß der vorliegende Vorschlag - im folgenden „Entwurf“ genannt - auf bewährten Regelungen dieser Art in den Altbundesländern sowie in Thüringen und Sachsen basiert und den gesetzlich begründeten Umgang mit Archivgut bestimmen soll. Der Entwurf definiert die wichtigsten Grundbegriffe, legt die Aufgaben der staatlichen Archive sowie der neu zu schaffenden Archivberatungsstellen fest und regelt die Übernahme, die Sicherung, Erschließung und Benutzung von Archivgut. Zudem enthält er die notwendigen Regelungen für die Archive sonstiger öffentlicher Stellen, darunter die Regelungen für die Archive der Kommunen. Wegen der im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltungsrechte der Kommunen beläßt der Entwurf diesen einen Freiraum für die Gestaltung ihres Archivwesens, indem er festlegt, daß sie die Archivierung der bei ihnen erwachsenen Unterlagen nach den Grundsätzen des Landesarchivgesetzes in eigener Zuständigkeit durch Satzung zu regeln haben.

Zusammenfassend konnte der Referent feststellen, daß der vorliegende fünfte Gesetzentwurf eine gute Ausgangsbasis bietet für die im Kultusministerium und in anderen Ministerien fortzusetzenden Beratungen und Bearbeitungen. In den sich anschließenden Diskussionsrunden wurden einzelne Aspekte des Entwurfs erörtert. So engagierten sich die Landesarchivare für eine Veränderung der vorgeschlagenen Schutzfristenregelung. Sie regten

an, daß die Schutzfrist auf Unterlagen der Parteien und Massenorganisationen der Ex-DDR sowie der staatlichen Verwaltungsorgane der Nordbezirke der ehem. DDR, die nicht personengebunden sind, keine Anwendung finden sollte.

Zudem sollte in Anlehnung an die bisherige Praxis die Aufgabe der Landesarchive, durch eigene Maßnahmen die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Landes zu fördern, rechtlich fixiert werden.

Engagiert stritten die Kommunalarchivare für den gesetzlich zu fundierenden Erhalt und den Positionsausbau ihrer Archive. Vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Gebietsreform forderten sie die Schaffung entsprechender Rechtsvorschriften zum Erhalt der Bestände der früheren Kreisverwaltungen bei Kreisaufteilungen. Nach Abschluß der Diskussion konnte der Vorsitzende des Landesverbandes feststellen, daß es nunmehr darauf ankomme, die vielen Anregungen und Vorschläge möglichst schnell zu verarbeiten und den Beratungsprozeß in den Ministerien zu beschleunigen. Im Interesse des weiteren Aufbaus der Landesarchivorganisation, insbesondere des Erhalts der Funktionsfähigkeit des in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen und bewährten Archivnetzes und im Interesse der Erhaltung des den Archivaren als Teil des Landeskulturgutes anvertrauten Archivgutes, hielt er den Erlaß interimistischer Bestimmungen auf dem Verordnungswege für zwingend geboten.

Der letzte Teil der Tagung beinhaltete die Information der Archivare über verschiedene Aktivitäten des Landesverbandes, so über die dem Kultusministerium unterbreiteten Vorschläge zur Durchführung eines Fortbildungslehrganges für Archivare ohne Fachausbildung und zur Herausgabe eines Informationsblattes nach thüringischem Muster.

Ferner wurden die Tagungsteilnehmer über den Einspruch des Landesverbandes beim Kulturausschuß der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Schwerin über die aus „allgemein organisatorischen und wirtschaftlichen Gründen“ erfolgte Zusammenfügung des Stadtarchives Schwerin mit dem Historischen Museum Schwerin in Kenntnis gesetzt.

Der 3. Mecklenburg-Vorpommersche Archivtag wurde für den Herbst 1993 nach Güstrow einberufen.

Hans-Heinz Schütt

AUS DEN ARCHIVEN IN WESTFALEN UND LIPPE

Kommunalarchive

Rufnummernänderung im Westfälischen Archivamt Münster

In Abänderung der Notiz aus dem vorigen Heft:

Durchwahl Herr Häming:
(0251) 591 3888
Durchwahl Frau Massalsky:
(0251) 591 3892
5778

Seminare des Westfälischen Archivamtes

Auch im zweiten Halbjahr 1992 wird das WAA Fortbildungsseminare durchführen. Vorgesehen sind am 9. und 10. November 1992 ein Seminar zum Thema „Archiv und Verwaltung“ in Steinhagen, am 19./20. November 1992 das zweite Fortbildungsseminar für kirchliche Archivpfleger im Landeskirchenamt Bielefeld sowie vom 8. - 10. Dezember 1992 ein Grundseminar „Verzeichnen von Akten, Findbucherstellung“ im Kreishaus Borken. Die genauen Informationen werden mit den üblichen Programmen versandt, sofern Kollegen diese noch nicht erhalten, sollten sie sich beim Westfälischen Archivamt melden.

Aus dem Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe

Das Archiv des LWL hat eine Broschüre herausgegeben, in der die Veröffentlichungen des LWL aus den Jahren 1990/1991 zusammengestellt sind (Frau Christa Wilbrand). Bezugsadresse für das kostenlos abgegebene Heft ist das Westfälische Archivamt.

Im Herbst 1992 erscheint die Broschüre „Empfehlungen für den EDV-Einsatz in Archiven“, die von der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag herausgegeben wird.

Außenstelle Cappenberg

I. Geschichtsstudenten lernen Archive kennen.

Im Rahmen eines Seminars über Arbeit mit archivischen Quellen besuchte eine Studentengruppe der Ruhr-Universität Bochum unter Leitung des Akademischen Oberrates Dr. Dieter Scheler am 1. Juli 1992 die Außenstelle des Westfälischen Archivamtes auf Schloß Cappenberg. Nach einer allgemeinen Einführung, bei der die Aufgaben des Westfälischen Archivamtes im Rahmen der Betreuung der nichtstaatlichen Archive dargestellt wurden, lernten die Studenten anhand ausgewählter Beispiele aus dem Cappenberger Stiftsarchiv verschiedene Archivaliengattungen aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit kennen. Viele von ihnen hatten erstmalig Pergamenturkunden des Mittelalters in der Hand. Mit einer Besichtigung der Stiftskirche und des dort aufbewahrten Cappenberger Barbarossakopfes wurde die Exkursion abgeschlossen. Zuvor hatte die gleiche Studentengruppe bereits das Stadtarchiv Bocholt besucht und war dort von Dr. Ooppel über die Aufgaben eines Stadtarchivs informiert worden.

II. Kommunalpolitiker auf den Spuren Steins.

Die CDU-Ratsfraktion der Stadt Dülmen unter Leitung ihres Vorsitzenden Helmut Elfring besuchte am 16. Oktober 1992 Schloß Cappenberg. Im dortigen Stein-Archiv ließ sie sich von Ltd. Landesarchivdirektor Dr. Reimann über Person und Wirken des Freiherrn vom Stein unterrichten, von dem die entscheidenden Impulse für die kommunale Selbstverwaltung ausgegangen sind. Authentische Dokumente aus dem Nachlaß Steins, unter ihnen z.B. die Originalbekanntmachung der ersten Städteordnung, vermittelten einen lebendigen Eindruck von der Person dieses großen Staatsmannes und Beamten, der in Westfalen besonders fruchtbar gewirkt hat und 1831 in Cappenberg gestorben ist.

Bocholt (Krs. Borken), Stadtarchiv

Seit dem 1. Juni 1992 hat Gerhard Schmalstieg als Städtischer Archivoberinspektor seinen Dienst im Stadtarchiv Bocholt angetreten. Seit

1989 war er im Kreisarchiv Göttingen. Zu seinen jetzigen Aufgaben gehört auch die Vertretung des Leiters des Bocholter Stadtarchives, Dr. Ooppel.

Bochum, Stadtarchiv

Am 20. Oktober 1992 verstarb der Archivar a.D. Hans Werner Bimbel im 77. Lebensjahr. Geboren am 20. Januar 1916 im ehemaligen Ostteil der Stadt Berlin, absolvierte er nach einer Tätigkeit im Zentralarchiv der Hauptverwaltung KGGB-Konsumgenossenschaft Groß-Berlin in Berlin und Potsdam die Archivausbildung. Nach seiner „Übersiedlung“ in die Bundesrepublik Deutschland war er von 1960 bis zur Erreichung der Altersgrenze im Jahre 1979 als Archivar im Stadtarchiv Bochum tätig. R.i.P.

Espelkamp (Krs. Minden-Lübbecke), Stadtarchiv

Heinrich Brinkmann, Stadtarchivar von Espelkamp, hat zur Jahresmitte 1992 sein Ehrenamt aufgegeben, auch wenn es ihm „immer Spaß gemacht hat“, wie es in einer Zeitungsnotiz ihn zitierend heißt. Nach seiner Pensionierung im Jahr 1980 hatte er sich des damals seit zwei Jahren verwaisten Archivs angenommen und mit großem Engagement und unter der Anleitung des WAA die vorhandenen Bestände verzeichnet und dann umfängliche Sammlungen angelegt und betreut. Seitens der Verwaltung hatte er stets volle Unterstützung, und so ist zu hoffen, daß nach Maßgabe der Möglichkeiten auch in Espelkamp dem ArchivG NRW Genüge getan werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt aber und darüber hinaus wird die Regionalforschung dem Stadtarchivar Heinrich Brinkmann aus Espelkamp für seinen Einsatz dankbar sein.

Gütersloh (Krs. Gütersloh), Stadtarchiv

Neben Aktenbeständen und Sammlungen werden Nachlässe und Deposita Gütersloher Bürger im Stadt-

archiv verwahrt. Es handelt sich hierbei überwiegend um Sammlungen von Schriftstücken, Zeitungsausschnitte mit Bezügen zur Stadtgeschichte, im Falle der Deposita sind sie dem Archiv lediglich zur Verwahrung und Nutzung von Privat übergeben, jedoch nicht übereignet worden. Von besonderer Bedeutung ist der genealogische Nachlaß des Heimat- und Familienforschers Erich Pott († 1987), der in über 420 Heftordnern 345 Gütersloher Familien erfaßt hat. Diese Sammlung befindet sich im Besitz des örtlichen Heimatvereins.

Ausgewertet wurden für einen Zeitraum vom 16. bis zum 19. Jahrhundert u.a. Kirchenbucheinträge, Eigenbehörigen- und Prästationsregister aus den Staatsarchiven Münster und Osnabrück, die Amtsstubenprotokolle der Herrschaft Rheda aus dem Fürstlichen Archiv Schloß Rheda (die Findbücher befinden sich im Westfälischen Archivamt, Münster, über welches auch die Archivbenutzung stattfindet), das Salbuch des Amtshauses Reckenberg, Hüsseten-, Monats-Dienst- und Wächtergeldregister aus dem Stadtarchiv, Familienakten, private Chroniken und zahlreiche lokale Einzelforschungen zur Wirtschafts- und Siedlungsgeschichte. Einige Quellen sind in den „Gütersloher Geschichtsquellen“, Bände 1-4, veröffentlicht worden (Heft 1 ist vergriffen, Hefte 2-4 sind erhältlich beim Flöttmann Verlag, Gütersloh.)

Diese Sammlung aus dem Nachlaß Pott kann nach einer Vereinbarung mit dem Heimatverein zu den Öffnungszeiten (Mo, Di, Do und Fr von 14.30h bis 17.30h) im Leseraum des Stadtarchivs eingesehen werden. Kopien werden in Ausnahmefällen mit Zustimmung des Heimatvereins angefertigt.

Einen aktuellen und kurzen Überblick über Geschichte, Einrichtung und die Bestände des Stadtarchivs gibt ein 10-seitiger Prospekt mit z.T. farbigen Abbildungen, der durch nützliche Hinweise zur Benutzungsordnung, den Öffnungszeiten und Parkmöglichkeiten ergänzt wird. Diese Informationsbroschüre im LangDIN-Format (10,5 x 21 cm) kann beim Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Gütersloh sowie beim Stadtarchiv angefordert werden.

(Stefan Grimm)

Iserlohn (Märkischer Kreis), Stadtarchiv

Das Stadtarchiv Iserlohn gab aus seinen Beständen eine Postkartenserie heraus mit Motiven „Villen und Gärten in Iserlohn“.

Märkischer Kreis: Märkische Archivtage

Der Arbeitskreis Märkischer Kommunalarchivare veranstaltete im Mai 1992 die ersten Märkischen Archivtage. Am 8. Mai wurde eine gemeinsame Ausstellung aller beteiligten Kommunen im Kreishaus Lüdenscheid eröffnet, die einen repräsentativen Querschnitt durch die Archivarbeit bot. Spezielle Ausstellungen in einigen Städten schlossen sich an.

Plettenberg (Märkischer Kreis), Stadtarchiv

Das Stadtarchiv Plettenberg ist als „Dokumentations- und Kommunikationszentrum“ am 16. Mai 1992 feierlich eingeweiht worden. Das Zentrum wurde mit Förderungsmitteln des Landes im Gebäude des alten Rathauses der Stadt eingerichtet.

Recklinghausen (Krs. Recklinghausen), Stadtarchiv

Das Stadtarchiv hat etwa 38 Regalmeter Akten der Städtischen Kunsthalle Recklinghausen aus den Jahren 1951-1989 übernommen, darunter Archivalien über die Kunstausstellungen der Ruhrfestspiele und den Kunstpreis „junger westen“. Die Archivalien werden z.Zt. von einer ABM-Kraft geordnet. Nach Abschluß der Ordnungsarbeiten steht dieser Bestand der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung. Die Kunstausstellungen der Ruhrfestspiele waren neben der „documenta“ in Kassel die bekanntesten bundesdeutschen Ausstellungen der Nachkriegszeit. Die Archivalien geben Einblicke in die Ausstellungskonzeptionen und in die verwendeten Methoden. Sie werden eine kritische Erörterung der didaktischen und inhaltlichen Aufbereitung der Kunstpräsentationen der Ruhrfestspiele zulassen.

(Dr. Burghardt)

Rödinghausen (Krs. Herford), Gemeindearchiv

Unter dem Titel „Kaiserzeit in Rödinghausen“ wurde am 11. Oktober 1992 eine Ausstellung im Haus des Gastes vom Bürgermeister Günter Oberpenning eröffnet. Anliegen der Präsentation, erarbeitet vom Gemeindearchivar Dr. Rolf Botzet, ist es, diese „große“ Zeit - 1881 bis 1918 -, die nicht nur in den großen Städten, sondern auch im Leben der Kleingemeinden integrierender Bestandteil des Alltagslebens war, im Leben der Gemeinde Rödinghausen zu dokumentieren. (Vgl. den Bericht in ds. Heft in der Rubrik: „Berichte und Mitteilungen“.)

Schwerte (Krs. Unna), Stadtarchiv

Bearbeitet von Wilfried Reininghaus erschien als Bd. 12 in der NF der Reihe der INA (Inventare nichtstaatlicher Archive) „Die Akten des Schwerter Richters (17./18. Jahrhundert) Stadtarchiv Schwerte Bestand P“. Hiermit ist ein wertvoller Bestand erschlossen worden, der nicht nur für die Stadtgeschichte von großer Bedeutung ist, sondern eine wesentliche Quelle für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte wie der allgemeinen Geschichte des mittleren Westfalen im 18. Jahrhundert darstellt. - Noch nicht publiziert, aber bereits ebenfalls durch Wilfried Reininghaus erschlossen ist der Bestand B des Stadtarchivs, er umfaßt die Quellen von 1400 bis 1837. Die Veröffentlichung ist in einer eigenen Schriftenreihe des Stadtarchivs vorgesehen.

Siegen (Krs. Siegen-Wittgenstein), Stadtarchiv

Am 1. Oktober 1992 trat Herr Ludwig Burwitz eine im Stadtarchiv Siegen eingerichtete zweite Archivarsstelle an.

Unna (Krs. Unna), Stadtarchiv

Der Stadtarchivar von Unna, Herr Willy Timm beging am 24. April 1992 sein 40-jähriges Dienstjubiläum. Ein bewegtes Berufsleben lag bis zu diesem Tage hinter ihn: auf Anraten von Prof. Johannes Bauermann, Archivberatungsstelle Münster (=ehemaliger Name des Westfälischen Archivamtes), absolvierte er zunächst von 1950 bis 1952 eine Verwaltungs-

lehre „um zu lernen, wie die Akten entstehen“. Dann arbeitete er im Auftrag dieser Dienststelle und ordnete unter der Anleitung erfahrener Archivare (u.a. Dr. Wolfgang Müller) zunächst das Amtsarchiv Werl, dann Unna-Kamen. Ab 1953 dann arbeitete Willy Timm im Staatsarchiv Münster und erhielt dort von Prof. Dr. Bauermann eine gründliche und - wie er heute sagt - eine gestrenge Ausbildung, u.a. auch im Bibliothekswesen. In Münster blieb er bis 1958, von wo er 1959 nach Dortmund geholt wurde (durch Dr. Swientek). Die erste Station seiner „Selbständigkeit“ war 1965 das ferne Offenbach/M. Der Arbeitsplatz „Archiv“ war gut, aber er lag nicht in Westfalen! So griff Willy Timm zu, als ihm ein Jahr später der Posten des Museumsleiters in seiner Geburtsstadt Unna angeboten wurde. Damit war er 1966 wieder in Westfalen. Doch Arbeitsplatz „Museum“ war gut, Arbeitsplatz „Archiv“ war besser: als 1973 in Hagen eine Position im Stadtarchiv durch das Ausscheiden von Walther K.B. Holz frei wurde, ging er nach Hagen. Dort verblieb er bis zum 1. April 1981. Dann aber war die große Chance gekommen: er wurde nach Unna berufen

und durfte nun sowohl im geliebten Beruf als Archivar als auch in seiner Heimatstadt Unna arbeiten und wirken! Über das jeweilige Archiv hinaus geht seine Wirkung durch die Publikationen, in Hagen waren es die Hagener Hefte, und seit 1981 erscheint: „Stadtarchiv Unna. Schriftenreihe zur Geschichte Unnas und der Grafschaft Mark“.

Werl (Krs. Soest), Stadtarchiv

Im Stadtarchiv Werl ist der Bestand der 1861 begründeten „Kolpingfamilie Werl“ verzeichnet worden. Der Bestand umfaßt gut 200 Faszikel Akten und Fotos von der Gründungszeit bis in die unmittelbare Gegenwart.

Kirchliche Archive

Botrop, Archiv der Propstei St. Cyriakus

Nach längerer Bearbeitungszeit konnte das Westfälische Archivamt am 12.5.1992 in einer kleinen Feier-

stunde, an der auch Vertreter des Kirchenvorstands und der Leiter des zuständigen Diözesanarchivs teilnahmen, Propst Dürdoth das neu geordnete und erschlossene Archiv der Propstei St. Cyriakus in Botrop übergeben. Dabei stellte der Leiter des Westfälischen Archivamtes, Ltd. Landesarchivdirektor Dr. Reimann, die Bedeutung der Pfarrarchive für das Leben der Pfarrgemeinden und die historische Forschung insbesondere auf örtlicher Ebene dar. Anschließend erläuterte Landesarchivrat Kießling die durchgeführten Arbeiten und zeigte anhand einiger weniger Beispiele den Inhalt des Archivbestandes auf, der den Zeitraum von 1450 bis zur Gegenwart umfaßt.

Das Archiv, das in einem von der Gemeinde zweckmäßig hergerichteten Archivraum im Pfarrbüro untergebracht ist, wird von einem Mitglied des Kirchenvorstands, Frau Grüter, betreut und ist nach Absprache über das Pfarrbüro (Tel. 0 20 41/ 66 73 40) benutzbar.

HINWEISE AUF NEUE BÜCHER

Kulturhandbuch für den Kreis Siegen-Wittgenstein. Herausgegeben vom Kulturbüro des Kreises Siegen-Wittgenstein. (Zu bestellen beim „Kultur! Büro“ des Kreises Siegen-Wittgenstein, Postfach 10 02 60, in 5900 Siegen. Sonderpreis für Verwaltungen: DM 25,-).

Das „Kultur! Büro“ des Kreises Siegen-Wittgenstein legt ein Handbuch vor, in welchem auf fast 1.000 Seiten mit ca. 300 Abbildungen über 1.400 kulturelle Aktivitäten im Kreisgebiet in übersichtlich gegliederten Sparten vorgestellt werden. Das „Kultur! Büro“ ist gleichzeitig das Kulturreferat des Kreises, dessen Verwaltungsaufgaben durch das Amt für Wirtschaftsförderung (Amt 80) erledigt werden. So wird denn auch im

Vorwort darauf hingewiesen „daß es ein dynamisches Wirtschaftsleben auf Dauer nicht geben kann ohne lebendige Kultur- und Wissenschaft“. Das Kulturhandbuch wird als in der Bundesrepublik einmalig gerühmt.

Der an der Geschichte ernsthaft interessierte Benutzer des Kulturhandbuches wird sich naturgemäß auch über die Archivlandschaft des Kreises informieren wollen. Er wird zunächst enttäuscht sein, sie unter den 12 Kultursparten des Handbuches nicht eigens verzeichnet zu finden. Er findet unter der Sparte 8 „Museen“, nach den „Heimatstuben“ eine Unterabteilung „Sammlungen/Archive“. Aufgeführt ist dort lediglich das „Brüder-Busch-Archiv“ in Hilchenbach. Von weiteren Archiven ist nicht die Rede. Es gibt je-

doch im Kreisgebiet 10 Kommunalarchive mit reichhaltigen Beständen des 19. und 20. Jahrhunderts, darunter 5 Archive, die noch eine teilweise ansehnliche Überlieferung aus der Zeit des alten Reiches vor 1806 aufweisen. Innerhalb des Kreisgebietes befinden sich ebenfalls zwei standesherrliche Archive mit der kompletten mittelalterlichen und spätmittelalterlichen Territorialüberlieferung. Die vermutlich älteste Originalurkunde, die noch im Kreisgebiet verwahrt wird, stammt immerhin aus dem Jahre 1198. Der Kreis Siegen-Wittgenstein verfügt also über eine beachtliche Archivalandschaft. Was fehlt, ist nach wie vor allerdings ein Kreisarchiv.

Die Nichtberücksichtigung der Archive in dem Kulturhandbuch mag

ein bedauerliches Versehen sein. Sie ist aber in öffentlichen kulturpolitischen Verlautbarungen leider kein Einzelfall. Ein vor einigen Jahren erschienenen Handbuch „Kultur in den Städten“, herausgegeben vom Deutschen Städtetag, erwähnte die Archive mit keinem Wort. Weitere Beispiele des Vergessens ließen sich noch aufführen. Allem Anschein nach entwickelt sich in einer hypertrophierenden Veranstaltungskultur zuweilen ein blinder Fleck für die Belange der Archive. Dabei ist unbestritten, daß die historische schriftliche Überlieferung für alle an der Vergangenheit ernsthaft interessierten die wichtigste Informationsquelle ist. Der Gesetzgeber hat dies auch anerkannt und die Archive institutionell abgesichert, im Gegensatz etwa zu den Museen.

Das ansonsten sicher sehr verdienstvolle Kulturhandbuch ist dankenswerterweise als ergänzungsfähige Lose-Blatt-Sammlung angelegt. Es bleibt zu wünschen, daß in der nächsten Lieferung neben der angekündigten potentiellen „Adresse eines Stehgeigers“, für Geburtstagsständchen auch die Archive eine angemessene Berücksichtigung finden.

Horst Conrad

Johannes Beulertz, Heinrich Josef Deisting, Annegret Karsten: Familienbibliothek von Papen-Lohe, Katalog der Bücher, Karten, Graphiken, Musikalien. Herausgegeben von der Stadt Werl 1992 (Rathausdruckerei).

Das seit 1970 im Stadtarchiv Werl deponierte Archiv der Erbsälzerfamilie von Papen-Lohe bildet den größten Bestand der dortigen Erbsälzerarchive. Daß sich der Besitzer Clemens von Papen-Lohe 1987 entschloß, auch seine Familienbibliothek im Stadtarchiv zu deponieren, ist ein glücklicher Umstand. Beide Teile - Archiv und Bibliothek - sind eng miteinander verzahnt. Zahlreiche Bücher tragen Besitz- oder Beschaffungsvermerke und im Archiv existieren noch mancherlei Buchrechnungen. Für den Historiker bietet sich so die reizvolle Gelegenheit, Personen, die in den Akten des Familienarchives präsent sind, nun auch in ihren literarischen Interessen fassen zu können.

Der Gesamtbestand der Bibliothek beläuft sich auf über 1.000 Titel. Das älteste Stück stammt aus dem Jahre 1570, ein lateinisches Gedicht von Bernardus Mollerus auf den Rhein (Rhenus et eius Descriptio elegans, a primis Fontibus usque ad Oceanum Germanicum). Als erster Büchersammler konnte der Sälzeroberst Florens von Papen (1677-1718) festgestellt werden. Wie in nahezu allen historischen privaten Bibliotheken setzte der größte Zuwachs im 19. Jh. ein. Vor allem Theodor von Papen (1788-1825), vermehrte die Bibliothek - wohl angeregt durch eine Italienreise - durch geographische und agrarwissenschaftliche Bücher. Bedeutenden Zuwachs erhielt die Bibliothek dann durch Karoline von Papen (1830-1902). Von besonderem Reiz ist hierbei der Nachweis der Bearbeiter, daß Karoline von Papen auf Haus Lohe für die Gutsarbeiter eine eigenen „Borromäus-Bibliothek“ unterhielt.

Für die Klassifikation der Bibliothek benutzen die Bearbeiter ein Schema, welches Goethes Vater, Johann Caspar Goethe (1710-1782) bei seiner eigenen Bibliothek zugrunde legte. Diese historische Reverenz erweist sich als glücklich.

Bei allen Büchern wurden neben den bibliothekarisch üblichen Erfassungen auch die Besitz- und Dedicationsvermerke festgehalten und durch einen eigenen Index erschlossen. Bei vielen Autoren unterzog man sich der Mühe, deren Lebensdaten als Zusatzinformation zu ermitteln.

Die Bibliothek erweist sich in ihrer Gesamtheit als eine Hausbibliothek, die auf die wirtschaftlichen und geistig-literarischen Interessen einer katholischen Adelsfamilie ausgerichtet war. Eigens erfaßt ist die Musikalienbibliothek, die einen Einblick in die Haus- und Salonmusik der Familie im 19. und 20. Jahrhundert gewährt.

Daß die Bibliothek am Ort ihres Entstehens und in ihrem historischen Kontext bleiben konnte, ist besonders hervorzuheben. Es ist dies ein Beispiel echter regionaler Kulturpflege.

Den Bearbeitern, allesamt keine ausgebildeten Bibliothekare, gebührt hohe Anerkennung für ihre exakte Erschließungsarbeit.

Horst Conrad

Spankeren, Reinhard van und Thau, Bärbel: Leitfaden. Archivarbeit in der westfälischen Diakonie. - Münster: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen - Landesverband der Inneren Mission - e.V. 1992. 47 S.

In der evangelischen Kirche hat hauptamtliche Archivarbeit durchaus Tradition; in Westfalen zum Beispiel wurde das Landeskirchliche Archiv in Bielefeld Anfang der 60er Jahre eingerichtet. Außerhalb der verfaßten Kirche jedoch, im Bereich der Diakonie (früher: „Innere Mission“) mit ihren zahlreichen Einrichtungen, Anstalten und Werken ist diese „Professionalisierung“ - von Ausnahmen wie Bethel abgesehen - erst ein Trend der letzten Jahre. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen (DWW) mit Sitz in Münster hat jetzt einen Leitfaden für die Archivarbeit in der westfälischen Diakonie herausgegeben. Reinhard van Spankeren, Archivar beim DWW, und Bärbel Thau, Referentin für Geschichtsschreibung und Archivarbeit beim Ev. Johanneswerk in Bielefeld, haben die Broschüre verfaßt.

Ziel dieser Handreichung ist es, auf einen oft vernachlässigten Arbeitsbereich aufmerksam zu machen, in Grundprobleme und praktische Fragen des kirchlichdiakonischen Archivwesens einzuführen, die wichtigsten Fachbegriffe und Vorgehensweisen verständlich zu erläutern und Anstöße für die Einrichtung und den Aufbau von Archiven im Bereich der Diakonie zu geben. Der Leitfaden erläutert die Funktionen von (Diakonie-) Archiven, vermittelt Grundkenntnisse für den Umgang mit Ablage und Altregistratur sowie für die Verzeichnung und Aufbewahrung von Schriftgut und Akten und gibt Hinweise zur Benutzung von Archivgut. Der Anhang enthält u.a. ein Anschriftenverzeichnis hauptamtlich geleiteter kirchlicher und diakonischer regionaler Archive, Richtlinien für die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut diakonischer Werke und ausgewählte Literaturhinweise zu Archivarbeit und Diakoniegeschichte.

Der Leitfaden ist kostenlos erhältlich beim Diakonischen Werk Westfalen, Archiv, Friesenring 32, 4400 Münster. (Tel:0251/2709 430)

**Arbeitskreis Frauengeschichte:
FrauenLeben in Münster. Ein hi-
storisches Lesebuch, Münster:
Westfälisches Dampfboot, 1991**

Es ist fast zehn Jahre her, seit Karin Hausen einen Sammelband mit dem programmatischen Titel „Frauen suchen ihre Geschichte“ vorlegte. Darin wird ein „anderer Blick“ auf die Geschichte, das „Sichtbarmachen“ von Frauen als historischen, d. h. handelnden, ihre Lebenswelt und Lebensbedingungen (mit-)gestaltenden Subjekten gefordert. Das bedeutet vor allem, daß Frauen in ihren spezifischen Lebensräumen aufzusehen und zu erfassen sind, ein Vorhaben, das aufgrund der überlieferten Quellen, vor allem aber durch tradierte Fragestellungen in den etablierten historischen Disziplinen erst allmählich Konturen gewinnen konnte.

Mittlerweile ist eine Fülle von Einzeluntersuchungen erschienen, meist durch breite Basis und präzise Kenntnis der Quellen ausgezeichnet. Dies gilt in besonderem Maß auch für regional- und lokalgeschichtliche Arbeiten. In Münster fand sich im Mai 1989 unter dem Namen „Arbeitskreis Frauengeschichte“ eine sehr heterogene Gruppe von Frauen zusammen, ausgebildete junge Historikerinnen, die die Dimensionen ihres Faches erweitern, und historisch Interessierte, die in der Auseinandersetzung mit der oft verschütteten Geschichte von Frauen ihren eigenen Standort genauer bestimmen wollten. Der Sammelband mit 21 Beiträgen, den sie jetzt unter dem Titel „FrauenLeben in Münster. Ein historisches Lesebuch“ vorgelegt haben, verdient Aufmerksamkeit.

Die Autorinnen waren gut beraten, von einer Gesamtdarstellung, die beim derzeitigen Forschungsstand nicht zu leisten ist, abzusehen. Sie wählten ihre Themen aufgrund ihres jeweiligen, meist auch persönlich motivierten Forschungsinteresses. Heraus kommt dabei ein Mosaik weiblicher Lebensformen, das an manchen Stellen ein facettenreiches Bild liefert, während sich an anderen gerade ein paar grobe Umrisse abzeichnen. Einige Beiträge ziehen das Resumé aus langjähriger Beschäftigung mit einem Thema, andere wurden in relativ kurzer Zeit erarbeitet. Das erklärt, warum sich einige Texte wie eine in Sätze gebrachte Materialsammlung lesen, und auch, warum sich nur drei Beiträge mit der Si-

tuation von Frauen im Mittelalter und in der frühen Neuzeit auseinandersetzen. Denn die Auswertung der für die Alltagsgeschichte nicht nur von Frauen fast ausschließlich in Frage kommenden seriellen Quellen - Kirchenbücher, Testamente, Kopialbücher, um nur einige der wichtigsten zu nennen - erfordert nicht nur einen enormen Zeitaufwand, sondern ebenso sehr profunde Kenntnisse in Paläographie und in der Sozial- und Verwaltungsgeschichte der jeweiligen Epoche. Die in der Einleitung geforderten „Umwege“ und „phantasievollen Denkkurven“ dürfen nur unter diesen Voraussetzungen besritten werden, ohne intime Kenntnis des Quellenterrains führen sie eher in die Irre als zum Ziel! Und die Bemühungen um Überwindung der „Grenzen der patriarchalen Sprache“ tragen weder zur Eleganz des Stils noch zur Lesbarkeit der Texte bei, wie LeserIn sich unschwer auf fast jeder Seite überzeugen kann. Teilweise sind die Ergebnisse sogar grotesk. Doch sei vor billiger Schadenfreude gewarnt: Allein die Ersetzung des Begriffs „Frauenüberschuß“ durch „Frauenmehrheit“ ist ein überzeugendes Plädoyer für die auf der Hand liegende Notwendigkeit solcher Begriffsarbeit.

Der Sammelband ist in zwei große Kapitel geteilt, von denen das erste mit „Macht und Ohnmacht“, das zweite mit „Ora et labora“ überschrieben ist. Beiden Kapiteln geht eine kurze Einleitung voraus. Die des ersten versucht eine Definition der Begriffe „Macht“ und „Herrschaft“. Macht wird mit Max Weber als Möglichkeit, innerhalb eines sozialen Beziehungsgefüges die eigenen Interessen auch gegen Widerstände zu realisieren, aufgefaßt, Herrschaft als Mißbrauch von Macht durch den Einsatz von Gewalt, Unterdrückung und Unterwerfung. Diese Definition, die das Prinzip der Legitimation völlig ignoriert, greift zu kurz. Da diese theoretischen Überlegungen von den folgenden fünf Beiträgen jedoch nicht aufgegriffen werden, mag ein Hinweis genügen.

Die beiden ersten Beiträge von S. Alfing und M. Böker stellen Frauen in macht- und demzufolge nahezu ausweglosen Situationen vor, als Opfer des Hexenwahns und - als Insassinnen der Armenhäuser - als Zukurzgekommene einer früher wie heute ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Beiden Autorinnen gelingt die fesselnde

Darstellung von Einzelfällen vor einem knappen informativen Überblick. R. Link stellt in kurzen Biographien die neun Frauen vor, die von 1919 bis 1924 dem Stadtverordnetenkollegium Münsters angehörten. So unterschiedlich Herkunft, Lebenssituation und politischer Standort dieser Frauen auch waren, eine Gemeinsamkeit ihrer politischen Karrieren macht betroffen: Nach wenigen Jahren waren ihre Stimmen im Plenum und in den Ausschüssen verstummt. R. Polms mit großem persönlichen Engagement geschriebener Beitrag über Frauen während der NS-Zeit stellt die Erinnerungen einer Münsteranerin des Jahrgangs 1920 in den Mittelpunkt. M. Heuvelmanns und B. Hüppes Ausführungen über die Situation von Frauen in den Nachkriegsjahren 1945 bis 1949 zeichnen bedrückende Parallelen zu den Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Nicht für jede gab es gleich viel Anfang; gerade für die Frauen bedeuteten Kriegsende und Wiederaufbau die Reduzierung auf alte Rollenschemata.

Das Kapitel „Ora et labora“ ist in drei Abschnitte untergliedert. Der erste thematisiert die Situation von Frauen, die die Religion in den Mittelpunkt ihres Lebens stellten. Zwei Beiträge von I. Sönnert befassen sich mit den in Münster ansässigen klösterlichen Gemeinschaften für Frauen und den Beginenhäusern. Beide Beiträge sind außerordentlich materialreich, doch wären einige allgemeine Bemerkungen zu den in Münster vertretenen Orden und Kongregationen und den daraus resultierenden Unterschieden in der Lebensweise einer Kanonisse, einer Chorschwester und einer Begine für nicht einschlägig vorgebildete Leserinnen und Leser sehr hilfreich gewesen. Die Entscheidung für das Leben in einer religiösen Gemeinschaft bescherte den Frauen bis hinein ins 18. Jahrhundert nicht selten ein Maß an Unabhängigkeit und Bildung, das ihnen ein Leben in der Welt nicht bieten konnte. E. Eggers Ausführungen über die Hiltruper Missionsschwesterinnen hätten bei pointierterer Fragestellung interessante Aufschlüsse darüber geben können, mit welchen Motiven und Erwartungen sich Frauen heute für ein Leben im Dienst der katholischen Kirche entscheiden.

Der zweite Abschnitt mit dem Titel „Wissen ist Macht“ skizziert den langen und schweren Weg, den die

Frauen seit dem 19. Jahrhundert angetreten haben, um den ihnen zustehenden gleichen Anteil an Bildung und Wissen wie die Männer zu erlangen. S. Freund schreibt über höhere Töchterbildung von der Mitte des letzten Jahrhunderts bis zur Weimarer Republik. Hier wäre eine übersichtlichere Darstellung wünschenswert gewesen. Doch so schwer es den jungen Mädchen aus bürgerlichen Schichten auch gemacht wurde, einen für ein Universitätsstudium formal und realiter qualifizierenden Schulabschluß zu erreichen, war ihre Bildungssituation immer noch privilegiert im Vergleich zu der ihrer Geschlechtsgenossinnen aus den unteren Schichten. Ihnen blieb, wie M. Böker darstellt, oft nur der Besuch einer Nähsschule, der ihnen nur Fertigkeiten vermittelte, mit denen sie sich kaum auf einem von zunehmender Industrialisierung geprägten Arbeitsmarkt behaupten konnten. S. Große stellt im letzten Absatz ihres Beitrags über den Mädchenturnunterricht im Dritten Reich einige interessante Fragen über dessen Funktion innerhalb der nationalsozialistischen Gesellschaft. Um so bedauerlicher, daß sie nicht versuchte, sie anhand des von ihr zusammengetragenen Materials zu beantworten. Dagegen ist H. Albers' und Chr. Beuvinck-Jenkes Beitrag über die Anfänge des Frauenstudiums einer der informativsten und am besten geschriebenen des ganzen Bandes. Die Vorurteile, die den Frauen entgegenschlugen, die Benachteiligungen, denen sie ausgesetzt waren, die von ihnen bevorzugten Studienfächer - noch viel zu wenig hat sich geändert, seit sich im Wintersemester 1908/09 die erste Frau als ordentliche Studierende in Münster immatrikulieren durfte. R. Reuther schildert, wie auch die hochbegabte Edith Stein unter diesen Umständen noch vor der Verfolgung durch das NS-Regime in ihrer akademischen Karriere scheitern mußte.

Der dritte und letzte Abschnitt, betitelt mit „Erwerbsleben zwischen Broterwerb und Berufung“, stellt Frauen an ihrem Arbeitsplatz vor. M. Böker berichtet über Hebammen, S. Paul-Menn über Ärztinnen und R. Reuther über Dienstmädchen. Ein bis heute in Deutschland brandaktuelles weil ungelöstes Problem behandelt der Beitrag von S. Alfing über die 1840 von Frauen aus dem Münsteraner Bürgertum gegründete überkonfessionelle Kleinkinder-Be-

wahranstalt. Denn schon im 19. Jahrhundert war es für berufstätige Frauen sehr schwer, Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder zu finden. Die Initiative scheiterte, zum Teil an der organisatorischen Unerfahrenheit der Frauen, vor allem aber an der mangelnden Unterstützung durch den Magistrat. Vier Beiträge befassen sich mit der Rolle, die Frauen in der Literatur- und Kunstgeschichte Münsters spielten. M. Schwartze berichtet über die Schauspielerinnen Felicitas Abt und die Pantomiminen Henriette Hendel-Schütz, die beide längere Zeit in Münster auftraten, und darüber, wie ihre Leistungen vom städtischen Bildungsbürgertum aufgenommen wurden. Den Kreis um Annette von Droste Hülshoff, die bekannteste Münsteranerin, stellt D. Fischer vor. Leider fehlt ein ähnlicher Beitrag über Amalie von Gallitzin und ihre Sacra Familia. Die sieben Malerinnen, die M. Böker in kurzen Biographien charakterisiert, sind wohl eher in sozial- als in kunsthistorischer Hinsicht von Interesse. Doch könnte sich dieses Urteil, da die meisten ihrer Bilder (noch) verschollen sind, auch als vorschnell erweisen. Einen festen Platz in der Kunstgeschichte hat die Bildhauerin Elisabet Ney, die in München bei einem Schüler Schwanthalers und Thorvaldsens und in Berlin bei Christian Daniel Rauch studierte. Doch während ihre Wahlheimat Austin, Texas, ihr schon kurz nach ihrem Tod ein Museum einrichtete, sind in ihrer Geburtsstadt ihre bedeutenden künstlerischen Leistungen bis heute kaum bekannt.

FrauenLeben in Münster ist - trotz seiner inhaltlichen Unausgewogenheit und einiger sachlicher Ungenauigkeiten - ein wichtiges und interessantes Buch. Münsters Bürgerinnen und Bürger können daraus vieles über ihre Stadt erfahren, was ihnen bisher nicht bekannt war. Für die historische Frauenforschung bietet es reichlich Material und wirft nicht zuletzt deshalb eine Fülle offener Fragen auf. Alles in allem, ein respektabler Anfang!

Irene Stahl

Ursula Hesse, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck (und) Thülen von den Anfängen bis zur Gegenwart mit Bild-/Textdokumenten u.a. zu den jüdischen Friedhöfen. Zur Erinnerung. - Hrsg. von der Stadt Brilon. Brilon 1991. 380 S., 197 Abb.- DM 34,-.

Anzuzeigen ist ein umfängliches und sehr gut ausgestattetes Buch, in dem die Verfasserin alles zusammenträgt, was sie in der Literatur, den Quellen und im Gespräch zum Thema des jüdischen Lebens in den genannten Orten, die zur Stadt Brilon gehören, hat finden können. „Eine möglichst lückenlose Darstellung“ war angestrebt worden (vgl. Vorwort), und der Leser hat durchaus den Eindruck, daß dies erreicht wurde, und zwar für jeden einzelnen der sieben Ortsteile vom erfaßbaren Beginn des jüdischen Lebens dort bis hin zur Gegenwart.

Eingeleitet wird die Publikation (und wohl auch betreut) von Prof. Dr. Diethard Aschoff, der in seinem Beitrag „Aspekte jüdischer Geschichte in Westfalen“ einen Zeitraum von 800 Jahren beleuchtet und somit die sieben Einzeluntersuchungen zu einem Ganzen verbindet.

Diese Berichte für jeden Ort gliedern sich - je nach Quellenlage - in die Kapitel: (1.) Jüdische Einwohner, (2.) Die Judenschaft, (3.) Jüdischer Hausbesitz, (4.) Einzelfamilien. Der Bericht über den Einzelort beginnt jeweils mit der ersten im Ort ansässigen Familie und deren Geschichte, während weitere Familien in einem anderen Kapitel genannt werden; unter dem Titel „Die Judenschaft“ verbergen sich alle Angaben über das Leben der Synagogengemeinde in religiöser und sozialer Hinsicht, die die Verf. ermitteln konnte; so findet sich auch viel Material über den Schulunterricht in den Judenschulen. Da die Juden in späterer Zeit auch Immobilien besitzen durften, ja sogar als Immobilienmakler tätig waren, sind die diesbezüglichen Studien, aufgrund deren U. Hesse genaue Nachweisungen über den Grundbesitz führt, sehr aufschlußreich, vor allem, wenn es nach der Pogromnacht darum ging, die Juden auch in diesem Lebensbereich zu schikanieren (Zwangverkäufe). Wenn das Material ausreichte, wurden auch Stammbäume von Familien angefertigt, und im Dokumententeil (Kap. VIII) finden sich zahlrei-

che Namenslisten, (Schülerlisten, Civil-Einwohnerlisten, Listen von Geburten, Heiraten und Sterbfällen u.ä.) die für die Familienforschung sehr interessant sein werden. Für die allgemeine Forschung sind wichtiger die beiden abgedruckten Regelwerke: „Statut für die Synagogengemeinde zu Padberg“ des Oberpräsidenten von Westfalen (1855) und die „Begräbnisplatz- und Begräbnisordnung für den jüdischen Friedhof in Brilon“, aufgestellt von der jüdischen Gemeinde, genehmigt vom Königlichen Landrat 1887. Das bedeutsamste Stück im Dokumententeil ist unter Nr. 9 die Bild- und Textdokumentation der jüdischen Friedhöfe: hier wurde des Hebräischen wegen ein Fachmann (Prof. Dr. Michael Broke) zu Rate gezogen, unter dessen Leitung wurden durch Andreas Hemstege alle auffindbaren Grabsteine fotografiert, und Aubrey Pomerance und Regina Schorzmann besorgten die Übersetzungen der hebräischen Grabinschriften.

Ein Quellen- und Literaturverzeichnis rundet die Publikation ab, und zwischen Inhaltsverzeichnis und Grußwort (Stadtverwaltung Brilon) und Vorwort (Verfasserin) findet sich eine Blütenlese von zeitgenössischen Aussprüchen unserer Tage, wohl ein Nebenprodukt der vielen geführten Interviews, aus der ein weiterhin latenter Antisemitismus hervorgeht.

Die Ausstattung ist sehr gut zu nennen, es war reichlich Bildmaterial vorhanden, das dann auch eingesetzt wurde, vor allem viel Personenfotos, die ihren dokumentarischen Wert haben: denn die Juden sahen ganz normal aus und gar nicht wie im Stürmer abgebildet (vgl. letzte Umschlagseite!). Lobend zu erwähnen ist der Entschluß, Fußnoten statt der Endnoten zu wählen, und die (unbeabsichtigten, s.u.) Druckfehler halten sich in tolerablen Grenzen.

Vorgelegt wurde also eine vorwiegend aus den Quellen erarbeitete Darstellung, die noch durch wertvolle Interviews bereichert wurde, einer Quelle also, die, wird sie nicht gefaßt, mit dem Heimgang der Personen versiegt.

Dennoch sind schwerwiegende Mängel zu nennen, die den Wert der Publikation erheblich mindern und zugleich Anlaß geben, einige grund-

sätzliche Bemerkungen zum Thema der geschichtlichen Arbeiten zu machen, die von Verfassern stammen, die sich nur unvollkommen in die Thematik einarbeiten konnten.

Im vorliegenden Fall geht es um Unsicherheiten in der lateinischen Sprache (womit nicht nur das Latein als Fremdsprache gemeint ist, sondern Latein als Sprache der Kirche) und um größere Unsicherheiten in der Paläographie. Ist man sich über die Lesung eines Wortes, einer Abkürzung, nicht sicher, so hilft die Kenntnis des Wortes und seiner Bedeutung in vielen Fällen, die Klippen der Paläographie zu umschiffen, vor allem dann, wenn es sich um gängige Abkürzungen handelt. Ursula Hesse hat nun ihrer Publikation viele Facsimiles der von ihr transskribierten Quellen beigefügt, die, obgleich stark verkleinert, relativ gut lesbar sind. Außerdem gibt es Transskriptionen von Quellen ohne Textabbildung (Facsimile).

Und diese Transskriptionen sind nicht ohne Fehler, was schon ärgerlich genug ist; weitaus schwerwiegender ist die Art der Fehler: angestrebt ist eine diplomatische Abschrift, und niemand wird bei dieser Art der Veröffentlichung ein Verdikt aussprechen, wenn die üblichen Konsonantverdoppelungen nicht erkannt wurden, wenn die Groß- bzw. Kleinschreibung nicht immer genau unterschieden wurde - es ficht dieses den Sinn des Quellentextes nicht an. Aber mehr denn ärgerlich ist es, wenn die Umschrift oder die Übersetzung aus dem Lateinischen offensichtlichen Unsinn ergeben: da die Quellen nicht verderbt, sondern sehr gut erhalten und darum keinerlei Konjekturen nötig sind, muß offenbar Unsinn im Text zu Fragen Anlaß geben, das heißt, man holt den Rat der Fachleute ein, um mit deren Hilfe unklare Stellen zu erhellern, und da die Kenntnis der Sakralsprache der Kirche auch nicht mehr vorausgesetzt werden kann, wäre auch hier ein Fachmann zu bitten gewesen. Denn eine Transskription „processiones und benedictiones cum sines“ ist Unfug, es handelt sich um „benedictiones cum Sanctissimo“ (S. 160), und die Gebetsbitte „cui (den neugetauften Juden) cum prole pia benedicat Virgo Maria“ heißt auch nicht „Ihn segne mit frommer Nachkommenschaft die Jungfrau Maria“, sondern es ist die immer wiederkehrende Formel, deren gebräuchliche Übersetzung

heißt „Maria mit dem Kinde lieb uns allen Deinen Segen gib“, denn gemeint ist mit „proles“ das bereits vorhandene Kind der Maria und nicht Kindersegens für den Neophyten. (S. 124) Und ebenfalls aus dem Bericht über eine Taufhandlung - hier liegt kein Facsimile vor, sondern geboten werden nur Umschrift und deren Übersetzung - stammt die Aussage: „et patrinus erat ... totus pagus Rösebeck“, womit ausgesagt wird, daß, wie es bei Judentaufen sehr oft üblich war, tatsächlich der Herkunftsort zum Taufpaten wurde und der Neugetaufte den Ortsnamen als Familiennamen annahm. Eine Übersetzung aber „... sein Pate war ... die ganze Seite Rösenbeck“ ist nicht nur sinnlos, sondern auch falsch, denn „pagus“ ist nicht „Seite“. Und der Herr von Padberg war auch nicht „Patronus Eulece“, sondern „Patronus Ecclesiae“! (S.160)

Das Gebet zu Maria gab auch in der fehlerhaften Übersetzung noch einen Sinn, aber die drei anderen Beispiele hätten in ihrer Sinnlosigkeit der Verfasserin doch zu denken geben müssen!

Auch in den rein deutschen Texten sind - durch Lesefehler entstandene - sinnlose Stellen zu finden:

Nur wenige Beispiele: „biß um blauss“ (einer Frist) muß heißen „biß umblauß“ (S. 76), der Pfarrer bekommt „1 lb. (= 1 Pfund) Zucker“ und nicht „1 w Zucker“, und statt „des Cüsterß seine gebühr muß“ heißt es „des Cüsterß seine gebührnus“ (S. 44), und im Text auf Seite 203 sind gar mehrere Wörter vergessen worden.

Handelte es sich hier um Probleme der Sprache und der Schrift, so ist die fehlerhafte Schreibung des Hausbesitzers und Gastwirts Heinrich Pickert aus Madfeld („Pickart“ statt „Pickert“) insofern ärgerlich, als eine Postkarte abgebildet wird mit der Originalunterschrift (Druck!) „Gasthof Pickert“, die direkt darunterstehende Bildunterschrift von U. Hesse zeigt „Pickart“. Der Name kommt dann noch zweimal vor, jeweils fehlerhaft, obwohl auf die Abbildung der gegenüberliegenden Seite verwiesen wird! (S. 194-195).

Es mag gerade das letzte Beispiel von geringer Bedeutung sein, trägt aber doch zum Gesamturteil bei,

daß die Arbeit zumindest in dieser Hinsicht nicht zuverlässig ist. Schwerer noch wiegen die Sinnfehler, denn niemand, der den Anspruch der Wissenschaftlichkeit erhebt, wird ganz offensichtlich Sinnloses unkommentiert stehen lassen!

Dennoch: trotz dieser gravierenden Mängel (die Liste der Lese- und Verständnisfehler ist sehr lang, hier wurde nur eine Auswahl geboten) ist die

Arbeit für Leser und Benutzer (vornehmlich Bewohner der Region und Familienforscher) des reichen Materials wegen nützlich, zumal falsche Lesungen bei den Orts- und Personennamen durch oftmaliges Vorkommen derselben - und damit gegebener Korrekturmöglichkeit durch die Verfasserin selbst - sicher richtig sein werden. Wer allerdings mit wissenschaftlichem Anspruch die Arbeit benutzen will, der muß alle Texte an den Quellen verifizieren.

Es wird sich erübrigen zu betonen, daß keiner der im Dankeswort genannten Archivare das MS vor der Drucklegung gesehen hat; sie waren nur gebeten worden, die Archivalien in den Privatarchive auszuheben und der Verfasserin vorzulegen.

Helma M. Massalsky

TERMINE

09.-10. Nov. 1992	„Archiv und Verwaltung“, Seminar veranstaltet vom WAA in Steinhagen (Auskunft: WAA, Münster)
09.11.-12.12.1992	Soest, Kreisarchiv: Ausstellung „Bismarcks Gegner. Dokumente zum preußischen Verfassungskonflikt aus dem Nachlaß von Heinrich Beitzke (1798-1867)“
19.-20. Nov. 1992	Zweites Fortbildungsseminar für kirchliche Archivpfleger im Landeskirchenamt Bielefeld (Auskunft: WAA, Münster)
08.-10. Dez. 1992	„Verzeichnen von Akten, Findbucherstellung“. Grundseminar im Kreishaus Borken (Auskunft: WAA, Münster)
18.-19. Mai 1993	45. Westfälischer Archivtag in Münster
04.06.-05.07.1993	Stralsund: Ausstellung „Bismarcks Gegner. Dokumente zum preußischen Verfassungskonflikt aus dem Nachlaß des Abgeordneten Heinrich Beitzke (1798-1867)“

ARCHIVPFLEGE IN WESTFALEN UND LIPPE — Im Auftrage des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe herausgegeben vom Westfälischen Archivamt, Münster, Warendorfer Straße 24. — Selbstverlag des Westfälischen Archivamtes, Verlagsleitung: Josef Häming — Erscheint im April und Oktober eines jeden Jahres. — Schriftleitung: Dr. Horst Conrad, Helma M. Massalsky, Dr. Norbert Reimann. Redaktion: Helma M. Massalsky. — Zuschriften sind zu richten an das Westfälische Archivamt, Redaktion, Postf. 61 25, 4400 Münster; Telefon: 0251/591 3892 u. 3887; Telefax: 0251/591 269. — Herstellung: Josef Kleyer, Münster-Roxel.

Mit Verfasseramen bezeichnete Artikel stehen in deren Verantwortung.

ISSN 0171-4058